

Winfried Garscha/Hans Hautmann

Februar 1934

in Österreich



Dietz Verlag Berlin



Schriftenreihe Geschichte

Nach dem faschistischen Umsturz in Deutschland unternahm nun die Bourgeoisie in Frankreich den Versuch einer großen Mobilisierung der faschistischen Kräfte und holte in Österreich zu einem entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse aus. In Frankreich antwortete das Proletariat mit Massendemonstrationen und Generalstreiks, in Österreich... mit dem bewaffneten Aufstand... Sie lieferten der Welt Beispiele wunderbaren Heldenmuts, wie seinesgleichen nur die Geschichte der Pariser Kommune und der Bürgerkrieg in der Sowjetunion aufweisen.

**Aus einem Aufruf des Exekutivkomitees der
Kommunistischen Internationale, 1934**

Bildnachweis:
Zentrales Parteiarchiv der KPÖ Wien (80);
Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Zentralbild (1);
Dietz Verlag Berlin (3);
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Bildarchiv (5)
Reproduktionsaufnahmen:
Dietz Verlag/Renate und Horst Ewald (53)

Mit 89 Abbildungen, davon 36 im Text,
und 3 Karten

© Dietz Verlag Berlin 1984
Lizenznummer 1

Druckgenehmigung der Karten unter der Nr. P30/4/83
LSV 0249

Lektoren: Peter Bachmann/Rosemarie Böhme
Karten: Wolfgang Wegener
Typographie: Christine Bernitz
Reihenentwurf: Gerhard Schmidt
Umschlag: Margitta Beyer

unter Verwendung einer Fotomontage von John Heartfield
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: INTERDRUCK
Graphischer Grossbetrieb Leipzig,
Betrieb der ausgezeichneten Qualitätsarbeit, 111/18/97
Best.-Nr. 737 8561

[Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader](#)

Der Vorabend eines Bürgerkrieges

Am 2. Januar 1934 veröffentlichten die österreichischen Tageszeitungen den Text einer regierungsamtlichen Mitteilung. In trockenem Ton wurde bekanntgegeben, dass die Mandate der Kammern für Arbeiter und Angestellte mit 31. Dezember 1933 «endgültig erloschen» seien und die bisherigen in überwiegender Mehrheit aus sozialdemokratischen Freigewerkschaftlern bestehenden gewählten Arbeiterkammerräte durch ernannte Verwaltungskommissäre ersetzt worden seien. Begründet wurde dies mit dem Vorwurf, dass die Arbeiterkammern unter sozialdemokratischer Führung «bis in die jüngste Vergangenheit zu politischen Demonstrationen gegen die Bundesregierung verwendet» worden seien und sie ausserdem, wie alle anderen Einrichtungen, von der künftigen «berufsständischen Neuordnung ... nicht unberührt» bleiben könnten.¹

Die Tatsache, dass man die Beseitigung einer Institution, für die die österreichischen Arbeiter seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts gekämpft hatten und deren Gründung am 26. Februar 1920 als eine der wesentlichen sozialpolitischen Errungenschaften der «österreichischen Revolution» angesehen werden konnte, ohne Widerstand hinnahm, zeigte, wie weit die Niederlagenstimmung in den sozialdemokratischen Parteiführung gediehen und wie sehr es der Regierung Dollfuß gelungen war, ihre Politik der dosierten Zermürbungsschritte zu perfektionieren.

Damit trat der von den reaktionären Kräften in Österreich seit Langem konsequent verfolgte Kurs auf Schwächung, Zurückdrängung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung um die Jahreswende 1933/34 in sein letztes und entscheidendes Stadium. Die Unterdrückungsmassnahmen gegen die Arbeiterbewegung folgten nun, ohne die noch 1933 üblichen längeren oder kürzeren Atempausen, Schlag auf Schlag und wurden von Tag zu Tag verschärft.

Zunächst liess Vizekanzler Emil Fey als Chef des Sicherheitswesens das «Freiwillige Schutzkorps», eine mit staatlichen Machtfunktionen ausgestattete Heimwehr-Truppe, zahlenmässig aufstocken und verlegte Anfang 1934 grosse Abteilungen dieser Hilfspolizei in alle Industrieorte. Die betroffenen Gemeinden, fast durchweg von Sozialdemokraten verwaltet, wurden gezwungen, für die Kosten der Zwangseinquartierung aufzukommen. Die Heimwehrlaute benahmen sich der Arbeiterbevölkerung gegenüber «ungemein provokatorisch» und «hausten ... wie fremde Eroberer in einem besetzten Gebiet».² In Wien okkupierte das «Schutzkorps» mehrere Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft des Rathauses und symbolisierte damit den bitteren Niedergang der einst stärksten Bastion der sozialdemokratischen Bewegung: Der Sitz der roten Gemeindeverwaltung war von den Faschisten umzingelt.

Der nächste Schlag der Dollfuss-Regierung richtete sich gegen den letzten Rest sozialdemokratischer Machtpositionen auf Gemeindeebene. Nachdem bereits als Antwort auf die erste Terrorwelle der illegalen Nationalsozialisten in den Bundesländern Sicherheitsdirektoren eingesetzt worden waren, um den staatlichen Machtapparat in den Händen von Heimwehroffizieren zu zentralisieren, wurden nun auch für die Städte «Sicherheitskommissäre» bestellt, die den (meist sozialdemokratischen) Bürgermeistern die örtlichen Polizeigenden entzogen.

Die entscheidenden Massnahmen, welche die Machtverhältnisse unmittelbar vor dem Kampf noch einmal beträchtlich zugunsten der Regierung verschoben, waren, aber polizeiliche Waffensuchen sowie Massenverhaftungen von Schutzbundführern.

Durch die zufällige Verhaftung eines Kompanieführers

der seit dem 31. März 1933 illegalen Wehrorganisation der Sozialdemokratie, des «Republikanischen Schutzbunds», in Wien waren die Behörden auf die Spur von Waffenlagern in Schwechat und Umgebung gestossen, die am 24. Januar und den darauffolgenden Tagen der Gendarmerie in die Hände fielen. Obwohl bei der Menge an Waffen, die in Österreich illegal verwahrt wurden, das Auffliegen eines Verstecks nichts Aussergewöhnliches war und fündige Waffenrazzien schon seit Monaten zur Routine gehörten, wurde die Schwechater Affäre von Vizekanzler Fey in auffälliger Art und Weise aufgebauscht. In einer amtlichen Aussendung verkündete Fey, dass es ihm gelungen sei, «einen unerhört verbrecherischen Anschlag bolschewistisch-marxistischer Elemente gegen die Bevölkerung und die Sicherheit des Staates» zu verhindern.³ Den Behörden wurde nämlich rasch klar, dass die fünfzehn bei und in Schwechat entdeckten Verstecke mit einer grösseren Waffenbeschaffungsaktion des Republikanischen Schutzbundes zusammenhingen, auf die man schon im Herbst 1933 aufmerksam geworden war.⁴ Die Ausrüstung der Arbeiter mit neuen Gewehren samt Munition gefährdete aber die Pläne zur raschen Niederwerfung der Arbeiterklasse und veranlassten die Faschisten, unverzüglich zu handeln. Am 3. Februar 1934 wurden Major Alexander Eifler, Stabschef des zwar behördlich aufgelösten, als «Ordnerschaft» der Sozialdemokratischen Partei aber fortbestehenden Republikanischen Schutzbundes, und Hauptmann Rudolf Löw, Adjutant des Schutzbundobmannes Julius Deutsch, festgenommen. In den Tagen danach verhaftete man alle Kreisführer und fast sämtliche Wiener Bezirksführer der sozialdemokratischen Wehrformation. Die Festnahmen bewirkten nicht nur, dass der Schutzbund am 12. Februar als eine Armee ohne Kopf dastand, sie hatten auch auf Grund der spezifischen Organisations- und Befehlsstruktur des Republikanischen Schutzbundes, nach der nur die höheren Kommandanten Kenntnis von den Waffenverstecken besaßen, äusserst negative Auswirkungen auf den Kampfverlauf.

Der sozialdemokratische Parteivorstand sah den Verhaftungen, die unter der Arbeiterschaft grosse Erregung auslösten, tatenlos zu. Dadurch offensichtlich ermuntert,

fürhte die Regierung am 8. und 9. Februar eine weitere demütigende Aktion gegen die Sozialdemokratie durch, die der Öffentlichkeit klarmachte, dass die Entscheidung unmittelbar bevorstand. Ein schwer bewaffnetes Aufgebot an Militär und Polizei riegelte das Gebäude der sozialdemokratischen Parteizentrale auf der Rechten Wienzeile hermetisch ab, verweigerte den Parteifunktionären den Zutritt, brach Schreibtische von Abgeordneten auf – obwohl diese nach geltenden Gesetzen immun waren – und beschlagnahmte vertrauliche Schriftstücke «Einige Stunden lang sah es so aus, als hätte die entscheidende Aktion gegen die Partei bereits begonnen.»⁵

Während die Bundesregierung diesen Massnahmen als Notverordnung nach dem «Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz» einen «quasi-legalen» Anstrich zu geben versuchte, gingen die faschistischen Wehrverbände, die Heimwehren, Anfang Februar 1934 in den Bundesländern zur Organisation kalter Putschversuche über und inszenierten eine «Rebellion zugunsten der Regierung», wie es der Tiroler Heimwehrführer Richard Steidle ausdrückte. Die Entmachtung der gewählten Landesregierungen machte die Faschisierung der Verwaltung in den (mit Ausnahme Wiens) traditionell bürgerlich, christlich-sozial dominierten Bundesländern bereits vor der bewaffneten Auseinandersetzung so gut wie perfekt.

Die Ereignisse am Vorabend des 12. Februar 1934 sind nur vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung seit dem Jahre 1918 zu verstehen.

Vom «Jännerstreik» 1918 bis zum 15. Juli 1927

Als Mitte Januar 1918 eine dreiviertel Million Arbeiter in Österreich-Ungarn im Streik für Brot und Frieden standen, schien das Ende der Habsburger Dynastie, die Österreich über sechs Jahrhunderte regiert hatte, und mit ihr auch das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gekommen. Die Arbeiter forderten, mit den Ausbeutern «russisch» zu reden. Der Widerhall der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution war in der österreichisch-ungarischen Monarchie, die direkt an Russland grenzte, besonders gross. Doch die in der österreichischen Geschichte wohl günstigste Situation für die Errichtung der Arbeitermacht ging ungenützt vorüber, weil keine revolutionäre Partei existierte, die die Führung im Kampf hätte übernehmen können. Im Zusammenspiel mit der sozialdemokratischen Parteispitze gelang es der kaiserlichen Regierung, den Streik abzuwürgen und eine Verbindung der Arbeiter mit revolutionären Strömungen in der Armee zu verhindern. Diese revolutionären Strömungen äusserten sich in zahlreichen Meutereien und fanden ihren Höhepunkt im Matrosenaufstand von Cattaro (Kotor) im Februar 1918. Die bewusstesten Revolutionäre zogen aus der Niederlage im Jännerstreik den Schluss, dass es an der Zeit wäre, «dass eine neue Organisation des Kampfes und der Befreiung entstehe»⁶.

Es gelang jedoch nicht, einen tiefgehenden Diskussions-

prozess innerhalb der Arbeiterbewegung über die Notwendigkeit einer Partei neuen Typs in Gang zu setzen.

Ende Oktober 1918, nach Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik, wurde klar, dass Österreich-Ungarn in seine nationalen «Bestandteile» zerfallen werde; damit stellte sich die Frage nach der Zukunft der deutschsprachigen Gebiete des Vielvölkerstaats. Die sozialdemokratische Führung strebte eine bürgerlich-demokratische Republik an, die sich mit Deutschland vereinigen sollte. Erst nach Vollzug der «nationalen Revolution» – der Schaffung eines grossdeutschen Nationalstaats, die 1848 nicht gelungen war – sollte die soziale Revolution auf die Tagesordnung gestellt werden.

Während viele Arbeiter in den Betrieben die Errichtung der Diktatur des Proletariats forderten, verhandelte die SP-Führung mit Vertretern von Krone und Kapital. Die Gründung einer Partei, welche die Errichtung der Arbeitermacht als unmittelbares Ziel verfolgte, wurde zu einem immer dringenderen Erfordernis. Dass die Kommunistische Partei Österreichs am 3. November 1918 durch eine kleine Gruppe von Revolutionären, die keine feste Verbindung zu den Arbeitermassen hatte, gegründet wurde, ermöglichte der SP-Führung, dieses historische Ereignis als Angelegenheit einiger linker Intellektueller hinzustellen. Schon nach wenigen Monaten fanden allerdings Zehntausende Arbeiter den Weg in die Reihen der KPÖ, die zu einem bedeutenden Faktor in der sich entfaltenden Rätebewegung wurde.

Der Sturz der Habsburger Monarchie war zwar das Ergebnis revolutionärer Massenaktionen, die schliesslich Kaiser Karl am 11. November 1918 zum Rücktritt bewogen; der formelle Akt der Proklamation der Republik vollzog sich aber in Form einer Koalitionsvereinbarung zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Abgeordneten des 1911 gewählten Reichsrats der deutschsprachigen Gebiete der Habsburger Monarchie, der sich im Oktober 1918 als «provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs» konstituierte. Die Stimmung der vieltausendköpfigen Menge, die sich am 12. November 1918 zur Ausrufung der Republik vor dem Parlament auf der Wiener Ringstrasse versammelt hatte, brachte ein Transparent

zum Ausdruck, das Kommunisten und linke Sozialdemokraten aus dem Arbeiterbezirk Floridsdorf entrollten: «Hoch die sozialistische Republik!»

Die Führung der österreichischen Sozialdemokratie hielt jedoch eine Revolution in dem kleinen Land, das auf Lebensmittellieferungen der unter britisch-französischem Einfluss stehenden Nachbarstaaten angewiesen war, für unmöglich und bremste daher die revolutionäre Begeisterung der Massen. Die Ende 1918 entstandenen Arbeiterräte, die vorübergehend wichtige Machtbefugnisse innehatten, büssten bis 1920 weitgehend ihre Bedeutung ein. Die junge KPÖ, der es an ideologischer Klarheit und politischer Erfahrung mangelte, war nicht in der Lage, diese Entwicklung aufzuhalten, und verlor den Grossteil ihrer Mitglieder.

Die österreichische Bourgeoisie unternahm ihrerseits alles, um der Arbeiterklasse ihren revolutionären Elan «abzukaufen». Sie ermöglichte der Sozialdemokratischen Partei die Durchsetzung tiefgreifender Reformen, die der österreichischen Arbeiterschaft die günstigsten sozialrechtlichen Bedingungen ausserhalb Sowjetrusslands schufen. Gleichzeitig rüstete das Kapital aber sogenannte Bürgerwehren aus, die später grösstenteils in den faschistischen Wehrformationen aufgingen.

Die Arbeiterräte stellten ihrerseits Ordnereinheiten auf, die über Waffen bestände aus den Jahren des ersten Weltkriegs verfügten. Im Februar 1923 wurde «auf der Grundlage dieser Ordnereinheiten der «Republikanische Schutzbund» geschaffen. Im Gegensatz zum deutschen «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold», das von seiner sozialdemokratischen Führung auf eine bürgerlich-demokratische Politik festgelegt wurde, handelte es sich beim österreichischen Schutzbund um eine proletarische Wehrformation; erst ab etwa Mitte der zwanziger Jahre wurde Kommunisten die Mitgliedschaft verwehrt. Zweck des Schutzbundes war es, die Republik vor bewaffneten Anschlägen der in- und ausländischen Reaktion zu schützen. Ausserdem diente er als Ordnertruppe bei sozialdemokratischen Veranstaltungen. Ende der zwanziger Jahre wurde der Schutzbund aus einem bewaffneten Arm der Arbeiterklasse in ein von dieser weitgehend isoliertes

militärisches Instrument des sozialdemokratischen Parteivorstands umgewandelt. Damit setzten sich diejenigen Kräfte in der SP Österreichs durch, die schon in der Gründungsphase des Republikanischen Schutzbundes, 1922/23, die mit den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft eng verbundenen Ordnervereinigungen zu einer paramilitärischen Organisation umgestalten wollten. Die Trennung der Schutzbündler von den übrigen Arbeitern begünstigte die verhängnisvolle Vorstellung, im Ernstfall werde der Republikanische Schutzbund nicht an der Spitze, sondern statt der Arbeiterklasse kämpfen.

In den ersten Jahren der Republik war die Gefahr einer monarchistischen Restauration noch durchaus real, zumal selbst in der grössten bürgerlichen Partei, der Christlichsozialen Volkspartei, starke «legitimistische» (am «rechtmässigen Herrscherhaus» orientierte) Strömungen wirksam waren. Auch einige der bald nach Ausrufung der Republik geschaffenen bewaffneten ultrarechten Banden, wie die monarchofaschistische «Frontkämpfervereinigung», planten in Verbindung mit ungarischen und bayerischen Reaktionären die Errichtung einer konterrevolutionären Diktatur mit einem Kaiser als Galionsfigur.

Die beiden grössten bürgerlichen Parteien neben den Christlichsozialen waren die Grossdeutsche Volkspartei, deren soziale Basis vor allem die deutschnationale Beamenschaft bildete, und der Landbund für Österreich, der liberale Gross- und Mittelbauern, vor allem in Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark, erfasste und ebenfalls deutschnational ausgerichtet war. Die Bauernschaft des grössten österreichischen Bundeslandes, Niederösterreich, war überwiegend im christlichsozialen Bauernbund organisiert, der gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaftern den demokratischen Flügel der Christlichsozialen Partei bildete.

Die Gewerkschaftsbewegung im Österreich der Ersten Republik war in sogenannte Richtungsgewerkschaften gespalten. Die grosse Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gehörte den sozialdemokratisch geführten freien Gewerkschaften an, in denen auch Kommunisten mitarbeiteten. Gegen den Widerstand der sozial-

demokratischen Gewerkschaftsführung organisierten sich die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder in der sogenannten Roten Gewerkschaftsopposition (RGO), die bei Betriebsrats- und Vertrauensmännerwahlen gemeinsam mit linken Sozialdemokraten auf oppositionellen Listen kandidierte. Erst Ende der zwanziger Jahre erlangten auch andere Gewerkschaftsverbände eine gewisse Bedeutung. Neben den erwähnten christlichen waren dies vor allem die unter den Beamten verankerten deutsch-nationalen Gewerkschaften sowie die von den Heimwehr-Faschisten gegründete «Unabhängige Gewerkschaft», einer «gelben» Gewerkschaft im Bereich der steirisch-kärntnerischen Schwerindustrie.

Die Sozialdemokratie versuchte nach dem Bruch der Koalition im Jahre 1920, als die Regierungsgewalt wieder auf die bürgerlichen Parteien überging, in der von ihr verwalteten Gemeinde Wien die Reformpolitik weiterzuführen. Das «rote Wien», in dem damals rund ein Drittel der gesamten Bevölkerung Österreichs lebte, wurde zum international anerkannten Glanzstück sozialdemokratischer Kommunalpolitik. In der Gegenüberstellung der Errungenschaften des Wiener Wohn-, Schul- und Gesundheitswesens und der Rückständigkeit des übrigen klerikalen Österreich erblickte die Sozialdemokratie den wichtigsten Hebel, um die Mehrheit der Bevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen. In deutlicher Abgrenzung von der deutschen Sozialdemokratie erhob die österreichische Sozialdemokratie den Anspruch, einen «Dritten Weg» zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Internationale zu verfolgen. Sie war führend an der Gründung der sogenannten Internationale II 1/2 beteiligt, die sich allerdings 1923 mit der II. Internationale zur «Sozialistischen Arbeiterinternationale» vereinigte. Der «Austromarxismus» verstand sich als «zwischen Reformismus und Bolschewismus» stehend, er war das ideologische Bindeglied, das rechte wie linke Strömungen in der riesigen Partei einte, die ein Zehntel der österreichischen Bevölkerung organisatorisch erfasste. Für die Mehrheit der Arbeiterklasse schien das Argument der SP-Führung, in Österreich sei die Einheit der Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie verwirklicht, glaubhaft.

Unter diesen Bedingungen gelang es der kleinen Kommunistischen Partei in den zwanziger Jahren nicht, relevanten Einfluss in der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Die österreichische Bourgeoisie war in einem zähen «Kleinkrieg» bemüht, die ihr 1919 abgetrotzten sozialen und politischen Zugeständnisse rückgängig zu machen. Besondere Anstrengungen unternahmen die Rechtskräfte, um das Heer in ihre Hand zu bekommen, in dem sozialdemokratische und kommunistische Soldaten in den ersten Jahren der Republik eine bedeutende Rolle spielten. Sie stellten die überwältigende Mehrheit der Soldatenräte (später: «Vertrauensmänner»). Durch schrittweise Wiederherstellung der Kommandogewalt der Offiziere der kaiserlichen Armee und die Ausschaltung der Mitbestimmungsrechte der Vertrauensmänner, durch «interpretierende» Verordnungen zum relativ fortschrittlichen Heeresgesetz, die den Sinn des Gesetzes in sein Gegenteil verkehrten, durch gezielte Neuaufnahmen von Soldaten aus der konservativen Landbevölkerung sowie durch kleinliche Schikanen und massiven Gesinnungsdruck gelang es binnen eines Jahrzehnts, das Heer wieder zu einem verlässlichen Instrument der Reaktion zu machen.

Das vergleichsweise vorsichtige Vorgehen der bürgerlichen Kräfte in ihrem Kampf gegen die Positionen der Arbeiterklasse war durch die ökonomische Schwäche des Kapitals in Österreich bedingt. Trotz eines gewissen Aufschwungs zurzeit der relativen Stabilisierung (in Österreich etwa seit 1924) konnte die Industrieproduktion das Vorkriegsniveau nicht erreichen. Die Investitionen dienten in den meisten Fällen nicht der Ausweitung der Produktion, sondern nur dem Ersatz veralteter Produktionsmittel. Dadurch blieb aber auch die Arbeitslosigkeit hoch. Sie bewegte sich selbst zurzeit der Konjunkturbelebung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre um zehn Prozent.

Ihre Schwäche liess die österreichische Bourgeoisie nach ausländischen Verbündeten Ausschau halten. Während sich die Schwerindustrie eher an den deutschen Imperialismus anlehnte – der grösste Konzern, die «Alpine Montangesellschaft», ging nach einem kurzen italienischen Zwischenspiel Mitte der zwanziger Jahre in die Hände der deutschen Vereinigten Stahlwerke über –,

orientierte sich das Bankkapital am britisch-französischen Imperialismus. Da ein Gutteil der österreichischen Industrie von einigen französisch dominierten Wiener Grossbanken abhängig war, konnte der französische Imperialismus seine beherrschende Stellung trotz der prodeutschen Politik der meisten österreichischen Regierungen behaupten. Die Grossagrарrier sahen – besonders nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise – im italienischen Faschismus ihren Verbündeten.

Das Fehlen einer den deutschen Stahlmonopolen vergleichbaren dominierenden Fraktion innerhalb der österreichischen Bourgeoisie sowie ihre widersprüchliche aussenpolitische Orientierung verhinderten in Österreich eine Zentralisierung der äussersten Reaktion in einer politischen Bewegung. Zurzeit der Weltwirtschaftskrise bildeten sich zwei Hauptrichtungen heraus: die von den faschistischen Nachbarländern Italien und Ungarn finanzierten und bewaffneten «Heimwehren» und die zu ihnen in scharfer Konkurrenz stehenden Nationalsozialisten, die seit 1926 eine Untergliederung der deutschen NSDAP darstellten. Zuvor war das faschistische Lager in mehrere Gruppierungen aufgesplittert gewesen, unter denen vor allem die schon erwähnte Frontkämpfervereinigung mit Morden an Arbeiterfunktionären hervortrat.

Innerhalb der Heimwehren kam es immer wieder zu Richtungskämpfen. Der Orientierung auf den italienischen Faschismus, die von der durch adelige Grossgrundbesitzer geführten oberösterreichischen Heimwehr ausging, leistete vor allem die Tiroler Heimwehr Widerstand, da sie die nationale Unterdrückung der deutschsprachigen Südtiroler durch die italienischen Behörden nicht hinnehmen konnte. Eine eigene Entwicklung nahmen der steirische Heimatschutz und Teile der Kärntner Heimwehr, die von der «Alpine» finanziert wurden. Sie strichen die auch in der übrigen Heimwehrebewegung vorhandene deutschnationale Komponente besonders heraus und lehnten sich eng an den Nazifaschismus an, mit dem sie 1933 eine «Kampfgemeinschaft» schlossen. Die Nationalsozialisten waren in Österreich bis zur Weltwirtschaftskrise eine kleine, relativ bedeutungslose Splittergruppe. Unter «Faschismus» wurde vor allem die Heimwehrebewegung verstanden.

Ausgehend von der Orientierung des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1922) auf die Einheitsfront des Proletariats angesichts der Offensive des Kapitals, besonders in Form des Faschismus, unternahm die KPÖ schon in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre Versuche zur Herstellung einer proletarischen Abwehrfront gegen die faschistische Gefahr. Die SP-Führung hingegen meinte, die Kommunisten sähen «weisse Mäuse», und behinderte die Mitarbeit von sozialdemokratischen Arbeitern in den Antifaschisten-Komitees, welche die KPÖ ab Mitte der zwanziger Jahre initiierte.

Trotz der Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft und der zunehmenden faschistischen Umtriebe hatte sich – nicht zuletzt als Ergebnis der sozialdemokratischen Propaganda – der österreichischen Arbeiterklasse ein trügerisches Machtgefühl bemächtigt. Zwar verfügte die Bourgeoisie über die wirtschaftliche Macht, doch im Bereich des «roten Wien» gelang es der Sozialdemokratie, durch eine weitgehend an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Steuerpolitik soziale Einrichtungen zu finanzieren. Zum Symbol des «roten Wien» wurden gewaltige Anlagen von Sozialwohnungen, die ein Beitrag zur Linderung der unvorstellbaren Wohnungsnot waren. Die grössten dieser «Gemeindebauten» waren der Karl-Marx-Hof und die Wohnanlage am Friedrich-Engels-Platz im 19. und 20. Gemeindebezirk. Die Existenz einer «Parteiarmee» in Form des Republikanischen Schutzbundes liess vergessen, dass sich die Machtmittel des Staates längst wieder voll in den Händen der Bourgeoisie befanden. Die Parteiführung verstärkte diese Illusion. Der Linzer Parteitag 1926 beschloss ein Programm, das die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse mittels Parlamentswahlen vorsah. Bereits nach den Nationalratswahlen 1924 hatte derführende Theoretiker des Austromarxismus, Otto Bauer, eine Broschüre über den «Kampf um die Macht» veröffentlicht und darin versprochen, in «wenigen Jahren» werde «über Österreich die rote Fahne» wehen.⁷ Die Nationalratswahlen im April 1927 schienen Otto Bauer recht zu geben. Die Sozialdemokratie wurde somit in Österreich zur relativ stärksten Partei, die in einer «antimarxistischen Einheitsliste» zusammengeschlossenen bür-

gerlichen Parteien erlitten dagegen eine empfindliche Schlappe.

Im Juli 1927 nahm die Entwicklung der Republik eine andere Richtung. Die Vorstellung eines «friedlichen Hineinwachsens» in den Sozialismus erwies sich endgültig als Illusion. Hatte die SP Österreichs auf ihrem Linzer Parteitag 1926 angekündigt, einen gewaltsamen Widerstand der Reaktion gegen eine sozialdemokratische Regierung «mit den Mitteln der Diktatur» zu brechen, so lieferte sie ein knappes Jahr später den Beweis, dass sie nicht einmal imstande war, die Abschlachtung demonstrierender Arbeiter durch die Polizei zu verhindern.

Die sozialdemokratische Parteiführung fürchtete, die Auseinandersetzungen auf den Strassen Wiens könnten sich zum Bürgerkrieg ausweiten, und wiegelte ab. Die Reaktion erkannte, dass sie nur mit dem Bürgerkrieg zu drohen brauchte, um die Sozialdemokratie zum Nachgeben zu bewegen.

Am Abend des 14. Juli wurden drei Angehörige der «Frontkämpfervereinigung», die am 30. Januar in Schattendorf – in einem Ort an der Grenze zu Ungarn – einen Kriegsinvaliden und ein Kind erschossen hatten, von einem Wiener Geschworenengericht freigesprochen. Die Nachricht von dem ungeheuerlichen Urteil verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Stadt. Vor dem Gerichtsgebäude und in den Arbeitervierteln kam es zu ersten Demonstrationen. Am späten Abend traf eine Delegation der Arbeiter des Elektrizitätswerks in der SP-Zentrale ein, um Protestaktionen zu besprechen. Otto Bauer liess sich verleugnen. Während die Delegation in die Redaktion der «Arbeiterzeitung» hinaufging, fuhr er mit dem Lift hinunter. Chefredakteur Friedrich Austerlitz las den Arbeitern seinen Leitartikel vor, in dem er angesichts der «Schurkerei» dieses Freispruchs die Bourgeoisie warnte, sietreibe «ein frivoles, ein gefährliches Spiel»: «Denn wenn die Arbeiter erkennen müssten, dass es für sie in dieser kapitalistischen Ordnung keine Gerechtigkeit gibt ..., so ist es um die Rechtsordnung geschehen. Die bürgerliche Welt warnt immerzu vor dem Bürgerkrieg; aber ist diese glatte, diese aufreizende Freisprechung von Menschen, die Arbeiter getötet haben ..., nicht schon selbst der Bürgerkrieg? Wir

warnen sie alle, denn aus einer Aussaat von Unrecht, wie es gestern geschehen ist, kann nur schweres Unheil entstehen.»⁸

Zwar mussten die Arbeiter den Eindruck gewinnen, der Artikel fordere sie zum Schlag gegen die Reaktion auf, doch erhielt die Delegation keine konkreten Direktiven. Nicht einmal der Republikanische Schutzbund wurde mobilisiert. Otto Bauer gab später zu, dass es die Parteiführung einmal «auf eine unorganisierte, unvorbereitete und daher undisziplinierte Kundgebung ankommen lassen»⁹ wollte, um der Bourgeoisie zu zeigen, dass es in ihrem eigenen Interesse war, mit der SP-Führung zusammenzuarbeiten, anstatt eine Politik zu betreiben, «die das ganze Volk in zwei feindliche Heerlager spaltete, die in einem ungeheuren Kampfe die Massenleidenschaften auf beiden Seiten aufs Höchste entfesselte».¹⁰ Am Abend des 15. Juli habe dann jeder in der Parteiführung gewusst, «dass das ein verhängnisvoller Fehler war»¹¹.

Das Ausmass der Empörung über das Sichtbarwerden der Klassenjustiz wurde auch von der KPÖ unterschätzt. Eine Vertrauensmännerkonferenz kommunistischer Gewerkschafter am Abend des 14. Juli hielt die Ausgabe der Parole zum Generalstreik für unrealistisch. Die Wiener «Rote Fahne» erschien am 15. Juli mit dem Aufruf zu einer Protestversammlung am Abend dieses Tages.

Der Freispruch war kein Einzelfall. Seit dem Beginn der zwanziger Jahre waren faschistische Arbeitermörder immer nur zu lächerlich geringen Strafen verurteilt, Vergehen von Arbeitern aber mit drakonischen Strafen geahndet worden. Dazu kam neben dem trotz allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs anhaltenden sozialen Elend die schmerzvolle Erkenntnis, dass die bürgerliche Regierung auch nach dem sozialdemokratischen Wahlerfolg vom April 1927 fest im Sattel sass. Der Freispruch am 14. Juli war schliesslich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Aus allen Wiener Grossbetrieben strömten schon am Morgen die Arbeiter auf die Ringstrasse, um ihrer Empörung Luft zu machen. Vor dem Parlament wurden die Demonstranten von einer Abteilung berittener Polizei attackiert, woraufhin sie sich mit Steinen, Latten und Ästen

zu bewaffnen begannen. Die Polizei antwortete mit Pistolenschüssen. Die ersten Toten gab es, als Verhaftete in ein nahe gelegenes Wachzimmer gebracht werden sollten und dieses gestürmt und angezündet wurde.

Hinter dem Parlament steht der Justizpalast. Obwohl dort keine mit dem Schattendorfer Prozess befassten Institutionen untergebracht waren, sahen die Demonstranten in ihm das Symbol der Klassenjustiz. Als zu Mittag ins Innere des Gebäudes geflüchtete Polizisten auf die Demonstranten schossen, stürmten diese den Justizpalast und setzten ihn in Brand. Die Löscharbeiten wurden von der inzwischen auf 200'000 Menschen angewachsenen Menge verhindert. Die im Justizpalast beschäftigten Beamten und Wachleute wurden vom Republikanischen Schutzbund in Sicherheit gebracht.

Bereits in den Vormittagsstunden hatte die Bundesregierung, die damals vom christlichsozialen Prälaten Ignaz Seipel geführt wurde, Vorbereitungen zu einer blutigen Auseinandersetzung mit den Demonstranten getroffen. Die Polizei wurde mit Karabinern aus Militärbeständen ausgerüstet. Als es dem sozialdemokratischen Bürgermeister Karl Seitz gerade gelungen war, der Feuerwehr den Weg zum Justizpalast zu bahnen, begann die Polizei mit dem Angriff, wobei sie Fliehende bis in die Aussenbezirke verfolgte. Die «Hasenjagd» der Polizei setzte sich bis in die Nachtstunden fort und forderte 85 Opfer. Dazu kamen noch vier getötete Polizisten.

Als das Massaker begann, machten sich Demonstranten wie Schutzbündler die von der KPÖ erhobene Forderung nach Bewaffnung der Arbeiter zu eigen, Schutzbündler stürmten in ihre Sammellokale in den Arbeiterbezirken und forderten die Ausgabe von Waffen. Die SP-Führung hingegen verhandelte noch am Nachmittag erfolglos mit Bundeskanzler Seipel und dem Wiener Polizeipräsidenten Schober und rief für den 16. Juli einen 24stündigen Generalstreik aus sowie einen unbefristeten Verkehrsstreik, der aber nach einigen Tagen abgebrochen wurde.

Bundeskanzler Seipel trug das Seine dazu bei, der Arbeiterbewegung ihre Niederlage bewusst zu machen: «Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, das den Opfern und den Schuldigen an den Un-

glückstagen gegenüber milde scheint, aber grausam wäre gegenüber der verwundeten Republik. Verlangen Sie nichts, was ausschauen könnte wie ein Freibrief für solche, die sich empören.»¹² Diese Parlamentsrede war es, die Seipel den Beinamen «Prälat ohne Milde» eintrug.

Die Bourgeoisie hatte am 15. Juli 1927 die realen Machtverhältnisse «klargestellt». Beim Begräbnis der Opfer warnte der Vorsitzende der KPÖ, Johann Koplenig¹³: «Der Faschismus marschiert. Er rüstet, ermutigt durch die Juliniederlage der Arbeiterschaft, zu neuen Morden. Die österreichische Arbeiterschaft ist nicht geschlagen, wenn sie die richtigen Lehren zieht und ihren Weg ändert.»¹⁴

Aus dem Versagen des Republikanischen Schutzbunds zog die KPÖ die Schlussfolgerung, eine eigene Wehrformation zu bilden. Nach dem Vorbild des auf Initiative der KPD 1924 entstandenen «Roten Frontkämpferbundes» (RFB) Deutschlands schuf sie im Januar 1928 den österreichischen RFB, auf dessen Gründungskongress KPD-Vorsitzender Ernst Thälmann eine Grussansprache im Namen des von ihm geführten deutschen RFB hielt. Durch eine intensive Werbetätigkeit gelang es dem RFB, auch sozialdemokratische und parteilose Arbeiter in seinen Reihen zu organisieren: In Wien waren ein Drittel, in den Bundesländern die Hälfte der Mitglieder des RFB Sozialdemokraten. Bald begann die Polizei die Werbetätigkeit der Organisation zu behindern, es kam zu Zusammenstößen, und im April wurde der RFB behördlich aufgelöst. Im Juli 1928 gelang es der KPÖ, an seiner Stelle die Zulassung der «Österreichischen Arbeiterwehr» zu erreichen, die erstmals mit einem Massenaufmarsch am Jahrestag des Massakers von 1927 am Grab der Juliofper in Erscheinung trat und im September ihre offizielle Gründungsversammlung abhielt. Bis zum Verbot der KPÖ 1933 traten rund 3'000 sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter der Arbeiterwehr bei. Im Februar 1934 gelang es ihren Mitgliedern, sich in die Kämpfe einzuschalten.

«Den revolutionären Schutt wegräumen!»

Der 15. Juli 1927 lieferte der Reaktion den Beweis, dass es möglich war, die sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu beseitigen, den «revolutionären Schutt wegzuräumen», wie dies der christlichsoziale Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel bildhaft formulierte. Insofern stellt dieses Datum einen Einschnitt in der Geschichte der Ersten Republik dar. Von nun an gingen die faschistischen Kräfte in Österreich in die Offensive.

Bereits im Juli 1927 waren Heimwehrlere, Nazis und «Frontkämpfer» in den wesentlichen Bundesländern als Hilfspolizei eingesetzt worden. Im obersteirischen Industriegebiet hatte der dortige Heimwehrführer Walter Pfriemer 6'000 Mann aufmarschieren lassen und den Streikabbruch erzwungen. Im Oktober 1927 schlossen sich die Heimwehrorganisationen der neun Bundesländer zum «Bund der österreichischen Selbstschutzverbände» zusammen. Stabschef der Heimwehren wurde der Verantwortliche für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, Waldemar Pabst. Die Heimwehren wurden in der Folge vom österreichischen Grosskapital direkt unterstützt.

Nach dem 15. Juli 1927 wurden sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter in den Betrieben der Alpine Montangesellschaft, welche die Förderung und Verhütung von Eisenerz und Kohle in der Steiermark und Kärnten monopolisierte, nicht mehr eingestellt. Unter Umgehung der staatlichen Stellenvermittlung nahm die «Alpine» nur mehr Anhänger der Heimwehr auf. Auch auf Arbeiter, die in den christlichen Gewerkschaften organisiert waren, wurde Druck ausgeübt. Die Konzernleitung forderte von den Arbeitern einen «Werkpatriotismus», der gewerkschaftliche Kämpfe ausschloss. Freigewerkschaftliche Betriebsräte, die diesem Ziel im Wege standen, wurden entlassen. Dagegen traten im Mai 1928 im Kärntner Erzbergbau Hüttenberg sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter in den Streik. Die Führung des freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverbands schloss mit der «Alpine»-Direktion aber ein Abkommen – den «Hüttenberger Pakt» –, das dem Konzern die «freie» Aufnahme

von Arbeitern gestattete. Die Alpine Montangesellschaft vervollständigte ihren Triumph am 19. Mai in Leoben mit der Gründung der «Unabhängigen Gewerkschaft» auf der Basis der in allen Konzernbetrieben bestehenden «Heimwehrcellen». Der «Hüttenberger Pakt» hatte damit zur Folge, dass im «Alpine-Reich» nur mehr solche Arbeiter Aussicht auf einen Posten hatten, die vorher der «Unabhängigen Gewerkschaft» beitraten. Mit der im Pakt zum Ausdruck kommenden Anerkennung der «Gelben»¹⁵ als gleichberechtigte Interessenvertretung der Arbeiterklasse begab sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung der Möglichkeit, dem Vordringen des Faschismus in den Betrieben wirksam entgegenzutreten. Dies musste vor allem in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit katastrophale Folgen für die freien Gewerkschaften nach sich ziehen.

Die mit dem «Hüttenberger Pakt» eingeleitete Entwicklung war eine der Ursachen für die Mitgliederverluste der freien Gewerkschaften, die ihre Kampfkraft bedeutend schwächten. Diese Austrittsbewegung setzte schon damals – und nicht erst in der Weltwirtschaftskrise – ein. Von 1928 auf 1929 verloren die freien Gewerkschaften rund 30'000 Mitglieder. Wenn die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in den folgenden Jahren den Arbeitern immer wieder vorwarf, selbst Schuld an Niederlagen bei Streikkämpfen zu tragen, da sich zu wenige in den freien Gewerkschaften organisierten, so übersah sie, dass sie selbst den entscheidenden Beitrag zur Schwächung ihrer Organisation geleistet hatte. Gegen den Widerstand ihrer eigenen Mitglieder hatte sie es 1928 zugelassen, dass ihre zuvor unangefochtene Monopolstellung in den grossen Betrieben untergraben wurde.

Ein weiteres Mittel zur Einschüchterung und Demoralisierung der fortschrittlichen Kräfte waren Aufmärsche von jeweils mehreren tausend, oft bewaffneten Heimwehrlern in traditionellen «Hochburgen» der Arbeiterklasse, zu denen die reaktionären Wehrverbände bis dahin keinen Zutritt hatten. Die grösste derartige Kundgebung fand am 7. Oktober 1928 in Wiener Neustadt statt. Nach ihrem Erfolg im «Alpine-Reich» bekundeten die Faschisten mit dieser Demonstration ihre Absicht, auch im anderen der

beiden wichtigsten Industriegebiete der Ersten Republik, dem Wiener Becken, die Vormachtstellung der Sozialdemokratie zu brechen. Die SP-Führung mobilisierte den Schutzbund zu einer Gegendemonstration in der Hoffnung, die Regierung werde beide Veranstaltungen verbieten.

Darüber hinaus schlug sie eine allgemeine «Abrüstung» vor und erklärte sich bereit, über den Abbau einer der wichtigsten Errungenschaften von 1918/19, des Mieterschutzes, zu verhandeln.

Bundeskanzler Seipel bestand aber auf der Kraftprobe und versprach, die Faschisten im Falle von bewaffneten Auseinandersetzungen durch die Exekutive zu unterstützen, wofür er zusätzlich zu Polizei und Gendarmerie 14 Bataillone Bundesheer-Infanterie, drei Artillerie-Batterien und eine Schwadron Kavallerie um Wiener Neustadt zusammenzog. Gegen die Übereinkunft der SP-Führung mit der Polizei, ihre Kundgebung erst einige Stunden nach dem Faschistenaufmarsch durchzuführen, bildete sich ein sozialdemokratisch-kommunistisches «antifaschistisches Abwehrkomitee», dessen Mitglieder aber am Vorabend der Demonstration verhaftet wurden. Das hinderte Wiener Kommunisten nicht daran, nach Wiener Neustadt zu fahren und zurzeit des Heimwehraufmarsches in einer Nebenstrasse eine Gegenkundgebung durchzuführen, die von der Gendarmerie nur mit Mühe auseinandergetrieben werden konnte. Die Umgehung der Polizeisperren war ihnen gelungen, indem sie, kurz bevor der Zug den Bahnhof erreichte, die Notbremse gezogen und sich auf Schleichwegen zum Sammelplatz für die Demonstration durchgeschlagen hatten. Die Ereignisse von Wiener Neustadt ermunterten nicht nur die Heimwehren zu immer provokanteren Aufmärschen – bald auch schon in Wiener Arbeiterbezirken –, sie stärkten auch die bürgerliche Staatsmacht. Im Februar 1929 liess Seipel in der sozialdemokratischen Parteizentrale Waffen des Arbeiterschützenvereins beschlagnahmen.

Ausser einer Verschlechterung des Mietengesetzes setzte die Reaktion 1929 eine Verfassungsreform durch, welche die Kompetenzen des Parlaments zugunsten des Bundespräsidenten einschränkte. Die Heimwehren steigerten ihre Provokationen zum systematischen bewaffneten Terror ge-

gen Arbeiterversammlungen, der im August 1929 im obersteirischen Industriegebiet die ersten Todesopfer forderte. Innere Machtkämpfe und die Einbusse des NSDAP-Einflusses auf dem Land und im Kleinbürgertum führten Anfang der dreissiger Jahre zu einer Krise der Heimwehrebewegung. Ein Putschversuch des steirischen Heimwehrführers Pfrimer im September 1931 scheiterte, da ihm die anderen Heimwehrführer ihre Unterstützung versagten.

Die Nationalsozialisten griffen die Heimwehren vehement an und stellten dem konservativ-biedereren Gehabe des Faschismus österreichischer Prägung ihre «revolutionär» verkleidete chauvinistische Hetze entgegen, wobei sie die tiefe Verankerung der «grossdeutschen» Ideologie in breiten Kreisen vor allem der kleinbürgerlichen Bevölkerung ausnützten.

Mit dem Rückgang des politischen Einflusses der bürgerlich-parlamentarischen Parteien in der Wirtschaftskrise wurden die Heimwehren zum «Zünglein an der Waage». Besonders deutlich zeigte sich dies, als im Mai 1932 der christlichsoziale Politiker Engelbert Dollfuß eine Koalition aus Christlichsozialer Partei, Österreichischem Landbund und Heimwehr bildete, die im Nationalrat über eine Mehrheit von nur einer Stimme gegenüber der Opposition von Grossdeutscher Volkspartei und Sozialdemokratie verfügte.

Da Dollfuß seine politische Laufbahn im niederösterreichischen Bauernbund begonnen hatte, wurde er von vielen anfangs als «Linker» innerhalb des christlichsozialen Lagers angesehen. Dem Bundesführer der Heimwehren, Ernst Rüdiger Starhemberg, verriet er allerdings schon im Zuge der Regierungsbildung im Mai 1932: «Ich betrachte meine Betreuung (richtig: Betrauung – *d. Verf.*) als Bundeskanzler nicht als ein vorübergehendes politisches Mandat, sondern als eine Sendung. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, in was für einer ausserordentlich schwierigen Krise sich Österreich politisch und wirtschaftlich befindet. Aus dieser Krise müssen wir Österreich herausführen. Diese Aufgabe will ich um jeden Preis lösen. Zur Lösung dieser Aufgabe ist mir jeder Bundesgenosse und Mitarbeiter recht.... Ich sage Ihnen ganz offen, für die

Aufgaben, die ich mir gestellt habe, brauche ich Sie.»¹⁶ Obwohl er ursprünglich für den Anschluss Österreichs an Deutschland eingetreten war, nahm Dollfuss als Bundeskanzler Kurs auf eine vom deutschen Imperialismus weitgehend unabhängige Mitteleuropapolitik, die sich finanziell auf den französischen, politisch auf den italienischen Imperialismus stützte und ideologisch durch die Propaganda einer angeblichen «deutschen Sendung Österreichs im Donauroaum» abgestützt wurde. Dieser Kurs widersprach den Interessen des deutschen Imperialismus, dessen Gegnerschaft sich Dollfuss daher zuzog.

Vom einheitlichen Wirtschaftsorganismus der Habsburger Monarchie waren der Republik nur Bruchstücke verblieben. Der neue Staat stellte wirtschaftlich ein Torso dar, woraus die Vorstellung von der «Lebensunfähigkeit» Österreichs entstand, die zum wichtigsten Argument für die Auslieferung des Landes an den deutschen («Anschluss») oder französischen Imperialismus wurde («Donaukonföderation» mit den vom französischen Imperialismus abhängigen Staaten der «kleinen Entente»). Die Hereinnahme ausländischen Kapitals erfolgte vor allem durch internationale Anleihen, die aber nicht der Wirtschaftsankurbelung durch staatliche Massnahmen, sondern einer deflationistischen «Hartwährungspolitik» dienten. Begründet wurde diese Politik durch Bundeskanzler Seipel, der 1922 in der «Genfer Sanierung» internationale Garantien für die Zahlungsfähigkeit Österreichs erreichte¹⁷, dafür allerdings die Staatsfinanzen der Kontrolle des Völkerbunds, das heisst des französischen und englischen Finanzkapitals, unterstellte. Zur restriktiven Wirtschaftspolitik der Regierungen kam das Bestreben der Wiener Grossbanken, trotz Kapitalmangels ihre alten Positionen in den «Nachfolgestaaten» der österreichisch-ungarischen Monarchie zu halten, was die Labilität der wirtschaftlichen Situation in Österreich verstärkte und schliesslich zu folgenschweren Bankzusammenbrüchen führte.

In der Weltwirtschaftskrise spitzte sich der Kampf um Österreich zu, da sich der deutsche Imperialismus die Alpenrepublik als «Sprungbrett» in Richtung Südeuropa sichern wollte. Die zwischen dem Deutschen Reich und

Österreich im März 1931 vereinbarte Zollunion wurde vom französischen Finanzkapital zu Fall gebracht, unter anderem dadurch, dass die krisengeschüttelte grösste Bank Österreichs, die zum Haus Rothschild gehörige Creditanstalt, in den Bankrott getrieben wurde. Die Sanierung der Bank, von der ein Grossteil der österreichischen Industrie direkt oder indirekt abhängig war, erfolgte durch Steuergelder. Das verschlimmerte für Hunderttausende österreichischer Familien das Elend, in das sie durch Lohnkürzungen oder Arbeitslosigkeit geraten waren. Unter der Losung «Rothschild saniert – Volk krepirt» bekämpfte die KPÖ diese Politik.

Eine von Dollfuss im Juli 1932 durchgesetzte Umschuldungsaktion, für welche die westlichen Grossmächte im sogenannten «Lausanner Protokoll»¹⁸ die Garantie übernahmen, verhinderte zwar den Staatsbankrott, unterwarf aber die Staatsfinanzen neuerlich der Kontrolle des Völkerbunds und verpflichtete die österreichische Regierung zu einem weiteren Sozialabbau.

In der «Rothschildsanierung» trat besonders klar der eigentliche politische Sinn der ökonomischen Auslieferung des Landes an ausländische Kapitalgruppen zutage. Die Beseitigung des «revolutionären Schutts» der Sozialgesetze von 1918/19 war nicht nur – wie vor allem die Sozialdemokratie in ihrer Propaganda hervorstrich – ein Diktat des internationalen Finanzkapitals; sie war auch erklärtes Ziel der österreichischen Bourgeoisie. Aber nur im Bündnis mit mächtigen «Partnern» konnte die Eindämmung und schliessliche Brechung des Einflusses der Arbeiterbewegung in Österreich gelingen. Insofern besteht ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Politik des Genfer und des «Lausanner Protokolls» und dem 12. Februar 1934.

Die Unfähigkeit der Regierenden, der Krise Herr zu werden – die offiziell zugegebene Arbeitslosenrate kletterte auf über 15 Prozent –, schuf günstige Voraussetzungen für die Demagogie der Nationalsozialisten. Die Hitlerpartei vervielfachte auch in Österreich bei allen Wahlen 1931/32 ihren Stimmenanteil. Besonderen Erfolg erzielte sie unter jungen Menschen, von denen ein grosser Teil arbeitslos und ohne Zukunftsaussichten war. Anfangs

fand der Naziterror gegen die organisierte Arbeiterbewegung teilweise die Unterstützung der Polizei – wie beim Überfall auf das sozialdemokratische Parteiheim im Wiener Arbeiterbezirk Simmering am 16. Oktober 1932. Nach der «Machtübernahme» in Deutschland richteten sich die nazifaschistischen Anschläge aber zunehmend auch gegen staatliche Einrichtungen.

Das Unvermögen der Sozialdemokratie, eine wirksame Strategie gegen den Generalangriff der sozialen Reaktion zu entwickeln, führte in immer grösseren Teilen der Arbeiterklasse zur Resignation. Massenhafte Austritte aus sozialdemokratischen Organisationen, vor allem aus den freien Gewerkschaften, die zwischen 1929 und 1932 fast ein Drittel ihrer Mitglieder verloren, schwächten ihre potentielle Kraft. Die kommunistisch geführte Rote Gewerkschaftsopposition innerhalb der freien Gewerkschaften kämpfte gegen eine Abwälzung der Krisenlasten auf die Werkstätigen und für eine Änderung der Politik der Gewerkschaften, um das Überlaufen der Arbeiter zu christlichen, deutschnationalen und «gelben» Verbänden aufzuhalten.

Der Kampf gegen die soziale Verelendung

Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise im Winter 1932/33 war fast ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung beschäftigungslos. Zu den offiziell ausgewiesenen 400'000 unterstützten Arbeitslosen kamen Zigtausende «Ausgesteuerte», das heisst Menschen, die bereits so lange ohne Arbeit waren, dass ihnen die Arbeitslosenunterstützung gestrichen worden war. Viele Arbeitslose, vor allem Jugendliche, die noch nie eine Stelle gefunden hatten, aber auch Tausende Frauen, die gezwungenermassen «ins Familienleben zurückgekehrt» waren, erschienen in keiner Statistik. Aber selbst für die Beschäftigten wurde die Kurzarbeit zur Regel, so dass auf dem Höhepunkt der Krise nur mehr ein kleiner Teil der Arbeiterschaft volle 48 Stunden pro Woche – und das bedeutete: mit ausreichendem Lohn – arbeitete. Die soziale Not fand auch in der Gesundheitsstatistik ihren Niederschlag, zum Beispiel in

einem Anstieg der Säuglingssterblichkeit; Ärzte in Arbeitervierteln stellten chronische Unterernährung bei Kindern fest.

Unter diesen Umständen war selbst eine der schärfsten Waffen der Arbeiterklasse, der Streik, stumpf geworden. Die verzweifelte Lage vieler Familien ohne geregeltes Einkommen verleitete Arbeitslose, sich als Streikbrecher anheuern zu lassen. Unter Hinweis auf die Hunderttausenden Stellungssuchenden gelang es vielen Unternehmern, von den Arbeitern einen Verzicht auf ihnen zustehende Rechte zu erpressen.

Die Regierung Dollfuss setzte die Linie Seipels fort und verfolgte auch noch in der Krise eine Politik strengster «Sparsamkeit», die den Banknotenumlauf einschränkte und das höchste Ziel der Wirtschaftspolitik in der Stabilität der Währung erblickte. In die gleiche Richtung wurde die Regierung vom französischen Finanzkapital gedrängt, das an einer raschen Rückzahlung der immensen Auslandsschulden Österreichs interessiert war. Die extreme Aussenhandelsabhängigkeit des kleinen Landes führte dazu, dass die Österreicher die Folgen der internationalen Krise, deren Auswirkungen durch die Deflationspolitik der Regierung noch verstärkt wurden, besonders schwer spürten.

Grossen Eindruck machten angesichts der Arbeitslosigkeit im Westen die Erfolge der sowjetischen Arbeiter beim Aufbau des Sozialismus. 1929 war der erste Fünfjahresplan in Angriff genommen worden, kurze Zeit später wurden die letzten Arbeitslosen eingestellt.

Auch von sozialdemokratischen Publizisten wurde der Zusammenhang zwischen Krise und Kapitalismus klar erkannt. In einem Kommentar zur «Weltwirtschaftskonferenz», auf der sich am Sitz des Völkerbunds in Genf kapitalistische Wirtschaftsexperten um einen Ausweg aus der hoffnungslosen Lage stritten, schrieb die Wiener «Arbeiter-Zeitung»: «Während die Regierungen vor lauter ‚Studien‘ und Verhandlungen zu keiner Tat kommen, schwillt aber die Arbeitslosigkeit in der ganzen kapitalistischen Welt immer furchtbarer an, löst sich das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem immer mehr auf! Sie studieren und vertagen; indessen geht die Welt zugrunde.

Diese Impotenz der Herren der Welt kann nur eine Wirkung herbeiführen: die Katastrophe beschleunigen, die mit dem kapitalistischen Weltsystem auch allen seinen Regierungen ein Ende bereiten wird!¹⁹ In der Praxis stellte sich die österreichische Sozialdemokratie aber auf die Seite jener Kräfte im bürgerlichen Lager, die den «Gesundungs- und Schrumpfungskonzepten» der Dollfuß-Regierung eine durch staatliche Massnahmen stimulierte Ausweitung der Produktion, also den Übergang zur staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft, gegenüberstellten.

Im Herangehen an diese für die Politik der Arbeiterbewegung in der Krise so wichtige Frage wurde der grundlegende Unterschied zwischen austromarxistischer und kommunistischer Politik deutlich: Während die Kommunisten davon ausgingen, dass man auch unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen kann und muss, vertraten Linke wie Rechte in der österreichischen Sozialdemokratie politische Auffassungen, die auf ein passives Erleiden der Geschichte durch die Volksmassen hinausliefen.

Eine «Linke» im Sinne einer einheitlichen oppositionellen Strömung existierte in der SP Österreichs bis 1932/33 zwar nicht, doch bildeten sich seitdem Julimassaker 1927 wiederholt Gruppierungen, welche das Zurückweichen der Führung vor der Reaktion kritisierten. Misslingen die Integrationsversuche des Parteivorstands, so wurden die Kritiker als «linke Spinner» kaltgestellt, wie etwa der Wiener Philosophieprofessor Max Adler, oder aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, wie die Publizistin Ilona Duczynská, der ihre Kontakte zur KPÖ zum Verhängnis wurden.

Es waren vor allem in der Parteibasis wenig verankerte Intellektuelle, welche ihre Stimme gegen die bürgerliche Politik der Rechten und die versöhnlerischen, zentristischen Positionen Otto Bauers erhoben. Einige, beispielsweise Otto Leichter, Redakteur der «Arbeiter-Zeitung», bezogen den Standpunkt, der Verlust der Selbstregulierungsfähigkeit des Kapitals würde durch die ständigen Staatsinterventionen von selbst zu einem friedlichen Hinüberwachsen in den Sozialismus führen. Andere, wie etwa Max Adler, vertraten zwar die Notwendigkeit der Diktatur

des Proletariats, doch beschränkten sie sich auf die «Revolutionierung des Bewusstseins» der Arbeiter. In den politischen und ökonomischen Tageskampf der Arbeiterklasse griffen sie kaum ein. Da sie die Weltwirtschaftskrise fast ausschliesslich unter dem Blickwinkel der durch sie bewiesenen Überlebtheit des Kapitalismus und der Unvermeidlichkeit des Sozialismus sahen, nahmen viele Linke die Gefahr nicht wahr, die für die Arbeiterbewegung durch die Orientierung des Finanzkapitals auf einen faschistischen «Ausweg» aus der Krise entstand.

Die Rechten, die vor allem in den Gewerkschaftsleitungen und Bundesländerorganisationen der Partei dominierten, boten der Bourgeoisie Rezepte an, wie der Krise am «vernünftigsten» begegnet werden könnte, und traten gleichzeitig dafür ein, diese Neuordnung der Wirtschaft nicht durch faschistische Provokationen oder Massenaktionen der Arbeiterklasse zu «stören». Sie trugen sich der Bourgeoisie als Garant für die zur wirtschaftlichen «Gesundung» unumgängliche innenpolitische «Ruhe» an, indem sie Streiks abzuwürgen versuchten. Gleichzeitig appellierten sie aber auch an die Rechtskräfte, die Arbeiterklasse nicht ihrerseits zu «reizen». Die SP-Führung war nicht daran interessiert, dass die Massen in Bewegung gerieten. Dies hätte zur Radikalisierung der Arbeiterklasse geführt, sie ihrem Einfluss entzogen und die Herstellung der Einheitsfront zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern begünstigt.

Den Arbeitern gegenüber begründete die Führung der freien Gewerkschaften ihre Ablehnung von Arbeitskämpfen mit der Behauptung, in der Wirtschaftskrise sei es unmöglich, einen Streik erfolgreich zu führen, wobei die «Schlappe», welche die Arbeiter der Wiener Seidenfärbereien in ihrem von Juli bis Dezember 1932 währenden Kampf hinnehmen mussten, der übrigen Arbeiterschaft eine «Lehre» sein solle, wie die «Arbeiter-Zeitung» formulierte.²⁰

Anlass des Streiks war eine willkürliche Lohnkürzung, die das Arbeitereinkommen unter das Existenzminimum drückte. Obwohl nur eine geringe Anzahl von Arbeitern zum Streikbruch bewegt werden konnte und die materielle Hilfe für die Streikenden einigermassen gut organi-

siert wurde, stellte sich die Gewerkschaftsführung auf den Standpunkt, «dass dieser Kampf nicht mehr gewonnen werden konnte, nicht etwa, weil es den Unternehmern gelungen wäre, die Seidenfärber niederzuringen, sondern weil Streikbrecher und Staatsgewalt in holder Eintracht den Unternehmern zu Hilfe gekommen waren.

Alle Feinde der Arbeiter, die Nazi, die Christlichsozialen, die Heimwehler, haben sich ... das schmutzige Geschäft, Streikbrecher in die Seidenfärbereien zu vermitteln, geteilt

...

Freilich, alle Lumperei der Gelben hätte ihr erbärmliches Ziel nicht erreicht, wenn nicht der unerträglich schwere Druck wäre, der auf den ausgesteuerten Arbeitslosen lastet, die überhaupt keine Unterstützung mehr haben ... Trotzdem wäre der Streikbruch unmöglich gewesen, wenn nicht die Staatsgewalt mit einer selbst bei der Wiener Polizei ungewohnten Brutalität und Einseitigkeit auf die Seite der Unternehmer getreten wäre.... (Sie) focht... auf der Seite der Lohndrücker und Ausbeuter mit einem Elan, der wahrlich einer besseren Sache wert gewesen wäre.» Vor dem Gedanken, einen Streikkampf auch gegen die Staatsmacht führen zu müssen, schreckte die Gewerkschaftsführung zurück. Das Vorgehen der Polizei gegen die Färbearbeiter wurde von ihr nicht zum Anlass genommen, um Illusionen bei den Arbeitern zu zerstören, die Staatsmacht könne die Rolle eines über den Klassen stehenden Schiedsrichters spielen. Sie appellierte vielmehr umgekehrt an die Staatsmacht: «Aber die Herren in der Polizeidirektion mögen sich wohl überlegen, welch verhängnisvolle Politik sie da getrieben haben. Dass die Polizei dazu da ist, den von den Bürgerlichen regierten Staat zu schützen, mag vielleicht unvermeidlich sein, solange die Arbeiterklasse nicht im Besitz der politischen Macht ist. Aber dass die Polizei schlechthin den Unternehmer, den Kapitalisten schützt, dass die Arbeiter in der Polizei den Gegner im rein wirtschaftlichen Kampf sehen müssen, einen Gegner, der sich bedenken- und besinnungslos auf die Seite der Ausbeuter stellt – das ist eine Entwicklung, vor der auch der Polizei und selbst einer vernünftigen bürgerlichen Regierung angst und bang werden müsste.»²¹

Während die zunehmende Radikalisierung der Massen die SP-Führung in Unruhe versetzte, erkannten die Kommunisten, dass sich dadurch die Voraussetzungen für eine Abwehr der Angriffe der Reaktion verbesserten. Die KPÖ entwickelte eine Strategie der Verbindung der Wirtschaftskämpfe mit der Abwehr der faschistischen Provokationen, die davon ausging, dass «die Nazi-offensive ... ein spezieller Teil der allgemeinen Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen» war.²²

Hinter der «Antifaschistischen Aktion», welche die KPÖ 1932 nach dem Vorbild der KPD organisierte, stand die strategische Überlegung, dass der Hauptstoss in der konkreten Situation gegen den auch in Österreich rasch erstarkenden Nazifaschismus gerichtet sein musste. Die Abwehr der Nazi-Offensive wurde auch von der Sozialdemokratie als Hauptaufgabe gesehen; doch die KPÖ wies die Arbeiterklasse darauf hin, dass dies den Kampf gegen alle Versuche des Kapitals, einen faschistischen «Ausweg» aus der Krise zu suchen, einschliessen musste.

Der antifaschistische Kampf der KPÖ richtete sich somit nicht nur gegen die Nationalsozialisten und die Heimwehren, sondern auch gegen Faschisierungstendenzen im Staatsapparat, der auf dem Höhepunkt der Krise seinen Druck auf die Arbeiter verschärfte: «Immer weniger Demonstrationen werden erlaubt, erlaubte werden zersprengt, immer brutaler wird das Eingreifen bei Streiks, zum Schutze der Streikbrecher.» Während die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung fassungslos das direkte Eingreifen des Staatsapparats in ökonomische Kämpfe konstatierte und die Behörden beschwor, doch «Vernunft» anzunehmen, erkannte die Kommunistische Partei im Kurs der Regierung Dollfuss Anzeichen für eine unmittelbar drohende faschistische Gefahr: «... das Finanzkapital ... fürchtet den Abwehrwillen der Massen, die trotz der sozialdemokratischen Beschwichtigungsversuche den Angriffen der Bourgeoisie Widerstand leisten können. Dagegen genügen die Mittel des Betruges, der parlamentarischen Verhüllung der Kapitalsdiktatur allein nicht mehr. Deshalb kombiniert die Bourgeoisie damit die Mittel der nackten Gewalt, des Terrors», um ihre «Hungeroffensive» durchsetzen zu können.²³

Diese Situation verlange, wie es im Rundschreiben der KPÖ vom Sommer 1932 zur Erläuterung der Ziele der Antifaschistischen Aktion hiess, die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern in den Stoss gegen den Faschismus einzuordnen: «Die antifaschistische Aktion soll die Zusammenfassung aller Kampfmassnahmen der Arbeiterklasse und der mit dem Proletariat verbundenen und von ihm geführten Werktätigen in Stadt und Land gegen die Bourgeoisie und ihre legalen und illegalen Formationen sein.»²⁴

Der Vorstellung der Austromarxisten, der Faschismus sei eine Rebellion radikalisierter Kleinbürger, stellte die KPÖ damit eine Politik entgegen, die den Faschismus als Instrument des Finanzkapitals begriff.

Diese Strategie konnte aber nur zum Erfolg führen, wenn es gelang, die Mehrheit der Arbeiterklasse für sie in Bewegung zu setzen. Die dafür erforderliche Umstellung der gesamten Parteiarbeit auf den Kampf unter den Massen war bereits 1931 mit dem 10. Parteitag eingeleitet worden und fand ihren sichtbaren Ausdruck in den Beschlüssen der Wiener Parteiarbeiterkonferenz der KPÖ am 8. August 1932. «Ohne Kurs auf die Eroberung der Betriebe, ohne



Flugblatt der KPÖ in Graz

Kurs auf die Gewinnung der Arbeitermassen in den Gewerkschaften gibt es keinen erfolgreichen antifaschistischen Kampf. Das muss der entscheidende Leitgedanke auch bei der Durchführung der antifaschistischen Aktion, bei allen Massnahmen dazu sein, die wir treffen»²⁵, hiess es im Referat Koplenigs.

Das setzte auch ein neues Herangehen an die Bündnispolitik voraus. Hatte die KPÖ bisher die Aktionseinheit der Arbeiterklasse fast ausschliesslich «von unten» herzustellen versucht und als Bedingung für ein erfolgreiches gemeinsames Vorgehen mit sozialdemokratischen Arbeitern deren Distanzierung von ihrer Parteiführung gesehen, so stellte sie nun fest: «Wir stellen keine Bedingung ausser der einen, dass der Kampf geführt wird.»²⁶

Die KPÖ war sich aber klar, dass von ihrer Initiative der Erfolg des Kampfes gegen den Faschismus abhing, da für die Sozialdemokratie – wenn überhaupt – antifaschistische Aktionen nur als defensive «Verteidigung der Demokratie» vorstellbar waren. «Ein wirklicher Kampf gegen den Faschismus kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir \ uns nicht allein auf die Abwehr beschränken», hiess es im Rundschreiben des ZK.²⁷ Entscheidend seien dabei nicht nur Streiks und Demonstrationen der Arbeiterklasse und die Verdrängung der Faschisten aus den Betrieben, sondern auch die Verhinderung des Überlaufens verelendeter Klein- und Mittelbauern zu den Nationalsozialisten. «Der Vorstoss der Partei in dem Dorf ist gleichzeitig der beste Offensivkampf gegen den Faschismus.»²⁸ Die Agrarkrise stiess die ärmsten Schichten auf dem Land ins nackte Elend. Einer wachsenden Zahl von Kleinbauern, die ihre in wirtschaftlich günstigeren Zeiten aufgenommenen Kredite nicht zurückzahlen konnten, wurden die Höfe weggenommen und zwangsversteigert. Aber auch die verschuldeten Grossagrarien gerieten in Abhängigkeit vom Bankkapital. Ob diese Zersetzung der traditionellen Strukturen auf dem Land auch zu einer Zersetzung des bisher durch die Heimwehren repräsentierten Faschismus oder nur zu einer Umgruppierung im faschistischen Lager in Richtung einer Stärkung des Einflusses der Nationalsozialisten führe, hänge angesichts der Vernachlässigung der

Bauernfrage durch die Sozialdemokratie insbesondere von den Kommunisten ab. «Eine Unterschätzung der Arbeit der Partei auf dem Lande würde unweigerlich die werktätigen Bauern und Landarbeiter in die Arme des extremen faschistischen Flügels führen. Bei einer entschiedeneren Wendung der Arbeit der Partei auf dem Lande kann dies noch verhindert werden.»²⁹

Die Bauernfrage war ein besonders eklatantes Beispiel dafür, dass die Austromarxisten es verstanden, Probleme immer dann aufzurollen, wenn sie gerade nicht auf der «Tagesordnung der Geschichte» standen. Hatte die SP-Führung 1918 die Ansätze eines Übergreifens der Rätebewegung in die Dörfer ignoriert und so die Mobilisierung der «schwarzen» (katholischen) Landbevölkerung gegen die «roten» Städte begünstigt, so entwickelte sie 1924/25 ein Agrarprogramm, das unter den damaligen Bedingungen auf dem Papier bleiben musste. Während der Krise hingegen, als die mangelnde Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung die Verelendung der Bauern durch die Agrarkrise noch verschlimmerte, überliess die SP-Führung die Dörfer wieder der Reaktion und trug durch ihr Unverständnis für die Anliegen der verarmten Bauern dazu bei, den Gegensatz zwischen Landproletariat und Bauernschaft zu vertiefen. Die KPÖ hingegen versuchte, die Bauern zum gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern gegen die kapitalistische Krise zu mobilisieren, und organisierte im Herbst 1932 einen Reichskongress der werktätigen Bauern. Besonders populär unter der Dorfarmut wurde die Losung der Kommunisten «Arbeiternot – des Bauern Tod».

Im Winter 1932/33, als sich die Zwangsversteigerungen von verschuldeten Bauernhöfen häuften, geriet die Bauernschaft in Bewegung. Der Versuch einer Zwangsversteigerung in Voralpe (Oststeiermark) im Januar 1933 wurde von 1'500 aufgebrauchten Bauern verhindert. Der betroffene Landwirt hatte die Krankenversicherung für seinen Knecht nicht zahlen können. Die Grossagrarier versuchten, die Mittel- und Kleinbauern gegen die Landarbeiterversicherung aufzuwiegen. Der SP-Führung diente das als Beweis für den reaktionären Charakter der Bauernbewegung. Sie attackierte die KPÖ, den Faschisten



Schützenhilfe zu leisten, wenn sie sich an solchen Bewegungen beteiligte. Gerade in den Wochen nach den Vorauer Ereignissen bewiesen die Kommunisten aber, dass es durch geduldige Aufklärungsarbeit möglich war, Teile der Dorfbevölkerung gegen die Demagogie der Grossagrariere zu immunisieren und in den Kampf der Werktätigen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen einzubeziehen. Ein Aufruf der Bauern der Oststeiermark an die Bauern Österreichs am 12. Februar 1933, in dem eine Reihe konkreter wirtschaftlicher Forderungen erhoben wurde, fand die Unterstützung von neugebildeten Bauernkomitees in Unterkärnten, im Salzburger Pongau und im Burgenland. Die Komitees riefen zu lokalen Demonstrationen in der Zeit zwischen 11. und 15. März 1933 auf. Es gelang den Kommunisten auf Bauernkonferenzen, die von Vertretern unterschiedlicher politischer Richtungen besetzt wurden, die Anliegen der Bauern mit den Interessen des Landproletariats zu verbinden. Das Forderungsprogramm verlangte die «Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter in die Arbeiterkrankversicherung auf Kosten des Staates, der Grossbauern und Grossgrundbesitzer, bei gleichzeitige(r) Erhöhung der Fürsorgeleistungen in Krankheitsfällen und

(bei) Arbeitsunfähigkeit. Die Kleinbauern und ruinierten Mittelbauern sowie die Land- und Forstarbeiter sind von jeder Beitragsleistung zu befreien. Gleichzeitig müssen die bürokratischen Verwaltungen durch selbstgewählte Landarbeiter und werktätige Bauern ersetzt werden.» Weiter sprachen sich die Bauern für «einschneidende Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit» sowie «Erhöhung der Löhne, grosszügige Notstandsarbeiten auf dem Gebiete der Meliorationen, Aufforstung, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse» aus, da nur so die Absatzschwierigkeiten der werktätigen Bauern behoben werden könnten. «Die Mittel hie(n)zu sind von den Riesengewinnen der Bankaktionäre, Direktoren und Minister sowie von den hohen Gehältern aller staatlichen Spitzenverdiener zu nehmen.»³⁰

Die KPÖ versuchte auch, die Dorfbevölkerung in den Kampf gegen die drohende Faschisierung des Staates einzubeziehen. In einer Broschüre über die Vorauer Ereignisse wurde auf die Einquartierung von zweihundert schwerbewaffneten Soldaten im Vorauer Stift hingewiesen. «Bauern, das ist praktischer Anschauungsunterricht, erkennt euren Feind! Bisher haben die Bauern immer nur gehört vom Terror gegen die Arbeiter. Sie haben in der Zeitung gelesen, dass man gegen die Arbeitslosen die Gummiknüppel der Polizei und die Bajonette der Gendarmerie eingesetzt hat. Nun können sie aber sehen, dass der Terror der Staatsgewalt sich gegen alle Werktätigen richtet, wenn sie für ihre Forderungen kämpfen.»³¹

Eine weitere Bevölkerungsschicht, die von der Sozialdemokratie traditionell vernachlässigt wurde, waren die Arbeitslosen. Schon in den zwanziger Jahren organisierten fast ausschliesslich die Kommunisten die Arbeitslosen im Kampf für ihre Interessen. Während die Führung der freien Gewerkschaften in ihnen, vor allem in der Krise, potentielle Streikbrecher sahen, forderten die Kommunisten, in allen Gewerkschaftsortsgruppen und Zahlstellen Arbeitslosenkommissionen zu wählen, um sie in den gewerkschaftlichen Kampf einzubeziehen.

Revolutionären Arbeitslosenkomitees gelang es im Januar 1933 in einigen Städten, von den Gemeinden die Auslösung verpfändeter Winterkleider sowie die Zurver-

fügungstellung von Schuhen, Lebensmitteln und Heizmaterial zu erreichen.

Die wirksamste Waffe der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Verelendung war aber nach wie vor der Streik. Dass sein Einsatz nur in den wenigsten Fällen erfolgreich war, lag an der Haltung der Führung der freien Gewerkschaften.

Der erbittertste Streikkampf, der gegen den Willen der Gewerkschaftsleitung geführt wurde, brach im Dezember 1932 im niederösterreichischen Kohlebergwerk Grünbach am Schneeberg aus. Unmittelbarer Anlass war ein schweres Unglück, das auf die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen seitens der Grubenleitung und auf die Arbeitshetze zurückzuführen war. Es war dies nicht der erste Streik in dem von den Beschäftigten oft «Todesbergwerk» genannten Betrieb. Beim letzten grossen Streik, im Jaguar 1925, waren die Streikenden vom freigewerkschaftlichen Metall- und Bergarbeiterverband im Stich gelassen worden, 60 Bergarbeiter wurden damals entlassen, unter ihnen der Vorsitzende des Streikkomitees, Franz Honner³².

Auf Grund der Erfahrungen von 1925 war das Vertrauen der Arbeiter in die Gewerkschaftsleitung nicht allzugross, ihr gelang es nicht, die Führung des Streiks an sich zu reißen. Ein von ihr – neben dem schon bestehenden, kommunistisch beeinflussten – eingesetztes Streikkomitee konnte sich nicht durchsetzen. Diese revolutionäre Streikleitung forderte eine Fortsetzung des Streiks bis zur Erfüllung der Forderungen, die auf mehr Sicherheit unter Tag und soziale Besserstellung hinausliefen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hielt angesichts des herrschenden Elends unter der Arbeiterschaft des ganzen Industriegebiets südlich von Wien eine derartige Streikaktion für aussichtslos. Doch die Streikenden verfügten nicht nur – viele Solidaritätsadressen aus ganz Österreich bewiesen das – über moralischen, sondern auch über einen materiellen Rückhalt: Nicht wenige Bergarbeiterfamilien lebten in den umliegenden Dörfern, hielten Hühner, Kaninchen, die eine oder andere sogar ein Schwein, und teilten mit ihren Kollegen – sie waren also nicht so leicht «auszuhungern», wie dies bei anderen

Streiks gelungen war. Dazu kamen die Solidaritätsaktionen, welche die Rote Gewerkschaftsopposition und die Nachfolgeorganisation der verbotenen «Arbeiterhilfe», der «Bund proletarischer Solidarität», in vielen Betrieben Österreichs durchführten. Von Wien aus fuhren Lastautos mit Solidaritätsspenden nach Grünbach, die RGO richtete eine Küche für die Angehörigen der Streikenden ein. Rote Gewerkschaftsopposition und Bund proletarischer Solidarität sammelten bis Ende Januar 1933 fast 9'000 Schilling Unterstützungsgeider, was dem Gegenwert von etwa 6'000 Mahlzeiten entsprach, die der revolutionären Gewerkschaftsleitung zur Verfügung gestellt wurden. Der Streik wurde von den Arbeitern mit Verbissenheit und lückenlos durchgeführt, da es ja in erster Linie darum ging, die Betriebsleitung zu zwingen, ein paar Schilling mehr für die Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter auszugeben. Alle Versuche der Direktion, durch Streikbrecher den Betrieb wieder in Gang zu bringen, scheiterten. Selbst als die örtliche Polizei aufgeboten wurde, vermochte sie nicht mehr als einem Häuflein auswärtig angeworbener Streikbrecher Zutritt zum Werk zu verschaffen.

Am 4. Januar 1933 nahmen die Vertreter des Metall- und Bergarbeiterverbands mit der Firma und der Unternehmervereinigung Verhandlungen auf, wobei eine Plattform für den Abbruch des Streiks festgelegt wurde. Darin verpflichtete sich die Unternehmensleitung, die «ausgesperrte» Belegschaft wieder einzustellen, die Löhne nicht zu kürzen und ausser einer Halbierung des Urlaubs auf drei Tage (bei Schichtarbeitern auf sechs Schichten) keine Verschlechterung bei den Sozialleistungen vorzunehmen. Bei der am nächsten Tag abgehaltenen Konferenz sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Vertrauensleute des Schneeberggebiets kam es zu stürmischen Diskussionen, da die Vereinbarung nicht nur die Forderungen der Streikenden ignorierte, sondern auch noch einen Anschlag auf den 1919 erkämpften Mindesturlaub bedeutete. Der Standpunkt der Gewerkschaftsführung setzte sich mit knapper Mehrheit durch; man beschloss, das Verhandlungsergebnis den Arbeitern zur Annahme zu empfehlen und darüber eine Urabstimmung

durchzuführen. Der Gewerkschaftsführung gelang es durch einige Tricks, in der Belegschaftsversammlung am 6. Januar 1933 den Streikabbruch durchzusetzen.

Bei der Arbeitsaufnahme stellte sich heraus, dass die Firmenleitung hundert der Ausgesperrten nicht wieder aufnahm. Zwar verzeichnete die RGO viele Neubeitritte, doch trug der Ausgang des Streiks dazu bei, dass sich der ohnehin schon niedrige Organisationsgrad der Grünbacher Bergarbeiter weiter verringerte. Im Februar 1934 blieb es hier, einem traditionellen Zentrum der Arbeiterbewegung, «ruhig».

Dollfuss bricht den Eisenbahnerstreik

Um die Jahreswende 1932/33 erreichte die sozialdemokratischen Gewerkschafter des Villacher Hauptbahnhofes eine vertrauliche Weisung der Wiener Zentrale. Der Hauptvertrauensmann der Zugförderungsstelle, Franz Lichtenegger³³, besprach sich mit einem Genossen, der bei den Zugkontrollen tätig war. Obwohl er damit seine berufliche Existenz aufs Spiel setzte, erklärte sich der Eisenbahner bereit, die heikle Aufgabe zu übernehmen. Ausgerüstet mit einer Plombierzange schlich er im Schutz einer kalten Winternacht zu den Waggons, die über Lienz in Osttirol aus Italien gekommen waren und angeblich «Alteisen» für die Waffenfabriken in Steyr (Oberösterreich) und Hirtenberg (Niederösterreich) enthielten. Unbemerkt gelang es ihm, einige Waggons zu öffnen und wieder «originalgetreu» zu verschliessen. Was er gesehen hatte, brachte eine Affäre ins Rollen, über die wochenlang auf den Titelseiten der Zeitungen in ganz Europa berichtet wurde.

Als die Waggons in Hirtenberg eintrafen, verhinderten die alarmierten sozialdemokratischen Eisenbahner, dass sie heimlich von den Heimwehrlern entladen werden konnten. Sie enthielten nämlich nicht Alteisen, sondern Waffen; für Ungarn bestimmte italienische Waffen, die in Österreich repariert und dann weitergeleitet werden sollten. Das war nicht nur ein Verstoss gegen die Friedensverträge, das war auch ein Beweis, dass der italienische

Faschismus drauf und dran war, mit Österreich und Ungarn einen Block zu bilden, um die französische Vorherrschaft in Mitteleuropa zu brechen.

Wie die «Gerüchte» über den Waffenschmuggel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitung zugespielt wurden, ist nicht bekannt; vermutlich hat dabei der französische Sicherheitsdienst die Hand im Spiel gehabt. Allerdings war bekannt, dass der Direktor der Hirtenberger Waffen- und Patronenfabrik enge Kontakte zu Heimwehr-Führer Starhemberg und dieser zu Mussolini in Italien und dem ungarischen Diktator Gömbös unterhielt. Auch vermutete man, dass die Heimwehren einen Teil ihrer Waffen aus Hirtenberg bezogen. Sie erhielten schliesslich die meisten der für Ungarn bestimmten Gewehre.

Grossbritannien und Frankreich protestierten bei den Regierungen der drei beteiligten Staaten. Die ungarische erklärte, man wisse von nichts, die italienische stellte die Affäre als Angelegenheit eines privaten Waffenhändlers hin, die österreichische musste um das Wohlwollen ihrer westlichen Geldgeber bemüht sein und versprach daher, zu untersuchen. Nach einigen Wochen hatte man eine Antwort ausgearbeitet, in der die Bundesregierung ihre Ahnungslosigkeit erklärte, aber zugab, was nicht abzustreiten war: dass sich 50'000 Gewehre und 200 automatische Waffen in Hirtenberg und Steyr befanden, welche aus Beständen der österreichisch-ungarischen Armee stammten, die von den Italienern im ersten Weltkrieg erbeutet worden waren. Die französische Regierung verlangte eine unverzügliche Rücksendung der Waffen an den italienischen Absender, widrigenfalls sie den Völkerbund mit der Affäre befassen werde. In Hirtenberg wurde indessen mit der Überholung der Waffen begonnen, denn plötzlich war das internationale Echo verstummt. Die französische Regierung fürchtete nach dem Machtantritt des deutschen Faschismus, die Regierung Dollfuss könnte über das Waffengeschäft stolpern und gezwungen sein, Neuwahlen zuzustimmen, die – wie Dollfuss seinen französischen Geldgebern weiszumachen verstand – einen Sieg für die Nationalsozialisten auch in Österreich bringen könnten.

Die österreichische Regierung war sich ihrer Sache so sicher, dass sie den Generaldirektor der Bundesbahnen zum Obmann der sozialdemokratischen Eisenbahnergewerkschaft schickte, um den Weitertransport der Waffen nach Ungarn sicherzustellen. 150'000 Schilling wurden dem Gewerkschaftsführer angeboten, falls er sich bereit erklären würde, die Eisenbahner dazu zu überreden, die Gewehre zu befördern. Doch die Eisenbahnergewerkschaft ging damit an die Öffentlichkeit.

Die Direktion beantwortete die Zurückweisung des Bestechungsversuchs damit, dass sie bei den laufenden Gehaltsverhandlungen auf stur schaltete. Sie kündigte an, auf Grund der angespannten Finanzlage Gehälter und Pensionen im März in drei Raten auszuzahlen. Alle drei Gewerkschaftsverbände der Eisenbahner, die freien ebenso wie die christlichsozialen und die deutschnationalen, kündigten dagegen einen zweistündigen Proteststreik am 1. März 1933 an. Die Bundesbahndirektion erklärte, sie könnte eventuell die Gehälter auf zwei Raten auszahlen, dafür müsse sie allerdings einen Kredit aufnehmen. Und das werde nur geschehen, wenn der Streikbeschluss zurückgenommen würde. Als christliche und sozialdemokratische Gewerkschafter Verhandlungsbereitschaft erkennen liessen, witterten die Nationalsozialisten, die in der Deutschen Verkehrsarbeitergewerkschaft dominierten, eine Chance, ihren geringen Einfluss unter den Eisenbahnern zu vergrössern, und gebärdeten sich besonders «hart» zugunsten der Arbeiter. Damit sahen sich auch die beiden anderen Gewerkschaftsverbände zu einer unnachgiebigen Haltung genötigt.

Am 1. März traten 95 Prozent aller österreichischen Eisenbahner in den Streik. Die Regierung Dollfuss beschloss, ein Exempel zu statuieren. Sie wies die Post an, Telefonate über den Streik zu unterbrechen und der Wiener Zentrale der sozialdemokratischen Eisenbahnergewerkschaft Gespräche in die Bundesländer unmöglich zu machen. Bekannte Funktionäre der Eisenbahnergewerkschaften wurden für die Dauer des Streiks in Haft genommen. Noch am 1. März suspendierte die Bundesbahndirektion höhere Beamte, die sich am Streik beteiligt hatten, vom Dienst und verfügte gemäss einer kaiserlichen

Verordnung vom Juli 1914 ihre Entlassung. Fristlos entlassen wurden die sozial rechtlich kaum geschützten Hilfsbediensteten, die gestreikt hatten. Bediensteten der unteren Einkommensgruppen wurden vier Prozent vom Gehalt abgezogen, gegen «Anführer» Disziplinarmaßnahmen eingeleitet; Dienststrafverfahren wurden gegen alle Bediensteten der mittleren Gehaltsgruppen, die sich am Streik beteiligt hatten, angekündigt. Für die Streikdauer wurden keine Bezüge ausgezahlt.

Am Nachmittag des 1. März sprach eine Delegation von Vertretern aller drei Eisenbahnergewerkschaften beim Handelsminister, in dessen Kompetenz die Bundesbahnen fielen, vor und protestierten gegen die Massregelungen. Der Minister erklärte, die Bundesbahndirektion habe mit Billigung des Ministerrats gehandelt. Damit war klargestellt, dass die Regierung die lohnpolitische Auseinandersetzung innerhalb der Bundesbahnen zu einer Machtfrage gemacht hatte.

Der Angriff auf die Eisenbahner bezweckte die Brechung des Streikrechts. Die Eisenbahner gerieten nicht zufällig in das «Schussfeld» jener Kräfte des Staatsapparats, die auf eine Faschisierung drängten. Was in anderen Ländern die Metallarbeiter darstellten, waren in Österreich die Eisenbahner: gewissermassen die «Elite» der Arbeiterklasse, ihre kämpferischste, bestorganisierte Abteilung. Die Überlegungen Dollfuss' mögen dahin gegangen sein, dass bei einem Erfolg der Regierung gegen die Eisenbahner auch die übrigen Gewerkschaften über kurz oder lang klein beigeben würden. Die weitere Entwicklung gab ihm recht.

Die Bedeutung der Brechung des Eisenbahnerstreiks reicht aber darüber hinaus. Der Anschlag der Dollfuss-Regierung auf die Eisenbahner hätte abgewehrt werden können, wenn sich die gesamte Gewerkschaftsbewegung – nötigenfalls mit dem Mittel des Generalstreiks – hinter die angegriffenen Kollegen gestellt hätte. Die mangelnde Solidarität bewirkte eine tiefe Demoralisierung der Eisenbahner und hat nicht wenig dazu beigetragen, dass sie sich am 12. Februar 1934 dem Generalstreik nicht anschlossen und so die Nachschuboperationen des Bundesheeres und damit die Konzentration der Regie-

Truppen auf die wenigen Kampffronten erleichterten.

Die sozialdemokratische Führung sah auch in dieser Situation, in der es um das Streikrecht, ja um die Existenz der Gewerkschaften ging, das Parlament als den Ort der Auseinandersetzung mit der Regierung an. Die sozialdemokratische Fraktion erreichte eine Sondersitzung des Nationalrats am Samstag, dem 4. März 1933, und bereitete dafür einen Entschliessungsantrag vor, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, dafür Vorsorge zu treffen, dass die Generaldirektion der Bundesbahnen die Bezüge dienstordnungsgemäss auszahle und alle Massregelungen der Streikenden rückgängig mache. Ein ähnlicher Antrag wurde vom Parlamentsklub der Grossdeutschen Volkspartei eingebracht. Innerhalb der christlichsozialen Fraktion war es Dollfuss nach heftigen Auseinandersetzungen gelungen, auch die katholischen Gewerkschaften auf seine Linie zu vergattern.

Die Fehlentscheidung des sozialdemokratischen Parteivorstands, auf ausserparlamentarische Kampfmittel zu verzichten, wiegt besonders schwer vor dem Hintergrund der Ereignisse in Deutschland in diesen Tagen. Der schrankenlose Terror des Faschismus, der nach der Reichstagsbrandprovokation eingesetzt hatte, war für die österreichische Reaktion ein Ansporn, nun ebenfalls demokratische Einrichtungen zu zerschlagen. Darüber hätte sich auch der SP-Vorstand im Klaren sein müssen, zumal die Regierung Dollfuss schon einmal versucht hatte, die deutsche Entwicklung in Österreich nachzuvollziehen. Bereits im Oktober des Vorjahres hatte sie einen Versuchsballon steigen lassen, um zu testen, wie die Opposition auf die Installierung eines Notverordnungsregimes nach dem Vorbild der deutschen Regierungen Brüning und Papen reagieren würde. Die Regierung hatte die verantwortlichen Direktoren der Creditanstalt für den durch ihre unseriöse Geschäftspolitik entstandenen Schaden mit ihrem persönlichen Vermögen haftbar gemacht. Da es dafür keine gesetzliche Grundlage gab, zog sie ein kriegsbedingtes Gesetz aus dem Jahre 1917 heran, das nach dem Krieg angesichts der allgemeinen Notlage bewusst nicht aufgehoben worden war. Dieses «Kriegswirtschaftliche

Ermächtigungsgesetz» sah für Wirtschaftsfragen ein Notverordnungsrecht der Regierung vor. Als 1929 in die Verfassung ein Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten aufgenommen worden war, hatte sich die Sozialdemokratie vergeblich um eine Abschaffung des Gesetzes aus der Monarchie bemüht. Während die Heimwehren auf die gewaltsame Errichtung einer faschistischen Diktatur hinarbeiteten, hoffte die Führung der Christlichsozialen Partei, mit Hilfe des «Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes» «legal» ein diktatorisches Regime einführen zu können, allerdings war man sich nicht klar, durch welchen Trick man den Nationalrat ausschalten und dennoch den Schein der juristischen Kontinuität wahren könnte. Da botdas bürgerliche Parlament dem Faschismus selbst die langersehnte Chance.

«Staatsstreich auf Raten»

Am Samstag, dem 4. März 1933, debattierte der Nationalrat über die Brechung des Eisenbahnerstreiks durch die Dollfuss-Regierung. Drei Anträge standen zur Diskussion – neben dem sozialdemokratischen und grossdeutschen einer der christlichsozialen Fraktion; letzterer bat die Regierung um «Milde» gegenüber den Eisenbahnern.

Dollfuss hatte an diesem Tag Pech: Zwar hatte er die christlichsozialen Abgeordneten verpflichten können, gegen die beiden Anträge der Opposition zu stimmen, aber zwei Abgeordnete waren nicht anwesend, womit sich die Einstimmenmehrheit der Regierung in eine Einstimmenminorität verwandelte.

Der zuerst abgestimmte sozialdemokratische Antrag erhielt nur die Stimmen der SP-Fraktion, der grossdeutsche hingegen wurde angenommen. Eine Abstimmung über den christlichsozialen Antrag wurde daraufhin vom 1. Präsidenten des Nationalrats, den als stärkste Fraktion mit Karl Renner die Sozialdemokratie stellte, unter Hinweis auf die Geschäftsordnung abgelehnt.

Als daraufhin ein Entrüstungssturm unter den Abgeordneten der Regierungsparteien anhub, unterbrach Renner die Sitzung. In der Pause beriet er sich mit der Partei-

führung. Es wurde beschlossen, er solle den Vorsitz niederlegen. Er war nämlich als Präsident nicht stimmberechtigt, und man fürchtete, die Regierung könnte einen deutschnationalen Abgeordneten, der zu keiner Fraktion gehörte, aber immer mit den Grossdeutschen gestimmt hatte, überreden, sich dem christlichsozialen Antrag anzuschliessen. Inzwischen stellte sich heraus, dass von einem sozialdemokratischen Abgeordneten zwei Stimmzettel vorlagen. Sein Banknachbar hatte in der Aufregung ins falsche Fach gegriffen. Das änderte zwar nichts am Resultat, die Christlichsozialen verlangten aber bei Wiederaufnahme der Sitzung, dass die Abstimmung wiederholt werde. Renner trat zurück mit der Begründung, bei dem Tumult könne er keine Sitzung leiten. Die Reihe war nun am 2. Präsident des Nationalrats, einem Christlichsozialen. Damit seine Stimme nicht verloren gehe, trat er ebenfalls zurück. Der 3. Präsident, Sepp Straffner, gehörte der Grossdeutschen Volkspartei an. Als auch er zurücktrat, gingen die Abgeordneten ratlos auseinander, ohne dass die Sitzung formell beendet worden wäre.

Offenbar unterschätzte die SP-Führung die Entschlossenheit Dollfuss', die erstbeste Gelegenheit für die Durchsetzung eines «autoritären» Regierungskurses zu ergreifen, und hielt baldige Neuwahlen für die einzig mögliche Konsequenz aus dem Verlust der Parlamentsmehrheit durch die Regierung. Doch Dollfuss dachte nicht an Neuwahlen, sondern inszenierte einen «Staatsstreich auf Raten», wie es ein österreichischer Historiker genannt hat.³⁴ Bestärkt wurde der österreichische Bundeskanzler in seinem Vorhaben, keine Neuwahlen zuzulassen, durch das Wahlergebnis in Deutschland am 5. März. Dieses war für die christliche Zentrumspartei niederschmetternd ausgefallen. Selbst wenn man den faschistischen Terror in Rechnung stellte, waren die Einbrüche des Nazismus ins katholische Lager, besonders in Süddeutschland, nicht zu übersehen. Dazu kam, dass die wirtschaftliche Lage der Bergbauern in den westlichen und südlichen Bundesländern, dem traditionellen Wählerreservoir der Christlichsozialen Partei, immer verzweifelter wurde, so dass auch hier die Nazi-Demagogie auf fruchtbaren Boden fiel.

Am 7. März erliess die Bundesregierung einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es hiess: «Der Nationalrat, die gesetzgebende Versammlung der Republik Österreich, ist gelähmt und handlungsunfähig ... Die vom Herrn Bundespräsidenten ernannte gesetzmässige Regierung ist im Amte. Sie ist von der Parlamentskrise, die ohne ihr Zutun heraufbeschworen wurde, nicht berührt; es gibt daher keine Staatskrise!... Die Bundesregierung wird mit durchgreifender Energie dafür Sorge tragen, dass Ruhe und Ordnung gegenüber jedem Störversuch geschützt werden; sie fordert alle Volksgenossen ebenso wie die politischen Parteien und die Zeitungen auf, die Bundesregierung zu unterstützen und warnt vor Umtrieben, die die redlichen Bemühungen der Bundesregierung durchkreuzen sollen.»³⁵ Gleichzeitig verfügte die Regierung unter Berufung auf das «Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz» ein Versammlungsverbot und führte die Pressezensur ein.

Gegen diesen ersten Akt des Staatsstreiches wurden Proteste auch in bürgerlichen Zeitungen laut. Die sozialdemokratische Führung «verwarnte» die Regierung und einigte sich mit den Grossdeutschen, dass der 3. Präsident des Nationalrats, für dessen Rücktritt es keine Rechtsgrundlage gebe, das Parlament für den 15. März zur Fortsetzung der formell nicht beendeten Sitzung vom 4. März und zur Neuwahl eines Präsidiums einberufen solle. Die Regierung kündigte daraufhin – gewissermassen als 2. Akt des Staatsstreichs – an, den Zusammentritt einer polizeilich nicht genehmigten Versammlung im Parlamentsgebäude mit allen Mitteln zu verhindern. Damit war klar, dass es diesmal zum Zusammenstoss kommen musste.

Am 10. März tagten im Arbeiterheim des Gemeindebezirks Favoriten die Wiener Vertrauensmänner der Sozialdemokratie. Das Hauptreferat hielt Otto Bauer. Es trug dem festen Willen in der österreichischen Arbeiterschaft Rechnung, es nicht so weit kommen zu lassen wie in Deutschland, wo sich die faschistische Diktatur auch in einem Notverordnungsregime angekündigt habe. Genauso werde in Österreich, «wenn wir uns nicht zur Wehr setzen, von der Verfassung der Republik nichts übrig-

bleiben, als dieses Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz»³⁶.

Trotzdem war die Parole der Parteiführung die des «Nicht-Handelns», «... solange noch eine Möglichkeit besteht, dass unser Organisationsapparat funktioniert und wir als eine einheitliche geschlossene Armee handeln können, werdet ihr alles vermeiden, was bedeuten könnte, dass ihr Provokateuren aufsitzt. Ihr werdet Disziplin bewahren und nach den Parolen der Partei und der Gewerkschaften handeln.»³⁷ Solange also eine Organisation besteht, solle man nichts unternehmen, was den Gegner provozieren könnte. Erst wenn der Gegner der Arbeiterklasse ihr Instrument zur Organisierung von Aktionen aus der Hand geschlagen hat, solle die Arbeiterklasse in Aktion treten: Die obengenannte Regel «gilt nur dann nicht mehr, wenn Parolen nicht mehr gegeben werden können oder nicht mehr an die betreffenden Stellen durchzudringen vermögen. Dann werdet ihr nach eigener Einsicht handeln.»³⁸ Der brausende Beifall, den das Protokoll vermerkt, beweist, dass die sozialdemokratischen Vertrauensmänner nicht begriffen, dass ihr Parteiführer damit ein Szenario für den Untergang ihrer Partei entwarf, das im Februar 1934 in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollte.

Es kennzeichnet Otto Bauers Talent, dass er eine derartig defätistische Perspektive mit einer glänzenden Analyse der politischen Situation ebenso zu verbinden wusste wie mit einer begeisternden, radikalen Rhetorik. So warnte er, die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur in Österreich würde nicht nur die Knebelung der Arbeiterklasse bedeuten. «Der Faschismus im Innern – das bedeutet die Einbeziehung Österreichs in das faschistische Staatenbündnis», das er zwischen Deutschland, Italien und Ungarn sich abzeichnen sah. «Und das würde dann in einer nahen oder fernen Zukunft bedeuten, dass wir, so wie wir im Jahre 1914 auf die Schlachtbank geschickt worden sind für den Ruhm und die Grösse des Hauses Habsburg, dann einmal auf die Schlachtbank geschickt würden für den Ruhm und die Grösse der Herren Hitler, Mussolini und Horthy. (Stürmische Rufe: Nie! Niemals!)»³⁹ Wenige Jahre später war es so weit. Die enge Bindung des Austrofaschismus an das faschistische Italien schuf die Vor-

Lernt von Deutschland!

Ein Warnungsruf der Kommunistischen Partei Deutschlands an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Oesterreichs.

Klassenbrüder! Kampfgenossen!

Aus tiefer Illegalität heraus, verfolgt, gequält und gehetzt von den Schergen der faschistischen Hitler-Diktatur, ihr zum Trotz mit ungebrochener Kampfkraft und gewaltigen Kampfergebnissen mit dem Pöbel kämpfend, wendet

sich an Euch in schicksalsschwerer Stunde der deutschen und österreichischen Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei Deutschlands:

Ich war — ich bin — ich werde sein.

Die deutsche Bourgeoisie hat alle ihre Kräfte zusammengezogen und gegen die deutsche Arbeiterklasse, gegen ihre kommunistische Partei konzentriert. Sie hat dem deutschen Volkstribunal den offenen Bürgerkrieg erklärt. Ihr Verhängnisgericht richtet nicht gegen das Leben der Arbeiter, gegen Reich und Gut der Arbeiterverwandschaften, gegen die letzten Reste der österreichischen-ungarischen Rechte der Proletariat; Hunderte unserer besten Klassenkämpfer sind ermordet, Tausende von revolutionären Arbeitern gefoltert, Zehne- und Abertausende in Kerker und Konzentrationslager geworfen worden.

Nur auf dem Dikken der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführer, die die Arbeiterklasse durch ihren

schändlichen Klassenverrat gespalten haben, könnte die Bourgeoisie Hitler zur Macht empor erheben. Der am 30. Juli 1932 und am 30. Januar 1933 begangene Verrat der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführer, der an Niedertret und Ausmaß sogar den Verrat vom 4. August 1918 in den Schatten stellt, hat Hitler die Bahn frei gemacht.

Der Faschismus ist Sieger für heute. Sein rasender Tempe erlangt die idyllischen Ansätze vor dem mitternächtigen Tag. Doch sein Ziel, die Beseitigung des Klassenkampfes, die Vernichtung der proletarischen Revolution und ihrer Avantgarde vermochte er nicht zu erreichen, und wird es nie erreichen.

Wir kämpften, wir kämpfen und werden den Kampf siegreich bestehen!

Seid gewarnt! Das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse von heute kann morgen schon das Schicksal des österreichischen Proletariats werden.

Die österreichische Bourgeoisie hat durch die Dollfuß-Regierung bereits ihre offene unverhüllte Diktatur aufgeführt. Sie will die Arbeiterklasse vollständig unterwerfen. Sie verbietet die Arbeiterpresse durch die Verweigerung der Normierungen der Proletariat die Erwerbslosenunterstützung wird wieder und wieder angehauf. Die sozialistischen Blätter des österreichischen Proletariats sollen noch mehr lokalgedruckt werden. Der Arbeiter-

der Hitler, der Brandstifter Göring pochen bereits an das Tier, Millionen Soldaten bauen in Oesterreich. Nationalisten überfluten die österreichischen Länder, und das Werk von Dollfuß mit dem Hitzerschen Modestruke „Gleichwohlhaben“.

Die Sozialdemokratie Oesterreichs hat die Heilighaltung von ihre Kapitalismusbereitschaft erklärt. Ihre Führer, die wie Otto Bauer, identisch geworden haben, für die Demokratie, für die Rechte der Arbeiterschaft unter Einsatz ihres Lebens zu kämpfen, die in ihrem Linger Programm biederermaßen versprochen, der bürgerlichen Gewalt gegen die Demokratie die proletarische Diktatur entgegenzustellen, sind dead und dem, die Schamhaft der deutschen Sozialdemokratie vom 30. Januar zu wiederholen. Ihre nächste Scherz wird — die Kapitalisten vor Mussolini und Hitler sein.

Der Weg der deutschen Sozialdemokratie ist auch der Weg der österreichischen Sozialdemokratie.

Mögen die Führer von Otto Bauer, Friedrich Adler, Seitz und Julius Deutsch über die revolutionäre Sozialdemokratie auch einen anderen Klang gehabt haben als die bürgerliche Bekenntnisse von Otto Wels, Leipart, Seitz und Zörgel zum kapitalistischen System — in

der Arbeiterschaft mit der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution waren sie stets eins.

Halber dem Unterchied in Worten — verharb sich die Einheit in der Tat.

Von der KPÖ verbreitetes Flugblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Vorderseite)

aussetzung für die Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland und die Eingliederung der Ressourcen des Landes in die deutsche Kriegsmaschinerie. 37'000 Österreicher fielen als Angehörige der Hitler-Wehrmacht im zweiten Weltkrieg.

Otto Bauers sogenannter Freiheitsschwur, den er vor den Wiener Vertrauensmännern seiner Partei leistete, war trotz seines Verbalradikalismus in Wirklichkeit ein Angebot zur Zusammenarbeit an jene Kreise der Grossbourgeoisie, welche die Wirtschaftskrise ohne faschistische Diktatur meistern zu können glaubten. Da Bauer den Faschismus nicht als Diktatur des Finanzkapitals, sondern als Rückfall ins Mittelalter ansah, an dem nur besonders rückständige Kapitalfraktionen interessiert sein könnten, war er überzeugt, die Sozialdemokratie könne die Mehrheit der Bourgeoisie vom faschistischen Kurs abbringen, wenn sie ihr nur weit genug entgegenkam. Die Mitwirkung der SP müsse gar nicht in Form einer Regierungsbeteiligung erfolgen, es sei auch möglich, «dass man die grossen politischen Streitfragen, die uns von den bürgerlichen Parteien trennen, für eine Zeitlang zurückstellt und sich statt dessen mit den wirklichen Sorgen des Volkes beschäftigt, damit, wie man den Arbeitslosen Arbeit beschafft».⁴⁰

«Aber wenn ich das hier noch einmal sage, dann soll man mich nicht missverstehen. Denn darüber darf sich niemand täuschen: Wenn der Gegner es anders will als wir, wenn er unsere Friedensbereitschaft missachtet, wenn er sich einbildet, Österreich auf die deutsche Bahn führen zu können, dann, Genossen und Genossinnen, soll der Gegner wissen, dass wir zu allem, aber auch wirklich zu allem entschlossen sind. (Tosender, minutenlang anhaltender, begeisterter Beifall. – Zwischenruf des Textilarbeitersekretärs Fischer: Uns werden sie dicht mit einem Leutnant und drei Mann davonjagen!)»⁴¹

Wie gross die Bereitschaft zur Verteidigung' der demokratischen und sozialen Errungenschaften in der österreichischen Arbeiterklasse war, zeigte sich besonders in der Versammlungskampagne, welche die freien Gewerkschaften in diesen Tagen durchführten. Bereits einen Tag nach dem Parteivorstand trat am 9. März der Bundesvorstand der freien Gewerkschaften zusammen. Er beschloss, «dass alle Gewerkschaften in die unmittelbarste Abwehrbereitschaft zu treten und sich bereit zu halten haben, den Verteidigungskampf für die sozialen Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzunehmen, falls dieser Kampf nicht mehr zu vermeiden ist». Neben der

Forderung nach Wiederherstellung der Verfassung und Beseitigung der rechtswidrigen Notverordnung nach dem «Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz» richtete der Bundesvorstand an die Regierung die Warnung, die Gegensätze nicht auf die Spitze zu treiben: «Die Gewerkschaften sind gerüstet!»⁴² Zwei Tage später bekräftigte die Vorstandskonferenz des Bundes freier Gewerkschaften, dass der Versuch, «die sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf dem verfassungswidrigen Wege von Verordnungen auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes zu zerstören, den schärfsten Kampf entfesseln müsste», und warnte «in letzter Stunde».⁴³ Am 13. März folgte eine Serie von Betriebsrätekonferenzen, welche die Kampfbereitschaft der österreichischen Arbeiterklasse widerspiegelten. Einige der dabei beschlossenen Resolutionen mögen als Beispiel dienen:

«Die Vertrauenspersonen der Lebens- und Genussmittelarbeiter in Wien beschliessen, in Erkenntnis der grossen Bedeutung des Kampfes, einhellig mit der Gesamtheit der Arbeiterschaft Österreichs um ihre Freiheit zu kämpfen und solidarisch in den Kampf zu treten.

Mit leidenschaftlicher Zustimmung nahm die Versammlung den Aufruf zum Kampfe entgegen. Einmütig kam der Wille zum Ausdruck, mit allen Mitteln, mit Einsatz von Existenz und Leben die Anschläge der Reaktion auf die Rechte und auf die Freiheit der österreichischen Arbeiterschaft abzuwehren.»⁴⁴

«Die Vertrauensmänner und Funktionäre der Bauarbeiter protestieren leidenschaftlich gegen jedweden Versuch, die politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu schmälern oder sie gänzlich zu beseitigen. Obwohl sie sich des Ernstes der Situation voll bewusst sind, erklären sie mit allem Nachdruck, dass die Bauarbeiter vereint mit der gesamten österreichischen Arbeiterschaft jedem Angriff auf ihre Rechte und auf die Freiheit des Volkes in der entschlossensten Weise entgegenzutreten werden. Die Bauarbeiter warnen die Herrschenden!»⁴⁵

Auf einer Versammlung von 180 Betriebsratsvorsitzen-

den, Geschäftsstellenleitern und Branchenobmännern der Gewerkschaft der Holzarbeiter erklärte der Verbandsvorsitzende: «Wir sind ... nicht in Deutschland, wo die Arbeiterschaft vom Nationalfascismus überrumpelt worden ist. Wir in Österreich sind eine geschlossene und einige Arbeiterschaft, und wir lassen uns vom Klerikofascismus nicht alle unsere teuer errungenen Rechte und Freiheiten rauben. Die Gewerkschaften wollen den Frieden, aber sie scheuen den Kampf nicht.

Es ist diesmal ein Kampf auf Leben und Tod.»⁴⁶

Am Vorabend der entscheidenden Parlamentssitzung richtete die Kommunistische Partei «an die sozialdemokratische und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei sowie an den Bundesvorstand der freien Gewerkschaften Österreichs» einen Offenen Brief, der am 14. März in der Wiener «Roten Fahne» veröffentlicht sowie als Flugblatt verbreitet wurde. Darin begründete die KPÖ die Notwendigkeit der Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien, die in einigen Industriegebieten an der Basis bereits spontan zustande gekommen war.

Nach der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland bereite auch Dollfuß den entscheidenden Schritt zur Etablierung des Faschismus in Österreich vor und beginne mit einem brutalen Verfolgungsfeldzug gegen die Kommunisten, gegen revolutionäre Organisationen und Zeitungen. «Was sich heute gegen kommunistische Arbeiter richtet, wird sich morgen mit ebensolcher Brutalität gegen sozialdemokratische Arbeiter richten.» Die Herstellung der «kämpfenden proletarischen Einheitsfront» in Österreich sei aber auch eine internationale Verpflichtung: «Die österreichische Arbeiterschaft muss sich ihrer historischen Aufgabe bewusst sein. Sie ist dazu berufen, einen Gegenstoss gegen den Faschismus in Mitteleuropa zu führen.»

Ausführlich beschäftigte sich die KPÖ mit dem sozialdemokratischen Argument, angesichts der Verhältnisse der Mitgliederzahlen von mehr als 1:100 könne es in Österreich gar keine «Einheitsfront», sondern nur den Anschluss der KP an die SP geben, in der die Einheit der Arbeiterklasse ja bereits verwirklicht sei. Entscheidend

Offener Brief

An die sozialdemokratische und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, an den Parteivorstand der SP, Oesterreich, an den Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften Oesterreichs!

Werte Genossen!

Die gegenwärtige Situation erfordert gebieterisch die Verflechtung der kämpfenden, proletarischen Einheitsfront. Die Bourgeoisie hat in Deutschland die brutale sozialistische Diktatur offen ausgerufen. Auch in Oesterreich unternimmt die Bourgeoisie durch die Regierung Dollfuß einen entscheidenden Schritt zur Errichtung der sozialistischen Diktatur. Die Verflechtung der Kräfte des Kapitalismus bringt die Kriegesgefahr in bedrohliche Nähe und beverflicht gleichzeitig den Kampf der Massen ins Angemessene. Ein weiteres unratiges Abwärtren und Zurückziehen würde zu einer entscheidenden Niederlage der österreichischen Arbeiterschaft führen. Schon beginnt auch die österreichische Bourgeoisie einen brutalen Verfolgungssturm gegen die Kommunisten, gegen die revolutionären Organisationsformen und Forderungen. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter begannen immer mehr die sozialistischen Verfolgungen am eigenen Leib zu spüren. Was sich heute gegen kommunistische Arbeiter richtet, wird sich morgen mit ebenfallser Brutalität gegen sozialdemokratische Arbeiter richten.

Die österreichische Arbeiterschaft muß sich ihrer historischen Aufgabe bewußt sein. Sie ist darum berufen, einen

Gegenstoß gegen den Faschismus

in Mitteleuropa zu führen.

Das deutsche Volk ist heute drohend vor uns. Der Faschismus ist nur deswegen zur Herrschaft gekommen, weil das deutsche Proletariat nicht rechtzeitig den geschlossenen, einseitigen Kampf mit allen Mitteln aufgenommen hat, wie es die KPD vorschlug. Ist es nicht offensichtlich, daß die deutsche Arbeiterschaft in dem sich jetzt entfaltenden großen Freiheitskampf viel größere Opfer und Beiträge leisten muß, als es in einem Kampf vor einem Jahr gewesen wäre? Was ein Feind der Arbeiterschaft kann das noch bedeuten!

Wir fordern angesichts dieser Tatsachen den Parteivorstand der SPÖ., die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf, die proletarische Einheitsfront des Kampfes in Oesterreich zu schließen!

Sie können die sozialdemokratische Arbeiterschaft vor dem trügerischen Argument: „Die Einheit besteht in der SPÖ.“ Es handelt sich darum die Entscheidung zu treffen, ob der Weg des entschlossenen Klassenkampfes, oberhalb des „kleineren Übels“ gegangen werden soll. Es handelt sich darum, zu entscheiden, ob man „die Verflechtung“ mit der Bourgeoisie und der Bourgeoisie mit und für sich durchsetzen mußten soll an den Überlegungen der revolutionären Arbeiterschaft und mit ihr der großen, kommunistischen Internationale die Verhandlung zum gemein-

Das Einheitsfrontangebot der KPÖ
an die Sozialdemokratische Partei vom 14. März 1933
wurde auch als Flugblatt verbreitet

sei die Politik, die von den jeweiligen Arbeiterparteien betrieben werde: «Es handelt sich darum, die Entscheidung zu fällen, ob der Weg des entschlossenen Klassenkampfes oder der des «kleineren Übels» gegangen werden soll.» Die Kommunisten spielten damit auf Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie an, die in der Tolerierung einer Dollfuß-Diktatur einen Schutz gegen das grössere Übel des Nazifaschismus sahen. «Die Einigung auf das von uns vorgeschlagene Kampfprogramm wäre bereits ein moralischer und politischer Sieg der Arbeiterklasse, bevor der Kampf begonnen hat. Der tatsächliche Sieg würde unbedingt folgen. Sollte der Parteivorstand der SP Österreichs sich mit unserem Vorschlag in der Grundlage einverstanden erklären, so schlagen wir vor, während der Zeit des gemeinsamen Kampfes sich gegenseitig jederlei Angriffes zu enthalten.... Die geschichtliche Situation, in der wir uns in Österreich befinden, hat uns viel gegeben, sie verlangt aber auch viel von uns. Die österreichische Arbeiterschaft kann durch ihren Gegenstoß ein leuchtendes Beispiel von internationaler Bedeutung schaffen. Jetzt

gilt es wahrhaftig, das Klasseninteresse des österreichischen und internationalen Proletariats zu verteidigen.»⁴⁷

Der SP-Vorstand hielt es nicht für notwendig, das kommunistische Einheitsfrontangebot zu beantworten. Wie ernst allerdings die Reaktion die Gefahr der Arbeitereinheit nahm, bewiesen in den Folgemonaten wiederholte Appelle bürgerlicher Zeitungen an die Sozialdemokratie, sich vom «Moskowitzertum» loszusagen.

Am 13. März hatte der sozialdemokratische Parteivorstand beschlossen, dass eine eventuelle Verhinderung der Nationalrats Sitzung am 15. März das Signal zum Generalstreik sei. Doch auf dieses Signal warteten die österreichischen Arbeiter umsonst. «In ihren Quartieren sassen sie», erinnerte sich der sozialdemokratische Journalist Otto Leichter 1934 im Schweizer Exil, «und lauerten auf die befreiende Parole. In ihren Bereitschaftslokalen warteten die Schutzbündler; vollzählig, wie niemals wieder, waren sie gekommen und harrten in höchster Opferbereitschaft des Rufes: Jetzt gilt es, für die Freiheit einzustehen. Im letzten Winkel Österreichs horchte die Arbeiterschaft auf: Die Radfahrer und Motorradfahrer hockten auf ihren Rädern – jeden Augenblick kann der Befehl kommen, jetzt heisst es losfahren in den kalten Vorfrühlingstag hinein, um die Genossen im entlegensten Gebirgstal zu verständigen, denn auch sie warteten. Eine Armee – die wartete und wartete. Und noch vor drei Uhr ging ins Land die Meldung hinaus: Alles gut ausgegangen, der Nationalrat hat getagt. Im ersten Augenblick vielleicht Genugtuung über den friedlichen Sieg, aber später namenlose Enttäuschung, Verzweiflung bei vielen Jungen, Misstrauen bei anderen und beginnende Demoralisierung bei denen, die nur die ausserordentliche Situation zu wirklicher Opferbereitschaft mitgerissen hatte.»⁴⁸

Die Aufnahme des Kampfes gegen den Faschismus am 15. März wäre nicht nur in einer Situation erfolgt, in der die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse dazu bereit gewesen wäre. Diesen Kampf zu führen als Kampf gegen die Ausschaltung des bürgerlichen Parlaments hätte auch die Einbeziehung beträchtlicher Teile der liberalen und katholischen Bevölkerungsschichten in die Abwehr-

schlacht gegen den Faschismus oder zumindest ihre Neutralität zur Folge gehabt. Die Taktik der SP-Führung am 15. März 1933 bewirkte, dass den Faschisten die entscheidende Auseinandersetzung in einer für sie ungünstigen Situation erspart blieb. Als sie der Arbeiterklasse wenige Monate später schliesslich doch den Kampf aufzwingen, hatte sich das Kräfteverhältnis wesentlich zugunsten des Faschismus verschoben.

Kapitulation auf Raten

Am Vormittag des 15. März 1933 hielten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlamentsgebäude eine Fraktionssitzung ab. Als man hörte, dass die Polizei den Befehl erhalten habe, den Sitzungssaal zu besetzen, wurde die Mobilisierung der Wiener Arbeiterschaft zu einer Demonstration vor dem Parlament während der für 15 Uhr angesetzten Sitzung erörtert. Beschluss wurde allerdings keiner gefasst, und so diskutierten die sozialdemokratischen Abgeordneten nach der Mittagspause weiter; kurz nach 14 Uhr begaben sie sich in den Sitzungssaal, wo sich bereits einige Abgeordnete der Grossdeutschen Volkspartei eingefunden hatten. Die Polizei drang inzwischen ins Parlament ein und riegelte die Eingänge zum Sitzungssaal ab. Um halb drei nahm der grossdeutsche 3. Nationalratspräsident Sepp Straffner das Wort und schloss formell die am 4. März unterbrochene Sitzung; da von der Regierungskoalition keine Abgeordneten erschienen waren, konnte kein neues Präsidium gewählt werden. Als wenige Minuten nach halb drei die Polizei einschritt, war die «Sitzung» schon beendet. Nach den Buchstaben der Geschäftsordnung hatte sie allerdings gar nicht stattgefunden, da sie ja für 15 Uhr angesetzt war – und um diese Zeit war der Sitzungssaal schon wieder leer. Die SP-Führung stritt mit Dollfuss noch tagelang, ob der Nationalrat nun getagt habe oder nicht. Der österreichischen Arbeiterschaft aber wurde rasch klar, dass das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten am 15. März eine Kapitulation darstellte.

Sieger des Tages waren die offen faschistischen Kräfte

innerhalb der Regierungskoalition – die Heimwehren und der faschistische Flügel der Christlichsozialen Partei. Sicherheitsminister Emil Fey, der Chef der Wiener Heimwehr, koordinierte die Aktionen der Faschisten in den Bundesländern. So wurden in Tirol Hausdurchsuchungen bei Schutzbundfunktionären sowie im Innsbrucker Gewerkschaftshaus durchgeführt und im Zentrum der Landeshauptstadt eine MG-Abteilung postiert. In Vorarlberg drang die Polizei in das Bregenzer Gewerkschaftshaus ein. In Wien, wo die Polizei die Redaktion der «Roten Fahne», des Zentralorgans der KPÖ, besetzte, stand die Heimwehr in der Innenstadt mit 1'500 Bewaffneten bereit, um bei einer möglichen Zuspitzung der Lage einzugreifen. Doch die Schutzbündler warteten in ihren Bereitschaftslokalen vergeblich auf den Einsatzbefehl.

Durch den Erfolg vom 15. März sicher geworden, beschritt die Regierung Dollfuss in den nächsten Wochen zügig den Weg der Faschisierung des politischen Systems in Österreich. Dabei wurde sie ihrerseits getrieben von den Heimwehren und von der Grossindustrie, die auf einen raschen Sozialabbau drängte.

Bereits am 10. März hatte der Präsident des Wiener Industriellenverbands eine Aussprache mit Dollfuss gehabt, am Tag darauf konferierte er mit Vertretern der Heimwehren. Die Vertreter der Grossindustrie bemühten sich intensiv, sicherzustellen, dass sich die Notverordnungsdiktatur «im Interesse der Industrie auswirke», wie es in einem internen Schreiben des Hauptverbandes der Industrie Österreichs hiess.⁴⁹

Am 30. März stellte sich der «Industrielle Klub», der schon seit Monaten mit faschistischen Kräften innerhalb der Regierung konspirierte, öffentlich hinter das Dollfuss-Regime und schob dem Parlament die Schuld an dem «von Jahr zu Jahr zunehmenden Verfall der Wirtschaft» zu, weshalb die Industrie von der Regierung erwarte, «dass sie nunmehr, unbeirrt durch parteipolitische Gegensätze und Störungen oder sonstige Rücksichten, die Verordnungsgewalt in den Dienst der wirtschaftlichen Notwendigkeit stellt, wodurch sie sich den Dank aller wahrhaft vaterländischen Kreise sichern wird». Da die Industrie «unter der Last der öffentlichen Abgaben ... vollends zusammen-

zubrechen» drohe, sei zur «Rettung der Wirtschaft» neben Mittel der öffentlichen Hand vor allem die Beseitigung der Hemmnisse für eine Senkung der Erzeugungskosten, also die Beseitigung der sozialen Rechte der Arbeiterklasse, erforderlich.⁵⁰

Wie sehr das Dollfuss-Regime diese Wünsche als sein eigenes Regierungsprogramm betrachtete, zeigte die Verwaltungspraxis der nächsten Monate. Nur die wenigsten der unter Berufung auf das «Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz» erlassenen Notverordnungen hatten einen sozialen Anstrich. Massnahmen wie das Verbot des Versands von Schuhen, des Lebensmittelhandels in Grosskaufhäusern und ähnliche richteten sich weniger gegen das Monopolkapital, sondern waren vielmehr als Mittel zur Gewinnung des Kleinbürgertums für den faschistischen Kurs gedacht. Die wichtigsten Verordnungen richteten sich direkt gegen die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse. Am 21. April 1933 wurden alle «politischen» Streiks untersagt, wobei eine Kommission des Sozialministeriums entschied, ob ein Streik als «politisch» einzustufen sei.

Nachdem schon im «notverordneten» Bäckereiarbeitergesetz der 1918 erkämpfte Achtstundentag durchlöchert worden war, wurde er für Angestellte, die eine «Vertrauensstellung» bekleideten, auch formell aufgehoben. Bereits wenige Tage nach der Ausschaltung des Nationalrats hatte die Regierung in geltende Kollektivverträge (Tariflohnvereinbarungen) eingegriffen und soziale Erlungenschaften der Bankangestellten beseitigt, um die Banken zu «entlasten». Diese mussten dafür die Darlehenszinsen herabsetzen, was wiederum das Industriekapital «entlastete». Von April bis Juni erliess die Regierung eine Reihe von Verordnungen, die besonders defizitäre Bereiche der staatlichen Sozialversicherung sowie öffentliche Unternehmen wie die Bundesbahnen auf Kosten der dort Beschäftigten «sanieren» sollten. Im Juli kamen dann die Sozialhilfeempfänger selbst an die Reihe: Die Arbeitslosenunterstützung wurde nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Dauer (von 30 auf höchstens 20 Wochen) gekürzt; so sparte die Bundesregierung 1933 trotz Anwachsens der Zahl der Unterstützungsempfänger fünf

Millionen Schilling an Ausgaben für Sozialversicherung und Altersvorsorge ein. Entscheidende sozial rechtliche Verschlechterungen waren ferner die Reduzierung des gesetzlich vorgeschriebenen Zuschlags auf Überstunden von 50 auf 25 Prozent, die Abschaffung der Vergünstigungen bezüglich der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche (der Frühschluss an Samstagen, das heisst die 44-Stunden-Woche) sowie die Änderung der Feiertagsordnung, die es Unternehmern ermöglichte, von ihren Arbeitern und Angestellten die unentgeltliche Einarbeitung kirchlicher Feiertage zu verlangen.

Das Kapital war mit dem Ergebnis der ersten Monate des Dollfuss-Regimes zufrieden. Der Präsident des Hauptverbandes der Industrie Österreichs sagte in der Jahresversammlung des Wiener Industriellenverbandes am 11. Dezember 1933 dem Kanzler zu, die Industrie werde «seine Regierung unter allen Umständen hundertprozentig unterstützen». Denn er habe seit der Ausschaltung des Nationalrats «mit unbeugsamer Konsequenz daran weitergearbeitet, die Wirtschaft wieder auf gesunde Grundlage zu stellen und ihr neuen Raum zu schaffen. Dr. Dollfuss gehe jenen Weg, den die Industrie so viele Jahre angestrebt hat und niemals zu einem Resultat gekommen ist, weil ein falscher Parlamentarismus jeden gesunden Gedanken aus demagogischen Gründen zunichte gemacht hat».⁵¹

Am Freitag, dem 24. März, führte die Regierung die Vorzensur ein und verhängte sie – zunächst auf die Dauer von drei Wochen – über die «Arbeiter-Zeitung» und das sozialdemokratische «Kleine Blatt». Die kommunistische «Rote Fahne» hatten die Behörden schon vorher – allerdings vergeblich – durch ununterbrochene Konfiskationen mundtot zu machen versucht. Am Freitagabend, um acht Uhr, standen alle Rotationspressen Wiens still. Streuzettel in den Arbeitervierteln informierten die Bevölkerung über diesen Streik, bei dem es nur vordergründig um wirtschaftliche Belange ging – die Zeitungsarbeiter fürchteten, dass die Praxis der Vorzensur die Auslieferung gewisser Zeitungen verzögern könnte, was zu einem Rückgang der Auflage und damit zur Gefährdung der Arbeitsplätze führen musste. Dass die Aktion der Zeitungsarbeiter ju-

belnde Zustimmung der ganzen arbeitenden Bevölkerung Wiens fand, beweist, dass sie allgemein als das gesehen wurde, was sie war: eine Kampfansage an die Regierung und als Versuch, die Vorzensur zu Fall zu bringen. Der Führung der sozialdemokratischen Gewerkschaften war weniger zum Jubeln zumute. Am Samstagvormittag begab sich der Sekretär des Bundes freier Gewerkschaften, Johann Schorsch, zum Vizekanzler und unterrichtete ihn von der grossen Erregung, welche die jüngste Notverordnung in den Druckereien ausgelöst habe. Er verlangte, «dass, wenn schon die Vorzensur verhängt werde, die von der Vorzensur beanspruchte Zeit auf das geringst-mögliche Mass beschränkt werde»⁵². Die Regierung sagte zu, die Massnahme so durchzuführen, dass die Existenz der Zeitungen und der bei ihnen Beschäftigten nicht gefährdet werde. Schorsch teilte dieses Ergebnis den versammelten Betriebsratsobmännern mit, die es übernahmen, ihren Kollegen zu empfehlen, die Protestaktion für beendet zu erklären.

Parallel zum Angriff auf die sozialen Rechte der Arbeiterklasse erfolgte die Demontage ihrer politischen Organisationen. Die Schwäche der eigenen Position diktierte auch hier das Vorgehen der Reaktion: Die Arbeiterorganisationen wurden nicht mit einem Schlag verboten, sondern schrittweise, wobei die «gefährlichsten» – die Kommunistische Partei und der Republikanische Schutzbund – zuerst an die Reihe kamen.

Schon am Tag nach der Verhinderung des Zusammentritts des Nationalrats lösten die Behörden den Republikanischen Schutzbund in Tirol auf, am 31. März folgte ein Betätigungsverbot für das gesamte Bundesgebiet. In fast allen Wiener Gemeindebezirken kam es zu spontanen Massenkundgebungen. Trotz ihres stellenweise brutalen Vorgehens gelang es der Polizei vor allem in den Arbeitervierteln nicht, die Demonstrationen aufzulösen. In der Steiermark, in Kärnten, vereinzelt auch in anderen Bundesländern, vor allem aber in den Industriestädten rund um Wien, protestierte die Arbeiterschaft gegen die Auflösung ihrer Wehrorganisation. Ausserhalb Wiens fühlte sich die Reaktion bereits stark genug, «Waffensuchen» in sozialdemokratischen Versammlungslokalen und bei be-

kannten Arbeiterfunktionären durchzuführen. In Bruck an der Mur besetzte die Gendarmerie das Arbeiterheim, in Krems an der Donau wurde schwerbewaffnetes Militär aufgeboten, um das sozialdemokratische Parteiheim vor der erbitterten Menge abzuriegeln. In Hirtenberg wurde eine grössere Anzahl von Heimwehrleuten konzentriert, angeblich, um den Direktor der Waffenfabrik vor einem Attentat zu schützen. Die Heimwehrlere erklärten den Arbeitern ungeniert, dass sie nur dazu da seien, um die in der Nähe vorbeiführende 1. Wiener Hochquellenwasserleitung zu unterbrechen, falls die Arbeiter der Bundeshauptstadt «Schwierigkeiten» machen würden.

Bereits am Nachmittag des 31. März gab der sozialdemokratische Parteivorstand ein Flugblatt heraus, das zur Besonnenheit mahnte: Die Regierung könne «Namen und Kleid verbieten – nicht die Solidarität und die Disziplin der Menschen, die den Schutzbund bilden.... Die Reaktion will die Arbeiterklasse treffen. Sie kann Organisationen auflösen – nicht den Geist, der diese Organisationen beseelt. Der Kampfgeist lebt.»⁵³ Kampfmassnahmen gegen diese erste Auflösung einer sozialdemokratischen Organisation wurden abgelehnt. Die SP-Führung versuchte vielmehr, das Vorgehen der Regierung mit juristischen Schachzügen zu beantworten. So wurde in Wien vom sozialdemokratischen Bürgermeister die Auflösung der Heimwehr verfügt (was die Bundesregierung sofort wieder rückgängig machte). Und den Parteisektionen wurde empfohlen, die Schutzbündler zu «Ordnerheiten» der Parteiorganisationen zusammenzufassen: «Arbeiter! Republikaner! Eure Antwort wird sein: Jeder bisherige Schutzbündler ein Ordner der Partei! Zu jedem Schutzbündler ein zweiter Ordner dazu! Kaltes Blut, Genossen! Unser Kampf ist nicht zu Ende! Unser Kampf entwickelt sich erst! Eiserner Wille, zähe Ausdauer, planmässiges Handeln werden die Anschläge der Reaktion zu nichts machen.»⁵⁴

Die neuerliche Kapitulation der SP-Führung trieb zwar viele Arbeiter in die Resignation. Vor allem der Arbeitslosen aber, die nichts mehr zu verlieren hatten, bemächtigte sich wachsende Verbitterung. So kam es am 4. April in Wiener Neustadt zu einer Arbeitslosendemonstration,

die die Polizei erst durch Anwendung von Gewalt auflösen konnte. Wo es zu solchen Aktionen kam, wurden sie meist von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam durchgeführt.

Die KPÖ sah den Kampf gegen das Dollfuss-Regime, trotzdem er mit jedem neuen Zurückweichen der Sozialdemokratie schwieriger wurde, noch keineswegs als verloren an. Sie wiederholte daher Ende März ihr Einheitsfrontangebot, schlug die Bildung von Einheitskomitees in Betrieben, Arbeiterwohnhäusern und auf den Arbeitsvermittlungsstellen vor und warnte: «Jede Stunde Verzögerung der Abwehr des Proletariats ist eine Kapitulation vor dem Faschismus. In dieser Stunde richten wir nochmals vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit die Anfrage an den Parteivorstand der SPÖ: Will der Parteivorstand der SPÖ die proletarische Einheitsfront des Kampfes oder will er weiterhin der Bourgeoisie Verhandlungen vorschlagen und gleichzeitig alles hinnehmen, was die Regierung gegen die Arbeiterschaft unternimmt? Die Situation erfordert eine rasche Entscheidung.»⁵⁵

Am 5. April antwortete der sozialdemokratische Parteivorstand und veröffentlichte gleichzeitig den Brief an die KPÖ in der «Arbeiter-Zeitung». Die SP-Führung berief sich auf die festgefahrenen Verhandlungen der Komintern und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und lud die kommunistischen Arbeiter ein, die selbstmörderische Politik der Sozialdemokratie mitzumachen: «Die österreichische Arbeiterschaft steht in diesem Augenblick im schwersten Abwehrkampf gegen den Faschismus. In diesem schweren Kampf ist Einheit der Parolen, Einheit der Führung, Einheit der Aktion unbedingte Notwendigkeit. Bei dem bekannten Grössenverhältnis zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen in Österreich kann diese Führung nur in den Händen der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften liegen. ... Wenn sich die kommunistischen Arbeiter in Solidarität und Disziplin an den kämpfen der grossen Sozialdemokratischen Arbeitermassen beteiligen, wird uns das immer willkommen sein.»⁵⁶

Zu Ostern 1933 hielt die Sozialdemokratie eine «Reichskonferenz» in Wien ab, die ganz im Zeichen ihrer Verhand-



Flugblatt der KPÖ gegen die Schutzbundauflösung, 1. April 1933

lungsbereitschaft mit den nichtfaschistischen Fraktionen des Regierungslagers stand. Ein Zeichen dieser Verhandlungsbereitschaft war, dass nicht – wie vorgesehen – der den künftigen Verhandlungspartnern nicht zu Gesicht stehende Otto Bauer, sondern der weiter rechts stehende Robert Danneberg das Hauptreferat hielt. Er tröstete die Delegierten: «Wenn heute die Ungeduld vieler tausender Proletarier glaubt, dass wir entscheidende Stunden schon versäumt hätten, so sage ich darauf rumgekehrt: Die Entscheidung wird erst kommen.»⁵⁷

In der Diskussion ergriff Bauer das Wort und nahm zu den Klagen vieler Delegierter, «bisher kein Signal zu einer grossen Schlacht erhalten zu haben», Stellung: «Die Partei handelt nicht aus Angst, wenn sie nicht schon das Signal zur letzten Schlacht gegeben hat, sondern aus Verantwortungsbewusstsein für das Land», weil sie hoffe, dass sie ihm «diesen Kampf ersparen» könne.

Natürlich hatte Bauer recht, wenn er die Meinung vertrat, es sei «unrichtig und eine Übertreibung, wenn man heute schon sagte, dass der Weg zwangsläufig in Österreich zum Faschismus führt»⁵⁸, aber die Beschlüsse der Reichskonferenz gaben dem Kampf gegen den Faschismus wenig Impulse. Die Forderung des oberösterreich-

Die Entscheidung liegt vor uns!

Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichskonferenz

Zu den Osterfeiertagen tagte in Wien eine Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei. Die Sozialdemokratie Österreichs ist die weitaus stärkste Partei des Landes. 700.000 Männer und Frauen gehören ihr als eingeschriebene Mitglieder an. Hunderttausend Wähler haben der Sozialdemokratischen Partei ihr Vertrauen geschenkt. Die Reichskonferenz sprach daher im Namen von zwei Fünfteln des österreichischen Volkes. Ihre Beschlüsse sind also von größtem Ernst und größter Wichtigkeit. Die Ausdehnung der Reichskonferenz also lautet:

Die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen sind im Bewusstsein der Verantwortung für die Zukunft des Vaterlandes und der demokratischen Arbeiterschaft. Die Ereignisse der letzten Wochen haben dem gesamten österreichischen Volk...

Vorbereitungunterricht über den unerlässlichen Wert der Demokratie

geben. Das Volk hat erfahren, daß alle individuellen Freiheitsrechte, die die Würde aller Staatsbürger vor dem Gesetz und die sozialen Grundbedingungen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Frauen gesichert sind, sobald die Volksherrschaft ausgedehnt wird. Es ist unser Ziel, die Demokratie in unerschütterlicher Verbindung mit dem Völkertum Österreichs gegenüber allen drohenden Wunden und damit um die Sicherung des Friedens im Innern. Die Demokratie ist die Grundlage der Freiheit und der Gerechtigkeit. Die Demokratie ist die Grundlage der Freiheit und der Gerechtigkeit. Die Demokratie ist die Grundlage der Freiheit und der Gerechtigkeit.

Nur nach dem Prinzip der Demokratie können die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen in Österreich und im Ausland verteidigt werden. Die Ereignisse der letzten Wochen haben dem gesamten österreichischen Volk...

Die Erfahrungen der letzten Wochen haben dem gesamten österreichischen Volk...

Die größte Erregung und Erbitterung

haben. Die Ereignisse der letzten Wochen haben dem gesamten österreichischen Volk...

Die Reichskonferenz sprach daher im Namen von zwei Fünfteln des österreichischen Volkes. Ihre Beschlüsse sind also von größtem Ernst und größter Wichtigkeit. Die Ausdehnung der Reichskonferenz also lautet:

Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, April 1933 (Vorderseite)

chischen Schutzbundkommandanten Richard Bernaschek, dem Bundespräsidenten ein befristetes Ultimatum zu stellen, er solle für den Wiederezugriff des Nationalrats Sorge tragen, wurde zurückgewiesen. Die Sozialdemokratie erinnerte hingegen an ihre Bereitschaft zu

AM 1. MAI

trifft sich das freiheitliebende Volk von Wien

zwischen 10 und 11 Uhr
zu einem friedlichen Spaziergang
auf der Ringstraße!

**DIE STRASSE
FREI
AM
ERSTEN MAI!**



friedlicher «Entwörung des Verfassungskonflikts» und appellierte «an alle verantwortungsbewussten Bürger dieses Staates», sich an einer solchen Entwörung zu beteiligen, «ehe die anschwellende Massenerregung zu den ernstesten Ereignissen führt». ⁵⁹ Mit anderen Worten: Nur die Sozialdemokratie sei noch imstande, die Arbeiterschaft



«im Zaum» zu halten. Die «Arbeiter-Zeitung» verkündete als Ergebnis der Konferenz in Balkenlettern: «Die Entscheidung liegt vor uns.» Mit der Aufforderung, den 1. Mai, dem die «geschichtliche Stunde» in diesem Jahr «besondere Bedeutung» verleihe, zu einer Kampfundgebung für die Wiederherstellung der Freiheitsrechte, für Arbeit

und Brot zu machen, gelang es der SP-Führung noch einmal, der wachsenden Erregung in der Partei Herr zu werden. Aber selbst so angesehene, bedächtige Arbeiterfunktionäre wie Gustl Moser⁶⁰ aus Steyr waren nicht mehr bereit, eine solche Politik länger zu vertreten. «Wir sind sicher nicht für den Kampf auf alle Fälle, denn wir wissen, wie entsetzlich der wäre», erklärte er vor den Delegierten. «Aber, das haben die Ereignisse in Deutschland gezeigt, mit dem blossen Zuwarten wachsen uns die Verhältnisse über den Kopf. Halten Sie die Verantwortung für weniger gross, wenn wir dasselbe Schicksal haben sollten wie in Deutschland, als sie ist, wenn die Massen aufgerufen werden, um dieses Schicksal zu vermeiden?»⁶¹

Doch die SP-Führung lavierte weiter. Als das Dollfuss-Regime Ende April 1933 die traditionellen Maiaufmärsche verbot, forderte sie die Arbeiterschaft auf, statt der abgesagten Kundgebungen «Massenspaziergänge» entlang der Drahtverhaue und MG-Stellungen der Polizei in der Wiener Innenstadt zu veranstalten, und hielt am Nachmittag ein grosses Fest im Wiener Stadion ab. Politische Maikundgebungen wurden nur von der KPÖ in einigen Wiener Arbeiterbezirken organisiert, und zwar nicht im Sinne einer abenteuerlichen Politik, unbedingt die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu suchen. Die KPÖ liess sich von der prinzipiellen Überlegung leiten, dass sich die Arbeiterklasse gerade am 1. Mai nicht das Recht auf die Strasse streitig machen lassen dürfe. Welche Niederlage die von der SP-Führung als Überlistung der Regierung gefeierte Verlegung der Maifeier von der Ringstrasse in das Praterstadion bedeutete, machte der Wiener Heimwehrführer Fey einige Monate später in einer Rede in Graz deutlich: «Und wie wir in Wien den 1.-Mai-Aufmarsch verboten haben, da hat man auch gedroht. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler damals gesagt: ‚Probieren wir es einmal!‘ Wir haben es probiert, und Sie haben gesehen, nicht mit den Ohrwascheln hat einer gewackelt, sondern aus war's mit dem roten Zauber. So haben wir den Bolschewismus überall ... zurückgedrängt.»⁶²

Noch im April verstärkte die Regierung die Polizeikräfte durch «Assistenzkörper» (Hilfstruppen) aus Einheiten aller nichtnationalsozialistischen Wehrverbände. Am 23. Mai

erliess die Bundesregierung eine Notverordnung, die ihr in den darauffolgenden Tagen die Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofs ermöglichte. Damit hatte sich das Regime des letzten Rests bürgerlich-demokratischer Rechtsstaatlichkeit entledigt.

Kommunisten und oppositionelle Sozialdemokraten gemeinsam gegen den Kapitulationskurs

Am 26. Mai 1933 wurde die Kommunistische Partei verboten, die schon vorher vielfältigen Verfolgungen ausgesetzt war, angefangen von der Auflösung ihr nahestehender Vereinigungen, wie zum Beispiel der Roten Hilfe oder – bereits 1931 – des Kommunistischen Jugendverbands, und einer Beschlagnahme- und Zensurpraxis gegenüber der «Roten Fahne», die einem Verbot gleichkam, bis zu willkürlichen Verhütungen von Funktionären der Partei. Seit Anfang der dreissiger Jahre hatte sich die KPÖ auf eine mögliche Illegalität der Partei vorbereitet.

Ein Teil des Apparats wurde bereits unter den Bedingungen der Legalität in den «Untergrund» verlegt, wobei der Partei die Erfahrungen zugute kamen, die sie bei der Betreuung antifaschistischer Emigranten aus den Balkanländern und aus Italien gewonnen hatte, die in Österreich der Überwachung der Staatspolizei entzogen sowie vor Anschlägen von Agenten der Regierungen ihrer Länder bewahrt werden mussten. Seit 1931 zirkulierten Listen mit Polizeikonfidenten in den Betrieben – zum Schutz der lokalen Parteiorganisationen und der Arbeiterkorrespondenten der «Roten Fahne». Ein internes Mitteilungsblatt, «Der Wegbereiter», warnte vor sorglosem Umgang mit vertraulichen Materialien und gab Ratschläge zur Enttarnung von Spitzeln. All das ermöglichte es der KPÖ, unter relativ geringen Opfern den Übergang in die Illegalität zu vollziehen und trotz der verschärften Bedingungen weiter für die Einheit im Kampf gegen das Dollfuss-Regime zu wirken.

Die meisten Parteizellen reagierten sofort auf das Verbot. Vor den Betrieben wurden Flugblätter verteilt, in den Arbeitervierteln die Strassen mit Parolen bemalt. In zwei

Wiener Arbeiterbezirken, Leopoldstadt und Favoriten, organisierte die KPÖ noch am Nachmittag des 26. Mai Strassenkundgebungen.

Die Wiener Stadtleitung der KPÖ richtete einen Offenen Brief an die Wiener Jahreskonferenz der Sozialdemokratischen Partei am 27. Mai, in dem sie vorschlug, in allen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaftsgruppen und in den Betrieben, Protestbeschlüsse zu fassen, die Aufhebung des Verbots der KPÖ und aller bisherigen Notverordnungen gegen die politischen Freiheiten der Arbeiterklasse zu fordern und Abordnungen ins Bundeskanzleramt zu schicken, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Ausgehend von dieser einheitlichen Protestaktion sollten gemeinsam Massendemonstrationen und politische Streiks vorbereitet werden. Ein solcher gemeinsamer Kampf gegen die Notverordnungs-diktatur in Österreich sei zugleich auch die beste internationale Solidaritätsaktion für das geknebelte deutsche Proletariat.⁶³

Am Tag der Konferenz war in der «Arbeiter-Zeitung» ein Leitartikel – vermutlich aus der Feder Otto Bauers – erschienen, in dem die SP-Führung erstmals die Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Kommunisten gegen die faschistische Diktatur andeutete: In den vergangenen Jahren habe die Sozialdemokratie den Kommunismus viel wirksamer – nämlich mit «geistigen» Waffen – bekämpft, als es jetzt die Regierung versuche. «Und dennoch sind wir heute mit den kommunistischen Arbeitern eins im Protest gegen die Auflösung der kommunistischen Partei... Die Kommunisten haben viel und oft geirrt; aber wenn sie irrende Brüder waren, so waren und sind die kommunistischen Arbeiter doch Klassengenossen jener überwiegenden Mehrheit der Arbeiter, die in unseren Reihen steht. ... im Protest gegen die Auflösung der Kommunistischen Partei stehen wir, die wir die Freiheit der Gesinnung als das höchste Gut des freien Mannes betrachten, in einer Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern.»⁶⁴ Aus der historischen Forschung wissen wir heute, welchem Druck Otto Bauer damals bereits seitens des rechten Parteiflügels ausgesetzt war; es ist daher durchaus nicht ausgeschlossen, dass die Formulierungen

Trotz alledem — die KPD. lebt und kämpft bis zum Siege!

Die Regierung hat die Kommunistische Partei verboten. Die Führer der von seinen Verbänden geleiteten Reichsorganisation als einziger Mann Verfolgungserfahrung gegen die KPD nahm, die Leiter der fortschrittlichen Dollfuß-Diktatur als einziger für das Verbot die probatorische Kugelübergang in Wien, die die Sozialdemokratie auch den von der KPD-Mitglieder durchgeführte, die Sozialisten, verbindet, man die Kommunistische Partei, trotz für Herz und Sinn des revolutionären Widerstandes der Arbeiterklasse gegen die faschistische Diktatur und ihre Diktatur- und Unterdrückungsmaßnahmen ist, weil immer breitere Kreise sozialdemokratischer Arbeiter, dem Auftakt der sozialdemokratischen Partei erkennend, dem Kulte der KPD zur revolutionären kämpfenden Einheitsfront Folge leisten. Das stärkt die Bourgeoisie.

Die ließ die Kommunistische Partei verbieten, um die Arbeiterklasse ihrer revolutionären Bildung zu berauben und sie loszuziehen zu machen. Das Verbot der KPD ist daher ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterklasse, aber man kann eine Kommunistische Partei nicht verbieten, sie lebt und kämpft weiter und wird das Proletariat zum Siege führen — trotz alledem!

Gammelnäpfele hat Brot — Zwangsarbeit statt Arbeit — Kecker und Aushen statt Freiheit.

Der Kapitalismus ist unfähig, seinen Arbeitskräften auch nur das nackte Dasein, das Existenzminimum zum Leben zu liefern. Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die Substitutions- und Zwangsmaßnahmen tauben den

Sozialdemokratische Schutzhändler, Arbeiter, bejammert euch!

Nehmet die Lehren aus dem Bankrott der SPD-Revolution in Deutschland und Österreich! Macht Schluss mit der Kapitulationspolitik der SPD. Erkennt, daß die Schläger, die heute gegen die KPD gerichtet werden, morgen sich gegen euch richten werden, wenn sie nicht von der einheitsfronten Einheitsfront der Arbeiterorganisationen gegen das Verbot der Kommunistischen Partei und der anderen proletarischen Organisationen, gegen den Haß der bürgerlichen Arbeiterklasse, fordert die sofortige Aufhebung dieser Verbote! Wegen die «Mittelständische Front», gegen den Faschismus und bürgerlichen Sozialismus, schließt die antifaschistische Einheitsfront des Dreierkartells: Arbeit in den Betrieben, in den proletarischen Kampfgruppen und auf den Demonstrationen Antifaschistische Komitees und Antifaschistische Chören zur Widerstandskämpfer Angewandt wegen die Maßnahmen der Dollfuß-Diktatur, gegen Unterdrückungsmaßnahmen, Arbeiter-Schutzverbände, gegen die Angriffe auf die sozialen Rechte organisiert den proletarischen Widerstand, Massen-demonstrationen und Massenstreiks! Schaut euch noch leiser um die verlogene Kommunistische Partei! Helft ihr in dem Kampf, der ewer Kampf ist! Befreiheit den Weg des revolutionären Klassenkampfes gemeinsam mit der Kommunistischen Partei führen in die Kommunistische Partei!

Es lebe die Antifaschistische Einheitsfront! Nieder mit der faschistischen Diktatur!

Die Kommunistische Partei.

des Leitartikels der «Arbeiter-Zeitung» in den Führungsgremien der Partei auf Kritik stießen. Denn in der Rede auf der Jahreskonferenz der Wiener Organisation erklärte Bauer: «Wir bekämpfen die Auflösung der Kommunistischen Partei aus demselben Grund, aus dem wir Gegner des Bolschewismus sind. Wir bekämpfen sie aus unserer Schätzung des unersetzlichen Wertes der geistigen Frei-

heit.»⁶⁵ Das war die Position des bürgerlichen Demokratismus- von proletarischer Klassensolidarität wurde nicht mehr gesprochen.

Dem entsprach es auch, dass die Delegation, die den Offenen Brief der Kommunistischen Partei an die Sozialdemokratie überbringen wollte, gar nicht vorgelassen, der Inhalt des Briefs vom Präsidium der Konferenz nicht bekanntgegeben wurde. Der formelle einstimmige Beschluss der Konferenz, in einer Resolution gegen das KP-Verbot zu protestieren, war der Initiative eines Delegierten zu danken. Und obwohl in einigen Wiener Bezirken Zusammenkünfte linksoppositioneller Sozialdemokraten und Kommunisten stattfanden, die sich für einheitliche Protestaktionen aussprachen, wurde von der SP-Führung dort, wo ihr Einfluss ungebrochen war, sogar die Behandlung von Protestresolutionen verhindert, so in der Wiener Arbeiterkammer⁶⁶.

Während sich die Sozialdemokratische Partei auf einmal vor ein bisher nie gekanntes Problem – einen rasanten Mitgliederschwund – gestellt sah, konnte die illegale KPÖ ihre Basis in der Arbeiterklasse verbreitern. Die «Rote Fahne» erreichte in der Illegalität eine höhere Auflage als die legale Ausgabe der Zeitung vor dem Parteiverbot, manche Grundorganisationen der SP bezogen dutzende Exemplare, sozialdemokratische Arbeiter liessen die Zeitung in den Betrieben zirkulieren und sammelten für den kommunistischen Pressefonds.

Um die Bedeutung dieser Entwicklung zu ermessen, muss man daran erinnern, dass in den Jahren zuvor Kolporteure der «Roten Fahne» mit oft brutalen Methoden aus den Gemeindebauten vertrieben worden waren und die Kommunisten ihrerseits nur allzu oft, wie es Kopenig einmal ausdrückte, den Kampf statt um die sozialdemokratischen Arbeiter gegen sie führten. Die Betriebszellen der illegalen KPÖ gaben eigene, maschinenschriftlich verviel-fältigte Zeitungen in einer Auflage von 200 bis 500 Exemplaren heraus, vereinzelt erschienen auch von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam herausgegebene Untergrundzeitschriften, so im VIII. Wiener Gemeindebezirk «Die Rote Einheitsfront». Sozialdemokratische Arbeiter in den Betrieben schützten die kommuni-

stischen Zeitungsverteiler vor Spitzeln und dem Zugriff der Polizei.

Zwischen linksoppositionellen Gruppen innerhalb der SP Österreichs und der Kommunistischen Partei wurden erste Kontakte geknüpft. So organisierten linke Sozialdemokraten und Kommunisten im Juli 1933 in Linz eine gemeinsame Kundgebung gegen die Diktatur, bei der es zu ernststen Zusammenstößen der 4'000 Demonstranten mit der Polizei kam. All dies waren Anzeichen einer beginnenden Umgruppierung in der österreichischen Arbeiterbewegung. Je deutlicher sichtbar die schrittweise Entwicklung des Dollfuss-Regimes zur offenen faschistischen Diktatur wurde, desto weniger waren revolutionäre Arbeiter bereit, die Taktik der sozialdemokratischen Führung zu akzeptieren. Einige linke Gruppen gingen auch daran, sich auf den Übergang in die Illegalität vorzubereiten. Als Vorbild diente ihnen die Kommunistische Partei, deren illegaler Kampf ihr Ansehen bei den Arbeitermassen so sehr erhöhte, dass sogar Otto Bauer empfahl, die Sozialdemokraten sollten von den Kommunisten illegal arbeiten lernen. Die Regierung war daher nicht daran interessiert, dass die Zeitungen allzu viel über die Verfolgung der Kommunisten verlauten liessen. Umso ausführlicher berichteten die Regierungszeitungen über Dollfuss' Kampf gegen die Nationalsozialisten. «Da wird jede Anhaltung eines Nazis, jede Massregelung eines mit den Nazis sympathisierenden Beamten in grosser Aufmachung der Öffentlichkeit mitgeteilt. In aller Stille werden aber daneben kommunistische Arbeiter verhaftet, von der Polizei mit Arreststrafen belegt, die zugleich Hungerstrafen für die Familien sind, da für die im Arrest verbrachten Tage die Arbeitslosenunterstützung oder der Lohn entfällt, und zum Teil werden sie noch wegen ‚Verdacht des Hochverrats‘ den Gerichten übergeben. Wenn auch Verhandlungen in der geringsten Zahl der Fälle stattfinden, so ersetzt doch ausgiebige Untersuchungshaft die Strafe.»⁶⁷

Eine Besonderheit der Agitation der KPÖ zu dieser Zeit waren die sogenannten Blitzkundgebungen. Obwohl die Beteiligten damit bis zu sechs Monaten Haft riskierten, konnten die Kommunisten in einigen Stadtbezirken Hunderte Demonstranten zu «spontanen» Kundgebungen

formieren, die sich dann aber kurz vor dem Eintreffen der Polizei – das oftmals durch organisierte bürokratische Hemmnisse bis zu zwanzig Minuten verzögert wurde – auflösten.

Mit solchen Demonstrationen, mit Flugblattaktionen, aber sogar mit Streiks zeigten die Kommunisten einen Weg, selbst unter den schwierigsten Bedingungen für die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiterklasse zu kämpfen. Demgegenüber orientierte die Gewerkschaftsspitze darauf, sich unter den neuen Verhältnissen einzurichten und die Arbeiterschaft «über ihre nunmehrigen Rechte aufzuklären».⁶⁸ Die Arbeiterkammern gaben eine Broschüre über die sozialpolitischen Notverordnungen des Dollfuss-Regimes heraus, in deren Einleitung Gewerkschaftssekretär Schorsch schrieb: «Der Bund der Freien Gewerkschaften, der es grundsätzlich für seine Aufgabe hält, in jeder Situation das für die Arbeiter und Angestellten Notwendige und Zweckmässige zu unternehmen, erachtet es daher als seine Pflicht, ihnen diesen Behelf in die Hand zu geben, vor allem, damit die Betriebsräte und Vertrauenspersonen das neue Arbeitsrecht der Notverordnungen gründlich kennenlernen und sich jederzeit danach richten können.»⁶⁹

In der Juni-Nummer der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratie, «Der Kampf», erklärte der neben Karl Renner prominenteste Vertreter des rechten Parteiflügels Wilhelm Ellenbogen, der noch im März für den bewaffneten Widerstand gegen die Parlamentsauflösung eingetreten war, warum man sich mit der Faschisierungspolitik Dollfuss' abzufinden habe. Die fortschreitende «Rechtszertrümmerung» durch Dollfuss sei ein «Naturgesetz der Diktatur», die Arbeiterbewegung sei dagegen wehrlos, weil sie durch die Aufhebung des Versammlungsrechts, die Vorzensur und die Auflösung des Schutzbundes ihrer «rechtlichen Verteidigungsbasis» beraubt sei; «das ist eben alles die Logik der Gewalt».⁷⁰ Dagegen könne man nichts machen, als mannhaft und treu zu den demokratischen Grundsätzen stehen, «denn diese Treue und Standhaftigkeit allein ist die Gewähr, dass nicht nur die heute so geschändete demokratische Freiheit eines Tages ihre fröhliche(n) Urständ feiern wird, sondern auch dass in

dieser trüben Zeit das innere Gefüge und der Kampfgeist der Partei ... erhalten bleibt»⁷¹.

In dieselbe Kerbe schlug Karl Kautsky, der sich nach der Zerschlagung der deutschen Sozialdemokratie wieder der österreichischen Partei zur Verfügung stellte. Er empfahl, «einstweilen keine grosse Kraftprobe zu suchen»⁷², weil daraus nur die Nationalsozialisten Nutzen ziehen würden: «Wir könnten Dollfuss stürzen, aber nicht um uns, sondern um Hitler in den Sattel zu verhelfen.»⁷³ Noch sei keine günstige Situation verpasst worden (I), und die Sozialdemokratie dürfe erwarten, «das Blättchen werde sich bald wieder wenden, wenn wir nicht vorzeitig den Schützengraben verlassen»⁷⁴. Kautsky formulierte damit eine neue Version der Theorie des «kleineren Übels», die schon in Deutschland zur Rechtfertigung der Politik des schrittweisen Zurückweichens der Sozialdemokratie vor der Reaktion hatte herhalten müssen und die nun zur Begründung für die Kapitulationspolitik der SP Österreichs vor dem Austrofaschismus diene. Angesichts der Bedrohung durch den deutschen Faschismus und seine Agenten in Österreich scheute die sozialdemokratische Führung vor einer Konfrontation mit dem Dollfuss-Regime zurück. Statt die Komplizenschaft der beiden konkurrierenden faschistischen Richtungen aufzuzeigen, betrieb sie eine Politik, die auf eine Tolerierung des Austrofaschismus als des «kleineren Übels» hinauslief – auch wenn dies nur von einigen rechten SP-Funktionären offen in dieser Schärfe gefordert wurde.

Vor allem zwei der ideologischen Unzulänglichkeiten des Austromarxismus traten in diesen Monaten in voller Schärfe zutage:

1. Die Ökonomistische, weil ausschliesslich am Modell des ökonomischen Fortschritts orientierte Vorstellung eines der Geschichte innewohnenden Automatismus eines zwangsläufigen Fortschreitens zum Sozialismus, der kein bewusstes Eingreifen der Arbeiterklasse verlange – also die Unterschätzung des «subjektiven Faktors» in der Geschichte. Damit im Zusammenhang stand der Unglaube der Parteiführung an die Kraft der Massen, an ihren Opferwillen und ihre Kampfbereitschaft, was zu der seltsamen Parteitheorie führte, die Organisationen der Arbeiterklas-

se könnten ihre Funktion nur ausüben, nachdem die Massen spontan in Bewegung geraten seien, um diese Spontaneität dann in «geordnete Bahnen» zu lenken. An die Stelle der Organisierung der Masseninitiative trat somit ihr Bremsen. Die deterministische Geschichtsauffassung – die von den Austromarxisten als historischer Materialismus ausgegeben wurde – eignete sich auch bestens zur nachträglichen Rechtfertigung historischer Versäumnisse. Wenn alles auf Grund objektiver Gesetzmässigkeiten so kommen musste, wie es geschah, erübrigte sich die Frage nach der Verantwortung für politische Fehlentscheidungen. Umgekehrt war auch der Erfolg der Bolschewiki für die Austromarxisten einzig den objektiven Gegebenheiten Russlands und nicht etwa einer anderen Politik der Arbeiterpartei geschuldet. Dieser Fatalismus liess «jede historische Erklärung zum Alibi verkommen ..., weil es letzten Endes gar kein historisches Subjekt, keine Handelnden gibt, folglich auch keine revolutionäre Strategie als Richtschnur geben kann, sondern die Geschichte, irgendwo aufgezogen, wie ein Uhrwerk abschnurrt»⁷⁵.

2. Der «Attentismus», das Zuwarten, das Verheissen der ganz grossen Auseinandersetzung, anstelle des sich tagtäglich vollziehenden «Kleinkriegs» mit der Reaktion. Eine derartige Haltung ermöglichte es, sich zum sozialistischen Endziel zu bekennen und gleichzeitig eine ganz pragmatische Reformpolitik im Rahmen des Kapitalismus zu betreiben, ohne zwischen den beiden irgendeine Verbindung herzustellen, ohne Reformen als Teilkämpfe, als Heranführen an die sozialistische Revolution zu begreifen. Im Gegenteil: Umfür diese «entscheidende Schlacht», für die – wie Otto Bauer in jeder tatsächlichen Entscheidungssituation erklärte – die Zeit noch nicht reif sei, gerüstet zu sein, dürfe man sich nicht «verzetteln». Doch nicht nur im ökonomischen Tageskampf, auch bei grossen Klassenauseinandersetzungen brachte es der Austromarxismus fertig, unter Hinweis auf die bevorstehende Revolution die augenblickliche Bewegung abzuwürgen. So hatte die Parteiführung die Arbeiterschaft 1918/19 auf den Anschluss an Deutschland und auf die «gesamtdeutsche Revolution» vertröstet, da unter den gegebenen Bedingungen die Revolution in Österreich nicht möglich sei.

So hatte man den Faschismus gross werden lassen, und so rechtfertigte man jetzt das ständige Zurückweichen vor dem Dollfuss-Regime, das seinerseits der «entscheidenden Schlacht» tunlich aus dem Weg ging. «Noch sind alle Möglichkeiten offen», tröstete Otto Bauer in der Juli-Ausgabe des «Kampfs» die österreichischen Arbeiter, zwar bestehe die Gefahr, «dass die Entwicklung uns schliesslich doch zu jenem Entscheidungskampf zwingen kann, dem wir im März ausgewichen sind», doch wäre es «gewissenlos ..., den Entscheidungskampf aufzunehmen, solange noch die Möglichkeit einer Entwirrung mit viel geringeren Opfern und Gefahren besteht». Daher müsse die Sozialdemokratie «die Arbeiterklasse in der Erkenntnis erhalten, dass eine Stunde kommen kann, in der uns nur die Wahl bliebe, schimpflich zu kapitulieren oder kühn zu kämpfen, Die Erkenntnis zu festigen, dass die Entscheidung vor uns liegt», die Arbeiterklasse in der entschlossenen Bereitschaft zu erhalten, sich nicht kampflös niederwerfen zu lassen, das bleibt die allerwichtigste Aufgabe in unserem Kampf um die Demokratie.»⁷⁶

Gegen diese «klassisch austromarxistische» Position der Mehrheit der Parteiführung formierten sich sowohl die Rechten als auch die linken Kritiker in diesen Monaten zu zwei relativ geschlossen auftretenden oppositionellen Gruppen. Die Rechten scharten sich um die niederösterreichische Landesparteiexekutive. Diese forderte im Juni 1933 in einem Memorandum die Einbeziehung der Christlichsozialen in die Stadtverwaltung des Roten Wien, um der Ersetzung des sozialdemokratischen Bürgermeisters durch einen Regierungskommissär zuvorzukommen. Weiter solle sich die «Arbeiter-Zeitung» in ihrer Schreibweise mässigen und der Parteivorstand eine ablehnende Stellungnahme «zu der zersetzenden Arbeit der sogenannten Linken innerhalb der Partei» abgeben, da «es für die Partei besser sei, wenn diese Gruppe die Partei verlasse, anstatt alle Bemühungen, im Staate wieder zur Geltung zu kommen, durch Reden und in der Presse bereits im Keim zu ersticken».⁷⁷

Aber auch Otto Bauer trat mit ungewöhnlich scharfen Worten den linken Strömungen in der Partei entgegen, die darauf hinwiesen, dass der Kampf nicht einfach für die

Wiederherstellung «der» Demokratie geführt werden könne, die ja schliesslich zum Faschismus geführt habe. «Die Demokratie», schrieb Bauer, «das ist die Vereins-, Versammlungs-, Press-, Demonstrations-, Streikfreiheit, die Freiheit in der Führung des organisierten Massenkampfes der Arbeiterklasse. Das wiederzuerobern . wäre kein lockendes Kampfziel? ... Die Demokratie – das ist unser schöpferisches Wirken in unserem roten Wien. Man versucht ihm jetzt mit finanziellen Massregeln die Blutzufuhr abzuschneiden. Man will damit unsere Macht in Wien aushöhlen und unwirksam machen. Ihre Schaffensmöglichkeit für die Zukunft zu sichern – das wäre kein Ziel, um das zu kämpfen sich lohnte?

Eine Armee soll eine Bergkette, die sie in der letzten Schlacht räumen musste, wiedererobern. Ihre Wiedereroberung wäre noch lange nicht der entscheidende Sieg im Krieg, wohl aber eine wirksame Stärkung ihrer Verteidigungsstellung. Da gehen nun in den Bataillonen Leute herum und schwätzen: ‚Ach, wozu um die Bergkette kämpfen? Wir waren doch schon oben und wissen: Gar so schön ist es dort auch nicht. Und wenn wir sie wieder nehmen, ist der Krieg damit auch nicht gewonnen.‘ Was macht man mit Leuten, die mitten in der Schlacht solche Reden führen? Nach dem alten k.u.k. Dienstreglement waren sie «niederzumachen». Mit Recht. Denn keine Armee kann eine Stellung nehmen, wenn man den Männern, die sie mit Einsatz von Leib und Leben erobern sollen, mitten in der Schlacht den Glauben nimmt, dass die Stellung dieses Einsatzes wert sei.»⁷⁸

«Otto Bauers ‚Kampf‘ gegen den Faschismus: «Nieder-machen!» – Wen? Die revolutionäre Arbeiterschaft!» Mit diesen Worten zog ein Vertreter der KPÖ in der Zeitschrift der Kommunistischen Internationale, der Basler «Rundschau», die Schlussfolgerung aus Bauers Ausführungen.⁷⁹

Was die SP-Führung plane, das sei ein neuerlicher

Verrat an der Arbeiterklasse, denn ««bereit sein zu ermöglichen, dass ein parlamentarisch kontrolliertes Regierungssystem trotz der zahlenmässigen Schwäche der Regierungsparteien (der faschistischen Dollfüssler im Bunde mit den Heimwehfaschisten) funktionieren könne», heisst,

sich offen einzugliedern in das künftige faschistische verfassungsgedänderte Ständeparlament.»⁸⁰

Aber nicht nur die Kommunisten waren empört. Viele linke Sozialdemokraten, für die Otto Bauer immer noch eine Symbolfigur gewesen war dafür, dass die SP Österreichs eben doch etwas ganz anderes sei als die SPD, und die in ihm eine Garantie gegen eine «Machtübernahme» der Rechten in der Partei gesehen hatten, begannen sich von der SP-Führung abzuwenden.

Unter dem Titel «Niedermachen» erinnerte die erste Nummer einer SP-internen Zeitung, der sich als «Organ der proletarischen Opposition in der Sozialdemokratie Deutschösterreichs» bezeichnende «Freie Arbeiter», an Otto Bauers Nachruf für Bundeskanzler Seipel in der «Arbeiter-Zeitung» vom 3. August 1932, in dem er als «Soldat... dem gefallenen Feind die letzten militärischen Ehren nicht» verweigern wollte und «dem grossen Gegner drei Salven über die Bahre» schickte. «Der Freie Arbeiter» stellte diese Äusserung Bauers seinem Artikel im «Kampf» gegenüber, mit dem er «zum k.u.k. Feldwebel, zu einem Nachwächter der Bourgeoisie» gesunken sei: «Für die Bourgeoisie, also für unsere klassenmässigen Feinde ... Ehrensalven! Für uns Arbeiter, die niedrige brutale Gewalt eines ‚Kommissknopfes‘! Für uns Mordsalven!»⁸¹

Konkurrenz zwischen «grünem» und «braunem» Faschismus

«Wir kämpfen einen Zweifrontenkampf. Der Kampf gegen den internationalen Bolschewismus ist uns ein wahres Vergnügen, weil wir ihn aus unserem Innersten heraus führen ... Der Kampf gegen die braune Front wird von uns aus Pflichtgefühl und Selbsterhaltungstrieb geführt», erklärte der Wiener Heimwehrführer Emil Fey am 29. Oktober 1933 vor niederösterreichischen Heimwehrmännern in Traiskirchen.⁸²

Dollfuss lehnte die von rechten Sozialdemokraten wiederholt angebotene Unterstützung oder auch nur «Rückendeckung» im Kampf gegen seine braunen Konkurrenten ab. Schon am 13. März hatte er im Parteirat der Christ-

lichsozialen Partei erklärt, «die beste Art, um dem Nationalsozialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen», sehe er im Kampf gegen die Linke.⁸³ Dollfuss wusste, dass er auf diese Art möglicherweise erst recht dem Hitlerfaschismus Vorschub leistete, indem er ihm die «Arbeit», die Niederschlagung der Arbeiterbewegung, abnahm. Als der «Landesinspekteur» der österreichischen Nationalsozialisten, Theo Habicht, dem Bundeskanzler in einem Gespräch erklärte, er sei mit seiner Tätigkeit «sehr zufrieden», weil die Schwächung der Sozialdemokratie zur Stärkung des Nationalsozialismus in Österreich führe, erklärte Dollfuss: «Ich bin so antimarxistisch, dass ich auch das in Kauf nehme.»⁸⁴

Diese Einhelligkeit in den reaktionären Zielsetzungen der beiden faschistischen Richtungen zu erkennen war dennoch nicht leicht, da vordergründig ein erbitterter Kampf geführt wurde, dessen Höhepunkt die Ermordung Dollfuss' im Zuge des missglückten Nazi-Putschs am 25. Juli 1934 darstellte.

Den Hintergrund des Gegensatzes zwischen den österreichischen Nationalsozialisten und den Austrofaschisten bildete die Konkurrenz des italienischen und des deutschen Imperialismus im Kampf um Österreich. Das faschistische Italien bemühte sich damals noch um eine Annäherung an Frankreich, erst 1936 wurde das Bündnis mit dem faschistischen Deutschland geschlossen.

Die italienischen Faschisten waren daran interessiert, die staatliche Selbständigkeit Österreichs zu erhalten, um so dem deutschen Imperialismus den Weg nach Südosteuropa, wo sie selbst imperialistische Expansionsabsichten hegten, zu verlegen. Die in der Hirtenberger Waffenaffäre publik gewordene italienisch-österreichisch-ungarische Zusammenarbeit wurde 1934 auch völkerrechtlich – in den «Römischen Protokollen» – fixiert.

Für den deutschen Imperialismus bildete Österreich seit je eine Schlüsselstellung zur Beherrschung Mitteleuropas und zugleich ein Sprungbrett nach dem Balkan. Die an Italien und Frankreich orientierte Politik der Regierung Dollfuss versperrte ihm seit 1932 die bisherigen Einflussmöglichkeiten. Der Hitlerfaschismus bediente sich der österreichischen Nationalsozialisten als Fünfte Kolonne,

deren Auftrag es war, durch Terroranschläge die österreichische Regierung von der Nützlichkeit eines Zusammengehens mit dem deutschen Faschismus zu überzeugen. Ein solches Bündnis, das über kurz oder lang auf eine «Gleichschaltung» hinausgelaufen wäre, hätte die deutschen Imperialisten ihrem Ziel des «Anschlusses» Österreichs nähergebracht.

Die österreichische NSDAP rekrutierte ihre Anhänger vorwiegend aus verarmten Bauern und Kleinbürgern sowie verzweifelten Arbeitslosen. Diese standen schon auf Grund ihrer sozialen Lage in scharfer Opposition zu der von Dollfuss mit Unterstützung der Heimwehren und der profaschistischen Kräfte in der Christlichsozialen Partei aufgerichteten Diktatur. Dieses Regime, der «Austrofaschismus», entsprach den Interessen jener Gruppen in der österreichischen Bourgeoisie, die von einem «Anschluss» an Deutschland nichts zu gewinnen hatten: des grösseren Teils der nichtschwerindustriellen Sektoren der Industrie, des Bankkapitals, der Grossagrarien. Ein wichtiges Instrument für die Durchsetzung des Regimes war die von Dollfuss ab April 1933 mittels des Staatsapparats aufgebaute «Vaterländische Front», welche die Funktionen einer faschistischen Massenpartei ausübte. Das von Dollfuss und seiner Clique installierte System des Austrofaschismus wurde dadurch unabhängig von der faschistischen Bewegung der Heimwehren. Deren Hilfe wurde zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung und zur Ausschaltung der Nazi-Konkurrenz benötigt. Nach Etablierung der austrofaschistischen Diktatur wurde der Einfluss der Heimwehren systematisch zurückgedrängt, bis Dollfuss' Nachfolger Kurt Schuschnigg schliesslich 1936 ihre Auflösung wagen konnte.

Die Heimwehren versuchten ihrerseits, die erste Geige in der Regierungskoalition zu spielen. Ihre Vorstellungen von einer faschistischen Diktatur lehnten sich eng an das italienische «Modell» an, sie kopierten aber auch Erscheinungsformen des deutschen Faschismus. Heimwehrchef Starhemberg liess sich als «der Führer» feiern, an die Stelle der Nazi-Losung «Deutschland erwache!» wurde «Österreich erwache!» gesetzt und statt «Heil Hitler!» hiess es «Heil Starhemberg!».

Nach den Farben der Heimwehr (Grün-Weiss) wurde der österreichische Faschismus auch – im Gegensatz zum «braunen» Nazifaschismus – «grüner» Faschismus genannt. Für das von Dollfuss begründete System des Austrofaschismus war in der Arbeiterbewegung allerdings mehr die Bezeichnung «Klerikalfaschismus» üblich. Von der Kleidung der kirchlichen Würdenträger, die das Regime stützten, leitete sich die Benennung «schwarzer Faschismus» ab, die besonders in den illegalen Publikationen der KPÖ häufig war. In diesen Bezeichnungen kam die Tatsache zum Ausdruck, dass die von Dollfuss propagierte Ideologie eine Mischung aus Heimwehr-Faschismus und katholischer Soziallehre war, wie sie im päpstlichen Rundschreiben «Quadragesimo anno» im Jahre 1931 verkündet worden war.

Im April 1933 war der österreichischen NSDAP bei den Innsbrucker Gemeinderatswahlen der spektakulärste ihrer Wahlerfolge gelungen. Sie hatte ihre Stimmenzahl verzehnfacht und war stärkste Partei im Gemeinderat geworden. Am Tag zuvor hatten der steirische Heimatschutz, Teile der Kärntner Heimwehr und die NSDAP eine «Kampfgemeinschaft» gebildet, der sich im Mai auch die Grossdeutsche Volkspartei anschloss. Am 11. Mai untersagte die Regierung die Abhaltung weiterer Wahlen, das Tragen der Naziuniformen wurde verboten. Die «Behauptung, dass die Christlichsozialen gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung mit Hass erfüllt seien», wurde von der Partei Dollfuss' aber «mit aller Entschiedenheit» zurückgewiesen. Ihr Zentralorgan, die «Reichspost», wünschte vielmehr «der nationalsozialistischen Bewegung im Reich eine rasche Stabilisierung und einen durchgreifenden Erfolg».⁸⁵ In Österreich aber wollten die Austrofaschisten selber schalten und walten.

Dem deutschen «Reichsjustizkommissar» Hans Frank, der ohne vorherige Übereinkunft mit der österreichischen Regierung gemeinsam mit anderen Nazi-Größen zu einer Veranstaltung österreichischer nationalsozialistischer Juristen nach Wien kam, wurde bei seiner Ankunft auf dem Wiener Flughafen bedeutet, dass sein Besuch nicht erwünscht sei. Das hinderte Frank (den späteren «Generalgouverneur» von Polen) aber nicht daran, in die steirische



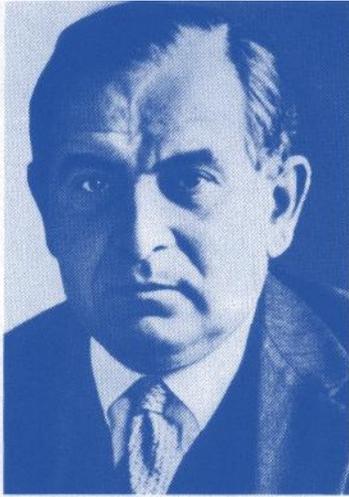
Der Karl-Marx-Hof,
berühmtester der Gemeindebauten des «roten Wien»



Schutzbündler in Uniform bei einem Besuch in Nürnberg, 1926



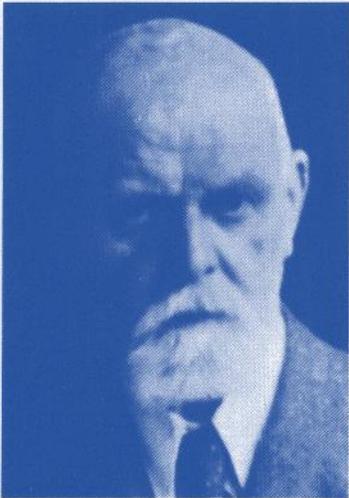
Postkarte des Österreichischen Roten Frontkämpferbunds.
Nach seinem Verbot wurde er im Herbst 1928
als Österreichische Arbeiterwehr neugegründet



Otto Bauer



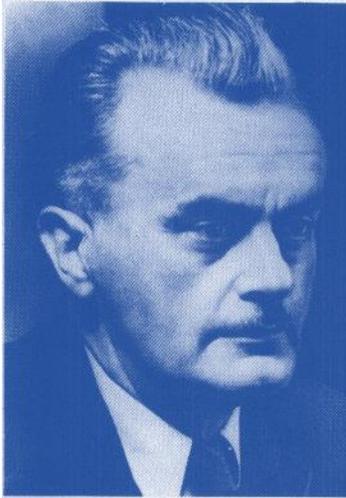
Richard Bernaschek



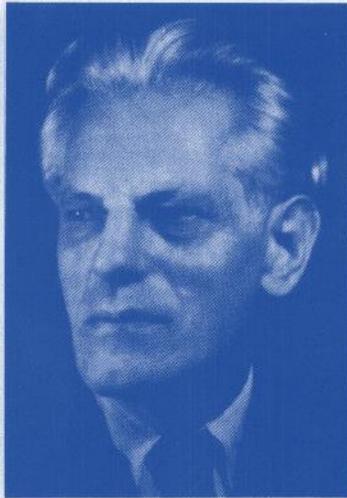
Theodor Körner



Julius Deutsch



Franz Honner



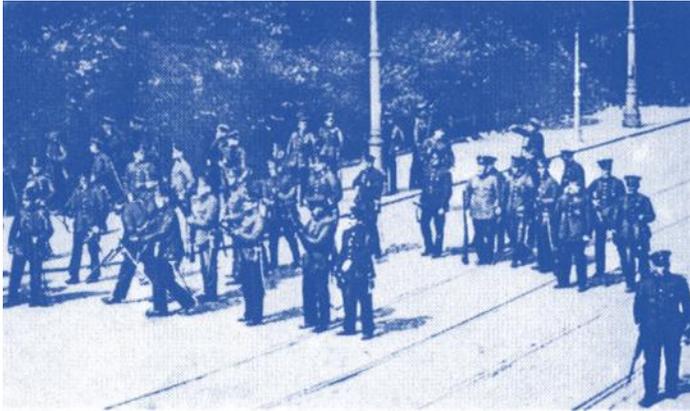
Johann Kopenig



Gustl Moser



Alfred Klahr



Am 15. Juli 1927 veranstaltete die Wiener Polizei ein Gemetzel unter den Demonstranten gegen den Freispruch faschistischer Mörder, dem rund 90 Menschen zum Opfer fielen



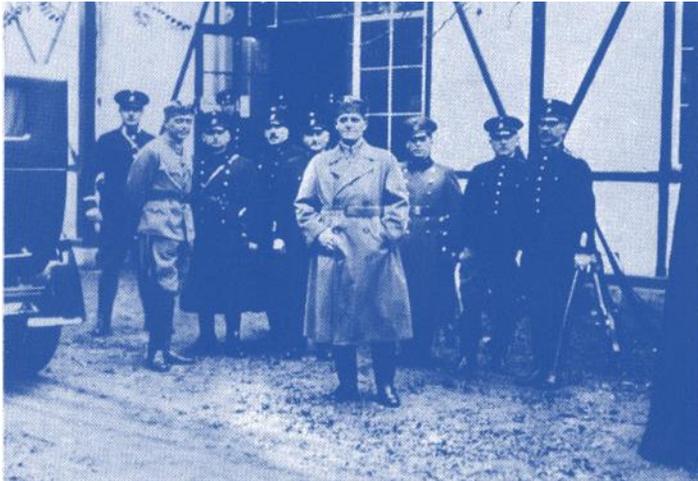
Demonstration von Arbeitslosen über die Wiener Ringstrasse, 1930



Die Regierung Dollfuss (Mitte, ohne Hut) besuchte am Tag ihrer Eidleistung eine Messe im Wiener Stephansdom



Am 15. März 1933 verhinderte die Regierung Dollfuss den Wiederezusammentritt des Parlaments.
Bewaffnete Kräfte standen bereit, um Arbeiterdemonstrationen zu verhindern



Der Wiener Führer der faschistischen «Heimwehren»,
Emil Fey (Mitte), war Vizekanzler im Kabinett Doll-
fuss. Ihm unterstand die Polizei



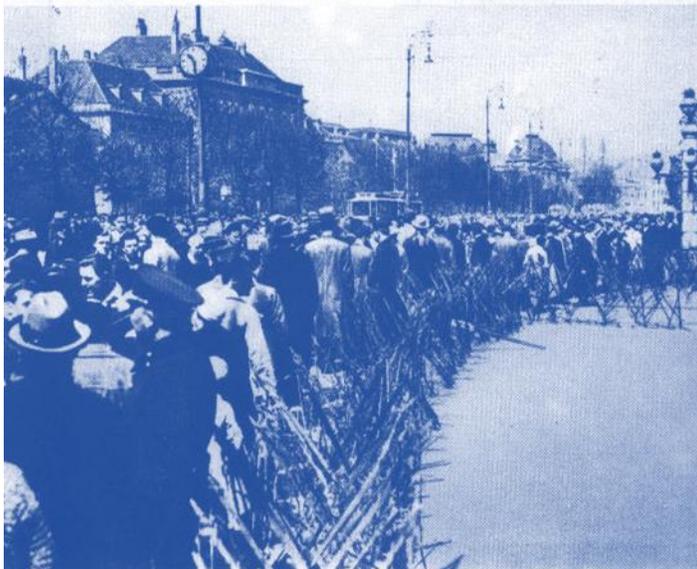
Der Bundesführer der «Heimwehren», Ernst Rüdiger Starhemberg,
bei einer Ansprache in Gross-Enzersdorf mit Vertretern von
Kirche und Grosskapital auf der Ehrentribüne



Als im April 1933 die sozialdemokratische «Arbeiter-Zeitung»
unter Vorzensur gestellt wurde,
traten die Wiener Setzereiarbeiter in den Streik



Bergarbeiterstreik in Köflach (Steiermark),
September 1933



Das Verbot der 1.-Mai-Demonstrationen durch das Dollfuss-Regime beantwortete die SP-Führung mit dem Aufruf zum «Massenbummel» entlang der Polizeiabsperrungen



ftiti&mat-
 «er&änoung
 terXotetftraf

Am 10. November 1933 führte das austrofaschistische Regime die Todesstrafe wieder ein



Der MG-Schütze Kunz wurde erschossen, als er die Linzer Schutzbundzentrale im Hotel «Schiff» verteidigte



Erschossener Arbeiter in Steyr (Oberösterreich)



Gefangene Schutzbündler in Floridsdorf



Erschiessung eines Schutzbündlers
in Bruck an der Mur (Steiermark)



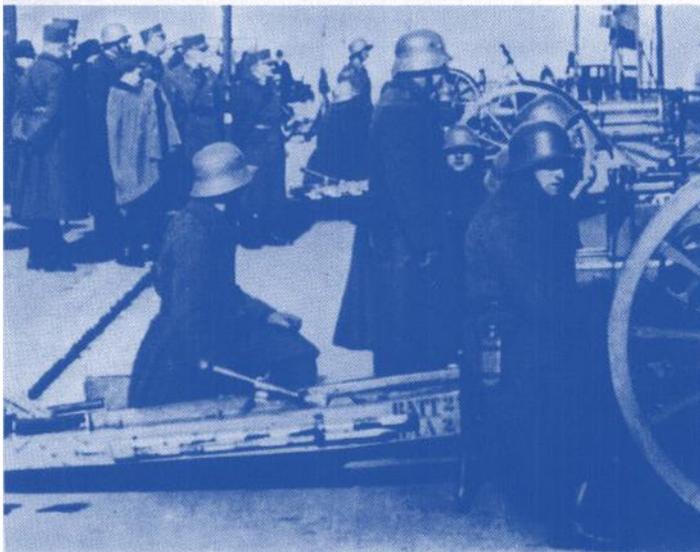
Mit gefälltem Bajonett durchkämmte das Bundesheer
am 12. Februar die Strassen Wiens



Die Wiener Innenstadt wurde hermetisch abgeriegelt;
ein Angriff auf das Regierungsviertel wurde vom Schutzbund
aber nicht geplant



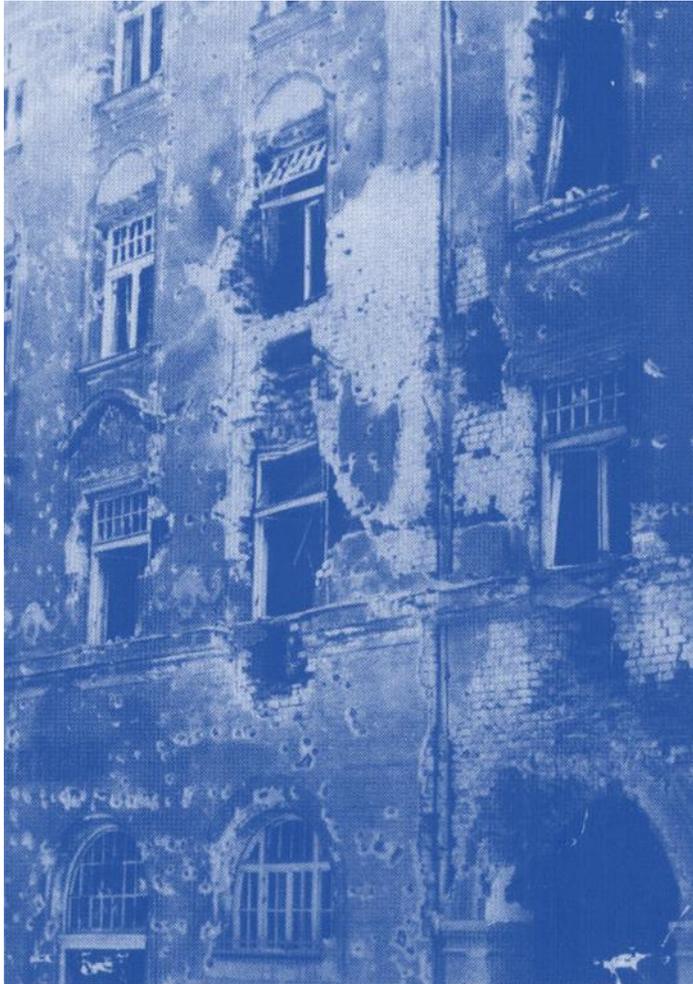
Schützengruppe des Bundesheeres in der Nähe der Floridsdorfer Arbeitersiedlung Gartenstadt an der Donau



Bundeskanzler Dollfuß (links, mit Feldstecher) inspiziert Artilleriestellungen an der Donau, die gegen Floridsdorf gerichtet sind



Artilleriestellung auf der Hohen Warte
beim Bombardement des Karl-Marx-Hofs



Die zerschossene Fassade des Arbeiterheims in Wien-Ottakring

Landeshauptstadt Graz zu fahren und dort zu verkünden, seine Behandlung durch die Bundesregierung sei eine Beleidigung des «Führers». Gleichzeitig bezeichnete er selbst Dollfuss in Anspielung auf seine Körpergrösse als «Millimetternich»⁸⁶ und drohte Österreich Vergeltungsmassnahmen an. Um einer polizeilichen Ausweisung zuvorkommen, brach er seine Propagandatournee ab. Die «Vergeltungsmassnahme» bestand in der Verhängung der sogenannten Tausendmarksperrre, das heisst der Erhebung einer Gebühr von 1'000 RM für die Ausreise deutscher Staatsbürger nach Österreich, die von der Reichsregierung am 26. Mai mit Wirkung vom 1. Juni 1933 verordnet wurde. Die deutschen Faschisten erwarteten, dass das Ausbleiben der Touristen aus Deutschland den österreichischen Fremdenverkehr tödlich treffen, damit die trostlose Wirtschaftslage der Alpenrepublik in eine Katastrophe stürzen und dies schliesslich zum Sturz der Regierung Dollfuss führen werde. Gleichzeitig wurde Österreich mit einer Terrorwelle überzogen, die Tote und Schwerverletzte forderte, aber auch riesige Sachschäden verursachte. Ihren vorläufigen Höhepunkt bildete ein Handgranatenüberfall österreichischer SA-Männer auf eine austrofaschistische «Hilfspolizei «-Abteilung am 19. Juni bei Krems an der Donau. Eine sofort einberufene ausserordentliche Ministerratssitzung verfügte das Verbot der NSDAP in Österreich. Der ökonomische und politische Druck des faschistischen deutschen Imperialismus auf das kleine Land wurde daraufhin noch durch einen weitgehenden Boykott österreichischer Waren durch deutsche Importeure sowie durch Propagandaaktionen und militärische Provokationen ergänzt.

Über den Münchner Sender und auf Flugblättern, die über grenznahen Städten aus Flugzeugen abgeworfen wurden, forderten die Nazis die Bevölkerung zum Sturz der Dollfuss-Regierung auf. Die «Landesleitung Österreich» der NSDAP schlug ihren Sitz in München auf, nachdem sich die österreichische Regierung geweigert hatte, den «Landesinspekteur» der österreichischen Nationalsozialisten als Presseattaché an der deutschen Gesandtschaft in Wien zu akkreditieren. Von München aus wurden die Fäden für weitere blutige Sprengstoffanschläge in den folgenden Monaten gezogen. Einheiten der aus geflüch-

teten österreichischen SA-Männern zusammengestellten «Österreichischen Legion» unternahm Mitte August von Bayern aus Vorstöße auf Tiroler Gebiet und ermordeten österreichische Sicherheitskräfte. Angesichts des wachsenden Drucks des deutschen Imperialismus glaubte Dollfuss, seinen Kurs nur durch eine engere Anlehnung an den italienischen Faschismus, der auch sein ideologisches Vorbild war, weiterverfolgen zu können. Mussolini drängte den österreichischen Diktator, den Einfluss der Heimwehren in der Regierung zu verstärken und die Minister des Landbunds zu entlassen. Den «Gedanken der Schaffung der Vaterländischen Front» hielt der italienische Faschistenführer zwar «für einen sehr guten», wie er am 1. Juli Dollfuss schrieb, doch ging ihm die Entwicklung zu langsam. Mussolini verlangte, «ein Programm von effektiven und wesentlichen internen Reformen in entschieden faschistischem Sinne durchzuführen» und vor allem gegen die Sozialdemokratie energischer vorzugehen. So werde der österreichische Kanzler auch einen Teil der Nationalsozialisten für sein Regime gewinnen.⁸⁷

Der aus Anlass des 250. Jahrestags der als «Rettung des Abendlandes» gefeierten Schlacht am Kahlenberg, welche im September 1683 die zweite Wiener «Türkenbelagerung» beendete, nach Wien einberufene «Allgemeine deutsche Katholikentag» wurde von Kirche und Regime pompös aufgezo- gen. Da wegen der Tausendmarksperr- e aus Deutschland niemand anreisen konnte, wurden Tau- sende Vertreter deutschsprachiger Minderheiten aus Ost- und Südosteuropa nach Wien geholt, denen sich der Austrofaschismus als der Wahrer «christlich-deutscher Kultur» präsentierte. Auf einer Festveranstaltung am 9. September im Wiener Stadion versprach Dollfuss unter Hinweis auf das päpstliche Rundschreiben aus dem Jahre 1931: «Wir – ein kleines deutsches Land – haben den Ehrgeiz, das erste Land zu sein, das dem Ruf dieser herr- lichen Enzyklika wirklich im Staatsleben Folge leistet.» In «christlich-deutschem» Gebiet wolle er daher «ständische Formen», also Korporationen wie in Italien, «zur Grund- lage des Verfassungslebens nehmen».⁸⁸

Auf der Grosskundgebung der Vaterländischen Front auf dem Wiener Trabrennplatz präziserte der Kanzler am



Erste Seite der SP-internen Zeitung, Herbst 1933

11. September sein Programm: «Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage unter starker, autoritärer Führung dieses Staates.» Als sein Ideal stellte er die Zeit vor der Französischen Revolution hin, «jene Zeit, in der der Arbeiter gegen seinen Herrn nicht aufstand und organisiert war». Die berufsständige Auffassung, die ihm vorschwebte, sei im Bauernhaus zu finden, dort, «wo der Bauer mit seinen Knechten nach gemeinsamer Arbeit abends am gleichen Tisch aus der gleichen Suppe isst». So richtig schön seien diese Verhältnisse aber erst, «wenn beide noch nach Feierabend zum Rosenkranz sich niederknien». Als seine Aufgabe sah es der österreichische Bundeskanzler an, «die Fehler der letzten 150 Jahre unserer Geistesgeschichte gutzumachen».⁸⁹

Wenn Dollfuss in seiner «Trabrennplatzrede» ein Ende der «Parteiherrschaft» forderte, so stellte er sich damit in den regierungsinternen Auseinandersetzungen nicht nur gegen den Landbund, sondern auch gegen seine eigene Partei, die Christlichsozialen. Deren Obmann, Heeresminister Carl Vaugoin, traf Mitte September mit Führern des illegalen Republikanischen Schutzbundes zusammen, um gemeinsame Massnahmen von staatlicher Exekutive und Sozialdemokratie gegen weitere Überfälle der «Österreichischen Legion» der Nationalsozialisten auf

österreichisches Gebiet zu beraten. Die Heimwehren setzten daraufhin seinen Rücktritt durch. Wichtigstes Ergebnis der Regierungsumbildung am 20. September war aber die lange erwartete Ausschaltung des dritten Koalitionspartners, des «Landbunds für Österreich», der bis zu diesem Tag mit Franz Winkler den Vizekanzler stellte.

Winkler hatte sich wenige Tage zuvor von jeglicher Art eines «Austrofaschismus» distanziert und – trotz aller Vorbehalte gegen Hitler – eine enge Anlehnung an Deutschland gefordert.

Auf Betreiben der Heimwehren, die in der neuen Regierung stärker als bisher vertreten waren, wurde am 23. September eine Verordnung erlassen, welche die Internierung missliebiger Bürger schon auf den Verdacht «subversiver» Betätigung hin auf unbestimmte Zeit ermöglichte, wobei die Internierten für die Kosten selbst aufzukommen hatten. Am 17. Oktober wurde in der stillgelegten Munitionsfabrik in Wollersdorf bei Wiener Neustadt das erste «Anhaltelager»⁹⁰ errichtet, dem 1934 weitere Lager und «Notarreste» folgten, die aber 1935 alle wieder aufgelöst wurden. Nur Wollersdorf blieb bis 1938 in Betrieb.

Dollfuss suchte weiter nach einem Ausgleich mit dem deutschen Faschismus: Noch im Oktober schickte er seinen Justizminister Kurt Schuschnigg nach München zu Verhandlungen mit Hess und Himmler. Diese blieben zwar ergebnislos, leiteten aber Verhandlungen zwischen Vertretern des austrofaschistischen Regimes und der illegalen NSDAP Österreichs ein, die sich bis 1934 hinzogen.

Bereits im Juni hatte die Kommunistische Partei Österreichs – auf einer Plenartagung des Zentralkomitees – vor einer möglichen Koalition zwischen Nationalsozialisten und Austrofaschisten gewarnt, die auch, wenn sie unter austrofaschistischer Führung stehen sollte, «eine brutale Steigerung der Unterdrückungsmethoden gegen das Proletariat bedeuten würde», weshalb das Zentralkomitee «besondere Aufmerksamkeit ... auf einen verstärkten Kampf gegen die Nazis» lenkte.⁹¹

Die illegale «Rote Fahne» forderte in ihrer Septembernummer 1933 den «selbständigen Klassenkampf gegen Schwarz und Braun». Vor den Einfällen faschisti-

scher Banden aus Deutschland könne sich die Arbeiterklasse nicht durch Bündnisangebote an die Austrofaschisten schützen. Die KPÖ stellte die «Bildung von eigenen, selbständigen 'Klassenkampfformationen aus Arbeitern und werktätigen Bauern in den Grenzgebieten» auf die Tagesordnung, «um damit nicht nur den braunen Faschismus zu schlagen, sondern auch seinen österreichischen Konkurrenten». Die Verhandlungen der illegalen Schutzbundführung mit dem Heeresminister hingegen bedeuteten «nichts mehr und nichts weniger, als die österreichische Arbeiterschaft in die Kriegsfront der österreichischen Bourgeoisie hineinzuziehen».⁹²

KPÖ-Vorsitzender Johann Köpflenig definierte auf dem XIII. Plenarh des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 die Dollfuss-Diktatur als «Versuch, die innerlich zerrissenen Kräfte der Bourgeoisie zu einigen, die Schlüsselstellung zwischen den imperialistischen Einflusssphären in Mitteleuropa aufrechtzuerhalten und gleichzeitig durch die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse die Krise im Inneren auf Kosten der werktätigen Massen zu überwinden». Dollfuss verstehe es gut, «unter dem Deckmantel der Abwehr des Hitler-Faschismus den Hauptschlag gegen die Arbeiterklasse zu führen», in Wirklichkeit gehe sein Bestreben «dahin, auf dem Wege über Italien zu einer baldigen Verständigung mit Hitler-Deutschland zu kommen». Die ganze Politik des Dollfuss-Regimes sei «darauf gerichtet, einerseits die Sozialdemokratie aus ihren Positionen zu verdrängen und gleichzeitig eine Verständigung mit den Nazis herbeizuführen, um so alle faschistischen Kräfte zum Kampf gegen die Arbeiterklasse ... zu einigen».⁹³

Den vom Exekutivkomitee der Komintern festgestellten Zerfallsprozess der internationalen Sozialdemokratie fand Köpflenig auch in Österreich bestätigt: «Die österreichische Sozialdemokratie geht den gleichen Weg wie die Sozialdemokratie in Deutschland. Dort, wo die Arbeiterschaft sich zum Kampfe erhebt, würgt sie diese Kämpfe ab. Dies alles geschieht auf der Grundlage der betonten Wahrung der «Gesetzmässigkeit und der Gegenüberstellung des Dollfuss-Faschismus als ‚kleineres‘ Übel gegen den Hitler-Faschismus.»⁹⁴

«Volksadresse» und Beschäftigungsprogramm

1,2 Millionen Unterschriften sammelte die Sozialdemokratie in den Sommermonaten 1933 unter eine «Volksadresse» an den Bundespräsidenten zur Wiedereinberufung des Parlaments. Vordergründig zielte diese Unterschriftenaktion darauf ab, die nichtfaschistischen Kräfte im Regierungslager zu stärken, zu denen viele auch den christlichsozialen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas zählten, wobei allerdings der sozialdemokratische Versuch, das Staatsoberhaupt gegen den Bundeskanzler auszuspielen, ebenso fehlschlug wie ähnliche Aktionen in der Christlichsozialen Partei. Nachdem die Sozialdemokratie einen zähen Kampf darum geführt hatte, wenigstens den Text der Petition an Miklas veröffentlichen zu dürfen, stellte sich im Herbst aber heraus, dass die ganze Aktion nicht mehr als eine Beschäftigungstherapie für den nach wie vor intakten Parteiapparat gewesen war: Die Unterschriftenlisten wurden in einem Keller des Bundeskanzleramts «ad acta» gelegt.

Die «Volksadresse» war Symptomatisch für die Versuche der SP-Führung im Sommer 1933, einen Ausweg aus der verfahrenen Situation zu finden. Es schien, als sei das Gesetz des Handelns völlig auf die Seite der Austrofaschisten übergegangen und die Partei nicht einmal mehr in der Lage zu reagieren, geschweige denn mit selbständigen Aktionen den Faschismus zurückzudrängen. Durch Notverordnung entzog Dollfuss der Bundeshauptstadt fast alle Steuereinnahmen und machte somit die weitere Finanzierung der sozialdemokratischen Reformpolitik unmöglich. Wie aus dem Briefwechsel Dollfuss – Mussolini zu entnehmen ist, hoffte der Bundeskanzler offenbar, durch diese Massnahme die von den Heimwehren geforderte Absetzung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung vorläufig überflüssig zu machen.

Als ein Versuch der Sozialdemokratie, die politische Initiative wieder an sich zu reißen, kann das Arbeitsbeschaffungsprogramm angesehen werden, das Otto Bauer am 15. Juli 1933 einer Reichskonferenz der freien Gewerkschaften vorlegte und das unter dem Titel «Arbeit für 200'000 – Ein Wegweiser aus der Not» als Broschüre

in hoher Auflage sowie in einer Kurzfassung als Flugblatt unter der Arbeiterschaft verbreitet wurde. Bauer schlug verschiedene Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung vor, darunter eine Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen im Donaauraum zu schaffen, indem die beteiligten Staaten ein System von gegenseitigen Vorzugszöllen einführen, das der Tschechoslowakei und Österreich den Export ihrer Industriegüter vorwiegend nach Jugoslawien, Ungarn und Rumänien und andererseits diesen Ländern den Export ihrer Agrargüter vorwiegend in die beiden erstgenannten Staaten ermöglichen würde. Da er als Voraussetzung für eine solche Lösung die Notwendigkeit ansah, Österreich dem Machtkampf zwischen den Grossmächten zu entziehen, schlug er «die vorbehaltlose völkerrechtliche Neutralisierung Österreichs» vor. Mit dieser Massnahme glaubte Bauer, eine schlagartige Steigerung des österreichischen Exports in die Donauländer erreichen zu können: Dieser war von 1931 auf 1932 um fünfzig Prozent zurückgegangen. «Ist es utopisch, wenn ich einmal annähme, dass wir durch ein System von wirtschaftlichen Vorzugsverträgen mit allen unseren Nachbarstaaten unseren Export nur um den Betrag steigern könnten, den wir an Export von 1931 auf 1932 verloren haben?»⁹⁵ Eine Verdoppelung des Exports zu erwarten war in der Tat utopisch, denn der Rückgang der österreichischen Ausfuhren war ja nicht in erster Linie auf Importrestriktionen der Nachbarländer zurückzuführen, sondern auf die Vertiefung der Wirtschaftskrise in diesen Staaten. Die Kaufkraft liess sich nicht durch Handelsverträge erhöhen. Die Neutralisierung Österreichs müsste zu diesem Zeitpunkt daran scheitern, dass zwar zwischen den imperialistischen Mächten, die Ansprüche auf die Beherrschung des Donaubeckens erhoben, ein Gleichgewichtszustand bestand, dass aber keine der Mächte bereit war, diesen Zustand zu akzeptieren.

Innenpolitisch forderte Bauer, die Unternehmer zu zwingen, einer Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit und einer Neueinstellung von Arbeitern zuzustimmen. Die Gewerkschaften müssten aber «den Kampf um Arbeit zugleich führen als einen Kampf um die Wiederherstellung der verlorenen Freiheit».⁹⁶ Der Vorstand der freien Ge-

werkschaften wollte aber nicht kämpfen. Das Mitglied des Präsidiums des Bundesvorstands Johann Schorsch verlangte von den Funktionären, «ruhig abzuwarten, bis unsere Zeit gekommen ist», und tröstete sie mit der Erinnerung an die «viel ärgeren Zeiten» der k. u. k. Monarchie.⁹⁷

Die von Bauer für notwendig gehaltene Verbindung der Forderung nach Arbeitsbeschaffung mit dem Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie wurde von den freien Gewerkschaften nicht so hergestellt, dass sie den Kampf um die sozialen Interessen als Teilgefecht des Kampfs um Demokratie geführt hätten, sondern so, dass sie als die beste Methode zur Durchsetzung des Arbeitsbeschaffungsprogramms die «Volksadresse» an den Bundespräsidenten propagierten. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung stellte sich auf den Standpunkt, zuerst müsse das Parlament wieder zusammentreten, erst dann könne man den Kampf für die Durchsetzung des Arbeitsbeschaffungsprogramms aufnehmen – eben im Parlament. Eine derartige Logik veranlasste oppositionelle Sozialdemokraten zum bitteren Spott, die Schaffung der 200'000 Arbeitsplätze «mit der Autogrammsammlung für eine Bittschrift zur Einberufung des Parlaments erreichen zu wollen», bedeute, die Kampagne auf den Kampf um 165 Arbeitsplätze (die damalige Anzahl der Nationalratsabgeordneten) zu reduzieren.⁹⁸

In der Diskussion auf der Konferenz schilderten die Vertreter der einzelnen Fachgewerkschaften das furchtbare Elend, in das der austrofaschistische Weg der «Bewältigung» der Wirtschaftskrise die Arbeiterschaft gestürzt hatte. Es wurde aber auch Kritik laut. Gustl Moser, der Betriebsratsobmann der Steyr-Werke, forderte, statt Phrasen zu dreschen, die Arbeiter «zur neuen Aktion» vorzubereiten. Ein Sprecher der Industrieangestellten vermisste die sozialistische Perspektive in Bauers Referat, den Hinweis auf die Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft zu einer Zeit, da die kapitalistische Welt in Chaos zu versinken drohte.

Im Schlusswort rechtfertigte Bauer den Verzicht auf die Propagierung des eigentlichen Ziels der marxistischen Arbeiterbewegung durch die SP Österreichs ausgerechnet

in einer Situation, in der sich die negativen Seiten des Kapitalismus besonders krass zeigten: «Dass unser Ziel der Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft ist, das brauchen wir in keiner Resolution erst zu sagen. Es wäre aber ein ungeheures psychologisches Missverständnis, wenn jemand glaubte, die Kampfesenergie der Arbeiterklasse in diesem Augenblick und in Österreich statt durch konkrete, offenbar auch unter den heutigen europäischen Verhältnissen erreichbare Forderungen durch das allgemeine Ziel des Aufbaues einer sozialistischen Gesellschaftsordnung entfesseln zu können.» Eine Mobilisierung der Arbeiterklasse für das sozialistische Ziel sei nur möglich, «indem ich sie zunächst zum Kampf für das rufe, was heute unter den gegenwärtigen Umständen ... denkbar und durchsetzbar ist»⁹⁹, meinte Bauer. Die Verknüpfung des Kampfs gegen den Faschismus, um Reformen, mit dem Kampf um den Sozialismus ersetzte er durch die Vorstellung, «alles zu seiner Zeit» – zuerst Reformen, dann Sozialismus. Derartig platter Reformismus lag weit unter dem Niveau, auf dem Bauer früher die ideologische Auseinandersetzung geführt hatte. Er kennzeichnete den Grad seiner Resignation angesichts der Lähmung der Sozialdemokratie durch den Faschismus. Diese Lähmung äusserte sich am deutlichsten darin, dass sie es faktisch sogar aufgegeben hatten, die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse zu organisieren. Während in der «Arbeiter-Zeitung» über den Charakter des staatsmonopolistischen Lösungsversuchs der Krise im fernen Amerika diskutiert wurde, brach im Bereich der «Alpine», im Braunkohlenrevier von Köflach (Weststeiermark), ein Streik aus, der das letzte spontane Aufbäumen der österreichischen Arbeiter gegen die Faschisierung des Dollfuss-Regimes vor dem Februar 1934 darstellte. Kennzeichnend für diesen Streik war es, dass er von Arbeitern ausging, die in der von den Nationalsozialisten unterwanderten «Unabhängigen Gewerkschaft» organisiert waren und dass er ganz offensichtlich von der pronazistisch eingestellten Alpine-Direktion provoziert wurde, die den Unmut über ihre eigene arbeiterfeindliche Politik auf die Austrofaschisten ablenken wollte. Anlass des Streiks war die Umstellung der seit den Zeiten der Monarchie geltenden vierzehntägigen Auszahlung auf eine

monatliche Lohnauszahlung gewesen, die von der Regierung durch Notverordnung verfügt und von der «Alpine»-Direktion zu einer faktischen Lohnminderung genützt worden war. Ausserdem wurden die Kohledeputate gekürzt und neu eingestellte Arbeiter nicht mehr nach dem Kollektivvertrag entlohnt; die «Einzelverträge», die mit ihnen abgeschlossen wurden, beinhalteten eine fünfzigprozentige Senkung der Prämie.

Der Streik griff nach wenigen Tagen auch auf die Kohlenreviere Fohnsdorf und Seegraben in der Obersteiermark über, in denen trotz des Drucks der von der Konzernleitung geförderten «Gelben» noch immer ein beträchtlicher Teil der Bergarbeiter sozialdemokratisch organisiert war. Dennoch versuchten die Nationalsozialisten auch hier, mit einer wüsten Demagogie die Streikenden gegen die Sozialdemokratie aufzuhetzen.

In Fohnsdorf, wo die SP-Gewerkschafter zeitweise vor dem Druck der «Alpine»-Direktion zurückwichen und eine Streikunterbrechung durchsetzten, verteilten die Nationalsozialisten Flugblätter, auf denen nicht die nazifaschistische Konzernleitung, sondern die freien Gewerkschaften attackiert wurden. Mit der Fortführung des Streiks durch 700 Bergarbeiter, die unter Tag ausharrten, obwohl die Gendarmerie anfangs ihre Versorgung mit Nahrung und Wasser zu unterbinden trachtete, wurde der Nazi-Propaganda der Boden entzogen. In Seegraben, wo die Mehrheit der Betriebsräte von «gelben» Gewerkschaftern gestellt wurde, jagten die Streikenden die Faschisten überhaupt davon.

Während Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterjugend aus Wien nach Köflach fuhren und mithalfen, die materielle Hilfe für die Streikenden zu organisieren, sowie versuchten, die Arbeiter dem Einfluss der faschistischen Demagogen zu entziehen, benützte die Parteiführung den Bergarbeiterstreik als Argument für ihre Anbiederungsversuche an das Dollfuss-Regime: Die «Arbeiter-Zeitung» appellierte wieder einmal an die Bourgeoisie, nicht zu vergessen, dass starke reformistische Gewerkschaften in ihrem eigenen Interesse lägen, da sie eine Garantie dafür seien, dass der Klassenkampf in «geordneten» Bahnen verlaufe. Ohne sozialdemokratische Gewerkschaften

fürten die Arbeiter ihren Kampf «ungeregelt», die Unzufriedenheit werde nicht durch die Organisation kanalisiert, sondern komme «in Akten der Verzweiflung» zum Ausdruck. «Daraus sollten alle lernen, die sich mit Plänen gegen die Gewerkschaften tragen.»¹⁰⁰

Vom 8. bis 20. September dauerte der Bergarbeiterstreik. Er wurde schliesslich dadurch beendet, dass die Bundesregierung durch Notverordnung die ursprünglichen Lohnverhältnisse wiederherstellte und die «Alpine» vorübergehend einem Regierungskommissär unterstellte.

Der Weg in die Niederlage

Am 18. September 1933 brachte die «Arbeiter-Zeitung» auf der Titelseite die fettgedruckte Mitteilung, wonach am Vortag der Parteivorstand der SPÖ und der Bundesvorstand der freien Gewerkschaften «ernste Beschlüsse» gefasst hätten. Trotz «den empfindlichsten Beeinträchtigungen ihrer politischen Freiheiten und ihrer sozialen Rechte» habe die österreichische Arbeiterschaft seit Monaten «die grösste Zurückhaltung geübt, um alles zu vermeiden, was dem braunen Fascismus den Angriff gegen Österreich erleichtern könnte.

Aber der Parteivorstand und der Bundesvorstand stellen fest, dass die österreichischen Arbeiter und Angestellten diese Selbstüberwindung im Interesse der Abwehr des braunen Fascismus nicht zu dem Zwecke geübt haben, um sich von einem österreichischen Heimwehrfascismus niederwerfen zu lassen.

Der Parteivorstand und der Bundesvorstand haben daher für den Fall eines gewalttätigen Angriffes des Heimwehrfascismus gegen die verfassungsmässige und gesetzliche Ordnung der Republik die erforderlichen Beschlüsse gefasst.»¹⁰¹

In einer internen Weisung forderten die Vorstände von Partei und Gewerkschaft ihre Mitglieder auf, selbständig und ohne Weisungen abzuwarten den Kampf zu beginnen, sollte einer der folgenden vier Fälle eintreten: Auflösung der Partei; Auflösung der freien Gewerkschaften oder ihre

Unterstellung unter einen Regierungskommissär; Besetzung des Wiener Rathauses oder Absetzung des sozialdemokratischen Bürgermeisters; Verkündung einer faschistischen Verfassung. Die «vier Punkte» zeigten der Regierung, wie weit sie gehen konnte, ohne dass sie einen spontanen Aufstand der Arbeiterklasse fürchten musste. Bis zum Ausbruch der Kämpfe am 12. Februar 1934 verfolgte sie daher weiterhin die Taktik der schrittweisen Zermürbung. Als wirksames Mittel hatte sie bereits seit Monaten sogenannte Waffensuchen angewandt, die sie gegen Jahresende verstärkt durchführte, indem sie in sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsheimen Mauern aufstemmte oder niederriss, Fussböden demolierte und Keller umgrub.

Waren auch die Austrofaschisten von der Drohung der SP-Führung wenig beeindruckt, innerhalb der Sozialdemokratischen Partei riefen die Beschlüsse des 17. September doch eine gewisse Aufbruchstimmung, eine letzte Euphorie hervor. Als die «vier Punkte» der Arbeiterschaft bekannt wurden, begannen die Schutzbündler, sich darum zu kümmern, wo die Waffen versteckt waren. Neue, bessere Waffen wurden besorgt, meist geschmuggelt auf Donauschiffen aus der CSR. Unabhängig von der Führung wurde im Wiener Republikanischen Schutzbündnis Signal für den Ernstfall eine totale Stromabschaltung vereinbart. Schutzbündler erkundeten gemeinsam mit Kanalarbeitern mögliche unterirdische Verbindungs- und Fluchtwege.

In einigen Wiener Bezirksorganisationen der Sozialdemokratischen Partei erlangten die Linken die Mehrheit. Am 1. Oktober trafen einander sechzig Vertreter linker Gruppierungen aus allen Bundesländern, wählten ein eigenes Zentralkomitee und berieten ihr Auftreten auf dem bevorstehenden Parteitag. Wie sehr die Arbeiterklasse mit neuem Elan erfüllt war, zeigte die Geburtstagsfeier eines Arbeitersängervereins am 8. Oktober, zu der 60'000 Wiener ins Stadion kamen. Als das Regime auf diese unerwartete Demonstration mit der Auflösung des Vereins und einem Verbreitungsverbot für die «Arbeiter-Zeitung» reagierte, traten die Arbeiter in einigen Wiener Grossbetrieben in den Streik und verlangten von der Gewerkschaftsführung die Ausrufung des Generalstreiks. Die Regierung verhinderte

Arbeiter und Arbeiterinnen! Mitglieder der SAJ!!

Wir, die Bezirksorganisation Wien II des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend, haben beschlossen, aus dem Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend auszutreten und uns der kommunistischen Jugendbewegung anzuschließen.

Dieser Beschluß wurde von der großen Mehrheit unserer Delegierten auf der am 28. September stattgefundenen Bezirkskonferenz (nicht, wie die „Arbeiter-Zeitung“ lügt, von vierzig zufällig zusammengewinkelten Mitgliedern) gefaßt.

Wir haben diesen Beschluß nach reiflicher Überlegung gefaßt, da wir zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die Sozialdemokratische Partei und der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend einen vollkommen falschen und für die Arbeiterschaft höchstverderblichen Weg gehen und daß sie schon längst keine sozialistischen Organisationen mehr sind, daß ihre ganze Politik vielmehr auf die Sanierung des jetzt zusammenbrechenden Kapitalismus geht.

Als im Jahre 1918 der politische Zusammenbruch des Bürgertums erfolgte, da war es die Sozialdemokratie, die uns in Österreich den Sozialismus auf demokratischem Wege versprach und die Arbeiterschaft abhielt, den Weg Sowjetrusslands zu gehen. Nun sind dreizehn Jahre seit dem Bestehen der sozialistisch demokratischen Republik vergangen, die sozialen Errungenschaften, die zur Befreiung der Arbeiterschaft sich das Bürgertum von der Sozialdemokratie „abringen“ ließ, sind zum größten Teil wieder verlorengegangen. Insbesondere trifft dies aber für die Arbeiterjugend zu, vom Vierwochenurlaub und von der Vierundvierzigstundenvoche ist schon lange dank der wirtschaftlichen „Interessenvertretung“ durch die SAJ und die SP nicht mehr die Rede.

Nach dreizehn Jahren demokratischem „Weg zum Sozialismus“ sehen wir nun überall frech den Faschismus vorstoßen und befinden wir uns in einer furchtbaren Krise, die der Jugend jede Aussicht auf eine Existenz nimmt und der die Sozialdemokratie vollkommen auswecheln gegenübersteht.

Demgegenüber sehen wir, wie die Sowjetunion unter der Führung des Bolschewismus einen gewaltigen Aufschwung nimmt.

Wir sehen, daß es dort keine Krise und keine Arbeitslosigkeit gibt und in der es folgerichtig die Durchführung des Fünfjahresplanes der Sozialismus aufgebaut wird. Wir sehen, wie dort die Jugend den Sechsstundentag und Vierwochenurlaub und alle Rechte besitzt.

Bei uns sehen wir umgekehrt, wie die sozialdemokratische Gemeinde Wien selbst an der Spitze einer Marschiertruppe, welche die Lage der Arbeiterjugend verschlechtert. Dies zeigte sich vor allem in der

Schließung der Lehrlingsheime durch die Gemeinde Wien

Die SAJ hat die Schließung der Lehrlingsheime zugelassen und 30 ehemalige Insassen der Lehrlingsheime schlafen jetzt bei der Heilsarmee, 25 in Obdachloshäusern, 10 in der Gansbachergasse.

Und als in der Obmannerkonferenz der SAJ am 21. September ein Genosse verlangte, daß man für die arbeitslosen Vollwaisen zumindest Quartier in einem Heim der Gemeinde verschaffen möge, wurde er von einem führenden Mitglied der Wiener Kreisleitung als unverbessertlicher „Optimist“ bezeichnet, der glaube, daß man bei „Genossen“ Tandler noch etwas erreichen könne.

Dafür ist aber die SAJ auf ein gutes Einvernehmen mit dem Reichsbund der katholischen Jugend bedacht und als die Vertreter des ersten Bezirkes verlangten, daß damit Schluß gemacht werde, da wurde ihre Meinung als kommunistische Ideologie hingestellt.

jegliche Mitteilung über den Streik in der Presse und im Rundfunk, die SP-Führung scheute sich, den Parteiapparat für eine rasche Mobilisierung der Arbeiter anderer Betriebe einzusetzen, so dass der Streik isoliert blieb und abgewürgt werden konnte.

Belegschaftsversammlungen während der Arbeitszeit und kurze Proteststreiks in den Wiener Grossbetrieben wurden durchgeführt, als die Polizei Betriebsräte wegen des Vertriebs verbotener Flugschriften festnahm. Als in Kematen im Ybbstal (Niederösterreich) die örtlichen Funktionäre der Sozialdemokratie verhaftet wurden, legten die Beschäftigten des Stahlwerks die Arbeit nieder, die Bevölkerung versammelte sich zu einer Protestdemonstration.

Ein besonders eindrucksvolles Zeugnis der neuen Stimmung in der Sozialdemokratischen Partei legte der Streik der 700 Papierarbeiter von Niklasdorf (Obersteiermark) ab. Sie traten gegen eine Lohnkürzung in den Ausstand, geführt vom sozialdemokratischen Betriebsrat – der mit der illegalen RGO in Verbindung stand –, und organisierten eine Betriebsrätekonferenz der wichtigsten steirischen Papier- und Chemiebetriebe. Obwohl der Anschluss weiterer Betriebe an die Streikbewegung schon sicher schien, beendeten die Niklasdorfer Arbeiter auf Druck der Gewerkschaftsspitze ihren Streik schliesslich zu Bedingungen, die ihnen das Unternehmen diktierte.

In der SP Österreichs wuchs der Widerstand gegen die Kapitulationspolitik des Parteivorstands. Ein «gesundes Bild von den revolutionären Energien innerhalb der sozialdemokratischen Mitgliedschaft»¹⁰² gaben Anträge verschiedener Grundorganisationen für den Ausserordentlichen Parteitag, der vom 14. bis 16. Oktober 1933 in Wien stattfand. Es wurde ein energisches Vorgehen gegen das Notverordnungsregime, die Vorbereitung des Generalstreiks, aber auch die Organisierung von Streikaktionen gegen soziale Schlechterstellungen verlangt, um eine Streikbewegung «unter Beteiligung aller Formationen der Arbeiterklasse»¹⁰³ zu entfachen, die schliesslich zum Generalstreik führe.

Die Taktik der linken Opposition auf dem Parteitag war von Vertretern der Linken mit der Führung der illegalen KPÖ eingehend besprochen worden. Noch sahen die Kommunisten eine Möglichkeit, den Faschismus zu schlagen – wenn die Sozialdemokratie anstelle ihrer «vier Punkte», die auf weiteres Abwarten hinausliefen, die Arbeiterklasse zum Kampf mobilisieren würde. Vorausset-

zung dafür war, dass sich die Linken auf dem Parteitag durchsetzten.

Obwohl sie zum Teil klar erkannten, dass eine Fortsetzung der Politik Otto Bauers zur Katastrophe führen musste, waren die Linken aber noch zu sehr in den austromarxistischen Schablonen verhaftet, als dass sie die Einheit der Partei in Frage zu stellen gewagt hätten. Dem vom Parteigründer Victor Adler aufgestellten Dogma, «lieber gemeinsam in die Irre gehen, als um des richtigen Weges willen zu spalten», unterwarfen sich besonders die Linken. Seit dem Entstehen des Reformismus in der österreichischen Arbeiterbewegung war es den Rechten mit der Erhebung der Einheit der Partei zum unantastbaren Tabu gelungen, beträchtliche Teile der revolutionären Arbeitermassen auf ihren Kurs festzulegen. Selbst in der bedrohlichen Situation des Herbst 1933 liessen sich die Linken von Warnungen vor «kommunistischer Zellenbildung» einschüchtern, zogen ihren Resolutionsentwurf für den Parteitag zurück und stimmten den «vier Punkten» zu. Weit weniger Rücksicht auf die «gefährdete Einheit» der Partei nahm die rechte Führungselite aus den Bundesländern. Ihr organisatorisches Zentrum war, wie erwähnt, die niederösterreichische Landesleitung, in der die Meinung vorherrschte, die persönlichen Kontakte einzelner niederösterreichischer Parteifunktionäre zu führenden, wenn auch meist innerhalb ihrer eigenen Partei bereits kaltgestellten Christlichsozialen könnten die Sozialdemokratie vor dem Untergang retten. In parteiinternen Polemiken machten sie für das «Versagen» des Parteivorstands die in ihm sitzenden «Juden» verantwortlich, wobei sie auf Otto Bauer, Robert Danneberg und andere zielten. Sie kündigten an, dass die niederösterreichische Parteiführung, wenn die Linke ihre Arbeit in diesem Bundesland nicht aufgebe, «mit aller Brutalität» gegen sie vorgehen würde.¹⁰⁴

Die Erhaltung der Sozialdemokratischen Partei als Organisation, ihre Verankerung in den staatlichen Institutionen, die Bewahrung ihres Vermögens, ihrer Häuser und Einrichtungen gingen diesen Vertretern des Parteiapparates über alles. Um die Organisation vor dem Verbot zu bewahren, waren sie auch zur Zusammenarbeit mit dem



Vorderseite des Flugblattes der KPÖ zum Parteitag der SPÖ,
Oktober 1933

Faschismus bereit. «Wir werden in Schande leben, aber leben», war die Losung der «Niederösterreicher» auf dem Parteitag.¹⁰⁵

Am 10. November führte die Regierung die Todesstrafe für die Verbrechen des Mordes, der Brandlegung und der «öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Sachbeschädigung» ein. Damit konnte jeder Akt der Notwehr gegen prügelnde Heimwehr-Hilfspolizisten, aber auch ein Sabotageakt streikender Arbeiter vor das Standgericht gebracht werden. Gleichzeitig griff die Heimwehr nach der alleinigen Gewalt im Staat. In Wien sprengte sie eine Versammlung der vom ehemaligen Vizekanzler Winkler (Landbund) als Gegenstück zur Vaterländischen Front aufgezogenen National-Ständischen Front und erreichte ein Verbot weiterer Kundgebungen des Landbund-Lagers. Die Christlichsoziale Partei versuchte vergeblich, den «Übergang vom Parlaments- und Parteienstaat zum autoritären Staat und zum Ständestaat» als Erfolg ihrer eigenen «unermülichen Aufklärungs- und Werbearbeit», als «den siegreichen Durchbruch ihrer Ideen» für sich zu reklamieren.¹⁰⁶ Im November setzte Dollfuß die Wahl eines ihm

genehmen Parteiobmannes durch, im Dezember rückte auch die katholische Kirche von der Christlichsozialen Partei ab, so dass die Auflösung der Partei nur noch eine Frage der Zeit war.

Per vom Oktober-Parteitag der Sozialdemokratie gewählte Parteirat, ein aus Arbeitern und Angestellten, die nicht dem Parteiapparat angehörten, zusammengesetztes zusätzliches Führungsgremium, beschloss am 3. Dezember 1933 einen Aufruf an das österreichische Volk, der dokumentieren sollte, dass die Partei nach wie vor geschlossen hinter ihrer Führung stehe und die Grundprinzipien der bisherigen Politik weiter Gültigkeit hätten. Der Parteirat verwahrte sich gegen die antisemitischen Angriffe auf einzelne führende Funktionäre, legte ein Bekenntnis zum Sozialismus ab und griff Bauers Arbeitsbeschaffungsprogramm sowie seinen Neutralisierungsvorschlag wieder auf. Kern des Aufrufs war allerdings die Bekräftigung der Angebote an die Regierung zur Zusammenarbeit: «Wir sind bereit, an einer verfassungsmässigen Entwirrung der politischen Krise mitzuwirken», hiess es im Aufruf des SP-Parteirats.¹⁰⁷

Obwohl der Parteiratfeststellte, die tägliche Erfahrung zeige, dass die «berufsständische» Neuordnung, die Dollfuss als sein Ziel proklamierte, darauf hinauslaufe, «unser Mitbestimmungsrecht im Staate und in den Betrieben inimer mehr zunichte» zu machen, unternahm es die «Arbeiter-Zeitung» in einer Reihe von Leitartikeln, die sozialdemokratischen Arbeiter mit «berufsständischen» Vorstellungen zu versöhnen. Autor dieser Artikel war sicherlich Otto Bauer selbst, der in der Januar-Nummer 1934 des «Kampfs» ausführlich begründete, warum er eine «Ständevertretung» durchaus mit den Interessen der Arbeiterklasse vereinbar hielt. Subjektives Anliegen Bauers mag es gewesen sein, demokratische Kräfte im katholischen Lager anzusprechen, indem er ihnen nachzuweisen versuchte, dass die von der Papst-Enzyklika «Quadragesimo anno» 1931 geforderte «berufsständische» Ordnung und der faschistische «Ständestaat» zwei völlig verschiedene Dinge seien, dass sich die Vorstellungen des Papstes in Wahrheit nur gegen die Faschisten verwirklichen liessen.

Mit seinem Bekenntnis zum «berufsständischen Gedanken» vollzog Bauer aber nicht nur einen Übergang auf die Positionen der Rechten in der Parteiführung und trug damit zur weiteren Demoralisierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bei. Otto Bauer bewies, dass er selbst in einer Situation, in der sich die Parteiführung anschickte, sich in ein faschistisches System zu integrieren, noch in der Lage war, eine «linke» Theorie zur politischen Praxis der Rechten zu liefern.

Der eigentliche Sinn einer «berufsständischen» Ordnung sei, meinte Bauer, die Ergänzung der politischen durch die soziale Demokratie. Die Befürwortung dessen, was er als «Wirtschaftsdemokratie» bezeichnete, war nur möglich, wenn man unter «Demokratie» nicht die Durchsetzung der Interessen der überwältigenden Mehrheit gegen die kleine Minderheit verstand, sondern das «harmonische» Kräftespiel des bürgerlichen Parlamentarismus. «Echte Demokratie», behauptete er denn auch, «ist immer vom Geiste der Verständigungsbereitschaft und des Kompromisses beherrscht. Das gerade ist es ja, was die grundsätzlichen Gegner der Demokratie, die Faschisten, ihr zum Vorwurf machen: dass in ihr über die wichtigsten Fragen ‚gepackelt‘ werde. Aber die Anhänger einer ‚berufsständischen‘ Ordnung können ihr das nicht zum Vorwurf machen; sie wünschen ja gerade Organisationen, die die einander gegenüberstehenden Klassen an gemeinsame Beratung, Verständigung, Kompromisse gewöhnen.»¹⁰⁸

In derselben Nummer der «Arbeiter-Zeitung», in der die Distanzierung des Parteirats von allen «berufsständischen» Vorstellungen erschien, beschäftigte sich Bauer mit der bestmöglichen Form eines «berufsständischen» Systems in Österreich. Statt Unternehmer- und Arbeiterverbände durch faschistische Zwangsorganisationen zu ersetzen, schlug er vor, «Arbeitsgemeinschaften und Kommissionen» zu bilden, die einen «Überbau» über Handelskammern und Arbeiterkammern bilden könnten. Dieses sozusagen «sozialpartnerschaftliche» Zusammenwirken von Kapital und Arbeit wäre der erste Ansatz zu einer «Wirtschaftsdemokratie», wie sie die SPD in den zwanzig Jahren propagiert hatte.¹⁰⁹

Aus der Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus schloss Bauer, dass die Entwicklung «berufsständischer» Organisationen keine Utopie mehr sei, sondern sich «der gegenwärtigen Entwicklungstendenz des Kapitalismus» einfüge. «Eben deshalb ist aber die «Ständeverfassung» keine «neue Gesellschaftsordnung», sondern die Fortbildung der bestehenden Gesellschaftsordnung des organisierten Monopolkapitalismus. Sie ist nicht die Überwindung des Kapitalismus, sondern nur eine weitere Form seiner sich seit mehr als einem Menschenalter vollziehenden Organisierung.»¹¹⁰

Während Bauer im faschistischen Korporationssystem, das «berufsständische» Organisationen zu staatlichen Organen machte, ein Instrument zur Beherrschung des kapitalistischen Wirtschaftslebens durch den Staat sah, glaubte er eine zweite Variante der «berufsständischen» Ideologie erkennen zu können: Die «berufsgenossenschaftliche Wirtschaftsdemokratie, durch die die Arbeiterklasse an den Organisationen, die heute das kapitalistische Wirtschaftsleben beherrschen, Anteil gewinnen und dadurch Mitkontrolle des kapitalistischen Wirtschaftslebens, Mitherrschaft über das kapitalistische Wirtschaftsleben erlangen will».¹¹¹

Die ideologische Plattform, auf der Bauer den Bauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden ein Bündnis gegen den Heimwehfaschismus anbot, war nicht antifaschistisch im Sinne etwa der späteren kommunistischen Volksfrontstrategie. «Wirtschaftsdemokratie», wie sie die katholische Soziallehre verstand, war, wie Bauer selbst erkannte, nur der politische Überbau über den von ihm als «organisierten Kapitalismus» bezeichneten staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Der Faschismus rüstet zum Angriff

Das Jahr 1934 begann in Österreich mit einer Terrorwelle der Nationalsozialisten, die in den Tagen um den 1. Januar nicht weniger als 140 Sprengstoffanschläge verübten. Ungeachtet der terroristischen Begleiterscheinungen for-

cierte Dollfuss gerade zu dieser Zeit die Verständigungsbemühungen mit Berlin. Anlass war der Besuch des italienischen Unterstaatssekretärs des Äussern Fulvio Suvich bei Hitler am 12./13. Dezember 1933, der beim Bundeskanzler die Furcht vor einer Absprache zwischen Italien und Deutschland auf Kosten Österreichs wachwerden liess. Obwohl der Verdacht nicht zutraf, genügte schon die blossе Angst vor einem italienischen Kurswechsel, um Dollfuss zur Wiederaufnahme von Gesprächen mit der verbotenen NSDAP zu bewegen. Nach komplizierten diplomatischen Manövern einigte man sich, dass «Landesinspekteur» Theo Habicht, der von München aus die österreichische NSDAP leitete, am 8. Januar 1934 unter strengster Geheimhaltung mit Dollfuss Zusammentreffen sollte. Der Kanzler erwartete von Habicht eine Erklärung, unter welchen Bedingungen «die Einstellung der Feindseligkeiten» und die «Beruhigung der österreichischen Nationalsozialisten» zu erreichen sei.¹¹² Als aber Dollfuss am Tag vor Habichts Ankunft den ahnungslosen Heimwehrführern Fey und Starhemberg seine Absichten darlegte, setzten beide den Regierungschef mit der Drohung, dass sich in einem solchen Falle «ihre Wege trennen» müssten, derart unter Druck, dass Dollfuss das Treffen mit Habicht absagte. Das Flugzeug mit dem Landesinspekteur, das sich am 8. Januar bereits über österreichischem Gebiet befand, wurde daraufhin von Hitler radiotelegrafisch zurückbeordert und kehrte nach München um. Die Bedeutung dieses diplomatischen Intermezzos für die Februartage bestand darin, dass der innenpolitische Einfluss Feys, der über den Kanzler triumphiert hatte, stark anwuchs und damit auch die offensive Orientierung der Heimwehren beschleunigt wurde. Dollfuss musste nun, wollte er von Mussolini nicht fallengelassen werden, seine Taktik des schrittweisen Vorgehens gegen die Arbeiterbewegung aufgeben und den Weg des binnen kürzester Frist durchzuführenden Entscheidungsschlages gehen. Andererseits zeigte die Habicht-Affäre neuerlich, wie verfehlt die Politik der sozialdemokratischen Parteiführung war, die Dollfuss in seinem Kampf mit den Nationalsozialisten nicht in den Rücken fallen wollte. Vor dem gemeinsamen Gegner, der revolutionären Arbeiterbewegung, tritt auch eine noch so scharfe Rivalität kon-

kurrierender faschistischer Fraktionen zeitweilig zurück. Es war daher kein Zufall, dass die illegale NSDAP während der Februarkämpfe ihre Aktionen gegen die Regierung schlagartig einstellte. Habicht proklamierte sogar einen bis 28. Februar befristeten «Waffenstillstand»¹¹³. Dies steht nur scheinbar in Widerspruch zu den späteren Bemühungen der Nationalsozialisten um Gewinnung der Februarkämpfer, zogen sie doch aus der blutigen Niederwerfung der österreichischen Arbeiterklasse auf lange Sicht den grössten Nutzen.

Wenige Tage nach dem Scheitern der Habicht-Mission, am 18. Januar 1934, traf der italienische Unterstaatssekretär Suvich zu einem offiziellen Besuch in Wien ein. Er überbrachte Dollfuss das Verlangen Mussolinis nach energischer Verschärfung des Faschisierungskurses und plädierte aussenpolitisch für eine verstärkte Zusammenarbeit Österreichs mit Italien und Ungarn, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Bald nach seiner Rückkehr nach Rom, am 26. Januar, sandte Suvich einen Brief an den Bundeskanzler Dollfuss, indem er ihn über Mussolinis Meinung zur innen- und aussenpolitischen Lage Österreichs und über seine eigenen Eindrücke informierte. Die Regierung sei zwar imstande, die Situation zu beherrschen, schrieb er, die «aktiven Kräfte» (gemeint waren die Heimwehren) und die Jugend erwarteten jedoch eine «grössere Entschiedenheit und Präzision» bei der Erfüllung des «Erneuerungswerks». Was er darunter verstand, drückte Suvich im Namen Mussolinis so aus: «... den Kampf gegen den Marxismus, die Reform der Verfassung in einem antiparlamentarischen und korporativen Sinne, die Beseitigung der Parteien und die Stärkung der Vaterländischen Front; schliesslich, dass der Augenblick, um dieses entschiedenere Werk in Angriff zu nehmen, nicht weiter hinausgeschoben werden könne».¹¹⁴

Aus dem Inhalt der Verhandlungen zwischen Dollfuss und Suvich die Konsequenzen ziehend, traten die Heimwehren in den Bundesländern Anfang Februar zum Angriff mit dem Ziel an, die gewählten Verwaltungsorgane zu beseitigen und die Parteien «gleichzuschalten». Die Tiroler Heimwehr mobilisierte etwa 8'000 schwerbewaffnete Anhänger, die alle strategisch wichtigen Punkte besetzten

Die Rote Fahne

Sondernummer

10. Februar 1934

Nr. 3

Heraus zum Generalstreik!

Die Betriebe von Vösling, Wggersdorf streiken bereits. Alle sozialdemokratischen Vertrauensmänner wurden dort verhaftet. In Innsbruck wurde Arbeiterhelm und Druckerel von den Faschisten zusammengeschlagen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die Helmwehren haben im Emdenriehmen mit Volkstut in allen Bundesländern ihre Herden bewaffnet aufgeboten.

Sie fordern Kommissäre an Stelle der Landesregierungen und der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen. In mehr als 20 sozialdemokratischen Gemeinden wurden die Kommissäre bereits eingeleht. Sie fordern Kommissäre für die Arbeitslosenvermittlung, Sozialversicherungsinstitute und auch für die Betriebsbetriebe.

Die klassenbewußten Proletarier sollen droilos gemacht werden.

Es geht um euer Leben und euere Eglennz!

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Gewerkschaftsführer legen ihre Verrats- und Kapitulationspolitik weiter fort. Trotzdem Polizei und Militär das sozialdemokratische Parteihaus in der Wienergasse, das Kaufmannvereinshaus in Meidling und Gewerkschaftshäuser besetzte, führen sie keinen Anker. Die in Deutschland wolkten sie die Arbeiter den Faschisten wechres preisgeben.

Schlagt den Faschismus nieder, ehe er euch niederschlägt!

Legt sofort die Arbeit nieder! **Streikt!** Holt die Nachbarbetriebe heraus! Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb! Geht auf die Straße! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter!

Generalstreik!

Sofortige Auflösung aller faschistischen Organisationen!

Weg mit allen faschistischen Kommissären!

Weg mit den faschistischen Verwaltungskommissionen der Arbeiterkammer!

Sofortige Wiederherstellung der Versammlungs-, Presse-, Koalitions- und Streikfreiheit!

Sofortige Freilassung aller antifaschistischen Geiseln!

Weg mit der Todesstrafe und dem Standrecht!

Weg mit der Henker-Regierung!

Kommunistische Partei Oesterreichs (Sektion der III. Internationale)

Und am 1. Februar dem Landeshauptmann eine Liste mit sechs ultimativen Forderungen übergaben. Danach sollten neben der Sozialdemokratischen Partei alle «staatsfeindlichen» Verbände und Vereine verboten werden, die Christlichsoziale Partei sich «selbstaflösen» und ihre Vertreter in den öffentlichen Körperschaften demissionieren und schliesslich die Landesregierung «reorganisiert» werden, indem ihr von den Heimwehren ein Ausschuss, bestehend aus Mitgliedern faschistischer Verbände, mit bestimmendem Einfluss «zur Seite gestellt werden» sollte.¹¹⁵ In der Tat billigte der christlichsoziale Landeshauptmann Stumpf am 4. Februar 1934 die Bildung des von der Heimwehr verlangten «Landesausschusses», womit in Tirol die verfassungsmässig gewählte Landesregierung faktisch durch eine autoritärfaschistische ersetzt war. Ähnliche Aktionen wurden auch in anderen Bundesländern gestartet: in Oberösterreich am 6. Februar, in der Steiermark und im Burgenland am 7., in Salzburg und Kärnten am 8., in Vorarlberg und Niederösterreich am 9. Februar. Mit Ausnahme des niederösterreichischen Landeshauptmannes Reither, der Verhandlungen ablehnte, sagten die Landesregierungen den Heimwehren die «sorgfältige Prüfung» ihrer Forderungen zu.

Die Attacke der Heimwehr löste im bürgerlichen Lager keineswegs nur Genugtuung aus. Da nun klar zu erkennen war, dass mit der völligen Faschisierung der Verwaltung auch die Bedrohung der Machtstellung jener Konservativen im Staatsapparat einhergehen musste, die aus diesen oder jenen taktischen Gründen gegen den rabiaten Heimwehrkurs Vorbehalte hegten, kam' es innerhalb der Christlichsozialen Partei zu Differenzen. Am 2. Februar organisierten niederösterreichische Bauernbündler einen Massenaufmarsch über die Wiener Ringstrasse und forderten «Freiheit» und «Unabhängigkeit» für Österreich. Am 9. Februar 1934 hielt der christliche Arbeiterführer Leopold Kunschak im Wiener Gemeinderat eine aufsehenerregende Rede, in der er angesichts der Gefahr durch den deutschen Faschismus für einen «Ausgleich der Gegensätze» eintrat.

Ähnliche Besorgnisse äusserten auch Reither als Repräsentant des christlichsozialen niederösterreichischen

Bauernbundes sowie der Landeshauptmann von Oberösterreich, Josef Schlegl. Ohne die ehrlichen Absichten dieser Männer in Zweifel zu ziehen, muss aber festgestellt werden, dass die Gegner des Heimwehrafaschismus in der Christlichsozialen Partei ihre meist private und zudem bloss verbale Kritik an Einzelmassnahmen der Regierung seit dem 4. März 1933 niemals mit wirksamen politischen Aktionen verbanden.¹¹⁶ Sie beharrten auf ihrer Linie der Unterordnung und Loyalität gegenüber Dollfuss, obwohl sie merkten, dass der Bundeskanzler eine Forderung des Heimwehrflügels nach der anderen erfüllte, und liessen sich auch von noch so weitgehenden Konzessionen der Sozialdemokratischen Partei niemals zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Faschisierungskurs bewegen. So blieben die konservativen Kräfte im bürgerlichen Lager bis zuletzt und über den 12. Februar hinaus selbstverständlicher Bestandteil eines Systems, das Stück für Stück die Demokratie beseitigt hatte. Die Strategie Bauers war nicht geeignet, sie aus diesem System herauszubrechen: Der von Bauer geführte sozialdemokratische Parteivorstand erstrebte eine Koalition mit diesen Kräften nicht, um mit ihnen gemeinsam den Faschismus zu bekämpfen, sondern um sich diesen Kampf zu ersparen.

Auf wessen Seite Dollfuss in den Auseinandersetzungen seiner Parteifreunde mit der Heimwehr stand, wurde nach seiner Rückkehr von einem dreitägigen Staatsbesuch in Budapest am 10. Februar deutlich, als der Kanzler in einem Interview mit nicht misszuverstehender Klarheit seine Ablehnung der Vorstellungen Kunschaks darlegte und seine Bereitschaft bekundete, die Forderungen der Heimwehr «schon sehr bald» in die Tat umzusetzen. Darauf bezog sich Vizekanzler Emil Fey, als er am Sonntag, dem 11. Februar 1934, nach Beendigung einer Gefechtsübung der Heimwehr in Langenzersdorf bei Wien wörtlich erklärte: «Ich kann euch beruhigen: die Aussprachen von vorgestern und gestern haben uns die Gewissheit gegeben, dass Kanzler Dr. Dollfuss der Unsrige ist. Ich kann euch auch noch mehr, wenn auch nur mit kurzen Worten sagen: Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten.»¹¹⁷

Dass diese Ankündigung nicht im übertragenen Sinn

Einzelpreis 10 g **Extraausgabe des** Einzelpreis 10 g

Arbeiterwille

Organ des arbeitenden Volkes für Steiermark und Kärnten

Nummer 41 Wien, Montag, 12. Februar 1934 45. Jahrgang

Warn! Alles heraus zum Endkampf gegen den Faschismus!

Generalstreik in ganz Oesterreich ausgerufen!

Heute früh sollte im Parteihaus in Linz eine Hausdurchsuchung stattfinden. Die Linzer Arbeiter aber ließen sich nicht wehrlos dem Faschismus ausliefern und verteidigten das Parteihaus mit Waffengewalt. Zum Sturm gegen das Parteihaus wurde Bundesheer eingeleitet, gegen das sich die Linzer Schutzbündler heldenmütig wehrten. In Oberösterreich ist spontan der Generalstreik ausgebrochen, daraufhin haben Partei und Gewerkschaften den Generalstreik in ganz Oesterreich proklamiert.

Arbeiter! Angestellte! Republikaner! Sozialisten!
Nun gilt es den Endkampf gegen Dollfuß und seine Faschisten! Den Endkampf gegen Kapitalismus, Wirtschaftsnot und Bedrückung aufzunehmen und zum Siege zu führen. Der Kampf wird von der Arbeiterklasse mit allen Mitteln und aller Entschlossenheit geführt! Jeder stelle seinen Mann! Jeder gebe sein Bestes her!

Es lebe der Sozialismus! Es lebe die um ihre Freiheitsrechte kämpfende Arbeiterschaft!

**Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs!
Der Bundesvorstand der freien Gewerkschaften!**

gemeint war, sondern buchstäblich genommen werden musste, daran konnte nach alledem, was sich in den letzten Wochen ereignet hatte, kein Zweifel mehr bestehen. Die Front der österreichischen Reaktion, von der Dollfuß-Regierung und den faschistischen Heimwehren über das Grosskapital und die feudalen Grundbesitzer bis hin zur

katholischen Kirche, der verlässlichen Unterstützung durch das Bundesheer, die Polizei und Gendarmerie gewiss, sah endlich den Tag der Abrechnung mit den «Roten» für gekommen. Auf diesen Tag hatte sie seit dem November 1918 gehofft, auf ihn hatte sie ab 1920 langsam, ab 1927 beschleunigt und ab 1930 rasant hingearbeitet. Die Frage war nur mehr, ob der letzte Entscheidungsschlag von der Sozialdemokratie so wie bisher mit kampfloser Kapitulation beantwortet werden würde oder nicht.

Widerstrebende Tendenzen in der Sozialdemokratischen Partei

Am 9. Juni 1933 gebrauchte der christlichsoziale Heeresminister Vaugoin in einer Kabinettsitzung für die erzielten Erfolge der österreichischen Bourgeoisie folgende plastische Formulierung: Man habe die Sozialdemokratie «Glied für Glied zum Krüppel geschlagen»¹¹⁸.

Dass sich die österreichische Sozialdemokratie, die – bezogen auf die Einwohnerzahl des Landes – die grösste und bestorganisierte Arbeiterpartei der kapitalistischen Welt war, «Glied für Glied zum Krüppel» schlagen liess, war nicht etwa das Ergebnis unglücklicher Umstände oder einer ausweglosen Zwangslage, sondern Konsequenz ihrer reformistischen Grundposition. Das Wesen der seit 1927 um sich greifenden politischen und ideologischen Krise des Austromarxismus bestand darin, dass die sozialdemokratische Parteiführung zur Abwehr gegen den immer vehementer auftretenden Faschismus keine adäquaten, wirkungsvollen Kampfmethoden anzuwenden imstande war. Befangen im Legalismus musste sie sich gegenüber den Attacken eines Feindes, der ihr den «erprobten», «normalen» Boden der bürgerlichen Demokratie sukzessive unter den Füßen fortzog, als hoffnungslos unterlegen erweisen. Zwischen perspektivloser Resignation und illusionären Hoffnungen auf einen doch noch aushandelbaren Kompromiss mit der Regierung pendelnd, zeitigte die sozialdemokratische Defensivpolitik kurz vor dem Februar 1934 ihre bis dahin schlimmsten Auswüchse.

Im November 1933 arbeitete Karl Renner, gedeckt durch die Partei exekutive, den Entwurf eines «Staatsnotstandsgesetzes» aus, der als Grundlage für Verhandlungen mit Dollfuss gedacht war. Danach sollte die Legislative in zwei gleichberechtigte Kammern, das «Volkshaus» und das aus Landständen und Berufsständen bestehende «Ständehaus», geteilt werden. Ferner sah der Entwurf vor, den Nationalrat zu einer Sitzung einzuberufen, um eine «feierliche Unabhängigkeitserklärung» Österreichs gegenüber der Hitlerbewegung zu erlassen, Dollfuss eine Generalvollmacht zur Fortsetzung des Notverordnungskurses zu erteilen und sich sodann auf unbestimmte Zeit zu vertragen. Die Sozialdemokratie war also bereit, den rechtswidrig geschaffenen Status quo nachträglich zu legalisieren. Als Gegenleistung verlangte sie lediglich die Garantie parlamentarischer Kontrolle der obersten Exekutive, wobei sie sogar auf das Vetorecht eines solchen Scheinparlaments verzichtete.¹¹⁹ Dollfuss liess Renner mitteilen, dass er vorerst nicht beabsichtige, über das Anerbieten Verhandlungen zu führen. Otto Bauers Artikel in der «Arbeiter-Zeitung» und im «Kampf» über den «berufsständischen Gedanken» zeigten, dass die sozialdemokratischen Führer Anfang 1934 nun auch nach programmatischen Positionen suchten, die als Rechtfertigung der Anpassung an den autoritären Kurs dienen sollten. Auf dieser Linie lagen auch die zahlreichen Verständigungsversuche des von den Niederösterreichern repräsentierten rechten Flügels der Partei, dessen Beschwichtigungsangebote die Grenze der Selbstverleugnung und Selbstzerstörung dessen, was die österreichische Sozialdemokratie seit ihrem Hainfelder Gründungsparteitag 1889 ausgezeichnet hatte, zum Teil schon überschritten.

Wäre es also allein nach den Wünschen der sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre gegangen, so hätte ein 12. Februar 1934, ein bewaffneter Widerstand der Arbeiter gegen die endgültige Faschisierung Österreichs, niemals stattgefunden.

Die Auswirkungen der Rückzugspolitik des Parteivorstandes auf die Basis waren, wie alle zeitgenössischen Beobachter bezeugen, verheerend. Bis 1932 hatte sich die Sozialdemokratie relativ gut halten können. Zwar war die

gesamtösterreichische Mitgliederzahl von dem im Jahre 1929 erzielten Höchststand von 720'000 auf 650'000 Ende 1931 gesunken, stellte aber damit immer noch eine beträchtliche Grösse dar. In Wien stieg sie 1932 gegenüber dem Vorjahr sogar leicht an und erreichte Ende 1932 einen Stand von 400'000. An der Kampfbereitschaft der Arbeiter im März 1933 kann kein Zweifel bestehen. Als aber der Versuch, die Parlamentsauflösung mit dem Generalstreik zu beantworten, von der Führung abgeblasen wurde, wurde der bis dahin eindeutige Widerstandswille der Arbeiterschaft schwer angeschlagen. Mit der Tragikomödie des 15. März 1933, die Otto Bauer nachträglich den «verhängnisvollsten unserer Fehler» nannte¹²⁰, begann der Prozess der Zersetzung der bis dahin intakten Partei. In Verbindung mit dem Druck, den die wachsende industrielle Reservearmee und die sozialpolitischen Beschränkungen der Regierung erzeugten, nährten die Existenzsorgen der noch beschäftigten Lohnabhängigen, selbst unter Berufsgruppen, die als Avantgarde der sozialdemokratischen Bewegung galten (zum Beispiel unter den Eisenbahnern), Stimmungen der Unsicherheit und Apathie. Der Mitgliederschwund, der sich im Parteibereich bis Ende 1932 in engen Grenzen gehalten hatte, nahm jetzt die Ausmasse einer regelrechten Massenflucht an. Manche Ortsgruppen des Republikanischen Schutzbundes schrumpften über Nacht auf ein Drittel zusammen; in ganz Österreich büsste die Sozialdemokratie von März 1933 bis Mitte Januar 1934 31 Prozent ihrer Mitglieder ein.¹²¹ Grosse Teile der Arbeiterschaft verfielen in Resignation und Passivität.

Wenn man die hoffnungslose Situation der Bewegung Anfang 1934 bedenkt, muss das Ausmass des Widerstandes der Arbeiter in den Februartagen im Hinblick auf die vorgegangene Repression seitens der Regierung und Desorientierung seitens der Parteiführung «als gewaltig bezeichnet werden»¹²². Das war einzig und allein jenem klassenbewussten Kern der Arbeiterschaft zu verdanken, den der Unmut über die attentistischen Rückzugsmanöver des Parteiapparats radikalisierte und zur Überzeugung brachte, dass ein wirklicher Kampf gegen das Dollfuss-Regime nur ohne oder gegen den Willen der höheren

Funktionärsschicht möglich sein würde. Auf dem Weg zu dieser Erkenntnis spielten die Kontakte, die die KPÖ zu Teilen der sozialdemokratischen Linksopposition knüpfte, eine bedeutende Rolle.

Die von Dimitroff in seinem Schlusswort beim Reichstagsbrandprozess entworfene Richtschnur für die internationale kommunistische Bewegung, nämlich «Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer», diente auch der KPÖ als Kompass ihrer Tätigkeit. Das am 20. und 21. Januar 1934 illegal tagende Plenum des Zentralkomitees bekräftigte die schon seit Monaten intensivst geführte Kampagne für den Generalstreik und stellte der Partei die Aufgabe, «alles zu tun, um die Massen in der Richtung des Generalstreiks in Bewegung zu setzen, und bereit zu sein, sich an die Spitze des Massenkampfes gegen den Faschismus zu stellen»¹²³. Anfang Februar gab die KPÖ in Antwort auf die Heimwehraktionen in Tirol und anderen Bundesländern mehrere Sondernummern der «Roten Fahne» heraus, in denen die Auflösung der faschistischen Organisationen, die Wiederherstellung der Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit sowie die Aufhebung des Verbots der KPÖ gefordert und auf die Gefahren der Hitler-Diktatur verwiesen wurde. Am 7. Februar legte Leopold Hornik im Auftrag des ZK einen von ihm und Franz Honner verfassten «Aufruf zum Generalstreik» dem Sekretär der Gewerkschaftskommission, Johann Schorsch, vor und machte den Vorschlag, ihn gemeinsam mit den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei herauszugeben. Schorsch antwortete, er sei für einen Streik bereits wiederholt eingetreten, doch niemals damit durchgekommen; er allein habe ausserdem kein Entscheidungsrecht.¹²⁴ Daraufhin verbreitete die KPÖ in ihrem Namen den Aufruf am 10. Februar 1934 in vielen Betrieben.

Es hiess darin: «Schlagt den Faschismus nieder, ehe er euch niederschlägt! Legt sofort die Arbeit nieder! Streikt! Holt die Nachbarbetriebe heraus! Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb! Geht auf die Strasse! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter!»¹²⁵

Ohne Zweifel trug die Kommunistische Partei durch ihr

konsequentes Eintreten für den entschlossenen Widerstand gegen die Vorstösse des Faschismus, durch ihre ständigen Warnungen vor der Katastrophe, in die der Weg der Sozialdemokratie die österreichische Arbeiterschaft führen musste, und durch ihr Ringen um die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront dazu bei, dass die Februarkämpfe eine von keinem mehr erwartete Dimension erreichten. Auf der anderen Seite steht jedoch fest, dass sich die Übertrittsbewegung linker Sozialdemokraten zur KPÖ vor dem 12. Februar in engen Grenzen hielt und die Partei zu schwach blieb, um die Führung der österreichischen Arbeiterschaft in den Februarkämpfen übernehmen und der Auseinandersetzung eine andere Richtung geben zu können. Hier zeigte sich, wie mächtig das austromarxistische Dogma der «Einheit um jeden Preis» selbst bei linksoppositionellen Mitgliedern bis zuletzt wirkte. Darüber im Juni 1934 in Moskau anlässlich einer Aussprache zwischen 500 ehemaligen Schutzbündlern und Vertretern des EKKI befragt, gaben die Schutzbündler zur Antwort, dass sie trotz mancher Zweifel von der Fähigkeit der grossen Sozialdemokratie überzeugt waren, den ideologischen und militärischen Kampf gegen den Austrofaschismus führen zu können. Ein Schutzbundangehöriger meinte zum Verhältnis zur Kommunistischen Partei: «Die grosse Masse der österreichischen Arbeiterklasse war ausserdem davon überzeugt, dass jede Zersplitterung der Kräfte, jeder Übertritt in die kleine KP von Schaden sei. Wir alle waren davon überzeugt, dass die wichtigste Voraussetzung zum Kampf gegen den Faschismus eine einzige Arbeiterklasse ist, geschlossen organisiert in den Gewerkschaften und in der grossen, starken, sozialdemokratischen Massenpartei.»¹²⁶ Ein anderer sagte: «Für alle diese Genossen, die versucht haben, in der Sozialdemokratie dem österreichischen Proletariat zu dienen, für die Genossen, die überall aktiv tätig waren, ist es auch persönlich das schmerzlichste Erlebnis... Mit dem Verstand war ich schon längst in der KP –mit dem Gefühl noch mit tausend Fäden an Menschen gebunden, mit denen ich in der alten Partei zusammenarbeitete.»¹²⁷

Der Anstoss zum bewaffneten Widerstand kam schliesslich von einem Mann, der, obwohl er mit der Links-

opposition sympathisierte, ihr forme 11 nicht angehörte, der aber wie eine ganze Reihe unterer und mittlerer Funktionäre der Sozialdemokratie zur Überzeugung gekommen war, dass es nun galt, die unheilvollen Fesseln einer selbstmörderisch gewordenen Parteidisziplin abzuwerfen und selbst die Initiative zum Kampf zu ergreifen. Es war das der oberösterreichische Landespartei sekretär und Schutzbundführer Richard Bernaschek. Er verfasste am Sonntag, dem 11. Februar, einen an Otto Bauer, Theodor Körner und Johann Schorsch gerichteten Brief, in dem es hiess: «Ich habe mich heute Vormittag mit fünf gewissenhaften, der Partei treu ergebenden Genossen besprochen und mit ihnen nach wirklich reiflicher Überlegung einen Beschluss gefasst, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann ... In Durchführung dieses Beschlusses werden wir heute Nachmittag und diese Nacht sämtliche uns zur Verfügung stehenden Waffen, und zwar in ganz Oberösterreich, soweit bereitstellen, dass die heute noch zum Widerstand entschlossene Arbeiterschaft sie sofort greifbar hat. Wenn morgen, Montag, in einer oberösterreichischen Stadt mit einer Waffensuche begonnen wird, oder wenn Vertrauensmänner der Partei, bezw. des Schutzbundes verhaftet werden sollten, wird gewaltsamer Widerstand geleistet und in Fortsetzung dieses Widerstandes zum Angriff übergegangen werden. Dieser Beschluss sowie die Durchführung ist unabänderlich. Wir erwarten, dass, auf unsere telefonische Mitteilung nach Wien, ‚Waffensuche hat begonnen, Verhaftungen werden vorgenommen‘ Du (Otto Bauer – *d. Verf.*) der Wiener Arbeiterschaft und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft das Zeichen zum Losschlagen gibst. Wir gehen nicht mehr zurück. Den Parteivorstand hier habe ich von diesem Beschluss nicht verständigt. Wenn die Wiener Arbeiterschaft uns im Stiche lässt, Schmach und Schande über sie...»¹²⁸

Bernaschek liess sich den Inhalt des Briefes am frühen Sonntagnachmittag noch von Steyrer und Welser Schutzbundführern, unter ihnen der Betriebsratsobmann der Steyr-Werke, Gustl Moser, bestätigen. Auf Mosers Einwand, was man unternehmen solle, wenn Bauer ein neuerliches Hinausschieben des Kampfes anordnet, gab Ber-

naschek zu erkennen, dass ihn in einem solchen Falle alle «gernhaben» könnten. Es war der Betriebsrat der Steyr-Werke, der schliesslich durchsetzte, dass das Kampfsignal, wie im Brief angekündigt, unabhängig von der Entscheidung des Wiener Parteivorstands gegeben werden müsse.¹²⁹

Mit der Überbringung des Schreibens wurde der pensionierte Bundesbahnbedienstete Anton Mayr betraut. Mit ihm fuhr der Wiener Reichssekretär der Kinderfreunde, Alois Jalkotzy, der am 10. und 11. Februar in Linz Dienstbesprechungen mit Funktionären seiner Organisation abgehalten hatte. Jalkotzy übernahm es, den in Wien ortsunkundigen Mayr zu den Adressaten zu führen. Die beiden Kurierereisten am späten Nachmittag des 11. Februar mit dem Schnellzug von Linz ab und kamen gegen 20 Uhr in Wien an. Schorsch, der als erster erreicht wurde, bemerkte zum Brief Bernascheks bloss, dass am kommenden Tag ohnehin eine Sitzung der Parteiexekutive stattfinden werde, und entliess Mayr ohne Direktive. Otto Bauer, der nach einem Kinobesuch mit seiner Frau erst um 23.30 Uhr in seiner Wohnung angetroffen werden konnte, übernahm nach dem Lesen des Briefes auch das für Körner bestimmte Schreiben. Er forderte Mayr auf, sofort nach Linz zurückzufahren und Bernaschek auszurichten, dass er auf schnellstem Weg nach Wien zu kommen habe. Jalkotzy wurde von Otto Bauer beauftragt, mit Linz telefonische Verbindung aufzunehmen, und die Sonderaktion des Linzer Schutzbundes rückgängig zu machen. Nach mehreren vergeblichen Versuchen erreichte Jalkotzy gegen 2 Uhr morgens im Sekretariat der Kinderfreunde im Hotel Schiff den Bezirksleiter des Linzer Schutzbundes, Otto Huschka, der das nur unzulänglich verschlüsselte Telefonat mit der Weisung Otto Bauers an Bernaschek entgegennahm. Der Text des Gesprächs, nach Bernascheks eigenem Zeugnis, «Ernst und Otto schwer erkrankt, Unternehmung aufschieben»¹³⁰, nach regierungsamtlichen Angaben, «Der Tante geht es gut, die Ärzte und Onkel Otto sind der Meinung, dass man nichts unternehmen dürfe»¹³¹, wurde von einer «vaterländisch» gesinnten Linzer Postbeamtin mitgehört, die davon unverzüglich den Sicherheitsdirektor von Oberösterreich, Hans Hammerstein-

Equord, in Kenntnis setzte. Hammerstein, der aus der Tatsache, dass das Telefonat von Wien an das Hotel Schiff, Sitz der oberösterreichischen Schutzbundführung und Sitz des sozialdemokratischen Landespartei Vorstandes, gerichtet war und aus den Worten «Otto» und «nichts unternehmen» sich unschwer einen Reim machen konnte, benachrichtigte darüber den Staatssekretär für Sicherheitswesen, Karl Karwinsky, in Wien und ordnete an, dass die für den Morgen des 12. Februar im Linzer Parkbad vorgesehene Waffensuche nicht dort, sondern im Hotel Schiff vorzunehmen sei.

Der Ausbruch der Kämpfe in Linz

Während Mayr und Jalkotzy in Wien Vvaren, befahl Richard Bernaschek die Bereitstellung der Waffen des Schutzbundes für das gesamte Bundesland, da die Verstecke zum Teil nur bei Nacht zugänglich waren und daher die Waffen bei längerem Zuwarten nicht mehr greifbar gewesen wären.

Zugleich gab er dem sozialdemokratischen Magistratsangestellten Theodor Grill in einer kurzen Unterredung letzte Anweisungen: im Falle einer Waffensuche oder von Verhaftungen von Partei- und Schutzbundfunktionären würde er Grill in dessen Dienststelle telefonisch verständigen; Grill sollte dann Verbindung mit der «Arbeiterzeitung» in Wien aufnehmen und vom Ausbruch der Kämpfe in Linz Meldung erstatten.¹³² Am Morgen des 12. Februar, kurz vor 6 Uhr, fand im Hotel Schiff noch eine Besprechung von Schutzbundfunktionären statt. Bernaschek, der inzwischen von der ablehnenden Antwort Otto Bauers erfahren hatte, setzte die Mitglieder der Linzer Schutzbündeleitung davon nicht in Kenntnis und beließ es bei seinen Anordnungen. Die Parteiführung in Wien rechnete nicht damit, dass Bernaschek trotz des dringenden Abratens Otto Bauers das Signal zum Kampf geben würde.

Nachdem es einem Teil der Schutzbundführer noch gelungen war, das Hotel Schiff ungehindert zu verlassen und zu den Alarmplätzen zu eilen, verblieben im Gebäude

A b s c h r i f t

Sondernummer der Roten Fahne

Arbeiter lasst Euch nicht durch lügenhafte Gerüchte vom Kampfe abhalten !
 In der Provinz und in den meisten Bezirken Wiens kämpfen Sozialdemokraten
 und Kommunisten tapfer in einer Reihe tapfer gegen schwer bewaffnete
 Polizei und Heimwehrbanden. In Steyr haben die Arbeiter verstanden
 sich Waffen zu verstanden, in dem sie die Waffenfabrik gestürmt haben
 In Linz haben sie den Frachtenbahnhof besetzt, in Bruck, Kapfenberg und
 in anderen Städten kämpfen die Arbeiter um jedes Haus. Aber auch in Wien,
 in Ottakring am Arbeiterheim, Sandliten, Floridsdorf, Schlingenshor,
 Keisermühlen und Erdberg, Simmering wehren die Arbeiter heldenhaft die
 Angriffe der Faschisten ab. Die S.P. Führer haben Euch verraten und ver-
 kauft. Ein Teil ist in das vaterländische Front desertiert, ein Teil ist
 davongelaufen. Arbeiter der Kampf kann nur dann siegreich enden, wenn ihr
 in Betrieben und Häuserblocks revol. Kampfstellungen aus Sozialdemokraten
 und Kommunisten wählt. Arbeiter des zweiten Bezirkes in anderen Bezirken
 kämpfen die Arbeiter heldermütig um die Rechte der Arbeiterschaft. Auch
 wir dürfen nicht abseits stehen, zeigt den Arbeitern des E.W. dass wir
 sie im Kampfe unterstützen. Das Elektrizitätswerk muss wieder streiken.
 Holt die Belegschaften aus den Betrieben, der Generalstreik muss durchge-
 führt werden ! Entwaffnet die fasch. Heimbanden. Bewaffnet Euch,
 kämpft bis zum Sturz der faschistischen Dollfußregierung !
 K. F. Oesterreichs.

abgeschrieben, Wien, am 15. II. 1934 Sild.

A b s c h r i f t

Sonderausgabe der Roten Fahne !

Die Arbeiterschaft hat in Linz und Graz die Oberhand gewonnen.
 Simmering ist zurückerobert. Die Polizei ist bis gegen den dritten Be-
 zirk abgedrängt. Polizei und Heimwehr sind vollkommen erschöpft.
 In Heiligenstadt, in der Krim und in Floridsdorf geht die Arbeiterschaft
 zur neuen Offensive vor !
 Arbeiter schenkt den Lügennachrichten der Faschisten kein Gehör !
 Dehnt den Generalstreik auf alle lebenswichtigen Betriebe aus !
 Trägt den bewaffneten Aufstand in alle Bezirke.
 Bildet Arbeiterräte !
 Stürzt die faschistische Dollfußregierung !
 Kommunistische Partei Oesterreichs,
 Sektion der komm. Internationale.

abgeschrieben, Wien, am 16. II. 1934 Sild.

Von der Polizei angefertigte Abschriften der in Wien-Leopoldstadt
 hergestellten Sondernummern der «Roten Fahne» während der
 Kampftage

38 Mann, die das für 9 Uhr vormittags anberaumte Ein-
 treffen der Bereitschaftsabteilung erwarteten. Die Polizei
 aber, die die Uhrzeit der turnusmässigen Ablösung der
 Besatzung des Hotels Schiff schon seit längerem wusste,
 begann bereits kurz nach 7 Uhr mit der Hausdurch-
 suchung, wodurch sie Bernaschek und seine Männer
 überrumpelte. Bernaschek gelang es gerade noch, die
 anwesenden Genossen zu den Waffen zu rufen. Danach

eilte er in sein Arbeitszimmer, schloss es von innen ab und führte hastige Telefongespräche mit Landeshauptmann Schlegel, den er um Intervention bat, sowie mit der Arbeiterkammer und mit Grill, denen er die Parolen «Hotel Schiff von der Polizei besetzt! Sofort Entsatz aufbieten! Generalstreik ausrufen! Sofort nach Wien weitergeben! Nach Steyr weitergeben! Ins Kohlenrevier weitergeben!» durchsagte.¹³³ Als nach etwa zehn Minuten die Türe von den Polizeibeamten aufgebrochen wurde, ergab sich Bernaschek ohne Gegenwehr. Gemeinsam mit ihm fielen die Schutzbundführer Kreindl, Bonyhadi und Huschka der Polizei in die Hände, so dass der Linzer Schutzbund schon um 7.30 Uhr praktisch seine gesamte Zentraleitung verloren hatte. Die Ausgangssituation für die weiteren militärischen Aktionen der Sozialdemokraten in Linz war also denkbar ungünstig.

Inzwischen hatte Grill dem diensthabenden Redakteur der «Arbeiter-Zeitung» in Wien das Telefonat Bernascheks gemeldet. Die Parteiführung in Wien wusste daher schon wenige Minuten nach Beginn der Waffensuche im Hotel Schiff vom Ausbruch der Feindseligkeiten in Linz. Denn als die Polizei nach der Verhaftung Bernascheks gegen die im Hinterhaus verschanzten Schutzbündler vorging, schlug ihnen bewaffneter Widerstand entgegen. Durch das Feuer des Maschinengewehrschützen Kunz wurden die Beamten gezwungen, im Treppenhaus Deckung zu suchen.

Machtlos, das Hotel Schiff mit den eingesetzten Polizeikräften zu nehmen, ersuchte die Sicherheitsdirektion für Oberösterreich das Bundesheer um Beistand. Um 8.45 Uhr traf die 5. Kompanie des Alpenjägerregiments Nr. 7 unter Major Schusta vor dem Hotel Schiff ein, wo sie verschiedene Gebäude in der Umgebung besetzte, um von dort aus die Verteidiger unter Beschuss zu nehmen. Da die Bundesheereinheit auf Grund des Abwehrfeuers des Schutzbundes nicht in das Hotel Schiff eindringen konnte, forderte Major Schusta um 9.45 Uhr beim Brigadekommando Verstärkung durch eine Maschinengewehrkompanie an. Erst unter dem Feuerschutz dieser Truppe gelang es, mit zwei Zügen verschiedene Räumlichkeiten des Gebäudekomplexes zu besetzen. Die Verteidiger, die sich in der Hoffnung auf Entsatz standhaft zur Wehr setzten,

konnten aber nach wie vor nicht überwältigt werden. Erst nachdem die Einsatzaktion, die eine Schutzbundabteilung mit drei mit Maschinengewehren bestückten Lastkraftwagen vom städtischen Wirtschaftshof aus unternahm, an einer Fehlentscheidung der Wagenkommandanten gescheitert und der das Abwehrfeuer dirigierende MG-Mann Kunz durch einen Scharfschützen des Bundesheeres getötet worden war, flaute der Widerstand der Besatzung des Hotels Schiff ab. Gegen 11.45 Uhr ergaben sich die Verteidiger, da ihre Munitionsvorräte bereits zur Neige gingen; sie wurden in das Polizeigefängnis auf dem Pfarrplatz abgeführt.

Neben dem Kampfraum Hotel Schiff hatten auch in anderen Teilen der oberösterreichischen Landeshauptstadt in den Vormittagsstunden des 12. Februar 1934 heftige Gefechte begonnen. Zentren waren das Parkbad, in dem sich eines der wichtigsten Waffenlager des Schutzbundes befand, die benachbarte Eisenbahnbrücke über die Donau, der städtische Wirtschaftshof im Osten der Stadt, ringförmig umgeben von den Gaswerken, der Dierterwegschule, den Spatenbrotwerken und den Gebäuden der städtischen Feuerwehr, die Gegend Dorfhalle / Frankstrasse, weiter im Süden der Raum Poschacher Brauerei/ Polygonplatz, im Westen der Freinberg mit dem Gasthof Jägermayer und im Norden, am linken Donauufer, der Stadtteil Urfahr (Spatzenberg und Petrinum).

Der Schutzbund war in Linz in fünf Abteilungen mit einer Gesamtstärke von etwa 2'000 Mann gegliedert. Jede der siebzehn Kompanien hatte einen eigenen Alarmplatz, der aber selten mit dem Waffenlager, aus dem sich die Einheit zu versorgen hatte, identisch war. Neben den grossen Waffendepots (Hotel Schiff, Parkbad, Wirtschaftshof, Poschacher Brauerei) gab es noch eine Reihe kleinerer Verstecke in Schrebergärten oder Privathäusern. Die Form der Lagerhaltung hatte neben einigen Vorteilen, so der Möglichkeit einer regelmässigen Kontrolle und Pflege der Waffen, mehrere schwerwiegende Nachteile: So konnte der Waffenbestand durch einen Verräter mit einem Schlag verlorengehen; bei Nichterscheinen des örtlichen Kommandanten, dem zumeist als einzigem das Versteck bekannt war, konnten die Waffen nicht verteilt werden. Im

Verlauf der Kämpfe ist letzterer Fall nur allzu oft eingetreten. Auch in Linz, wo der Grossteil der 2'000 Schutzbündler am 12. Februar ordnungsgemäss bei den Alarmplätzen erschien, mussten viele wieder heimgehen, da sie nicht mit Waffen versorgt werden konnten. Gegenüber den Regierungstruppen in der Stärke von 4'000 Mann waren die Linzer Schutzbündler nicht nur zahlenmässig, sondern auch in der Qualität der Bewaffnung stark unterlegen. Sie verfügten über rund 30 Maschinengewehre und 700 Karabiner, die aber nicht alle ausgegeben werden konnten. Da die Waffen zumeist noch aus Beständen der alten kaiserlichen Armee stammten und für diese keine Munition mehr erzeugt wurde, mussten sich trotz relativ grosser Munitionsvorräte bei längerem Widerstand gegen die Staatsmacht schwerwiegende Probleme ergeben. Auch die recht zahlreich vorhandenen Faustfeuerwaffen hatten für den Schutzbund im Ernstfall nur geringen Wert. Die selbstgefertigten Handgranaten, die sogenannten Schmiervasen, kamen im Kampf nur sporadisch zum Einsatz und hatten wenig Wirkung. Geschütze oder Minenwerfer besass der Schutzbund weder in Linz noch anderswo.

Das Konzept des Linzer Schutzbundes sah eine offensive Strategie vor. Durch den Generalstreik sollten Kommunikation und Nachschub der Truppen der Exekutive unterbunden, die Polizeikräfte in der Innenstadt durch aktive Handlungen gefesselt und anschliessend durch konzentrisches Vordringen der an der Peripherie aufmarschierten Einheiten niedergekämpft werden. Dieses Vorhaben scheiterte, weil die Grundvoraussetzung, die allgemeine Arbeitsniederlegung, nicht oder nur lückenhaft zustande kam und das von Alexander Eifler verfochtene Konzept, dem Gegner auf «gleichem Fuss», das heisst mit analogen Kampfmethoden entgegenzutreten, angesichts des mit Artillerieunterstützung vorgehenden und daher an Feuerkraft weit überlegenen Bundesheeres von vornherein untauglich war.

All diesen Nachteilen zum Trotz lieferten die Linzer Schutzbündler den Regierungstruppen am 12. Februar erbitterte Gefechte und hartnäckigen Widerstand. Bei der Eisenbahnbrücke wehrte eine Gruppe den Versuch des



Militärs, gegen 11 Uhr den auf der Urfahrner Seite gelegenen Brückenkopf einzunehmen, erfolgreich ab, baute eine Barrikade und konnte auch durch Minenwerferbeschuss vom Linzer Donauufer aus nicht vertrieben werden. Soldaten, die die Brücke zu stürmen suchten, wurden fünf Stunden lang durch MG-Feuer niedergehalten. Auch nach Einsatz einer Gebirgshaubitze hielt der Schutzbund hier bis in die Morgenstunden des 13. Februar seine Stellungen.

Im Raum Wirtschaftshof – Spatenbrotwerke – Diesterwegschule entwickelte sich ein «lange andauernder, beiderseits lebhaft geführter Feuerkampf»¹³⁴, der erst nach Auffahren der Artillerie und schwerem Beschuss beim Wirtschaftshof gegen 17 Uhr, bei der Diesterwegschule um 21 Uhr und bei der Strassenkreuzung «Eiserne Hand» gegen Mitternacht zugunsten der Regierungstruppen endete.

Bei der Poschacher Brauerei und dem Polygonplatz errichteten Schutzbündler ab 9 Uhr Barrikaden und beherrschten dadurch bis zum Morgen des 13. Februar die wichtigste südliche Zufahrtsstrasse nach Linz. Hier kam es am Nachmittag des 12. Februar zu einem folgenschweren Schusswechsel, als ein Oberleutnant mit drei Soldaten in einem Taxi das Haltzeichen eines Schutzbündlers vor der Strassensperre nicht beachtete, seine Dienstpistole zog und den Posten beschoss. Eine Maschinengewehrsalve des Schutzbundes traf das Auto voll und tötete den Offizier und zwei seiner Begleiter. Obwohl ein klarer Fall von Notwehr vorlag, wurden die drei hauptbeteiligten Schutzbündler Anton Bulgari, Franz Gschwandtner und Ludwig Schwinghammer am 21. Februar in einem Standgerichtsverfahren zum Tode verurteilt; an Anton Bulgari, nach dem der Polygonplatz heute benannt ist, wurde das Urteil vollstreckt. Die beiden anderen Verurteilten wurden zu lebenslänglichem Kerker begnadigt.

Fast elf Stunden lang widerstanden 100 Schutzbündler auf dem Freinberg den Angriffen der Exekutive. Zuletzt im Ausfluggasthof «Jägermayer» verschanzt und mit Minenwerfern beschossen, räumten die Verteidiger, von denen der Grossteil in der Dunkelheit entkommen konnte, gegen 18.30 Uhr ihre Stellungen.

Am nördlichen Donauufer, in Urfahr, hielt der Schutzbund den ganzen 12. Februar seine Position auf dem Spatzenberg und beim Petrinum. Dabei gelang es ihm, den Chef der Mühlviertler Heimwehr, den Grafen Revertera, der mit einem Auto die Landeshauptstadt über die Freistädterstrasse zu verlassen suchte, gefangenzunehmen: Revçrtera wurde im Pumpwerk des Urnenhains festgehalten und nach Mitternacht, als das Scheitern der Erhebung offenkundig war, bedingungslos wieder freigelassen.¹³⁵ Dieses für einen Bürgerkrieg eher ungewöhnliche Verhalten war kein Einzelfall. Als am Morgen die Schutzbündler der Francksiedlung zu ihrem Sammelplatz eilten, hoben sie das Wachzimmer in der Wimbölzelstrasse aus; die Polizisten wurden gut behandelt, bis zum nächsten Morgen gefangengehalten und anschliessend entlassen. Beispiele ähnlicher Art sind auch für die anderen Kampfstätten in Österreich belegt. Neben der Unterschätzung der

Möglichkeit von Geiselnahmen wurde vom Schutzbund auch ein zweites wirksames Mittel im Bürgerkrieg, der Sabotageakt, nicht oder nur sehr selten angewandt. Entsprechend den Weisungen der Schutzbundführung, Sachbeschädigungen möglichst zu vermeiden, unterliess man es zum Beispiel, den Bahnverkehr nachhaltig zu stören, obwohl der Schutzbund mit modernsten Sprengmitteln «hervorragend ausgerüstet» war.¹³⁶ Diese Einstellung, die dem faschistischen Gegner den Sieg erleichtern musste, war das Ergebnis der Haltung der austromarxistischen Führung, für die der Schutzbund stets nur ein politisches Druckmittel war, aber keine Organisation, die tatsächlich jemals in Aktion treten sollte.

Am späten Abend des 12. Februar war in Linz der Sieg der Regierungstruppen offenkundig. Kleinere Einzelgefechte am 13. Februar änderten nichts mehr daran, dass sich die Stadt bereits fest unter Kontrolle der Exekutive befand.

Die Kämpfe am 12. Februar

Die sozialdemokratische Parteiführung in Wien erfuhr bereits kurz vor 8 Uhr durch mehrere Telefonate, dass in Linz Kämpfe zwischen Schutzbund und Polizei ausgebrochen waren. Das am 8. Februar eingesetzte «kleinere Exekutivkomitee» stellte faktisch die illegale Parteileitung der SP Österreichs nach der Besetzung der Parteizentrale in der Wienzeile dar. Es war bevollmächtigt, die weiteren Entscheidungen auf eigene Verantwortung zu fällen. Mitglieder waren Otto Bauer, Julius Deutsch, Johann Schorsch, Karl Weigl, Berthold König – Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft – sowie der Wiener Gemeinderat Robert Danneberg. Das Exekutivkomitee beschloss nach einer eilig zusammengerufenen Besprechung in einer Privatwohnung mit einer Stimme Mehrheit die Ausrufung des Generalstreiks und die Mobilisierung des Schutzbundes. Es wurde eine Kampfleitung, bestehend aus Otto Bauer und Julius Deutsch, gebildet, die im «Ahornhof», einem Teil des ausgedehnten Gemeindebaukomplexes «George-Washington-Hof» im 10. Bezirk, ihren Sitz hatte

und bis in die Mittagsstunden des zweiten Kampftages bestand. Die Massnahmen des Exekutivkomitees und der Kampfleitung waren, soweit sie überhaupt in das Kampfgeschehen eingriffen, völlig unzulänglich und inkonsequent. So gab man dem alarmierten Schutzbund Anweisung, keine Offensivaktionen zu starten und den Kampf nur dort aufzunehmen, wo er angegriffen würde. Weder wurde die Generalstreikparole in alle Betriebe gebracht noch wurden überhaupt Flugblätter hergestellt und verteilt. Rosa Jochmann, eine enge Mitarbeiterin Otto Bauers, bestätigte das später in einem Interview: «Ich fragte ihn (Otto Bauer – *d. Verf.*), ob wir irgendwelche Flugblätter hätten, da immer wieder junge Leute mit Fahrrädern kamen und von uns Instruktionen verlangten, sie wollten irgendwie aktiv werden. Wir hatten aber nichts zum Austeilen.»¹³⁷ Nur in Graz, wo Koloman Wallisch die Parteiführte, erschien eine Sonderausgabe der steyrischen Parteizeitung mit dem Aufruf zum Generalstreik. Die Februarkämpfer blieben über die gesamte Dauer der Auseinandersetzungen ohne zentrale Lenkung und sich selbst überlassen. Unter diesen Umständen hing die Vorbereitung eines organisierten Widerstandes einzig von Initiativen der Basis und einigen entschlossenen Persönlichkeiten ab.

Weit planmässiger und zielbewusster verlief die Alarmphase bei der Exekutive. Sie hatte alle für einen Bürgerkrieg in Wien vorgesehenen Massnahmen bereits in den Schubladen greifbar, und es bedurfte nach Bekanntwerden der Kämpfe in Linz eigentlich nur noch des Zusammenspiels mit dem Bundesheer und den verschiedenen Wehrverbänden, um den gesamten bewaffneten Apparat des Regierungslagers in Bewegung zu setzen.

Doch auch ohne die Generalstreikparole des sozialdemokratischen Exekutivkomitees kam es auf Grund von Gerüchten über die Ereignisse in Linz zu spontanen Arbeitsniederlegungen in einigen Wiener Betrieben. Um 9.30 Uhr traten mehrere Betriebe in Floridsdorf, um 9.45 Uhr die Arbeiter des Gaswerks Simmering und um 11.30 Uhr die des Elektrizitätswerks in den Streik. Richtiggehend alarmiert wurde der Wiener Schutzbund und die Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aber erst,

Die Wiener Polizei schießt mit
Kanonen auf die Gemeinde
bauten! Der Karl Marx Hof ist
ein Trümmerfeld ebenso andere.
Kinder u. Frauen unter den Opfern!
Männer aber stehen auf den Barrikaden

STREIKT! HELFT!

Die Wiener Arbeiter
kämpfen auf den
Barrikaden!
Helft! Streikt!
Schliesst die Ein-
heitsfront!

K.P.Ö. S.P.Ö.

als es einer Gruppe städtischer E-Werk-Arbeiter gelang, das vereinbarte Signal zu geben und die Aggregate der Stromabgabe für Wien abzuschalten. Als um 11.47 Uhr in der Bundeshauptstadt die Strassenbahnen mit einem Ruck stehenblieben, war das das Zeichen für die Schutzbündler,



sich zu ihren Alarmplätzen zu begeben. Eine halbe Stunde später stand auch die gesamte Wiener Polizei unter Waffen; über Wien wurde das Standrecht verhängt. Abteilungen des Bundesheeres marschierten im Eilschritt aus ihren Kasernen, besetzten die Brücken über den Donaukanal und sperrten zusammen mit Polizisten die Innere Stadt mit Stacheldrahtverhauen ab. Um 14 Uhr massierten sich Truppen der Exekutive an der die Innere Stadt umgebenden Ringstrasse; Polizei- und Heimwehrkräfte suchten systematisch jene Punkte in den Arbeiterbezirken zu umstellen (Arbeiterheime, Parteilokale, Gemeindebauten), wo nach Mutmassung der Regierung die Sammlung und Waffenausgabe an die Schutzbündler zu erwarten war.

Gegen 13 Uhr entbrannten bei der städtischen Wohn-

hausanlage «Sandleitens» in Ottakring die ersten Kämpfe. Da die Charakteristika der Bürgerkriegsaktionen in Wien in den einzelnen Bezirken mit unterschiedlicher Intensität in Erscheinung traten, ist es angezeigt, jene Stadtteile, in denen nicht oder kaum gekämpft wurde, von jenen, in denen sich heftige Kämpfe abspielten, getrennt zu behandeln.

Zu ersteren gehörten die Innere Stadt, die Leopoldstadt, Wieden, Mariahilf, Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Favoriten, Hietzing, Rudolfsheim und Schmelz, Währing, Hernals und die Brigittenau. Hier kam es im Wesentlichen nur zu Polizeiaktionen, denen der Schutzbund keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzte. Der Ausfall dieser Bezirke hatte für die Bekämpfung der Erhebung durch die Regierungstruppen grosse Bedeutung, da man sie dadurch vom übrigen Kampfgeschehen mühelos abriegeln konnte. Besonders schwerwiegend war das Stillhalten des grössten Wiener Arbeiterbezirks, Favoriten, wo die lokale Schutzbundführung versagte und es nur zu Schiessereien beim Gemeindebau in der Quellenstrasse kam.

Der Schwerpunkt der Kämpfe des 12. Februar lag in den Bezirken Landstrasse, Margareten, Simmering, Ottakring und Döbling, wo es durchschlagskräftigen Schutzbundabteilungen gelang, zumindest einzelne Phasen des vorgesehenen Aktionsplans in die Tat umzusetzen.¹³⁸

Im 3. Bezirk, Landstrasse, beherrschten die kämpfenden Arbeiter seit den Mittagsstunden das Heizhaus des Aspangbahnhofes und den Damm der Aspangbahnstrecke. Im St. Marxer Zentralviehmarkt verschanzten sich Schutzbündler und hielten ihn bis zum 13. Februar.

Im 5. Bezirk, Margareten, begannen um 14 Uhr bei den grossen Gemeindebauten «Reumannhof» und «Metzleinstalerhof» schwere Gefechte; erst nachdem am Abend ein Feldjägerbataillon des Bundesheeres eintraf, das mit Handgranaten und MG-Feuer die Verteidiger niederhielt, konnten beide Wohnbaukomplexe in der Nacht zum Dienstag besetzt werden. Im 11. Bezirk, Simmering, griffen die Schutzbündler die Polizeiwachzimmer überraschend an, besetzten die Trasse der Ostbahn und verschanzten sich in den Gemeindebauten «Högerhof», «Dr. Franz Kleinhof» und «Engelshof». Trotz Verstärkung durch ein Heim-

wehrebataillon und das Feldjägerbataillon zu Rad Nr. 2 konnten die Exekutivtruppen den ganzen 12. Februar keinen entscheidenden Erfolg verbuchen. Mit Ausnahme des Bezirkspolizeikommissariats befand sich Simmering an diesem Tag praktisch in den Händen der Arbeiter.

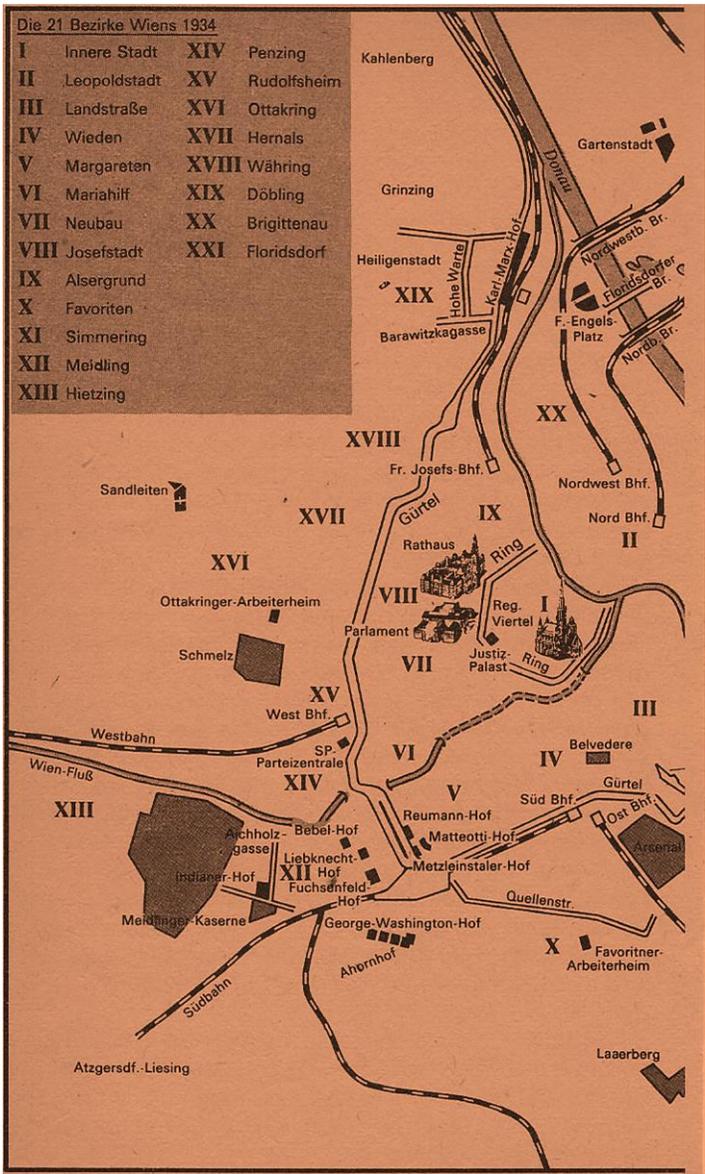
Hauptbrennpunkt der Kämpfe in Wien am 12. Februar war jedoch das Arbeiterheim im 16. Bezirk, Ottakring. Trotz Einsatzes von Panzerautos der Polizei und heftigem Beschuss aus schweren Maschinengewehren hielten 250 bis 300 Schutzbündler stundenlang ihre Stellungen hinter den in der Umgebung des Arbeiterheims errichteten Barrikaden. Gegen Mitternacht erschien Vizekanzler Fey auf dem Kampfplatz und übernahm das Kommando. Er liess vier Geschütze auffahren, die das Feuer gegen das Arbeiterheim eröffneten und es bis zur Ruine zerschossen. Als schliesslich um 8.30 Uhr des 13. Februar die Belagerer das Arbeiterheim erstürmten, fanden sie es verlassen vor. Die letzten zehn Verteidiger hatten sich über eine Mauer, den angrenzenden Hof und dann durch die Wohnung eines Genossen abgesetzt.

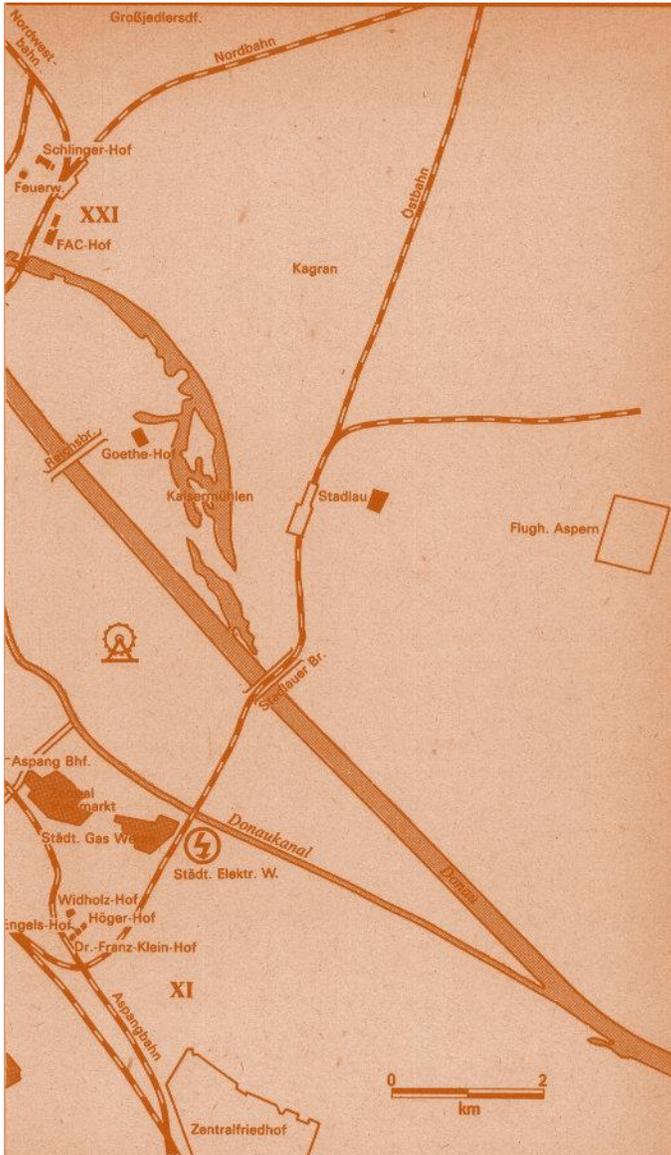
Im 19. Bezirk, Döbling, konzentrierten sich die Kämpfe um den gewaltigen Wohnkomplex des Karl-Marx-Hofes in Heiligenstadt, dem schönsten und berühmtesten Gemeindebau der Ära des «roten Wien». Am Montag, dem 12. Februar, war es hier noch relativ ruhig, da die Mobilisierung des Döblinger Schutzbundes erst in den Nachmittagsstunden einsetzte. Bis 14 Uhr konnte die Polizei den Karl-Marx-Hof ungehindert durchstreifen. Am Abend des Montag vertrieben Schutzbündler schwerbewaffnete Polizeikräfte aus einer Wachstube in unmittelbarer Nähe des Karl-Marx-Hofes und schlugen einen Angriff gegen den im Zentrum der Wohnanlage gelegenen «Blauen Bogen» zurück. Nach Anforderung einer Militärassistenz begann um Mitternacht Artillerie von der Hohen Warte aus den Karl-Marx-Hof zu beschiessen. Die Kämpfe tobten hier noch drei Tage.

Zu keinen Gefechten kam es am Montag in Floridsdorf und in Meidling. Hier sammelte und bewaffnete sich der Schutzbund 'erst in den Nachtstunden und wurde am Morgen des 13. Februar – dann allerdings mit unerwarteter Schlagkraft – aktiv.

Die 21 Bezirke Wiens 1934

- | | |
|------------------------|------------------------|
| I Innere Stadt | XIV Penzing |
| II Leopoldstadt | XV Rudolfsheim |
| III Landstraße | XVI Ottakring |
| IV Wieden | XVII Hernals |
| V Margareten | XVIII Währing |
| VI Mariahilf | XIX Döbling |
| VII Neubau | XX Brigittenau |
| VIII Josefstadt | XXI Floridsdorf |
| IX Alsergrund | |
| X Favoriten | |
| XI Simmering | |
| XII Meidling | |
| XIII Hietzing | |





In der Inneren Stadt, dem Regierungsviertel, ging am frühen Nachmittag Polizei und Heimwehr gegen das unverteidigte Rathaus vor und besetzte die Amtsräume des sozialdemokratischen Bürgermeisters Seitz. Bereits in den Mittagsstunden hatte die Regierung Dollfuss über einen vorbereiteten Erlass den Wiener Gemeinderat und Landtag als aufgelöst und Bürgermeister, Landeshauptmann und Stadtsenat als ihrer Funktionen enthoben erklärt. Vizekanzler a.D. Richard Schmitz wurde zum Bundeskommissär für Wien mit weitreichenden Vollmachten bestellt.

Die im Bürgermeisterzimmer anwesenden Stadträte Speiser, Weber, Honay und der ehemalige Finanzstadtrat Breitner folgten um 17.30 Uhr mit den Worten: «Wir fügen uns unter Protest der Gewalt» den Kriminalbeamten. Seitz, der sich nach wie vor weigerte, seinen Amtssitz zu verlassen, wurde zuletzt von den Polizisten gepackt und aus seinem Zimmer getragen.

In Wien beschränkten sich also die Kampfhandlungen auf einzelne Bezirke. Ähnlich war es auch im übrigen Bundesgebiet.

Vollständig inaktiv blieb die Sozialdemokratie im Burgenland und in Vorarlberg, wo, laut Meldung der «Vorarlberger Landszeitung», in den Februartagen «die sozialdemokratischen Führer beim Landeshauptmann vorstellig (wurden) mit der Erklärung, dass sie die anderwärts vorkommenden Ausschreitungen verurteilen und erklären, dass kein Sozialdemokrat in Vorarlberg Hand anlegen noch an verbrecherischen Anschlägen sich beteiligen würde»¹³⁹. Im Bundesland Salzburg kam es lediglich am 13. Februar in Hallein zu Streiks und vereinzelt Ruhestörungen; in Kärnten weigerten sich der sozialdemokratische Landeshauptmann-Stellvertreter Zeinitzer, der Klagenfurter Bürgermeister Pichler und die Schutzbundführung, irgendwelche Aktionen gegen die Staatsgewalt zu unternehmen. Zeinitzer trat sogar aus seiner Partei demonstrativ aus.¹⁴⁰ Erst am 15. Februar streikten für einen Tag die Arbeiter von St. Stefan und Frantschach im Lavanttal. Das Versagen der Sozialdemokratischen Partei in Salzburg und Kärnten erlaubte es der Regierung ohne Risiko, Heereseinheiten nach Oberösterreich und in die Steiermark zu verlegen, wo sie an der Niederkämpfung der



Giebel des Ottakringer Arbeiterheims



Eine Wohnung im Ottakringer Arbeiterheim



Eine Wohnung im Ottakringer Arbeiterheim



Nach dem Einschlag einer Bundesheer-Granate
in einem Kinderzimmer



Eine Wohnung im Gemeindebau
beim FAC-Platz in Floridsdorf



Eine Wohnung im Goethe-Hof in Kaisermühlen



Eine Wohnung im Goethe-Hof in Kaisermühlen



Eine Wohnung im Goethe-Hof in Kaisermühlen



Das Café Goethehof
nach der Erstürmung durch das Bundesheer



Bundesheerstellung vor dem Goethe-Hof in Kaiserbrunn



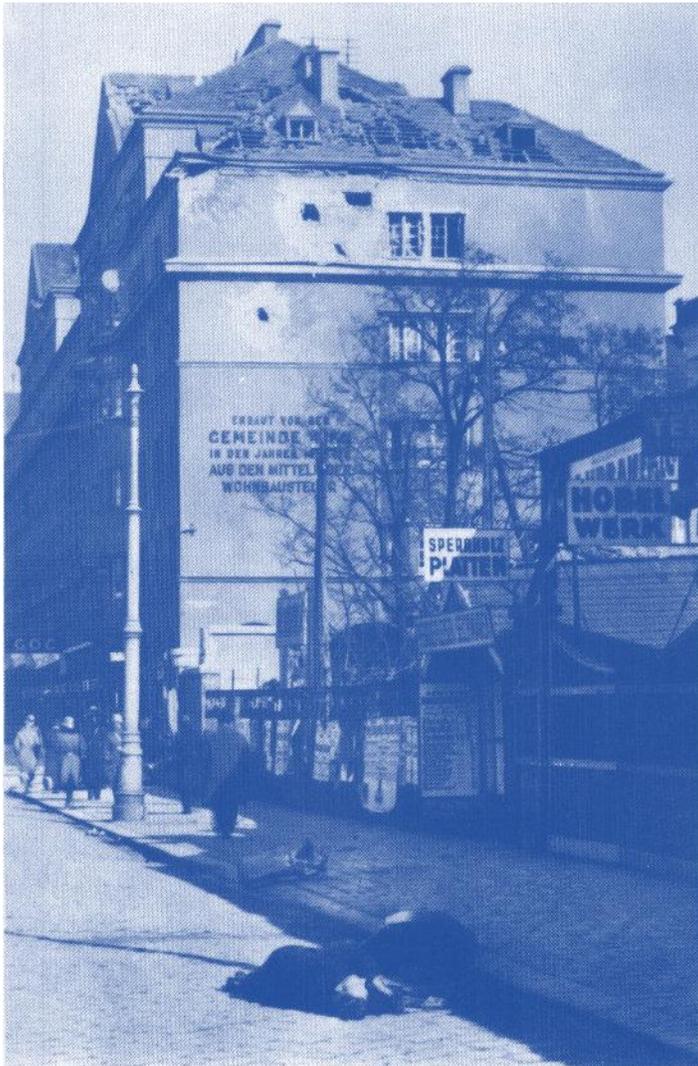
Erschossene Arbeiter auf den Stufen des
Karl-Marx-Hofs in Heiligenstadt



Vor dem Karl-Marx-Hof:
Beschlagnahmte Gewehre von Schutzbündlern



Bundeskanzler Dollfuß und
der Tiroler Heimwehrführer Steidle



Zwei tote Arbeiter vor dem Schlingerhof in Floridsdorf



Die toten Schutzbündler wurden zur Abschreckung
auf der Strasse liegengelassen



Der Schutzbundkommandant von Wien-Hietzing, Karl Münchreither;
trotz seiner schweren Verletzungen wurde er
zur Hinrichtung geschleppt



Der 26jährige Maurergehilfe
VIKTOR RAUCHENBERGER

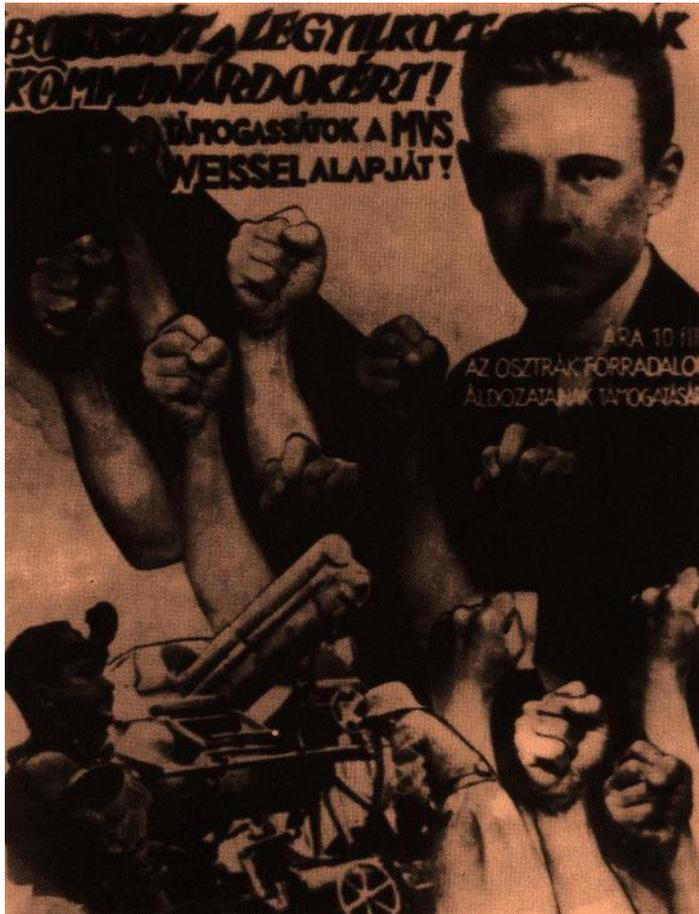
Der 43jährige Arbeitslose
JOHANN HOIS

aus Rohrbach bei Hainfeld.

Von der christlichen Mörderregierung am 16. Februar 1934 in St. Pölten hingerichtet.



Solidaritätspostkarte der illegalen Arbeiterbewegung
in Niederösterreich



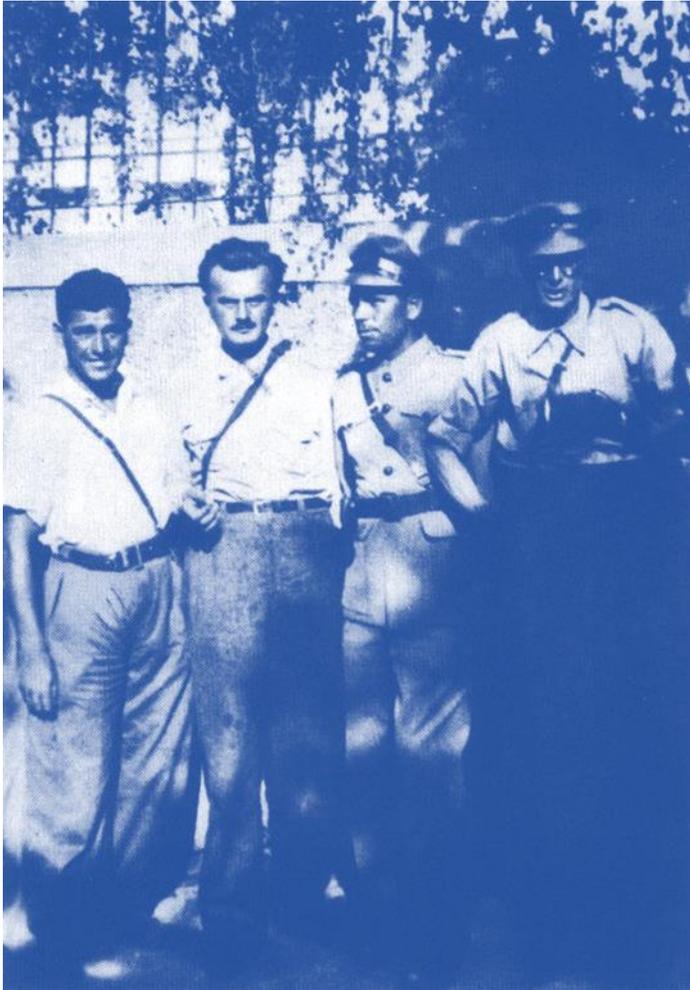
Solidaritátspostkarte der Ungarischen Roten Hilfe (Weissel-Fonds)
für die «österreichischen Kommunarden»



Hunderte Schutzbündler fanden Zuflucht in der Sowjetunion.
Im Bild eine Kundgebung vor dem Belorussischen Bahnhof in Moskau.



Viele Kinder inhaftierter Schutzbündler konnten in
sowjetische Kindereinrichtungen auf Erholung fahren



Gründung des «12.-Februar-Bataillons»
der XI. Internationalen Brigade im Spanischen Bürgerkrieg.
Bildmitte: F. Honner (l.) und T. Dobritzhofer (r.)



In Wien wurde der Doppeladler wieder eingeführt

Die alte Welt hat ihre Pleitegeier
Österreich hat einen mit zwei Köpfen

Montage von John Heartfield für die AIZ

Aufständischen mitwirkten. In Tirol fand nur an einem einzigen Ort, in Wörgl, ein Zusammenstoss statt, als sich die Arbeiter im sozialdemokratischen Parteiheim am 13. Februar verbarrikadierten und der Gendarmerie einen zweistündigen Schusswechsel lieferten.¹⁴¹

Eine Katastrophe für die Wiener Februarkämpfer war der Ausfall Niederösterreichs, wo die Sozialdemokratie in den Industriegebieten des Wiener Beckens, St. Pöltens, des Traisen- und Ybbstals, seit Jahrzehnten Hochburgen ihrer Organisation besass. Hier machten sich die negativen Wirkungen der austromarxistischen Rückzugspolitik, deren entschiedenster Exponent ja die niederösterreichische Landesparteileitung war, am stärksten bemerkbar. Obwohl es der Arbeiterschaft in Niederösterreich nicht an Kampfbereitschaft mangelte, wurden sie durch die defätistische Haltung der Schutzbundführung, die sich Waffenverteilungen widersetzte, bald entmutigt. Kurze lokale Schiessereien in Wiener Neustadt, Neunkirchen, Ternitz, St. Pölten, Traisen, Wilhelmsburg und im Raum Mödling blieben auf den Gesamtverlauf der Februarkämpfe ohne Einfluss.

So beschränkte sich das Gebiet echter, aktiver Kampfhandlungen neben Wien auf Oberösterreich und die Steiermark. In Oberösterreich kam es am 12. Februar ausser den bereits geschilderten Ereignissen in Linz noch in der alten Arbeiterstadt Steyr, in Attnang-Puchheim und im Hausruckviertel (Wolfsegg-Traunthaler-Kohlengebiet) zu schweren Gefechten. In Steyr begann um 12 Uhr im Autowerk und in der Waffenfabrik der Streik; die Schutzbündler, von denen es nur einer Minderzahl gelang, Waffen zu fassen, da eine Reihe von Verstecken unauffindbar blieb, mussten sich notgedrungen defensiv verhalten. Sie besetzten die auf einem Plateau über der Stadt liegende Arbeitersiedlung Ennsleiten, wobei sie die dortige Polizeiwache ausschalteten. Die Ennsleiten wurden den ganzen 12. Februar erfolgreich verteidigt. In Attnang-Puchheim, einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt, eroberten Schutzbündler den Bahnhof und liessen keinen Zug mehr passieren. Erst eine aus Wels auf Lastkraftwagen herbeibeordnete Militärassistenz konnte sie am Nachmittag vertreiben. In Wolfsegg und Holzleithen bewaffneten

sich die Bergarbeiter, die die hier eingesetzten starken Heimwehrverbände vorerst mühelos in Schach hielten.

In der Steiermark konzentrierten sich die Kämpfe auf Graz und seine Vororte, den Raum Bruck an der Mur/Kapfenberg sowie auf andere Industriegemeinden der Obersteiermark. Obwohl es in Graz wie auch anderswo nicht gelang, den Generalstreik lückenlos durchzuführen, die Eisenbahn, Strassenbahn, das Gas- und Elektrizitätswerk in Betrieb standen und die Bewaffnung der Schutzbundabteilungen unzulänglich blieb, kämpften die Arbeiter mit grosser Tapferkeit. Im Vorort Eggenberg tobten erbitterte Gefechte um das Haus des Konsumvereins, wo der Schutzbund mit nur zwei Maschinengewehren Angriffe einer Gendarmerie-Übermacht stundenlang abwehrte. Erst nach Mitternacht konnten herbeibefohlene Alpenjäger nach zwanzig Artillereschüssen aus vier Kanonen die Verteidiger niederzwingen. Die grössten Kampfhandlungen spielten sich im Raum von Bruck an der Mur/Kapfenberg ab. Sie gehörten zu den bedeutendsten des ganzen Bürgerkrieges. Das war kein Zufall, denn Bruck an der Mur war der einzige Ort in Österreich, wo an der Spitze der kämpfenden Arbeiter ein führender Funktionär der Sozialdemokratischen Partei stand. Es war dies der energische Landespartei sekretär der Steiermark, Koloman Wallisch, der 1919 in Ungarn zurzeit der Räterepublik als Kommissar tätig gewesen war. Auf die Nachricht vom Ausbruch des Streiks in Bruck eilte er, in vollem Bewusstsein des damit verbundenen Risikos für sein Leben, mit seiner Frau Paula in einem Auto von Graz nach Bruck, wo er jahrelang als Parteisekretär fungiert hatte. Unter seiner Führung konnten in Bruck und Kapfenberg die Gendarmeriekasernen vom Schutzbund eingeschlossen und belagert werden; in Bruck ergriffen die Arbeiter am 12. Februar faktisch die Macht. Vizekanzler Fey und Staatssekretär Karwinsky, die über diese Wendung der Dinge höchst beunruhigt waren, dirigierten starke Bundesheereinheiten mit Artillerie und Minenwerfern in den kampfraum, die sich in der Nacht zum 13. Februar zu entfalten begannen. Auch in anderen Industrieorten der Obersteiermark, so in Judenburg, Zeltweg, Fohnsdorf, Leoben und Kindberg, kam es zu Gefechten, die zum Teil

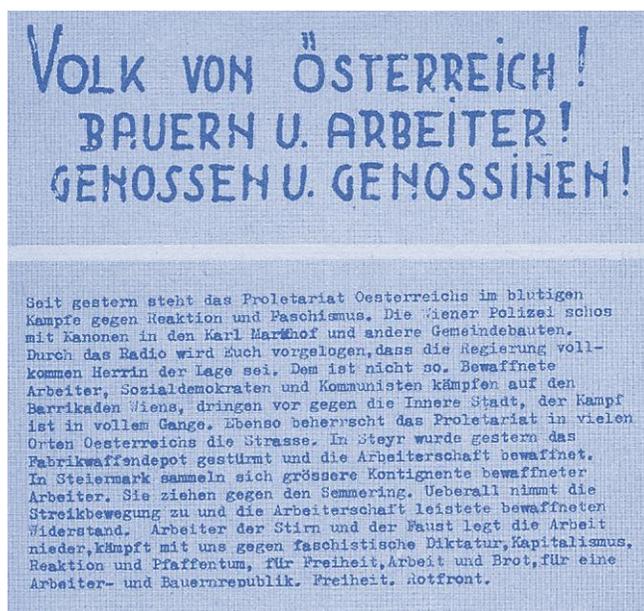
bis zum Nachmittag und Abend des 13. Februar anhielten.

Im Gesamtrahmen des viertägigen Bürgerkriegs war der 12. Februar jener Tag, an dem die Kämpfe ihre grösste Ausdehnung erreichten. Danach schrumpfte sowohl die Zahl der Kampfgebiete als auch die der kämpfenden Schutzbündler rasch zusammen. Der verbliebene Rest, die Avantgarde der österreichischen Arbeiterklasse, setzte ihren Widerstand jedoch dort, wo sie günstige militärische Ausgangspositionen errungen hatte, mit ungebrochener Moral und unverminderter Intensität fort, ja steigerten sie noch.

Die Kämpfe am 13. Februar

Ihren absoluten Höhepunkt erreichten die Februarkämpfe am 13. Februar in Floridsdorf, dem 21. Wiener Gemeindebezirk. Was hier an diesem und am folgenden Tag geschah, gehört zu den hervorragendsten Beispielen in der Geschichte der grossen bewaffneten Insurrektionen des internationalen Proletariats. Floridsdorf, der am linken Ufer der Donau gelegene und mit 94,9 Quadratkilometern grösste Gemeindebezirk, war als Industrie- und Verkehrszentrum sowie wegen der wichtigen Eisenbahnlinien und der Möglichkeit, drei Donaubrücken (Nordwestbahnbrücke, Floridsdorfer Brücke und Nordbahnbrücke) unter Kontrolle zu halten, von eminenter Bedeutung. Der Nachschub nach Wien von Norden und Nordosten her konnte hier wirksam unterbunden werden. Die Sozialdemokratie erreichte bei Nationalrats- und Gemeinderatswahlen der 1. Republik in Floridsdorf stets Stimmenanteile zwischen 60 und 70 Prozent, so viel wie nirgendwo anders. Floridsdorf war auch die Heimat des Eliteregiments des Schutzbundes «Karl Marx», das unter dem Kommando Heinz Roschers im Verlaufe der Kämpfe Ausserordentliches leistete.

Die ersten Angriffe der Floridsdorfer Schutzbundkompanien, die sich in der Nacht gesammelt und bewaffnet hatten, erfolgten in den frühen Morgenstunden gegen die Wachzimmer der Polizei in Gross-Jedlersdorf. Die Polizi-



Streuzettel der KPÖ aus Wien, um den 14. Februar 1934

sten waren bald genötigt, alle Wachstuben des 21. Bezirks aufzugeben und sich in das Polizeikommissariat zurückzuziehen, das von Schutzbündlern belagert wurde. Heftige Kämpfe entbrannten auch um die Hauptfeuerwache, die Ingenieur Georg Weissel, einer der Helden des Februar, befehligte. Die Exekutive erlitt so hohe Verluste, dass die Gefahr ihrer gänzlichen Verdrängung aus dem Bezirk bestand. In den Vormittagsstunden trafen starke Assistenzgruppen des Bundesheeres mit Gebirgskanonen und schweren Maschinengewehren auf dem Kampfplatz ein; es entwickelte sich eine regelrechte Schlacht, und Floridsdorf glich mehrere Stunden «einer Hölle».¹⁴² Der erste Angriff galt dem im Zentrum gelegenen grossen Gemeindebau «Schlingerhof», der ab 10.15 Uhr von Artillerie beschossen wurde. Nach etwa eineinhalb Stunden erbitterten Kampfes konnten Bundesheertruppen die vor

dem Schlingerhof errichteten Barrikaden stürmen und in den Wohnkomplex eindringen. Den Schlingerhof zur Gänze zu besetzen gelang aber an diesem Tag nicht mehr. Zwei andere Abteilungen der Militärassistenten wandten sich gegen das Floridsdorfer Arbeiterheim und die Gemeindebauten beim FAC-Platz (Sportanlage des Floridsdorfer Athletik-Clubs), die mit Minenwerfern bombardiert wurden. Hier wie auch⁷ beim gesamten Gemeindebau «Gartenstadt» konnten die Regierungstruppen bis zum Abend des 13. Februar keinen entscheidenden Einbruch erzielen. Die Arbeiter in Floridsdorf kämpften mit solcher Vehemenz, dass die Regierung in der Nacht auf Mittwoch weitere Truppenverbände aus den umliegenden niederösterreichischen Garnisonsstädten zusammenziehen musste.

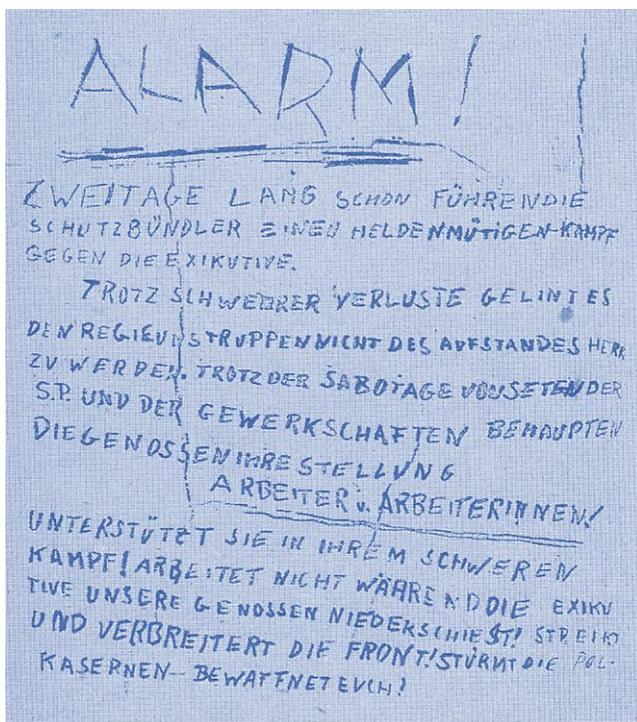
Ein weiterer Wiener Stadtteil, in dem erst am 13. Februar der Kampf seinen Höhepunkt erreichte, war der 12. Bezirk, Meidling. Hier hatten die Arbeiter im Schutz der Dunkelheit Barrikaden gebaut und am Morgen des Dienstag eine Offensivaktion gegen den Margaretengürtel mit dem Ziel, den Reumannhof zurückzuerobern, begonnen. Die die Gürtellinie abriegelnden Schutzkorpstruppen gerieten bald in grösste Bedrängnis, und ein Erfolg der angreifenden Schutzbündler schien greifbar nahe, als plötzlich um 9 Uhr ein Befehl von Julius Deutsch eintraf, sich zurückzuziehen.

Vor dem Reumannhof nur eine schwache Deckungsabteilung belassend, setzten sich die Schutzbündler nun in den Gemeindebauten «Fuchsenfeldhof», «Liebknechthof» und «Bebelhof» fest.

In Simmering war die Lage des vor) den Aufständischen belagerten Polizeikommissariats am Morgen des 13. Februar so kritisch, dass Vizekanzler Fey persönlich die Entsendung von Militär befahl. Am Nachmittag kam es zu schweren Kämpfen bei den Gemeindebauten «Högerhof» und «Widholzhof», gegen die Artillerie auffuhr. Der besetzte Damm der Ostbahn wurde bis zum Abend von den Schutzbündlern gehalten. In der Nacht zum Mittwoch vollzog das Heereskommando eine Umgruppierung und Verstärkung seiner Truppen, da ihm in Simmering nach wie vor kein effektiver Erfolg gelungen war.

Im 3. Bezirk, Landstrasse, blieb auch am 13. Februar der Zentralviehmarkt St. Marx Brennpunkt des Geschehens. Erst gegen 14 Uhr wurde St. Marx nach Einsatz von Hautbitzen und Panzerautos von Truppen der Exekutive eingenommen.

Im Kampfraum Döbling/Karl-Marx-Hof wurde der Artilleriebeschuss des «Blauen Bogens» in den frühen Morgenstunden wieder aufgenommen. Um 9.45 Uhr traten Feldjäger des Bundesheeres unter dem Schutz schwerer Maschinengewehre und mit Unterstützung von Panzerwagen zum Sturm auf die massiven eisernen Tore



Die Kommunisten bemühten sich um die Einbeziehung der übrigen werktätigen Bevölkerung in den Kampf der Schutzbündler, Flugblatt vom 13. Februar 1934

des Karl-Marx-Hofes an, die sie mit Hilfe geballter Handgranatenladungen aufsprengten. Als sie in die grossen Innenhöfe eindringen, wurden sie aus Fenstern mit Gewehrfeuer belegt. Einige Trakte des Wohnblocks waren um die Mittagszeit bereits von den Regierungstruppen erobert, als die Ereignisse in Floridsdorf die Regierung zwangen, Geschütze und Panzerautos vom Karl-Marx-Hof abzuziehen. Dadurch kam der Angriff ins Stocken, und der Hauptteil des Karl-Marx-Hofes blieb auch am 13. Februar in den Händen des Schutzbundes.

Ausserhalb Wiens begann sich der Bürgerkrieg am 12. Februar seinem Ende zuzuneigen. In Linz kämpfte die Exekutive die letzten Widerstandsnester bei der Schiffswerft, der Diesterwegschule und in Urfahr nieder. In Steyr, wo unter dem Kommando von Starhemberg starke Abteilungen der Heimwehr und des Bundesheeres zusammengezogen worden waren, begann der Artilleriebeschuss der Stellungen der Arbeiter im Morgengrauen. Die Arbeitersiedlung Ennsleiten wurde von allen Seiten umzingelt und mit Schrapnells, Granaten und Minen belegt.

Die sich zäh verteidigenden Schutzbündler mussten um 17.45 Uhr kapitulieren. Auf dem dritten oberösterreichischen Kampfplatz, in Holzleithen im Hausruck, benützten die Streitkräfte der Regierung am Dienstag, um den Widerstand der Bergleute zu brechen, ein diabolisches, aber bewährtes Mittel. Gegen die am Bahnhof in einem Eisenbahnwaggon verbarrikadierten Schutzbündler wurden verhaftete Arbeiter unmittelbar vor den nachrückenden Schützentruppen der Regierungstruppen vorgetrieben, worauf die Verteidiger, die auf ihre eigenen Klassengenossen nicht schiessen konnten, den Rückzug antreten mussten. Als um 17 Uhr ganz Holzleithen besetzt war und die Sieger gegen das Arbeiterheim, auf dem die Schutzbündler ein weisses Tuch gehisst hatten, vorrückten, wurden sie aus einer anderen Richtung nochmals beschossen. Die Truppe rächte sich an fünf unbeteiligten Arbeitern, darunter drei Mitglieder der Sanitätsabteilung, die man im Kellergewölbe des Arbeiterheims unbewaffnet antraf, furchtbar. Sie wurden auf die Bühne des Kinosaals getrieben und von einer Salve aus zwei Schützenreihen niedergemäht. Ein Arbeiter, durch einen Rückgratschuss

gelähmt, überlebte. In Stadl-Paura besetzten am 13. Februar 50 bewaffnete Schutzbündler die Brücke über die Traun und errichteten im Ort zwei Barrikaden. Ihr hartnäckiger Widerstand zwang das Brigadekommando, für Mittwoch, den 14. Februar, Artillerie anzufordern, die am Abend eintraf. Der Übermacht weichend, zogen sich die Arbeiter in der Nacht in die Wälder zurück; als das Militär am Morgen des 15. Februar Stadl-Paura besetzte, fand es keine Gegner mehr.

In der Steiermark setzten sich am Dienstag im Grazer Vorort Gösting die schweren Kämpfe fort. Die Schutzbündler griffen den Gendarmerieposten an, besetzten die Glasfabrik und errichteten Barrikaden. Erst am Nachmittag gelang es Bundesheerkompanien, die Stellungen zu stürmen. Brennpunkt der kriegerischen Handlungen in der Steiermark war nach wie vor Bruck an der Mur. Am 13. Februar, 4.45 Uhr morgens, begann die Beschiessung der auf dem Schlossberg verschanzten Schutzbündler mit Artillerie und Minenwerfern. Der die Gruppe kommandierende Wallisch versuchte verzweifelt, mit einer Abteilung, die auf Schleichwegen die Mur überquerte, den Gegner im Rücken zu fassen, was aber nicht gelang. Angesichts der überlegenen Bewaffnung des Militärs und des beginnenden Munitionsmangels musste die Gruppe Wallisch, die den anstürmenden Bundesheereinheiten noch ein erbittertes Rückzugsgefecht lieferte, den Schlossberg aufgeben und sich in einen nahe gelegenen Wald absetzen. In den Nachtstunden zum 14. Februar erloschen die Kämpfe in Bruck.

Die Regierung hatte einen leichten Sieg erhofft, doch auch am Abend des 13. Februar war sie – trotz ihrer erheblichen Erfolge – noch immer weit davon entfernt, die Arbeiter niedergeworfen zu haben. Sie setzte daher alle Mittel ein, um die Februarkämpfe moralisch zu erschüttern. Radio, Zeitungen, Flugzettel, Lautsprecherwagen und Plakate verkündeten eine Siegesmeldung nach der anderen und suchten die Arbeiter mit Drohungen einzuschüchtern. Dabei spielte der Appell an sie, an den Arbeitsplätzen zu verbleiben, weil sie sonst entlassen würden, die Hauptrolle. Diese Drohung wirkte. Der Typ des Februarkämpfers, der in der Nacht mit seinen Kameraden auf die Truppen

der Exekutive feuerte, am Morgen jedoch zur Arbeit ging, um am Abend womöglich noch einmal den Karabiner zu ergreifen, war keineswegs selten.

In den Rahmen der psychologischen Kriegsführung fiel auch die am Abend des 13. Februar gross herausgestellte Erklärung des Kommandanten des Schutzbundkreises Wien-West, Eduard Korbelt, der seinen Austritt aus der

Arbeiter!

Am gestrigen Abend erschien beim Staatssekretär für Sicherheitswesen Karwinsky der frühere Führer des aufgelösten Republikanischen Schutzbundes Eduard Korbelt und gab folgende

ab: **Erklärung**

Ich Eidesgehaltiger Eduard Korbelt, bisheriger Kreisführer des aufgelösten republikanischen Schutzbundes, erkläre, daß ich soeben meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs vollzogen habe, daß ich die Gewaltmethoden der bisherigen Führer der Partei, die so viel Unheil über die Arbeiterschaft gebracht haben, und die, nachdem sie uns zum Kampf aufgerufen hatten, uns im Stiche gelassen haben, auf das Schärfste verurteile.

Ich erkläre die bedingungslose Übergabe meines Kreises, welcher die Gemeindebezirke 6, 7, 13, 14, 15 und 16 umfaßt, und werde an alle ehemaligen Schutzbundangehörigen dieses Kreises den Auftrag geben, jede Gewalttätigkeit und jede Stellungnahme gegen die staatlichen Organe zu unterlassen und die Waffen der Sicherheitsbehörde sofort abzuliefern.

Ich bitte um Milde für meine Leute, die sich im blinden Vertrauen auf die Parteiführer zu den bellagenwerten Ausschreitungen der letzten Tage verurteilt sehen.

Eduard Korbelt.

Im Zeichen des austrofaschistischen «Kreuzkennzeichens».
Die Verrätererklärung Korbels, die am 13. Februar 1934
von der Regierung in Wien verbreitet wurde

Sozialdemokratischen Partei erklärte und die kämpfenden Arbeiter zur Kapitulation aufrief. Der Verrat Korbels stärkte die Position des Regierungslagers und trug neben der Tatsache, dass die Streikaktionen immer lückenhafter wurden, die Eisenbahnen wie in normalen Zeiten (wenn auch nicht so pünktlich) verkehrten, Zeitungen erschienen, die Strom- und Gasversorgung funktionierte usw. dazu bei, dass in die Stimmung der Masse der kämpfenden Arbeiter in Wien erste Einbrüche erzielt werden konnten.

Die Kämpfe am 14. und 15. Februar. Das Ende der Gruppe Wallisch

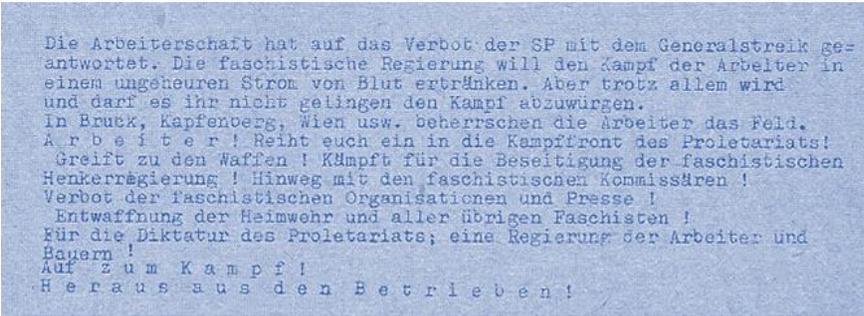
Ab Mittwoch, dem 14. Februar, war die allgemeine Situation dadurch gekennzeichnet, dass sich die Kampfhandlungen nunmehr auf Wien beschränkten, während in den Bundesländern die Arbeiter bis zum Abend grösstenteils die Waffen strecken mussten. So eindeutig auch die Erfolge der staatlichen Streitkräfte in allen Wiener Bezirken am 13. Februar gewesen sein mochten – die Art der Kämpfe dieses Tages zeigte erneut, dass sich der Schutzbund in den Brennpunkten der Auseinandersetzung das Gesetz des Handelns nicht so ohne Weiteres diktieren liess. Erst am Abend des Mittwoch, als die in den Räumen Heiligenstadt und Floridsdorf sowie Laaer Berg/Schwechat offenbar erhoffte Verbindung mit dem niederösterreichischen Schutzbund ausblieb, wurde die Lage der kämpfenden Wiener Arbeiter hoffnungslos.

Die während der Nacht nach Floridsdorf heranzubefehlenden Bundesheereinheiten aus Krems, Klosterneuburg, Stockerau und Korneuburg versuchten am 14. Februar die Entscheidung durch massierte Umfassungsangriffe herbeizuführen. Um 6 Uhr morgens begann ihre Offensive in drei Stossrichtungen. Eine Gruppe sollte den Schlingerhof durch konzentrisches Feuer niederhalten und zugleich auf das Floridsdorfer Arbeiterheim, den Bahnhof und die Häusergruppe neben dem Schlingerhof vorstossen, um diese in Besitz zu nehmen. Die zweite Gruppe hatte die Gebäude in der Brünner Strasse sowie den FAC-Hof zu stürmen, während die dritte Gruppe von Norden her in den

Bezirk eindringen und die Schutzbündler im Rücken fassen sollte. Die Operationen kamen aber überall nur langsam voran, weil sie auf den zähen Widerstand der Verteidiger stiessen. Erst nach dreistündigem Kampf begannen sich Erfolge abzuzeichnen.

Das sturmreif geschossene Arbeiterheim, der mit mörderischem Artilleriefeuer belegte FAC-Hof und der Bahnhof wurden bis Mittag eingenommen. In den frühen Nachmittagsstunden fiel der Schlingerhof, und es konnten die im Zuge der Donaufelderstrasse sowie in Kagran gelegenen Gemeindebauten besetzt werden. Der letzte schwere Kampf fand in Gross-Jedlersdorf statt, wohin sich die Schutzbündler aus den verschiedenen Kampfbereichen zurückgezogen und ausser Barrikaden auch Schützengräben und Maschinengewehrstellungen angelegt hatten. Hier hielten sie die Attacken von Bundesheer und Exekutive noch drei Stunden auf, mussten aber schliesslich vor dem Artilleriebeschuss weichen. Versprengte Teile des Floridsdorfer Schutzbundes zogen sich bewaffnet gegen das Marchfeld zurück und erreichten unter steten Gefahren nach einem fünfzehnstündigen Marsch am 15. Februar das rettende tschechoslowakische Staatsgebiet. Am Abend des 14. Februar war die Regierung in Floridsdorf Herrin der Lage, wenngleich vereinzelte kleine Schusswechsel auch am folgenden Tag andauerten.

In dem am linken Donauufer gelegenen Stadtteil Kaisermühlen (er gehörte 1934 noch zum 2. Wiener Gemeindebezirk) mit dem grossen Gemeindebau «Goethe-



Die Arbeiterschaft hat auf das Verbot der SP mit dem Generalstreik geantwortet. Die faschistische Regierung will den Kampf der Arbeiter in einem ungeheuren Strom von Blut ertränken. Aber trotz allem wird und darf es ihr nicht gelingen den Kampf abzuwürgen.
In Bruck, Kapfenberg, Wien usw. beherrschen die Arbeiter das Feld.
A r b e i t e r ! Reicht euch ein in die Kampffront des Proletariats!
Greift zu den Waffen ! Kämpft für die Beseitigung der faschistischen Herrkerrregierung ! Hinweg mit den faschistischen Kommissären !
Verbot der faschistischen Organisationen und Presse !
Entwaffnung der Heimwehr und aller übrigen Faschisten !
Für die Diktatur des Proletariats; eine Regierung der Arbeiter und Bauern !
A u f z u m K a m p f !
H e r a u s a u s d e n B e t r i e b e n !

Von der Polizei gefundenes Flugblatt in Leoben

hof» hatte sich die Polizei gegenüber den Schutzbündlern am 13. Februar defensiv verhalten. Dieser Kampfraum war wegen seiner Nähe zur Reichsbrücke, deren nördlichen Brückenkopf man vom Goethehof aus beherrschen konnte, besonders wichtig. Der Schutzbund in Kaisermühlen unternahm aber keinen Versuch, zur Reichsbrücke vorzustossen. Am Mittwoch forderte das Bundesheerkommando um 8 Uhr die Verteidiger des Goethehofes auf, das Gebäude zu räumen, was abgelehnt wurde. Daraufhin begannen vom rechten Donauufer aus ab 12.45 Uhr sieben Geschütze auf den Goethehof zu feuern. Der Beschuss, der am Wohnkomplex schwere Zerstörungen anrichtete, dauerte mit Unterbrechungen bis 20 Uhr. Vor der geballten Übermacht weichend, räumten die Schutzbündler in den Abendstunden den Goethehof, der tags darauf von der Exekutive widerstandslos besetzt wurde.

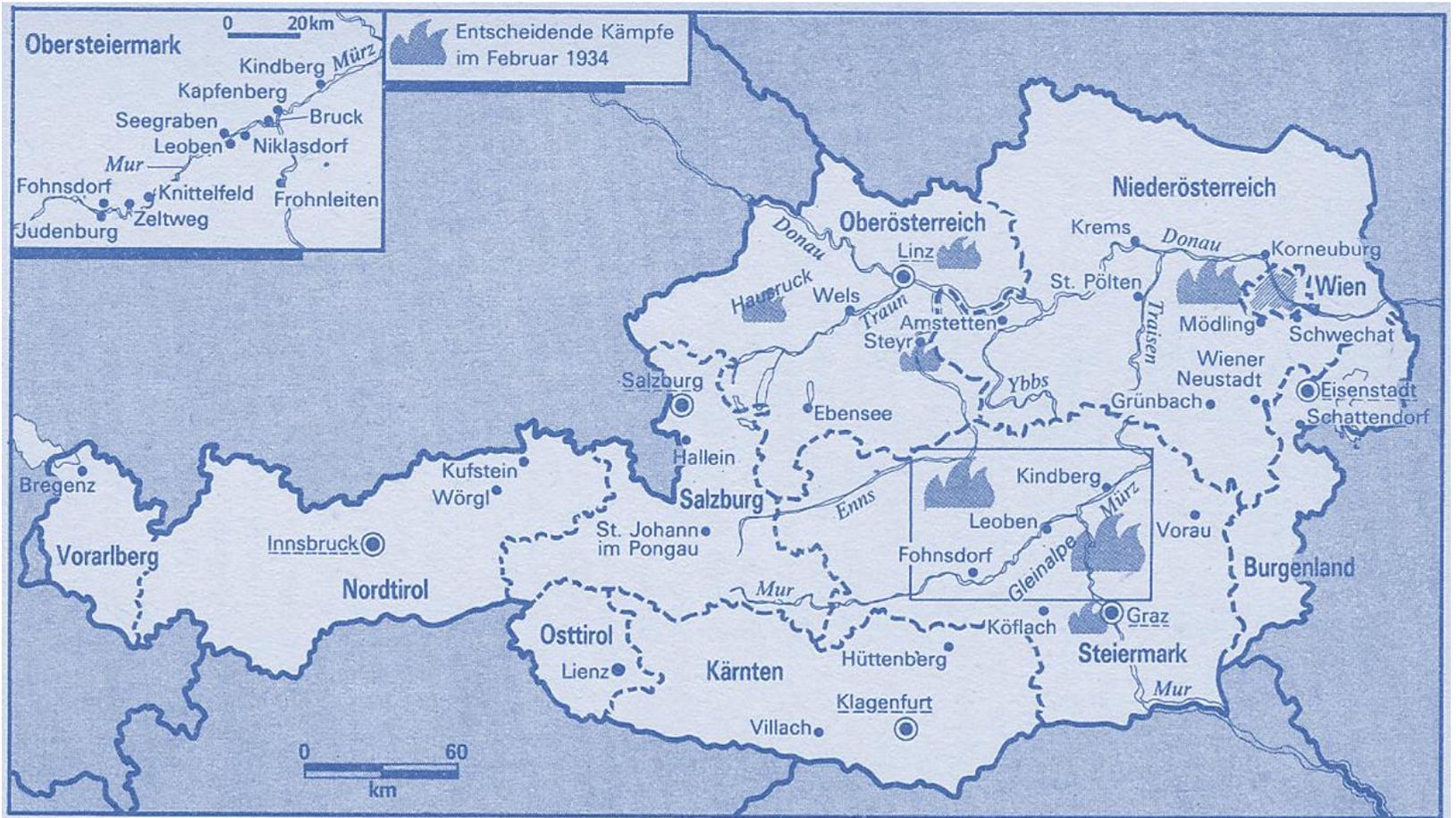
Im Kampfraum Margareten/Meidling rückte am Morgen des 14. Februar das Militär gegen die Gemeindebauten beiderseits der Gürtellinie vor und besetzte nach kurzem Kampf den Liebknechthof und den nördlichen Teil des weitläufigen Fuchsenfeldhofes. Den Westen Meidlings hielten die Schutzbündler noch den ganzen Tag. Hier konzentrierten sich die Gefechte um den Gemeindebau in der Aichholzgasse, der wegen seiner rötlichen Fassade «Indianerhof» hiess. Die zähe Verteidigung dieses einer Kaserne des Bundesheeres unmittelbar gegenüberliegenden Gebäudes rief Vizekanzler Fey höchstpersönlich auf den Kampfplatz, der ein Heimwehrregiment mit einem Panzerauto zur Verstärkung heranholte. Erst am 13. Februar konnte, ebenso wie der Bebelhof, der «Indianerhof» besetzt werden, der daraufhin von den Siegern zeitweilig in «EmiLFey-Hof» umbenannt wurde.

In Simmering scheiterte am Morgen des 14. Februar der letzte Versuch einer Schutzbundabteilung, die sich in der Nähe des Zentralfriedhofes gesammelt hatte, zum Högerhof vorzustossen, um dessen Verteidiger zu entsetzen, an der Überlegenheit der inzwischen verstärkten Regierungstruppen. Um 7.30 Uhr wurden vor den Gemeindebauten Engelshof, Dr. Franz-Klein-Hof, Widholzhof und Högerhof Kanonen in Stellung gebracht. Angesichts der Aussichtslosigkeit eines weiteren Widerstandes gaben

die Schutzbündler im Laufe des Tages den Kampf auf und zogen sich auf den Laaer Berg zurück, wo sie sich am 15. Februar zerstreuten.

Der Karl-Marx-Hof hingegen blieb auch am 14. Februar in den Händen der Arbeiter. Hier entwickelte sich ein hartnäckiger und blutiger Kleinkrieg. Die Regierungstruppen, die auf Grund des Abzugs der Geschütze nach Floridsdorf die Artillerieunterstützung entbehren mussten, wagten keinen Angriff, da sie aus den Fenstern des Karl-Marx-Hofes bei jedem Versuch des Vordringens mit Gewehrfeuer überschüttet wurden. Erst nachdem am 15. Februar im Raum Hohe Warte – Grinzing Strasse – Barawitzkagasse erneut zwei Haubitzen- und eine Kanonenbatterie aufgefahren war, wurde um 11.30 Uhr auf dem Karl-Marx-Hof die weisse Fahne gehisst. Als die Truppen der Exekutive um 14.30 Uhr die Wohnblocks besetzten, fanden sie hier weder einen einzigen Schutzbündler noch irgendwelche Waffen vor. Die Verteidiger hatten den Karl-Marx-Hof durch die unterirdischen Kanäle verlassen. Das Abflauen des Bürgerkrieges in den Nachmittagsstunden des 14. Februar bewog Bundeskanzler Dollfuss, dem bereits angeschlagenen Widerstandswillen der kämpfenden Arbeiter den Garaus zu machen. Am Mittwochabend verkündete er in einer Rundfunkrede, dass allen Aufständischen, «ausgenommen den verantwortlichen Führern», die sich bis Donnerstag, 15. Februar, 12 Uhr, den Exekutivorganen stellen, «Pardon» gegeben würde.¹⁴³ Was davon zu halten war, sollte bald offenkundig werden.

In den Bundesländern verblieben am 14. Februar nur noch zwei Kampfgebiete: in Oberösterreich Ebensee und in der Steiermark die Wälder südlich von Bruck an der Mur. In Ebensee trat an diesem Tag die Arbeiterschaft in den Streik, entwaffnete eine Gruppe von Heimwehrleuten und besetzte den Gendarmerieposten. Das Bundesministerium für Landesverteidigung verlegte ein Heeresbataillon aus Kitzbühel in Tirol, das mit der Eisenbahn nach Wien unterwegs war, sowie einen zusätzlichen Gebirgskanonen-Halbzug rasch in den gefährdeten Raum. Als die Truppen in den Mittagsstunden des 15. Februar in Ebensee eintrafen, hatten sich die Schutzbündler bereits in die umliegenden Berge zurückgezogen.



Die Gruppe Wallisch, die Bruck an der Mur am Abend des 13. Februar aufzugeben gezwungen war und sich, 400 Mann stark, in die Wälder der Gleinalpe zurückgezogen hatte, beschloss, den Weitermarsch in Richtung jugoslawische Grenze zu versuchen. Unter unsäglichen Mühen, in tiefem Schnee und bei eisigem Wind, schlug man sich am Vormittag des Mittwoch bis zu dem zwischen den Bergen Hochanger und Hochalm gelegenen Eisenpass durch. Hier stellte Wallisch jenen Genossen, die zu erschöpft waren, um weitermarschieren zu können, die Umkehr frei. Das Ziel der Gruppe war nun die Ortschaft Frohnleiten, südlich der Hochalpe, wo man Hunger und Durst zu stillen und zu übernachten hoffte. Wallisch und seine Leute wagten sich aber nicht in den Ort hinein, da sie nicht wussten, ob sich dort Heimwehr und Militär befanden. Ein Schutzbündler setzte sich unbemerkt nach Frohnleiten ab, wo er der Gendarmerie die Position der Truppe verriet. Eine Abteilung von achtzig Gendarmen verfolgte nun die Männer Wallischs, die sich erneut in die Berge zurückzogen. Am 15. Februar kam es zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf ein Teil der Schutzbündler gefangengenommen wurde. Der Rest, etwa 50 Mann, konnte sich zu einer verfallenen Almhütte durchschlagen, wo man beschloss, einzeln sein Glück zu versuchen. Wallisch versteckte sich in der Scheune eines einsam gelegenen Bauernhofs, von wo aus er am Samstag, dem 17. Februar, mit Genossen im Tal Verbindung aufnehmen konnte. Es wurde ein Auto für seine Flucht nach Jugoslawien organisiert. Ein Autobuschauffeur erkannte jedoch Wallisch und zeigte ihn der Gendarmerie an. Wallisch wurde gefangengenommen und gemeinsam mit seinem Verräter am 19. Februar von einem Standgericht in Leoben zum Tod durch den Strang verurteilt.¹⁴⁴ Während man den Verräter als Belohnung zu lebenslänglichem Kerker begnadigte, wurde die Hinrichtung an Wallisch, der in der Verhandlung seine Überzeugung mit ungebrochener Moral verteidigte, um 22.40 Uhr vollzogen.

Von allen Verfahren der Blutjustiz der Dollfuss-Regierung in den Februartagen war das gegen Koloman Wallisch das skandalöseste. Hatte man doch mit der Aufhebung des Standrechts solange gewartet, bis die Exekutive seiner



habhaft werden konnte. Wallisch, den seine politischen Gegner als Symbolfigur des radikalen Sozialisten inbrünstig hassten, wurde «ein in jeder Hinsicht unfairer Prozess» gemacht. «Auf Grund der Aktenlage handelt es sich um einen von oben anbefohlenen Justizmord, für den Dollfuss, Schuschnigg und Fey gemeinsam die Verantwortung tragen.»¹⁴⁵

Die Bilanz der Kämpfe

Verlässliche Angaben über die Zahl der an den Kämpfen beteiligten Personen des Bürgerkriegs, der in den Morgenstunden des 16. Februar 1934 zum Erliegen kam, lassen sich nur annähernd erstellen. Die Regierung verfügte über 25'000 Mann des Bundesheeres und 18'000 Mann der Exekutive (Bundesgendarmerie rund 8'000, Bundespolizei in Wien, Linz und Graz rund 10'000 Mann); dazu kamen die paramilitärischen faschistischen Formationen (Heimwehren, Freiwilliges Schutzkorps, Frontkämpfervereinigung, Ostmärkische Sturmcharen, Freiheitsbund, Christlich-Deutsche Turner und andere), deren Mitgliederstand Anfang 1934 allerdings nur auf dem Papier etwa

50'000 Mann betrug.¹⁴⁶ Das reale Aufgebot der regierungstreuen Wehrverbände dürfte an keinem der Kampftage grösser als 15'000 bis 17'000 Mann gewesen sein.¹⁴⁷ Von ihnen nahm zudem nur etwa die Hälfte an aktiven Kampfhandlungen teil, die andere versah hilfspolizeiliche Sicherungsfunktionen. Der Kampfwert der faschistischen freiwilligen Formationen war, wie der Verlauf des Bürgerkriegs zeigte, recht gering. Die Hauptlast bei den bewaffneten Auseinandersetzungen trugen die gut gerüsteten und ausgesuchten Truppen des Bundesheeres und der Bundespolizei.

Auf Seiten der Arbeiterschaft kann die rein mitgliedermässige Stärke des Republikanischen Schutzbundes Anfang 1934 mit 30'000 bis 40'000 Mann in ganz Österreich angenommen werden; sie lag also bereits weit unter jenem Stand von 80'000 Mann, die der Schutzbund nach Angaben von Julius Deutsch in seinen besten Zeiten zählte. Wie viele Schutzbündler tatsächlich bei den Alarmplätzen erschienen waren, ist unklar. Zeitgenössische Schätzungen sprachen von rund 10'000 Mann in Wien und in ganz Österreich von 20'000.¹⁴⁸ Von diesen konnte aber sicherlich, entweder aus Mangel an Waffen oder infolge des Fehlens einer Führung, nicht einmal die Hälfte in den Kampf treten; nach Meinung des Kärntner SP-Funktionärs Buttinger waren an allen österreichischen Kampfschauplätzen etwa 10'000 Schutzbündler am bewaffneten Widerstand beteiligt¹⁴⁹, was wohl immer noch zu hoch gegriffen ist. Es steht auch fest, dass die von der Exekutive in ihren offiziellen Berichten behaupteten Angaben über die Zahl ihrer Gegner zumeist weit übertrieben waren. Das Ottakringer Arbeiterheim wurde nicht von 2'500 Schutzbündlern, sondern, wie wir heute wissen, nur von 20 bis 25 Leuten verteidigt; im Karl-Marx-Hof belief sich die Zahl der bewaffneten Verteidiger nur auf etwa 180 Mann. Die Zahl derer, die auf der Seite des Schutzbundes kämpften, war also von Anfang an beträchtlich geringer als die seiner Gegner. Das Übergewicht der Regierungstruppen nahm im Verlauf der Kampftage dadurch, dass sich die Zahl der Schauplätze kriegerischer Handlungen ab dem 12. Februar insgesamt stetig verminderte, immer mehr zu und wurde ab 14. Februar eklatant.

Ebenso umstritten ist die Zahl der Opfer. Für sie existiert eine am 1. März 1934 regierungsamtlich veröffentlichte Liste. Danach beläuft sich die Zahl der Gefallenen und Verwundeten seitens der Regierungstruppen insgesamt auf 118 Tote, davon 55 in Wien, und 486 Verwundete, davon 302 in Wien. Die Verluste der Zivilbevölkerung wurden mit 196 Toten, davon 127 in Wien, und 319 Verwundeten, davon 158 in Wien, angegeben. Unter ihnen befanden sich 21 tote und 79 verletzte Frauen sowie 2 tote und 12 verwundete Kinder, die entweder durch den Artilleriebeschuss auf Wohnhausanlagen oder durch verirrte Kugeln in den Strassen Opfer des Bürgerkriegs wurden. Die von der Regierung für die «Zivilisten» angegebenen Ziffern, bei denen keine Trennung zwischen Angehörigen des Schutzbundes und tatsächlich unbeteiligten Personen vorgenommen wurde, riefen von Anfang an grösste Skepsis hervor. Der über die Wiener Verhältnisse gut unterrichtete britische Journalist Gedye führte an, dass die Sozialdemokraten die Zahl ihrer Toten auf 1'500 bis 2'000 schätzten, einschliesslich eines hohen Prozentsatzes von Frauen und Kindern, und die Zahl ihrer Verwundeten auf 5'000.¹⁵⁰ Neuere verlässliche Berechnungen, die der Linzer Historiker Peter Kammerstätter für Oberösterreich angestellt hat, zeigen jedoch, dass auch diese Ziffern einer Korrektur bedürfen. Nach seinen Angaben belief sich die Zahl der in Oberösterreich im Kampf getöteten Schutzbündler auf 34 Mann, was die von der Regierung verlautete Ziffer von 27 Toten für dieses Bundesland nur unwesentlich übersteigen würde.¹⁵¹ Obwohl eine Hochrechnung dieses Ergebnisses auf die anderen Kampfräume nur bedingt möglich erscheint (aus Wien ist zum Beispiel bekannt, dass die Schutzbündler bei ihren Rückzügen in das unterirdische Kanalnetz Tote und Verwundete mitnahmen), steht doch nunmehr fest, dass die regierungsamtlich verkündete Zahl der Toten bei den «Zivilisten» nicht so untertrieben war, wie man auf Seiten der Besiegten ursprünglich annahm. Sie dürfte, mit gewissen Aufrundungen, im Kern zutreffen. Ganz anders steht es um die Zahl der Verwundeten, die in jedem Fall weit höher als die Angaben in der offiziellen Statistik war.

Als Indiz für die Seriosität der amtlichen Angaben kann

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Gesamt-Lese! Diese Zeitschrift, die über Zeitschrift hinaus dem Arbeiter den wichtigsten Inhalt des Tages bringt, ist ein Organ der Arbeiterklasse. Sie ist ein Organ der Arbeiterklasse. Sie ist ein Organ der Arbeiterklasse.

Wien, im März 1934

Nieder mit der faschistischen Herrschaft! In jede Gewerkschaft!

Der heldenhafte Aufstand der österreichischen Arbeiter

Generalstreik und gigantischer bewaffneter Kampf der Arbeiter gegen die faschistische Diktatur — An offenem Verrat der sozialdemokratischen Führer gescheitert

Schließt alle revolutionären Kräfte in der Kommunistischen Partei zusammen! Schafft die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse unter dem Banner des Kommunismus! Kämpft gegen Heimwehr- und Hitlerfaschismus! Vorwärts vom Februaraufstand zum bolschewistischen roten Oktober!

Die große Lehre

Die Tage des Februaraufstandes haben die gewaltige revolutionäre Kraft offenbart, die in der Arbeiterklasse geborgen liegt. Die österreichischen Arbeiter haben sich gegen die faschistische Diktatur erhoben. Sie haben wahre Wunder an Heldentum und Kühnheit für ihre revolutionäre Sache vollbracht. Und doch wurden sie zurückgeworfen, wurde ihr Aufstand in einem Meer von Feuer und Blut erstickt, weil Verräter auf Kommando posten in dem eigenen Rücken nicht offen überlieferten. Jetzt sollen wir lernen, was die Entfaltung der ganzen Kraft der Arbeiterklasse verhindert. Das ist das Ergebnis der ganzen bisherigen Arbeit der KP.

In den wenigen Tagen des Februaraufstandes haben die Arbeiter ungezügelt mehr gelernt, ungleich mehr Erfahrungen gesammelt als sonst in dreißig Jahren.

Sie lernten die schrankenlose Bestrafung einer von ihrer Herrschaft strotzenden Bourgeoisie kennen. Das internationalen Willen der faschistischen Parteien hat zu wenigen Tagen die letzten demokratischen Illusionen, die in den Köpfen schichtarbeitender Arbeiter noch wach erhalten wurden, zerstört. Im Kugelregen wurde so manche Illusion schillernd sozialdemokratischer Arbeiter über ihre Partei zertrümmert, diese Illusionen! Darum der II. Internationalen, die sich nicht scheute, von Revolution und Generalstreik zu sprechen, um im ersten Moment, da es dazu kam, unter den ersten Hüben wie ein bösener Kollid in die verschobenen Ziele auseinander zu brechen.

Die Februarische haben sich überlebt. Die Arbeiterklasse hat sich überlebt.

einer revolutionären Führung zu entbehren.

Zehntausende Arbeiter wählten eine solche Führung in der Sozialdemokratie zu befehlen. Die Tage des Aufstandes haben ihnen bewiesen, daß sie einen verhängnisvollen Irrtum begangen sind. Es gibt nur eine revolutionäre Partei, die Proletariat, die von den revolutionären theoretischen Erkenntnissen der Plethas-Leninismus besetzt ist, die sich auf das mächtigste sozialistische Bewußtsein, die Sowjetunion in einem Sechsteil der Erde stützt, das ist die Weltpartei des Kommunismus, die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen in allen Ländern.

Das ist die große Lehre des Aufstandes: Jenseits der Kommunistischen Internationalen und der Kommunistischen Parteien gibt es kein revolutionäres Zentrum im Proletariat und kein es nicht haben.

Keine sozialdemokratische Partei kann diese revolutionäre Führung bilden und mag sie sich auch noch so „links“ behaupten.

Was nun!

Die Kommunistische Partei Österreichs hat den Massen des letzten politischen Analyse und den richtigen Weg gewonnen. Sie hat die erkohlenen Kämpfer im ersten Halbes des Aufständischen gestellt. Aber sie war noch zu klein, um eine einseitige, tendenziöse revolutionäre Führung des Aufstandes zu schaffen, jetzt ist es die historische Aufgabe aller wahrhaften Revolutionären in Österreich, die Kommunistische Partei zur Massenpartei der österreichischen Proletariate zu machen und so dem österreichischen Proletariat seine revolutionäre Führung zu geben, die es zu seiner revolutionären Einheit führt.

Realisierung der proletarischen Revolution, zum Sturz der faschistischen Diktatur, zur Aufrichtung der Sowjetmacht im Österreich. Es gibt kein anderes Ziel, es gibt keine „links“ Sozialdemokratie, die wieder aufzubauen. Es gibt keine Parteien, Gruppen und Organisationen zwischen der I. und der revolutionären I. Internationalen zu schaffen. Man will so mit einem äußerlich „revolutionären“ Gewand die Massen davon abblenden, an ihren blutigen Erfahrungen die richtige Konsequenz des Überganges zum Kommunismus zu ziehen. Als diese Bedrohungen schaffen neue, verhängnisvolle Illusionen. Sie sind — gewaltig oder ungewaltig — dieser Verrat an den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse, weil sie die revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft verstreuen. Da gibt es keine Zersplitterung! Schließt die revolutionäre Einheit unter dem Banner der Kommunistischen Internationalen!

Der Februaraufstand war eine Notwendigkeit. Er ist ein Vorposten der internationalen proletarischen Revolution, die immer näher heranrückt. Die österreichischen Arbeiter, die mit einem lebhaften Kampf werden die große Lehr ihrer Kampfes, werden die Generalprobe zum stürzenden bolschewistischen roten Oktober in Österreich.

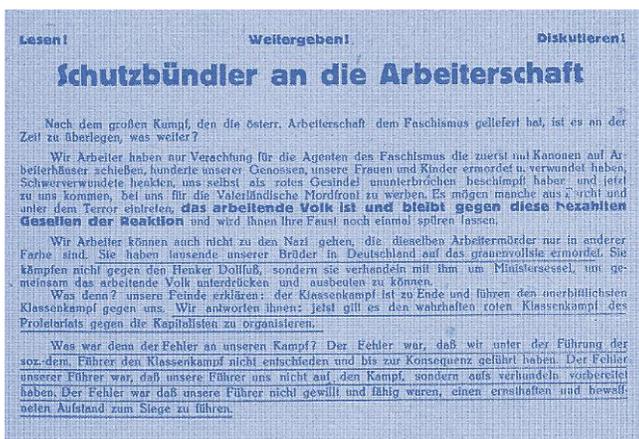
Darum nur voller Kraft bereit an das Zusammenwirken aller revolutionären Arbeiter in der Kommunistischen Partei, bereit an die Mobilisierung aller Kräfte gegen Heimwehr- und Hitlerfaschismus gegen die faschistische Gegenpartei! Schließt euch in den Reihen zusammen, achtlos! In die Einheit in die faschistischen Gewerkschaftsorganisationen und in die faschistische Einheitsgewerkschaft! In die Welt der Arbeiter!

auch gelten, dass die internen Zahlen von den offiziell bekanntgegebenen nicht allzu sehr abweichen: Für Wien existiert eine solche Liste vom 6. Oktober 1934¹⁵², die für Tote des Regierungslagers die gleichen Zahlen nennt wie die Liste vom 1. März, allerdings eine doppelt so grosse Anzahl von Verwundeten. Die Zahl der toten und verwundeten «Zivilisten» ist um vier beziehungsweise 39 höher als in der publizierten Liste.

Besonders interessant ist an dieser Liste, dass sie die Ergebnisse der Nachforschungen der Staatspolizei über

die Parteizugehörigkeit von Toten und Verwundeten enthält: Von den toten «Zivilisten» werden 16 dem Republikanischen Schutzbund zugezählt, 36 waren sonstige Sozialdemokraten, 6 wurden als Kommunisten ermittelt. Bei den Verwundeten zeigt sich, dass Schutzbündler und Kommunisten ihre Verwundeten nur in schwerwiegenden Ausnahmefällen der Exekutive überliessen: 122 sozialdemokratischen Verwundeten standen 19 des Schutzbunds und 4 der KPÖ gegenüber. Diese amtlichen Zahlen widerlegen übrigens auch die antikommunistischen Verleumdungen, vor allem sozialdemokratischer Historiker, die der KPÖ jede aktive Beteiligung an den Februarkämpfen absprechen wollen.

Nach der behördlichen Auflösung des Republikanischen Schutzbundes (31. März 1933) und dem Verbot der KPÖ (26. Mai 1933) hatten sich kommunistische Arbeiterwehrlager vor allem in Oberösterreich den Schutzbündlern angeschlossen.¹⁵³ Eine Reihe linker Sozialdemokraten, die im Laufe des Jahres 1933 der illegalen KPÖ beigetreten waren, blieben nach aussen hin Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Der Bezirkskommandant des Republikanischen Schutzbundes von Vöcklabruck, Karl Sulzberger,



Flugblatt, verbreitet im März 1934
im XX. Wiener Gemeindebezirk

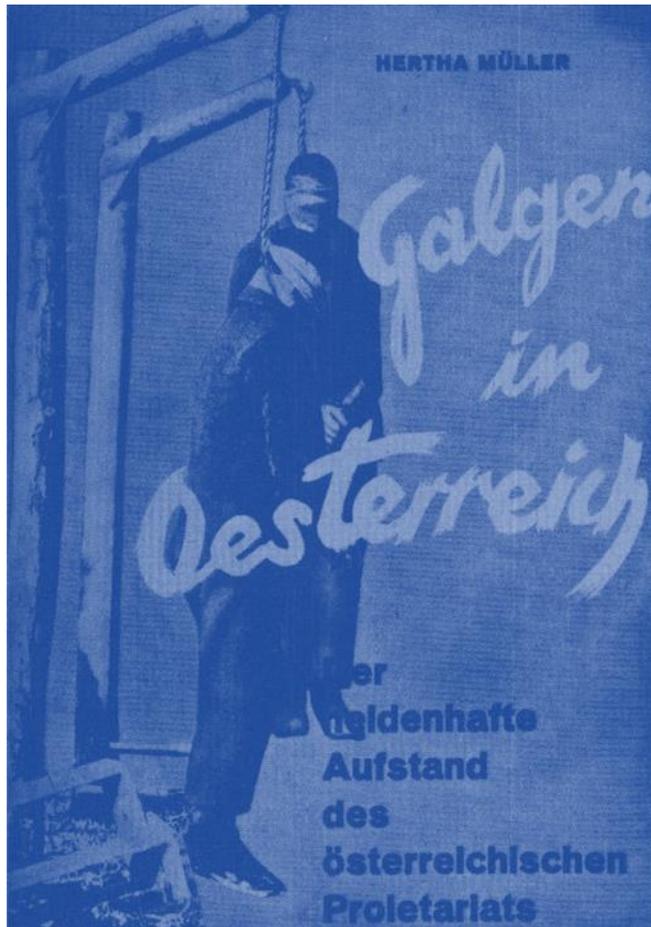
wurde im Oktober 1933 sogar in den «Parteiratsrat», das neue Leitungsgremium der SP Österreichs, gewählt.

Die KPÖ versuchte über diese Kontakte nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Kapitulationspolitik ihrer Parteiführung in Bewegung zu setzen und auf den bevorstehenden Kampf vorzubereiten, sondern auch, putschistischen Tendenzen unter den Linken entgegenzuwirken. So warnte der kommunistische Gewerkschafter Leopold Hornik, der gemeinsam mit dem Vertreter der Parteiführung, Alfred Klahr, die Verbindung des ZK der KPÖ mit Linz hielt, die oberösterreichischen Schutzbündler vor den Plänen Bernascheks, ohne ausreichende politisch-militärische Vorbereitung einfach «loszuschlagen».

Wo diese Kontakte zwischen linken Kräften in der Sozialdemokratie und der KPÖ hergestellt waren, konnten die Kommunisten im Februar mitkämpfen. Wo dies nicht gelungen war, konnten sie sich in vielen Fällen nur indirekt am Kampf beteiligen. In Steyr übernahmen kommunistische Arbeiter die Reparatur der Waffen, in Wien und in der Obersteiermark versuchte die KPÖ, durch Flugblätter die Arbeiterschaft zum Kampf zu mobilisieren und der Regierungspropaganda entgegenzuwirken. In einigen Fällen, so in Amstetten (Niederösterreich), gelang es der Polizei, führender Kommunisten habhaft zu werden, bevor sie diese Aufrufe unter die Bevölkerung bringen konnten. Gemessen am organisatorischen Kräfteverhältnis zwischen Kommunistischer und Sozialdemokratischer Partei war aber die Beteiligung der Kommunisten selbst dort, wo sie sich nicht voll in die Kämpfe einschalten konnten, überproportional.

In den Polizei- und Gerichtsgefängnissen Wiens wurden «aus Anlass der Februarunruhen» bis Mitte März 1934 insgesamt 7'823 Männer und Frauen für kürzere oder längere Zeit inhaftiert¹⁵⁴, in ganz Österreich etwa 10'000 bis 11'000 Personen. 2'400 Fälle wurden der Strafjustiz übergeben, die bis zum 1. September 1934 über 1'202 Arbeiter insgesamt 1'410 Jahre Kerkerhaft verhängte. Hunderte Personen saßen noch Monate nach den Unruhen ohne Gerichtsurteil in Haft.

Weniger streng verfuhr das Regime mit den Spitzen-



funktionären und Mandataren der Sozialdemokratischen Partei. In Wien wurden am 12. Februar neben Bürgermeister Seitz, den meisten Stadträten auch der Grossteil der sozialdemokratischen Gemeinderäte, Bezirksräte und Bezirksvorsteher festgenommen. Weitere Verhaftungen trafen führende Funktionäre wie Renner, Danneberg,

Helmer, Körner und andere. Otto Bauer gelang mit Unterstützung des tschechoslowakischen Gesandten Dr. Fierlinger am Nachmittag des 13. Februar, Julius Deutsch in der Nacht vom 14. zum 15. Februar die Flucht in die Tschechoslowakei. Obwohl die Staatsanwaltschaft nach Abschluss der polizeilichen Voruntersuchung gegen zwanzig verhaftete Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstands Anklage wegen des Verbrechens des Hochverrats und der Beteiligung am Aufruhr erhob, sah das Regime aus innen- und aussenpolitischen Erwägungen von einem Schauprozess ab. Die Parteiprominenz wurde nach einigen Monaten der Haft wieder auf freien Fuss gesetzt, musste sich zwar täglich in dem für den Wohnsitz zuständigen Wachzimmer melden, blieb aber ansonsten unbehelligt. Gegen die schon vor dem Ausbruch der Kämpfe verhafteten Schutzbundführer Alexander Eifler, Rudolf Löw, Theodor Schuhbauer, Franz Musil und weitere 17 Männer wurde hingegen im April 1935 der Hochverratsprozess eröffnet. Eifler wurde zu 18 Jahren schweren Kerkers, Löw zu 15, Musil zu 12 und Schuhbauer zu 10 Jahren verurteilt. Die Strafen der übrigen Beschuldigten bewegten sich zwischen acht Jahren und einem Jahr. Internationale Proteste veranlassten die Regierung Schuschnigg, zu Weihnachten 1935 eine Amnestie für politische Häftlinge zu verkünden, unter die auch die Verurteilten des Schutzbundprozesses fielen. Eifler, dem seine Offizierspension vom Regime aberkannt worden war, musste sich von 1936 bis 1938 als Vertreter einer Schneiderei verdingen. Nach der Okkupation Österreichs erneut verhaftet, wurde er am 1. April 1938 mit dem ersten «Prominententransport» in das Konzentrationslager Dachau verschickt, wo er am 2. Januar 1945 starb.

Das grausamste Kapitel der Terrorjustiz der Dollfuß-Regierung war die Sondergerichtsbarkeit, die bereits während der Kampfhandlungen mit der Aburteilung von Schutzbündlern, die bewaffnet am Aufstand teilgenommen hatten und der Polizei, den Heimwehren oder dem Militär in die Hände gefallen waren, begann. Das entsprechende juristische Mittel schuf eine Notverordnung vom 12. Februar, nach der das Standrecht, seit dem 11. November 1933 für Mord, Brandstiftung und boshafte

Sachbeschädigung in Kraft, auf «Aufruhr» ausgedehnt wurde.

Gleich das erste, gegen den 43jährigen Hietzinger Schutzbündler Karl Münichreiter angestrengte Standgerichtsverfahren zeigte die bürgerliche Klassenjustiz von ihrer schändlichsten Seite. Münichreiter war nach einem Schusswechsel mit einem Überfallkommandowagen der Polizei im 13. Wiener Gemeindebezirk schwer verwundet festgenommen worden. Vom Standgericht am 14. Februar zum Tode verurteilt, wurde er auf einer Tragbahre zum Galgen geschleppt und gehenkt. Diese Hinrichtung eines Schwerverletzten rief internationale Abscheu und Verurteilung hervor. Der zweite, gleichfalls am 14. Februar verhandelte Standgerichtsfall, traf den Kommandanten der Floridsdorfer Feuerwehr, Ingenieur Georg Weissel. Ihm wurde vorgeworfen, an die Feuerwehrleute Waffen ausgegeben zu haben, damit diese in den Kampf eingreifen konnten. Das Todesurteil an Weissel, der vor dem Gericht unbeugsam zu seiner Überzeugung als revolutionärer Sozialist stand, wurde am 15. Februar, 0.45 Uhr, vollstreckt.

Inzwischen hatte der Rundfunk am Abend des 14. Februar, gegen 23 Uhr, den bereits erwähnten Pardon-Appell von Dollfuss ausgestrahlt. Er liess nicht wenige noch kämpfende Aufständische hoffen, nach Strecken der Waffen wengleich nicht auf Straffreiheit, so doch auf milde Urteile rechnen zu können. Trotzdem kamen in den folgenden Tagen Schutzbündler, die sich im Vertrauen auf den Kanzler-Pardon gestellt hatten und beileibe nicht als «verantwortliche Führer» angesehen werden konnten, vor Standgerichte. «Pardon» bedeutete dann, dass man das Todesurteil in eine langjährige, bis zu 20 Jahren schweren Kerkers betragende Freiheitsstrafe umwandelte.

Überhaupt zeigte die Februargerichtsbarkeit widersprüchliche Tendenzen. Auf der einen Seite standen neun vollstreckte Todesurteile, die dem grundsätzlichen Abschreckungs- und Rachecharakter dieser politischen Terrorjustiz voll entsprachen, auf der anderen Seite die Umwandlung von zwölf Todesurteilen in langjährige Kerkerstrafen, bei einigen Schutzbündlern oft wenige Minuten vor dem Hinrichtungstermin. Für letztere Tendenz

war die Rücksichtnahme auf aussenpolitische Abhängigkeiten sowie intern anlaufende Versuche einer «Befriedung» der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft massgebend. Die blutige Unterdrückung des Aufstands, insbesondere die Hinrichtungen, lösten in aller Welt zahllose Proteste, Empörung und Besorgnis aus. Besonders ernst zu nehmen hatte das Dollfyss-Regime negative, meist halboffiziell geäusserte Reaktionen der Regierungen in London, Paris und Prag.

Angesichts der drohenden Einbrüche des politischen Ansehens im Ausland, sah sich das Regime, das trotz der Annäherung an den italienischen Faschismus vom britisch-französischen Finanzkapital abhängig blieb, bald genötigt, den «Milde»-Versprechungen konkrete Taten folgen zu lassen. Dazu zählte die erwähnte Umwandlung einer Reihe standgerichtlicher Todesurteile in Haftstrafen, der Verzicht auf den geplanten Schauprozess gegen einige sozialdemokratische Führer und deren Freilassung.

Wie aber die Tage vom 16. bis zum 21. Februar zeigten, konnten solche Erwägungen die einem tief reaktionären Klassenhass entsprungenen Vergeltungsmassnahmen nicht gänzlich aufhalten, waltete der» Scharfrichter nach wie vor seines Amtes. Am 16. Februar wurden in Wien der 36jährige Zugführer des Schutzbundes Emil Svoboda hingerichtet, dem man vorwarf, bei den Kämpfen um den Karl-Marx-Hof einen Polizisten erschossen zu haben, und in St. Pölten die beiden Schutzbündler Johann Hois und Viktor Rauchenberger, denen man den Tod eines Heimwehroffiziers bei einem Feuergefecht in Rohrbach im Gölsental zur Last legte. Am 17. Februar folgten in Graz der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft Josef Stanek, weil er sich, eher durch Zufall in das Kampfgeschehen geraten, mit der Pistole in der Hand seiner Verhaftung widersetzt hatte, und in Steyr der 26jährige Arbeiter Josef Ahrer, der auf Grund einer erwiesenermassen falschen Zeugenaussage – es wurde ihm die Erschiessung eines Heimwehrmannes und dessen Braut zur Last gelegt – zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Die beiden letzten Standgerichtsfälle waren die bereits erwähnten Verfahren gegen Koloman Wallisch am 19. Februar in Leoben und gegen Anton Bulgari am 21. Februar in Linz. Das Urteil an

Bulgari wurde erst am Tag nach der Aufhebung des Standrechts, das für Wien, Oberösterreich und die Steiermark am 21. Februar um 7 Uhr früh erfolgte, vollstreckt.

Bereits am Nachmittag des 12. Februar hatte eine ausserordentliche Ministerratssitzung die sofortige Auflösung der Sozialdemokratischen Partei beschlossen. Unter das Verbot fiel in der Folge das gesamte, weit über hundert grössere und kleinere Vereine zählende Organisationsgebäude der sozialistischen Arbeiterbewegung, von den freien Gewerkschaften über den Arbeiterbund für Sport und Körperkultur (ASKÖ), den Arbeiter-Samariterbund usw. bis hinunter zum Arbeiter-Abstinentenbund, Arbeiter-Schachbund und den Arbeiter-Gesangsvereinen. Deren Vermögen wurde ebenso wie das der Arbeiterbank beschlagnahmt, was für das Regime einen nicht unerheblichen finanziellen Gewinn bedeutete. Die Konsumgenossenschaften wurden «gleichgeschaltet». Die frei gewählten sozialdemokratischen Betriebsräte entthob man am 21. Februar 1934 ihrer Funktionen.

Ein eigenes Problem warfen die Wiener Gemeindebauten mit ihren Zehntausenden Bewohnern für die Machthaber auf. Der austrofaschistische Publizist Josef Schneider, einer der vielen wütenden Gegner des kommunalen Wohnbaus, scheute sich nicht, nach den Februarkämpfen folgenden Vorschlag zu machen: «Ich gehe soweit, zu behaupten, dass es das grösste Glück wäre, wenn man die Häuser ohne Verluste von Menschenleben hätte rasieren können, denn sie bedeuten eine solche schwere Verlegenheit für jede Stadtverwaltung ..., dass es wahrhaftig am besten wäre, wenn sie je eher je lieber vom Erdboden verschwänden. Ich glaube kaum, dass sie das normale Lebensalter eines normalen Hauses erreichen werden, sondern man wird sie höchstwahrscheinlich früher niederreißen müssen ... Ganz bestimmt werden aber diese grossen Gemeindehäuser immer das sein, was ich ihnen von Anbeginn vorausgesagt habe: Sammelpunkte gesellschaftsfeindlicher Elemente ... und daher dauernde Unruheherde inmitten unserer schönen Stadt.»¹⁵⁵

Diese Forderung, die insgesamt 382 seit 1919 von der sozialdemokratischen Stadtverwaltung errichteten Gemeindebaubjekte mit ihren rund 60'000 Wohnungen dem

Erdboden gleichzumachen, ging Dollfuss aber denn doch etwas zu weit. Eine andere Möglichkeit hätte die massenweise Delogierung der Bewohner, die in ihrer erdrückenden Mehrheit Parteigänger der Sozialdemokratie waren, sein können. Aber auch das erwies sich in der Praxis als undurchführbar. Obwohl es nach dem Februar 1934 vorkam, dass die neuen Rathaus-Herren über die Ehefrauen geflüchteter Schutzbündler oder politisch Inhaftierter, die in Gemeindebauten wohnten, Kündigungen aussprachen, blieben solche Methoden auf relativ wenige Einzelfälle beschränkt. Dafür sorgten allein schon die Klagen der gleichsam «auf Probe» Eingewiesenen, denen in den Gemeindebauten eine Atmosphäre eisiger Kälte und stummer Ablehnung entgegenschlug und denen die «roten» Nachbarn das Wohnen bald unerträglich machten.

So eröffnete sich den Austrofaschisten nur mehr die Möglichkeit, symbolische Akte zu setzen. Am 17. Februar 1934 wurde verlautbart, dass «im Zuge der grundlegenden Neuerungen alle Wohnbauten der Gemeinde Wien, die nach marxistischen Führern benannt sind, umbenannt werden, da es nicht angeht, dass diese Bauten auch weiterhin die Namen von marxistischen Führern tragen. Welche neuen Namen an ihre Stelle kommen werden, wird eine eigene Kommission entscheiden.»¹⁵⁶

Die Verwirklichung dieser Ankündigung liess aber unvermutet lange auf sich warten. Auch das Ergebnis glich keineswegs den grossspurigen Prophezeiungen. In Wahrheit zeigte sich der Austrofaschismus, der im Gegensatz zum deutschen und italienischen Faschismus auf jeden «revolutionären» Anstrich von vornherein verzichtete und dessen Kulturpolitik von bigott-krachlederner Spiessbürgerlichkeit war, in der Frage der Umbenennung der Wiener Gemeindebauten zu eigenständigen Lösungen unfähig. Krampfhaft Bemühungen, durch einige Zugeständnisse eine politische «Befriedung» oder zumindest Neutralisierung der Wiener Arbeiterschaft zu erreichen, paarten sich hier mit Massnahmen, die sowohl von der zutiefst reaktionären Attitüde des Ständestaatsregimes als auch von schlichter Ignoranz seiner Verantwortlichen Zeugnis ablegten.

Für amtliche Umbenennungen gibt es nur zwei Beispiele: Der «Karl-Marx-Hof» hiess von 1934 bis 1945 offiziell «Heiligenstädterhof», und der «Matteotti-Hof» in Margareten wurde sofort nach Beendigung der Kämpfe in «Giordani-Hof» umgetauft.¹⁵⁷ Letztere Massnahme war eindeutig eine liebdienersiche Geste gegenüber Mussolini, dem «Schirmherrn» des Austrofaschismus, der im Jahre 1924 den oppositionellen Sozialistenführer Giacomo Matteotti durch gedungene Mörder aus dem Weg räumen lassen hatte. Giulio Giordani, ein rechtsradikaler Advokat, galt seit dem 21. November 1920, als er in einer tumultösen Sitzung des Bologneser Gemeinderats durch Revolverschüsse von der Publikumsгалerie aus tödlich verletzt wurde, als «Horst Wessel» des italienischen Faschismus.

Alle anderen Wiener Gemeindebauten behielten entweder ihre ursprüngliche Benennung, sofern sie «unverfänglich» war (Goethehof, Wildgans-Hof, Haydn-Hof, Metzleinstaler-Hof und andere), oder es wurden ihre Namen durch Abmontierung der Lettern von der Fassade getilgt. Ganz abgesehen von einzelnen grotesken Begleiterscheinungen (beim «Engelshof» in Simmering wurde das «s» entfernt, so dass er nun harmlos «Engel-Hof» hiess; bei anderen blieben die Namenszüge durch Ansammlung der Staubschicht am Verputz auch nach Demontage der Buchstaben deutlich sichtbar), war bei der Auswahl der Namensentfernung eine Primitivität sondergleichen zu erkennen. Getilgt wurden nämlich nicht nur die Namen grosser Sozialisten, sondern auch die Namen Heinrich Heines, Georg Herweghs, George Washingtons, Robert Blums und einiger anderer, die ja wahrlich nicht als «Marxistenführer» zu bezeichnen waren. Dem Austrofaschismus hat die Tatsache, dass diese Personen eines gemeinsam hatten – nämlich keine Vertreter der Reaktion, sondern des gesellschaftlichen Fortschritts zu sein –, für die Namenstilgung offenbar völlig genügt.

Verblüffend, aber aus dem Streben der Machthaber, «Befriedungsgesten» zu setzen, nicht unerklärlich, war der Entschluss, bei insgesamt vier nach «Marxistenführern» benannten Gemeindebauten die alten Namen zu belassen. Es handelte sich dabei um den «Reumannhof» in Marga-

reten (benannt nach dem ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Wiens von 1919 bis 1923), den «Pernerstorferhof» und den «Victor-Adler-Hof» in Favoriten (benannt nach den beiden bedeutendsten Führern der österreichischen Sozialdemokratie vor 1918) und um den «Schuhmeier-Hof» in Ottakring (benannt nach dem populären Arbeiterfunktionär Franz Schuhmeier, der 1913 einem Attentat zum Opfer fiel).

Schliesslich ist noch eine lapidare Meldung zu zitieren, die zwei Jahre nach den Februarkämpfen im Amtsblatt der Stadt Wien unter der Überschrift «Neue Wiener Strassennamen» zu finden war: «Ferner wurde der vor dem Heiligenstädterhof befindliche Karl-Marx-Platz in «Heiligenstädterplatz» umbenannt.»¹⁵⁸ Das geschah am 1. Februar 1936! Hier dürfte allerdings weniger eine taktische Finesse als vielmehr der in Österreich traditionell dicke Dschungel der amtlichen Bürokratie Ursache für das wie ein Witz anmutende Versäumnis gewesen sein.

Hunderte von Dokumenten bezeugen, dass die Wiener Gemeindebauten zurzeit der Diktatur des grünen Faschismus Hochburgen der illegalen sozialistischen Arbeiterbewegung und, wie der Austrofaschist Schneider es so schön ausdrückte, «Sammelpunkte gesellschaftsfeindlicher Elemente» blieben. An Gedenktagen, wie dem 12. Februar, 1. Mai, 12. November (Ausrufung der Republik) usw., kam es hier regelmässig zu Aktionen, wie Streuen von Flugzetteln, Hissen von Fahnen und Blitzkundgebungen. Die illegale «Arbeiter-Zeitung» meldete anlässlich des 12. November 1934: «Der Volkert-Hof in Ottakring war von Samstag früh an von vierzehn Wachebeamten bewacht worden; trotzdem gelang es, dort eine rote Fahne zu hissen und auf den Kaminen die Worte «Freiheit!» und «Rotfront!» in roter Farbe anzubringen.»¹⁵⁹

Der Charakter der Kämpfe

Die Bürgerkriegshandlungen, vor allem die Kämpfe in Wien, sind bislang vom militärhistorischen Standpunkt nur ungenügend analysiert worden und wären einer näheren Betrachtung durch die marxistische Militär-

geschichtsforschung wert; denn auf den zentralen Kampfschauplätzen – hervorgehoben soll hiervor allem Floridsdorf werden – lieferten die Schutzbündler den Beweis, welche Möglichkeiten selbst damals noch für den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse in der Grossstadt bestanden. Entscheidend war hier die ungenügende Unterstützung durch die übrigen Arbeiter. Weder funktionierte der Generalstreik noch griff die Zivilbevölkerung massenhaft und daher wirksam durch ihr zur Verfügung stehende Kampfmittel (vom «zivilen Ungehorsam» bis zur Sabotage) in die Auseinandersetzungen ein. «Und wenn die Arbeiterfrauen die vorbeiziehenden Regierungstruppen aus den Fenstern nur mit Blumentöpfen beworfen hätten, wäre das schon eine Hilfe für die Kämpfenden gewesen», bemerkte einmal der Verfasser des kommunistischen Aufrufs zum Generalstreik vom 10. Februar, Leopold Hornik.

Die in der Hauptsache von Alexander Eifler, dem Stabschef des Republikanischen Schutzbundes, ab 1931 für das steirische Industriegebiet und Wien ausgearbeiteten Aktionspläne waren als Abwehrmassnahme gegen einen Heimwehrputsch konzipiert worden. Die Grundtendenz war offensiv und auf die Verhinderung des Zusammenwirkens von Exekutive und Bundesheer ausgerichtet. Zu diesem Zweck sollten in Wien in einer «Phase 1» zunächst alle Wachzimmer, Polizeikommissariate und Kasernen der äusseren Bezirke durch Barrikaden abriegelt und dann gestürmt werden. Die «Phase 2» sah vor, dass der Schutzbund über die Gürtelstrasse gegen die Innenstadt vorrücken und das Regierungsviertel in Besitz nehmen sollte. Bei einem Fehlschlagen der Operationen wollte man sich in Parteiheimen, Gemeindebauten und Fabriken so lange verteidigen, bis eine Verbindung zu den übrigen Schauplätzen des Kampfes hergestellt werden konnte. Der Plan ging von der Voraussetzung eines lückenlosen Generalstreiks zur Lahmlegung der Verbindungen und des Nachschubs des Gegners aus und war, wenn überhaupt, nur auf dieser Basis realisierbar.

In weiten Teilen des Republikanischen Schutzbundes wurde aber nur der defensive Aspekt des Plans bei den Vorbereitungen auf den Kampf berücksichtigt, in den

Februartagen selbst kam es wie dargestellt nur in wenigen Fällen zu offensiven Aktionen der Schutzbündler.

Der Kampfplan der staatlichen Streitkräfte, denen die Aktionspläne des Schutzbundes zumindest in den Grundzügen schon vor dem Februar 1934 bekannt waren, lief auf eine sorgfältige Koordination der Massnahmen zwischen Exekutive und Bundesheer hinaus, um von vornherein das Gesetz des Handelns zu erlangen und zu bewahren. Seit dem Frühjahr 1932 fanden regelmässig Besprechungen und Planspiele zwischen Polizei und Heer statt, deren Ergebnisse in Richtlinien und Dienstvorschriften für den «Strassen- und Häuserkampf» sowie zur «Bekämpfung von Strassenrevolten» zusammengefasst wurden. Die Wiener Polizei war für den Bürgerkrieg eigens reorganisiert worden. Sie kaufte drei für einen Häuserkampf besonders geeignete Panzerwagen tschechischer Bauart und stellte eine spezielle, gut ausgerüstete «Alarmabteilung» mit zwölf Kompanien auf. Vom Bundesheer wurden wenige Wochen vor Beginn des Bürgerkriegs improvisierte Panzerzüge bereitgestellt. Kern der Massnahmen war ein zeitgerecht vorzunehmender Präventivschlag in Form von Verhaftungen der Schutzbundführer, die Abriegelung der einzelnen Kampf Räume und, nach Heranziehen genügender militärischer Verstärkungen, die Niederwerfung des Widerstandes. Im Unterschied zum Schutzbund schöpfte die Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen, politischen und propagandistischen Möglichkeiten in der Vorbereitung des Bürgerkrieges aus.

Ein eigener Komplex, der im Rahmen der Aktionspläne beider Seiten eine wichtige Rolle spielte, waren die grossen Wiener Gemeindebauten. Schon lange vor den Februarkämpfen wurde von den bürgerlichen Gegnern des kommunalen Wohnbaus behauptet, dass sowohl die Standorte der Objekte als auch deren Bauweise von der Sozialdemokratie auf den künftigen Bürgerkrieg ausgerichtet gewesen wären. Der bereits mehrfach zitierte Josef Schneider schrieb dazu in seiner Broschüre «Der Fall der Roten Festung»: «Wer sich die Verteilung der Wohnhausbauten und anderer Bauten der sozialdemokratischen Gemeinde Wien über die Stadt in einem Stadtplan einzeichnet, der erkennt auf den ersten Blick, dass an jeder

Kommunikation, an allen Strassen, allen Eisenbahnen, allen wichtigen Brücken grosse Gemeindebauten wie Sperrforts errichtet sind»; allen Gemeindebauten seien «eigentümliche festungsartige einspringende Winkel mit den nach Art von Schiessscharten eingebauten kleinen Fenstern und betonierten Balkonen» eigen; von ihnen, den «Maschinengewehr- und Geschützemplacements» (I), könnten Strassen und Brücken «unter Flankenfeuer genommen werden»; die «enormen Höfe» – natürlich «ganz harmlos als «Spielplätze für die Kinder» bezeichnet» – seien in Wahrheit «Ralliierungs- und Aufmarschplätze» für den Ernstfall; Baudetails des Karl-Marx-Hofes wie seine «vier kolossalen Türme», in deren Innern sich «Schächte mit Aufzügen für den Waffentransport» befänden, bewiesen zur Genüge, dass «das Gebäude lediglich aus strategischen und fortifikatorischen Gründen hergestellt» worden sei.¹⁶⁰

Die Haltlosigkeit dieser Vorwürfe liegt auf der Hand, denn in jeder beliebigen Grossstadt der Welt mit einem dichten Netz von Kommunikations- und Verkehrslinien dürfte es mehr als schwierig sein, im verbauten Gebiet irgendeinen Punkt zu finden, der nicht in mehr oder minder näherer Umgebung von Ausfallstrassen, Brücken, Strassen- oder Eisenbahnlinien, Behördenämtern, Polizeirevieren usw. liegt. Die sogenannten Superblöcke wurden ausschliesslich wegen des billigen Grunderwerbs im damaligen Weichbild der Stadt, in den Aussenbezirken, errichtet; eine Überlegung, die auch schon beim Bau der Wiener Kasernen mitgespielt hatte. Die Folge davon war, dass einzelne der Gemeindebauten tatsächlich in der Nähe wichtiger Strassen, Eisenbahnlinien oder auch Kasernen situiert waren, zum Beispiel der Karl-Marx-Hof bei der Franz-Josefs-Bahn, der Schlingerhof bei der Nordbahn, der Goethehof bei der Reichsbrücke und der «Indianerhof» bei der Meidlinger Kaserne, da an diesen Stellen noch ein ausreichend grosses Bauterrain vorhanden war.

Die «zahlreichen Balkone», «einspringenden Winkel» und «Türme» gehörten zum expressionistischen Stil der damaligen Wiener Gemeindebauten. Für deren Gliederung und Fassadengestaltung waren einzig und allein die Entwürfe der Architekten ausschlaggebend. International

anerkannte Persönlichkeiten wie Adolf Loos, Peter Behrens, Josef Hoffmann, Clemens Holzmeister, Oskar Strnad, Karl Ehn usw., die für nicht wenige Wohnhausanlagen verantwortlich zeichneten und die der Sozialdemokratie in keiner Weise politisch nahestanden, dürften schwerlich irgendwelchen Befehlen des Stadtbauamtes oder von Parteifunktionären: «Da machen Sie einen Turm, damit wir besser auf die Polizisten schiessen können!» nachgekommen sein.

Dass die Gemeindebauten im Februar 1934 tatsächlich zu Brennpunkten des Kampfes wurden, war eine logische Folge der gesamtpolitischen Situation jener Zeit. Sie wurden ja zu dem Zweck errichtet, die Wohnungsnot der Arbeiter zu lindern, und die in sie einziehenden Arbeiter standen fast ausschliesslich im Lager der Sozialdemokratie. Ebenso steht fest, dass in einigen Gemeindebauten Waffen- und Munitionsmagazine existierten. Sie waren aber nicht in den ursprünglichen Bauplänen der Architekten enthalten, sondern wurden von Schutzbundangehörigen im Nachhinein heimlich angelegt. Der springende Punkt bei der Auseinandersetzung um die Gemeindebauten lag darin, dass die österreichische Arbeiterklasse seit dem November 1918 bewaffnet war und es auch nach dem Ende der revolutionären Welle 1919/20 blieb. Etwas Vergleichbares hat es zur selben Zeit in keinem anderen Land der kapitalistischen Welt gegeben. Das war jenes Faktum, das die österreichische Bourgeoisie so masslos erregte und beunruhigte. Unbewaffneten Arbeitern hätte sie gewiss ohne die geringste Emotion Wohnhäuser in der Nähe von Strassen, Brücken und Kasernen sowie mit «Türmen», «einspringenden Winkeln» und «betonierten Balkonen» gegönnt.¹⁶¹

Von den mehr als 300 nach 1919 errichteten Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien waren im Februar 1934 siebzehn in mehr oder minder schwere Kämpfe verwickelt. Einige dieser Bauten konnten von den Regierungstruppen erst nach stunden-, ja oft tagelangem Artilleriebeschuss zur Kapitulation gezwungen werden, so der Högerhof, Karl-Marx-Hof, Schlingerhof, FAC-Hof und Goethehof, daneben noch das bereits 1907 von der Partei errichtete Arbeiterheim in Ottakring. Alle zuletzt genannten Gebäude wurden

schwer beschädigt. Bei den viertägigen Kämpfen in Wien gaben die Batterien des Bundesheeres nicht weniger als 613 Schuss auf Gemeindebauten ab. Es handelte sich durchweg um gefechtsmässig scharfe Artilleriemunition.¹⁶² Anzumerken ist noch, dass das Feuer von Seiten der Regierungstruppen aus schweren Maschinengewehren und Geschützen oft (wie etwa beim Reumannhof oder FAC-Hof) ohne vorherige Warnung eröffnet wurde. Erfolgt Warnungen, wie zum Beispiel beim Karl-Marx-Hof und Goethehof, so hatten die Mieter kaum Gelegenheit, die Wohnungen rechtzeitig zu räumen.

Der gefechtstaktische Wert der Gemeindebauten konnte für den Schutzbund allein darin bestehen, sie als gesicherte Ausgangsposition und operativen Stützpunkt für offensive Kampfhandlungen zu benutzen. In der Regel dienten sie aber, sei es auf Grund mangelhafter Kampfführung oder durch den Druck der Umstände, nur als Sammelpunkte ihrer Defensive; dadurch wurden die Gemeindebauten willkommene Objekte konzentrierter Angriffsziele der Regierungstruppen und ihrer Artillerie. Die Schutzbündler liessen sich auch nach Beginn der Beschiessung der Gemeindebauten viel zu sehr an diese binden und verabsäumten es, zu einer beweglichen Taktik, zum Guerillakampf in den Strassen und zu Flankenangriffen gegen die Geschützstellungen, überzugehen. So verwandelten sich die als Bollwerke angesehenen Gemeindebauten schon nach kurzer Zeit in Fallen.

Die Kämpfe zeigten bundesweit zumeist denselben Vorgang: «Versuch der Exekutive, Ansammlungen, von Schutzbündlern zu zerstreuen, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen, Widerstand der Schutzbündler, Heranziehen von militärischen Verstärkungen, Abriegeln der angegriffenen Lokalitäten und Niederwerfung des Widerstandes. In den grossen Städten wurde dieser Vorgang stets mit der Abriegelung der an die Unruheherde grenzenden Bezirke und Stadtteile verbunden. Gleichzeitig liefen unterstützende Massnahmen seitens der Bundesregierung und der Landesverwaltung in Form von Verhängung des Standrechtes, Ausgehverboten, Schliessung der Schulen und psychologische Massnahmen zur Beruhigung der Bevölkerung.»¹⁶³

Das Kampfbild, das sich in Wien bot, war höchst unterschiedlich. Während in einigen Stadtteilen heftigste Kämpfe tobten, blieben andere ganz ruhig, gingen die Menschen am Morgen zur Arbeit, waren Geschäfte und Gastwirtschaften geöffnet, erschienen Zeitungen, sendete der Rundfunk, fuhr die Eisenbahn und ab 14. Februar, als immer noch geschossen wurde, auch wieder Strassenbahn und Stadtbahn. Geschlossene Frontlinien gab es kaum. «Gekämpft wurde selten um Barrikaden, meist um Häuserfronten, gegen Dachschützen, um Wohnhausanlagen oder um Parteilokale ... Die Kämpfe waren überwiegend punktueller Natur und trugen den Charakter von Feuerbränden. Sie flammten an verschiedenen Stellen der Stadt zu verschiedenen Zeiten auf, dauerten mehr oder weniger lang, verloschen gelegentlich wieder rasch, um einige Zeit später an der gleichen Stelle von Neuem zu beginnen.»¹⁶⁴

Dort, wo die Regierungstruppen auf entschlossene Schutzbundabteilungen stiessen, zeichneten sich die Kämpfe durch grosse Härte und Unerbittlichkeit aus. An vielen Stellen schossen die Arbeiter bis zur letzten Patrone aus den rauchenden Trümmern ihrer Wohnungen. Gefallene Schutzbündler liessen die Regierungstruppen zur Abschreckung in den Strassen liegen, gefangengenommene Arbeiter wurden von Heimwehrlern und Polizisten halbtot geprügelt.

Die in den Aktionsplänen des Schutzbundes vorgesehene offensive Kampfweise gelang auf Grund der politischen Fehler der sozialdemokratischen Parteiführung nur an vereinzelten Stellen. Otto Bauer schrieb nach dem Februar: «Das hat der Parteivorstand immer gefürchtet: dass der Schutzbund allein im Kampfe bleiben könnte und breite Proletariermassen zwar mit stärkster Sympathie, aber untätig seinem Kampfe zusehen würden.»¹⁶⁵ Gerade von der Parteiführung hing es jedoch ab, die nur passiven Sympathien in Kampfwillen und aktive Teilnahme an der Erhebung umzuwandeln. Sie unterliess aber jeden Versuch in dieser Richtung; den Arbeitern hatte Otto Bauer Jahre hindurch immer wieder erklärt, der Kampf werde, wenn es einmal zu ihm komme, Sache der militärischen Organisation des Schutzbundes sein.

Überall da, wo der Schutzbund wirklich energisch und offensiv kämpfte, in Floridsdorf, in Simmering, im Viertel um den Margaretengürtel und in Bruck an der Mur, da, wo er nach den Regeln der marxistischen Klassiker über die «Kunst des Aufstands» jene für die Erhaltung des moralischen Übergewichts unbedingt notwendigen täglichen und stündlichen kleinen Erfolge erzielte, gelang es auch, die Arbeiterbevölkerung mit sich zu reissen. Aus Floridsdorf ist nach Aussagen der Polizeiberichte bezeugt, dass neben den Schutzbündlern eine grosse Zahl von «Zivilisten», auch Frauen, mitkämpfte; über Meidling berichtet Julius Deutsch, dass beim Fuchsenfeldhof «das Volk selbst» kämpfte, «wie eine lebendige Mauer um seinen Kern, den Schutzbund», stand und «einen entschlossenen Widerstand mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote standen», leistete.¹⁶⁶ Es war also in erster Linie eine Frage entsprechenden Willens und entsprechender Politik, die grossen Reserven der kämpfenden Truppen der Arbeiter, die breiten Massen, für den Kampf vorzubereiten und in den Kampf zu ziehen.

Die Bedeutung der Februarkämpfe

Der 12. Februar 1934 ist von den Zeitgenossen unterschiedlich interpretiert worden. Das Dollfuss-Regime nannte ihn einen «Putsch gegen die legitime Regierung» und eine «marxistische Revolte». In Deutschland bemühten sich die Hitlerfaschisten, die österreichischen Ereignisse in ihrem Sinne zu interpretieren. In einem wahren propagandistischen Trommelfeuer lobten sie den Heldenmut der österreichischen Arbeiter und klagten Dollfuss scheinheilig als «Arbeitermörder» an. Während die österreichische Regierung gegen die Arbeiter Krieg führte, sei es in Deutschland den Nazis gelungen, die Arbeiter zu «gewinnen», eine «Volksgemeinschaft» zu etablieren.

Auch den österreichischen Arbeitern versuchten die deutschen Faschisten das «Dritte Reich» als leuchtendes Vorbild hinzustellen. Tatsächlich setzten sofort nach den Februarkämpfen intensive Bemühungen der österrei-

chischen NSDAP ein, enttäuschte Schutzbündler mit dem Argument auf ihre Seite zu ziehen, dass nur mehr ein Kampf in den Reihen der Nazis Rache an Dollfuss ermögliche. Diese Versuche waren allerdings nicht allzu erfolgreich, und mit den Übergetretenen hatten die Nazis nicht viel Freude. Bereits Anfang April 1934 musste der Geschäftsführer der Münchner «Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft», der im Auftrag amtlicher Stellen regelmäßige Reisen nach Österreich unternahm, feststellen: «Die Übertritte aus der Sozialdemokratie zur N.S.D.A.P., die in den ersten Wochen nach dem Februarputsch erfolgten, haben aufgehört ... Die geistige Gewinnung der bisher mehr aus Hass gegen die Regierung Dollfuss übergetretenen Marxisten wird die N.S.D.A.P. noch eine zeitlang beschäftigen.»¹⁶⁷

Ehrlicher gemeint waren die Ratschläge des deutschen Monopolkapitals an die österreichische Bourgeoisie, sich doch ein Beispiel zu nehmen, «wie ganz anders ... sich die Machtergreifung durch Hitler vollzogen» habe. Auch in Österreich wäre «die gleiche ruhige Entwicklung» wie in Deutschland möglich gewesen, wenn sich Dollfuss nicht «quergestellt» hätte. «Auch er will den Ständestaat und ein autoritäres Regierungssystem. Das hätte er leichter und vor allem ohne Blutvergiessen haben können», wenn er den Nazis in den Sattel geholfen hätte. «Die Nuancen des österreichischem Faschismus lohnen wirklich den Preis solch ungeheurer Opfer.»¹⁶⁸

Otto Bauer schätzte die Februarkämpfe als einen «Aufstand der österreichischen Arbeiter» ein. Die Kommunistische Partei Österreichs und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale schätzten den Februarkampf zunächst als einen «revolutionären Massenaufstand des österreichischen Proletariats» ein. Diese Beurteilung wurde bald überwunden und durch eine realistischere ersetzt, nämlich jene, die Georgi Dimitroff in seinem bekannten «Brief an die österreichischen Arbeiter» vornahm. Die entscheidende Feststellung Dimitroffs war, dass der Februarkampf kein Fehler, sondern eine Heldentat, dass er ein bewaffneter Widerstand gegen den Faschismus, aber noch kein Aufstand war. Er schrieb: «Nein, nicht der bewaffnete Kampf der österreichischen Arbeiterklasse war

ein Fehler. Der Fehler bestand darin, dass dieser Kampf nicht organisiert war und nicht auf revolutionäre, bolschewistische Weise geführt wurde.

... Euer bewaffneter Kampf war dem Wesen nach ein Kampf um die Wiederherstellung der von Dollfuß gebrochenen Verfassung. Er ist nicht über diesen Rahmen hinausgegangen .. »¹⁶⁹

Die Auffassung, dass es sich bei den Kampfhandlungen auf Seiten des Schutzbundes weder im juristischen noch im marxistischen Sinn um einen Aufstand, also ein vorbereitetes Unternehmen mit offensiven politischen Kampfzielen, sondern lediglich um eine Verteidigungs- und Abwehrreaktion handelte, steht heute unter den österreichischen Historikern weitgehend ausser Streit. Ebenso kann die These von der «geteilten Schuld», die vor dem politischen Hintergrund zwanzigjähriger Regierungszusammenarbeit zwischen Österreichischer Volkspartei und Sozialistischer Partei (1947-1966) in der sogenannten Koalitionsgeschichtsschreibung ihren Niederschlag fand und nach der angeblich beide politischen Lager den Untergang der Demokratie in der Ersten Republik gleichermaßen herbeiführten, heute in der wissenschaftlichen Historiographie als überwunden gelten. Eine «geteilte Schuld» liegt höchstens in dem Sinn vor, als die dauernden Rückzüge der sozialdemokratischen Parteiführer vor den Provokationen einer verfassungsbrechenden und demokratiezerstörenden Regierung das Vorgehen der reaktionären Fronde gegen die Positionen der Arbeiterbewegung erleichterten und die Sozialdemokratie «sich selbst und mehr als 40 Prozent der Bevölkerung in trügerischen Hoffnungen auf Versöhnung einullte und dankbar jeden von der Regierung gebotenen Vorwand aufgriff, um nichts gegen diese unternemen zu müssen»¹⁷⁰.

Fraglich scheint allerdings, ob mit Definitionen wie «Abwehrmassnahme zur Verteidigung der ernstlich bedrohten Demokratie und Freiheit», «Verzweiflungsakt einer treu gebliebenen Minderheit» und «Notwehrhandlung in zwölfter Stunde»¹⁷¹, wie sie in den siebziger Jahren von der SPÖ nahestehenden Historikern und Politologen formuliert wurden, wirklich die ganze Wahrheit über den Februar 1934 ausgesprochen ist. Es ist richtig, dass der

Kampf auf der Grundlage der verzweifelten Notwehr eines Teiles der sozialdemokratischen Arbeiter losbrach, dass für die Kämpfenden am 12. Februar jener Punkt erreicht war, wo sie die Demütigungen nicht länger hinnehmen wollten und ihnen die fast sichere Niederlage im Kampf vorzogen. Es wäre aber falsch zu glauben, dass jene Proletarier, die zu den Waffen griffen, ohne jede Perspektive und Hoffnung, nur aus Verzweiflung oder ohnmächtiger Wut vier Tage lang einem mörderischen Feuer standhielten und dafür ihr Leben aufs Spiel setzten. Nein, wie jede historische Wegkreuzung, die kein Zurück mehr erlaubt, sondern nur noch ein Vorwärts kennt, entwickelte auch der Februar 1934 eine Eigendynamik in dem Sinn, als er in dem bewussten Arbeiter die Erkenntnis reifen liess, dass der Kampf für den Sozialismus unter Ausnutzung aller Mittel, auch des bewaffneten Aufstands, geführt werden muss.

Dies kam am besten in der unmittelbar nach den Kämpfen von Schutzbündlern und Kommunisten geprägten Losung «Vorwärts vom Februaraufstand zum bolschewistischen roten Oktober» zum Ausdruck. Hätten die Arbeiter in den Februartagen wirklich nur darum gekämpft, den Status quo vom 4. März 1933, also die bürgerliche Demokratie, wie sie bis zu diesem Zeitpunkt bestand, wiederherzustellen, dann wäre die Tatsache unverständlich, warum der Grossteil der im Februar aktiven Schutzbündler die Sozialdemokratie verliess und zur KPÖ übertrat. Diese Bemerkungen stehen zu der von Dimitroff getroffenen Einschätzung nicht im Widerspruch. Die Erkenntnis, dass es nicht genügt, sich gegen den Angriff des Faschismus nur bewaffnet zu verteidigen, kam tatsächlich zu spät, die jahrzehntelangen Versäumnisse, falschen Einschätzungen und gravierenden politischen Fehler der Sozialdemokratie hatten schon zu tief unter den Massen Wurzeln geschlagen, als dass die Mehrheit der Schutzbündler den Kampf offensiv, mit einer sozialistischen Perspektive geführt hätte.

In das Reich der Legende ist der von Otto Bauer und Julius Deutsch im Nachhinein unternommene Versuch zu weisen, sich mit der Gloriette der Februarkämpfe zu umgeben und den Anschein zu wecken, als ob der Sozialdemokratie insgesamt und damit auch der Parteifüh-

rung das Verdienst zukomme, der Diktatur bewaffneten Widerstand geleistet zu haben. Der Kampf war Bauer und Deutsch von den losschlagenden Schutzbündlern aufgezungen worden, sie hatten ihn nicht initiiert. Sie verstanden es bestenfalls, darauf flexibel zu reagieren, indem sie dem «Disziplinbruch» von unten notgedrungen seinen Lauf liessen und sich, wenn auch halbherzig und wirkungslos, in den Kampf integrierten.

Neben den politischen Fehlern der Sozialdemokratischen Partei, die für die Niederlage die Hauptverantwortung trug, waren auch die militärischen Führungsmängel und das den aktuellen Erfordernissen nicht entsprechende militärstrategische Gesamtkonzept des Schutzbundes massgebend. Durch den «Schutzbundprozess» 1935 wurde einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, dass es in der Führung dieser proletarischen Wehrformation zu tiefgehenden Differenzen über ihren Charakter und ihre Aufgaben gekommen war. Stabschef Alexander Eifler sah, ganz im Einklang mit dem sozialdemokratischen Partei vorstand, im Schutzbund eine rein militärische Organisation, deren Aufgabe es sei, den ihr von der Arbeiterschaft übertragenen «Schutz der demokratischen Republik gegen jeden monarchistischen oder faschistischen Anschlag, den Schutz der Rechte, die die demokratische Republik der Arbeiterklasse gesichert hat, gegen jede Vergewaltigung» zu gewährleisten.¹⁷²

Diese Grundposition nährte unter den Arbeitern die Illusion, sie könnten im Falle einer Auseinandersetzung passiv bleiben und sich auf die Aktionen des Schutzbundes verlassen. General a.D. Theodor Körner (in der Zweiten Republik von 1951 bis 1957 Bundespräsident), der mehrere Jahre als militärischer Berater der Schutzbundleitung fungierte, ohne jedoch mit seinen Vorstellungen durchzukommen, kritisierte die «Entpolitisierung des Schutzbundes» und seinen «nackten, schematischen Militarismus» mit aller Schärfe. Seiner Ansicht nach sollte der Schutzbund jede Nachahmung der Kampfmethoden des Gegners vermeiden und in keine offene Konfrontation mit ihm treten. Er forderte, «alle in der Masse der Arbeiter schlummernden Kräfte aufzuwecken, zusammenzufassen und zu organisieren; alle möglichen Fälle durchzudenken,

um Selbständigkeit, Selbsttätigkeit, Selbstbewusstsein und damit Sicherheit im Bürgerkrieg und Kampf zu erzielen»¹⁷³. Nur auf der Grundlage der Einbeziehung der gesamten politischen und gewerkschaftlichen Bewegung und der breitesten Massen des Volkes in den Kampf könne der Schutzbund als bewaffneter, vorwärtstreibender Vortrupp reale Wirksamkeit entfalten. Körner empfahl, der Zermürbung der Truppen der Staatsmacht grösstes Augenmerk zu widmen: «Durch moralische Einflüsse, ... durch Ermüdung, durch Verwirrung, durch Erschöpfung, durch Verhinderung einheitlicher Leitung, Erschwerung der Befehlsgebung, durch Reibung bei der Verpflegung, moralische Ängstigung wegen der Familien u. dergl. Die militärischen Führer müssen den Kopf verlieren, die Truppe muss zersetzt werden.»¹⁷⁴ Im Falle des Bürgerkrieges sollte ein offener Strassenkampf gegen die mit Maschinengewehren, Geschützen, Minenwerfern und Panzerwagen ausgerüsteten Regierungstruppen vermieden und durch restlose Ausnützung aller den Volksmassen zur Verfügung stehenden Gewaltmethoden der Sieg errungen werden.

Körner hat in seinem Streit mit Eifler und der Parteilührung über Rolle, Charakter und Aufgaben des Schutzbundes zweifellos recht gehabt. Er erwartete jedoch von ihr etwas, «was diese zu geben weder gewillt noch imstande war: revolutionäre Zielsetzung und revolutionären Kampfgeist».¹⁷⁵

Die österreichische Sozialdemokratie war trotz all ihres radikalen theoretisch-propagandistischen Beiwerks eine reformistische Partei, der die Voraussetzungen für eine Offensiv-Strategie und einen revolutionären Kampf fehlten. Sie war dazu unter keinen Umständen, auch nicht den günstigsten (siehe 1918/19), bereit. Körners Ideen waren ausserdem insofern zutiefst austromarxistisch, als er die Rolle der Spontaneität über- und die der Organisiertheit unterschätzte. Der Fehler bestand nicht darin, dass der Schutzbund mit militärischer Disziplin ausgebildet wurde, sondern darin, dass man die Notwendigkeit der untrennbaren Verbindung aller Aktionen der militärisch geschulten Truppe mit der Aktivität der fassen nicht zur Kenntnis nehmen wollte.

Die Hauptursache für die Niederlage der Arbeiter lag aber weniger im militärischen Bereich als im Umstand, dass der bewaffnete Kampf ohne Unterstützung durch den Generalstreik blieb. Die Verantwortung dafür fällt voll und ganz auf die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung, deren dauernde Rückzüge vor der Offensive der Reaktion die Kampfkraft der Massen systematisch untergrub und sie demoralisierte. Die Vorstellung, man könne nach jahrelanger Kapitulationspolitik plötzlich die Massen auf Knopfdruck mobilisieren und so siegen, war absurd. Dass der Sieg des Faschismus in Österreich kein unabwendbares Schicksal war, dass es der Arbeiterklasse möglich war, den Vorstößen der Faschisten und ihrer Hintermänner auch ein Debakel zu bereiten, zeigten die Ereignisse des Februar 1934 in Frankreich. Hier organisierten vom Monopolkapital unterstützte Faschistengruppen unter dem Vorwand, gegen die Finanzskandale der Regierung zu protestieren, am 6. Februar 1934 einen Aufruhr, der darauf abzielte, sich des Parlamentsgebäudes zu bemächtigen. Die Arbeiter von Paris folgten einem Appell der Kommunistischen Partei und demonstrierten in den Strassen, womit sie den Putschversuch abwehren konnten. Am 12. Februar 1934 traten in Frankreich mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte, dem Ruf der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei und den Gewerkschaftsorganisationen folgend, in den Generalstreik, um ihren festen Willen zur Verteidigung der demokratischen Rechte zu bekunden. Der drohende faschistische Umsturz konnte durch die auf der Strasse verwirklichte Aktionseinheit der werktätigen Massen verhindert werden. Frankreich bewies, dass eine entschlossene und geeinte Arbeiterklasse imstande war, auf die kleinbürgerlichen Mittelschichten in Stadt und Land einzuwirken, so dass sie zu Verbündeten im Kampf gegen den Faschismus werden.

Als ein wichtiges Glied in der Kette des Abwehrkampfes der Arbeiterklasse gegen die Offensive des Faschismus auf die demokratischen Rechte und die Freiheit der Völker wird der Februar 1934 für immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung bleiben. Er stellt unter Beweis, dass die österreichische Arbeiterklasse grosse revolutionäre Tradi-

tionen besitzt, die heute, im Zeichen der in diesem Land herrschenden «Sozialpartnerschaft» und der von ihr ausgehenden, alle Glieder der Gesellschaft durchdringenden geistigen Atmosphäre, nur allzu leicht vergessen werden. Das Jahr 1848, der Kampf um das Koalitionsrecht 1867 bis 1870, der 1. Mai 1890, die Wahlrechtskämpfe 1905, der Januarstreik 1918, die Bewegungen von 1918/19, der 15. Juli 1927 und der 12. Februar 1934 sind Zeugen nicht nur für eine tiefverwurzelte Kampfbereitschaft, sondern auch dafür, dass die Klassenkämpfe in Österreich sich einst durch eine Schärfe und Heftigkeit auszeichneten, die ihresgleichen sucht. Zwischen dem bulgarischen Septemberaufstand von 1923 und dem spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 war der 12. Februar der einzige Versuch, den Vormarsch des Faschismus in einem heroischen bewaffneten Kampf aufzuhalten.

Der 12. Februar 1934 brachte aber auch den unwiderflichen Zusammenbruch der politischen Praxis des Austromarxismus, er war Schlusspunkt einer Kette reformistischer Fehlhaltungen und Fehlspekulationen, denen auch unter günstigeren äusseren Bedingungen als 1933/34 der Erfolg versagt bleiben musste. In den Jahren 1918 und 1919 den Versprechungen der sozialdemokratischen Führer folgend, den Sozialismus auf friedlichem, «opferlosem» Weg, mit Hilfe des Stimmzettels zu erreichen, wurde den österreichischen Arbeitern 1927, 1934 und in der Zeit des grünen und braunen Faschismus ein Vielfaches dieser Opfer abverlangt.

Das Heldentum jener Teile der Arbeiterschaft, die trotz aller Widrigkeiten und angesichts einer durch die verfehlte Politik der sozialdemokratischen Parteiführung fast aussichtslos gewordenen Auseinandersetzung zu den Waffen griffen, rettete nicht nur die Ehre der Bewegung, sondern trug auch im Verein mit dem Wirken der erstarkten Kommunistischen Partei Österreichs dazu bei, dass nach der Niederlage keine Depressionsstimmung aufkam und die Gefahr des Versinkens breiter Arbeiterschichten in Passivität und Resignation gebannt werden konnte und dass es auch später dem deutschen Faschismus nicht gelang, bedeutende Einbrüche in die Reihen der österreichischen Arbeiterschaft zu erreichen.

Das internationale Echo

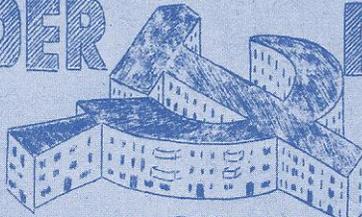
Der Februarkampf fand unter der internationalen Arbeiterklasse und den Antifaschisten vieler Länder enormen Widerhall und erweckte eine Welle brüderlicher Sympathie und tätiger Solidarität. In der Sowjetunion fanden in den Grossbetrieben der Städte Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow, Gorki, Tscheljabinsk, Tschita, Irkutsk und der Industrieregion des Urals Massenversammlungen statt, die Protestresolutionen gegen den faschistischen Terror in Österreich annahmen. Die Arbeiter beschlossen, einen Tageslohn den Familien der gefallenen Februarkämpfer zur Verfügung zu stellen. Über den Zentralrat der Gewerkschaften wurde zur Unterstützung der österreichischen Arbeiter die nach damaligen Massstäben gewaltige Summe von einer Million Schilling überwiesen.

Die Verwaltung und Verteilung der Gelder oblag dem dafür eigens gegründeten «Ing. Weissel-Komitee» mit Sitz in Prag und Zweigstellen in Paris und London.¹⁷⁶ Trotz nicht geringer Schwierigkeiten gelang es, die Spenden nach Österreich zu bringen und sie den Frauen und Kindern der Februaropfer zu übergeben.

Überaus stark war die Resonanz in der Tschechoslowakei, neben der Schweiz im Jahr 1934 die einzig übriggebliebene Insel der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in Mitteleuropa. Bereits am 12. Februar fand in Brünn (Brno) eine erste Solidaritätsdemonstration statt, der sich am 15., 16. und 17. Februar Protestversammlungen in Mährisch-Ostrau (Ostrava), Olmütz (Olomouc), Komotau (Chomutow) und Karlsbad (Karlovy Vary) sowie ein einstündiger Proteststreik der Belegschaft der Polihütte in Kladno anschlossen. In Prag und Bratislava kam es am 16. Februar zu stürmischen Szenen, als die Polizei Tausende Demonstranten zu zerstreuen suchte. Insgesamt wurden in der Woche vom 12. bis 17. Februar in hundert Betrieben Solidaritätsstreiks und in fünfzig Städten und Orten Demonstrationen durchgeführt. Das Zentralkomitee der KPTsch überwies 10'000 Kronen für die Familien der Februarkämpfer.

In Ungarn widmete die in tiefster Illegalität wirkende Kommunistische Partei in ihren Untergrundzeitungen den

DER ROTE



NORDEN

Jahrg. 34

Nr. 4

Organ der K.P.D.

Wedding Ost.

Internationaler Kampf der Arbeiter gegen Faschismus und Krieg!

Zum 13. Male trat der Generalstab der bolschewistischen Weltpartei. Was er auf seiner 12. Sitzung (1932) voraussetzte, dass die Welt durch die Entwicklung der allgemeinen Krise einem neuen Paroxysmus von Kriegen und Revolutionen entgegenstehe, ist eingetroffen.

Arbeiter! Klassengenossen! Jetzt gehen wir Kriegen und Revolutionen nicht nur mehr entgegen, sondern die Welt steht vor der Tatsache dieser Katastrophen.

Krieg und Revolution erschüttern die kapitalistische Welt!

Die Kämpfe in Frankreich und Oesterreich sind ein Signal des kommenden Endkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie.
Sie sind die Anzeichen der beginnenden Weltrevolution.

Die ungeheure Verschärfung der Klassengegenätze, auf der einen Seite Hunger und Elend, auf der andern Seite Reichtum und Wohlstand, zwang die Bourgeoisie beider Länder einen entscheidenden Schritt zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu unternehmen. Und das gab den Anlass zu den heldenmütigen Kämpfen unserer österreichischen und französischen Brüder.

Der Kampf der österreichischen und französischen Proleten für Freiheit, Arbeit und Sozialismus, gegen Hunger, Sklaverei und Arbeitslosigkeit, wäre nicht zum Untergang verurteilt gewesen, wenn nicht die entscheidenden Schichten des Proletariats unter dem Einfluss der sozialdemokratischen Führer gestanden hätten.

Was taten die sozialdemokratischen Führer Oesterreichs?

Indem sie ihr Heil in der Flucht versuchten oder sich in ihren Sesseln verhaften ließen, lieferten sie das Proletariat kampflos dem Hochverrat der Bourgeoisie aus. Sie wuschen ihre Hände in Unschuld,

Februarkämpfen breiten Raum; die Helden des Schutzbundes galten als Vorbilder für die ungarischen Arbeiter. In Budapest und anderen Industriestädten des Landes verbreitete die KPU Flugblätter und organisierte De-

monstrationen und Sammelaktionen. Die ungarischen Sozialdemokraten gründeten einen «Wallisch-Fonds» zur Unterstützung emigrierter Schutzbündler. Obwohl die Führer der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei die Einheitsfrontvorschläge der Kommunisten strikt ablehnten, rief die KPU ihre Mitglieder auf, sich den Aktionen des «Wallisch-Fonds» anzuschliessen, so dass in der Frage der Hilfe für die Februaropfer ein erfolgreiches Zusammenwirken zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern zustande kam.

In Jugoslawien wurden in Belgrad, Zagreb, Ljubljana, Maribor, Sarajevo und Split Ausschüsse zur Unterstützung geflüchteter Februarkämpfer gebildet. Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Jugoslawiens schätzte unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern die Ereignisse in Österreich folgendermassen ein: «Der bewaffnete Aufstand der österreichischen Arbeiterschaft im Februar 1934 gehört zu den ersten avantgardistischen Kämpfen des bevorstehenden zweiten Zyklus von Revolutionen und Kriegen. Die österreichischen Arbeiter haben mit den Gewehren in den Händen die Falschheit aller sozialdemokratischen Theorien bewiesen, dass unter den Bedingungen der Krise und des Anwachsens des Faschismus erfolgreiche Kämpfe überhaupt nicht möglich seien.»¹⁷⁷

In Bulgarien eröffnete die dortige Sektion der Internationalen Arbeiterhilfe eine Aktion zur Sammlung von 20'000 Lewa; in Sofia, Plovdiv, Warna, Stara Zagora und anderen Städten kam es zu Demonstrationen von Arbeitern und Studenten. In Griechenland, in der Schweiz und in Uruguay veranstalteten die Arbeiter Protestkundgebungen vor den österreichischen Konsulaten. In Paris stellten am 19. Februar 4'000 Teilnehmer einer Versammlung der französischen Sektion der «Roten Hilfe» 10'000 Franc zur Verfügung; eine Gruppe von fortschrittlichen französischen Rechtsanwälten wurde zur Betreuung der eingekerkerten Arbeiter nach Österreich entsandt. In Polen traten in den Februartagen 30'000 Arbeiter in Warschau, Lodz und Krakau (Krakow) in einen befristeten Proteststreik. Auf Initiative der KP Grossbritanniens kam es zu grossen Kundgebungen in London und Portsmouth.

In New York nah men an einem von der Kommunistischen Partei der USA und den revolutionären Gewerkschaften einberufenen Meeting über 20'000 Arbeiter teil; das Organ der KPdUSA, «Daily Worker», gab eine Sondernummer zu den österreichischen Ereignissen heraus, von der 123'000 Exemplare abgesetzt wurden. Die Arbeiter von Chicago veranstalteten vordem österreichischen Konsulat eine grosse Demonstration. In Philadelphia führten mehrere tausend Arbeiter einen einstündigen Proteststreik gegen den Terror in Österreich durch.

Ein gewaltiges Ausmass nahm der von der Kommunistischen Partei in Spanien im Zeichen der Solidarität mit den Aufständischen in Österreich verkündete Generalstreik an, der mehr als 100'000 Arbeiter aller wichtigen Industriezentren erfasste. Weitere Aktionen fanden in Belgien, Dänemark und Schweden statt, wo an einer Massenkundgebung in Stockholm 35'000 Arbeiter teilnahmen.

Besonders stark war das Echo in der deutschen Arbeiterklasse. Noch während in Wien gekämpft wurde, verbreiteten Berliner Antifaschisten Flugblätter, in denen sie der verlogenen Nazi-Demagogie entgegentraten. «Die Nationalsozialisten, die sonst vom Kampf gegen Dollfuss das Maul so voll nehmen, stehen Gewehr bei Fuss», sie «stehen abseits und schützen Dollfuss und Kapital», hiess es in einer Flugschrift mit dem Titel «Wien auf den Barrikaden – Der heldenhafte Kampf unserer österreichischen Brüder gegen den Faschismus», welche einer SA-Gruppe in Pankow in die Hände fiel. «Ein Rot-Front» wünschten die Pankower Kommunisten in diesem Flugblatt «unseren tapferen Brüdern» und versicherten: «Mit wärmster Sympathie und Solidarität verfolgt das deutsche Proletariat den Kampf der österreichischen Brüder, bis auch sie in nicht mehr ferner Zeit ihrem Beispiel folgen werden.»¹⁷⁸

Eine mit 15. Februar datierte «Information» der KPD-Unterbezirksorganisation Schöneberg, die vervielfältigt, aber auch in Abschriften weitergegeben wurde, wies auf das Verhalten der internationalen Sozialdemokratie hin: «Genauso, wie sie in Deutschland versagt hat, versagt die II. Internationale jetzt bei dem Kampfe der österreichischen Arbeiterschaft.»¹⁷⁹

volutionäre Elan unserer französischen und österreichischen Klassengenossen, der die Bourgeoisie aller Länder in Fassungslosigkeit und Schrecken versetzte, ist für das deutsche Proletariat ein Ansporn, auf seinem Posten auszuharren und mit gestählter revolutionärer Pflichterfüllung in die kommenden Kämpfe einzutreten.»¹⁸⁰

Die Tatsache, dass die österreichischen Arbeiter nun ebenfalls einer brutalen faschistischen Diktatur unterworfen waren, veranlasste die Zentralkomitees von KPD und KPÖ zu einem gemeinsamen Aufruf, der in der Tschechoslowakei gedruckt und von dort in die beiden Länder geschmuggelt wurde. «Österreichische und deutsche Arbeiter, Gewerkschaftler, Schutzbündler!», hiess es darin. «Die Reichen und Grossen, die Ausbeuter und Unternehmer haben den Faschismus geschaffen, um den Bürgerkrieg gegen die Armen zu führen. Wenn wir zur Freiheit der Arbeiterklasse, zur revolutionären Niederwerfung der faschistischen Diktatur kommen wollen, dann müssen wir die Mehrheit der Arbeiterklasse und Werktätigen sammeln in einer gemeinsamen revolutionären Front und sie mit Entschlossenheit erfüllen, den Faschismus gewaltsam zu beseitigen.

Niemals werden wir siegen, wenn in unseren eigenen Reihen der Verrat sitzt. Mögen die Phrasen von Otto Bauer und Seitz auch einen radikaleren Klang gehabt haben, als die zynischen Bekenntnisse eines Wels und Severing, in ihrer Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie waren sie sich immer einig. In Deutschland wie in Österreich taten sie in der Vergangenheit alles, um jeden ernsthaften Kampf zu verhindern, um Euch zu entwaffnen, Euch mit einer Niederlagenstimmung zu erfüllen und vom Generalstreik abzuhalten. Sie haben in Deutschland wie in Österreich die arbeitende und werktätige Jugend in das Lager der Hoffnungslosigkeit und des Faschismus getrieben ...

Arbeiter, Bauern, Handwerker! Verjagt die faschistischen Banden, streikt gegen Lohnraub und Verschlechterung aller Arbeitsbedingungen, verhindert durch Massenkampf die faschistischen Methoden und Einkerkerngen, durchbrecht das faschistische Demonstrationsverbot, kämpft um höhere Löhne, um demokratische Rechte und

Freiheiten, organisiert Euch in den unabhängigen Klassengewerkschaften, lasst in Österreich Eure Gewerkschaften vom Faschismus nicht zerschlagen, führt sie legal oder illegal weiter, vereinigt Euch in revolutionären Bauern- und Werk tätigen Komitees. Zahlt keinen Groschen Abgaben und Steuern. Entwaffnet die faschistischen Terrorbanden.

Arbeiter an der Ruhr und in der Steiermark, Werk tätige an der Donau und am Rhein, Bauern in Niederösterreich und in Bayern! Die Stunde der Vergeltung für alle Verbrechen der Unterdrücker und Ausbeuter naht. Erhebt Euch, Ihr Armen und Entrechteten, kämpft gemeinsam mit den Kommunisten für die Befreiung des deutschen und österreichischen arbeitenden und werktätigen Volkes.»¹⁸¹

Die Anfang März 1934 erschienene «Rote Fahne» war ganz den Kämpfen in Österreich, Frankreich und Spanien gewidmet, in denen das ZK der KPD eine Bestätigung für die Feststellung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale sah, wonach die internationale Arbeiterklasse vor einer neuen Runde antifaschistischer Kämpfe stehe. «Es lebe der Generalstreik! Es lebe der bewaffnete Aufstand! Das Heldenlied der Wiener Kommunisten und die Lehren des österreichischen Bürgerkriegs für das deutsche Proletariat» waren die Schlagzeilen dieser Ausgabe der «Roten Fahne». Im Kampf der Wiener Arbeiter sah die KPD einen Ansporn für die deutsche Arbeiterklasse, «die Fristen bis zum Sturz der faschistischen Diktatur abzukürzen». Teilweise wörtliche Zitate aus den Beiträgen der «Roten Fahne» in den manuell vervielfältigten Zeitungen der KPD, die sich in den folgenden Wochen ausführlich mit den Februarkämpfen befassten, beweisen, dass das Zentralorgan die Grundorganisationen der Partei erreichte. Teilweise brachten diese Zeitungen auch – offenbar der Basler «Rundschau» entnommen – Berichte über internationale Solidaritätsaktionen sowie über die Fortschritte bei der Herstellung der Aktionseinheit der illegal kämpfenden österreichischen Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage. In einigen Ausgaben, so in einer Nummer der «Information» der KPD-Unterbezirksorganisation Berlin-

Schöneberg von Anfang März, wurde auch der Aufruf des ZK der KPÖ zum Generalstreik vom 10. Februar 1934 wiedergegeben.¹⁸²

In fast allen Berichten der illegalen kommunistischen Presse über die österreichischen Ereignisse wurde auf die Rolle der sozialdemokratischen Führungen bei der Niederwerfung der Arbeiterklasse durch den Faschismus hingewiesen. Die vor allem von der SPD-Spitze kolportierte Behauptung, die Arbeiter wollten angeblich gar nicht kämpfen, wurde als «verlogene Phrase» gebrandmarkt. Eine Ende März erscheinende Nummer der erwähnten «Information» betonte, der 12. Februar beweise, «wie gross die Kräfte sind, die in der Arbeiterklasse ruhen». «Im Lichte des österr. Kampfes erscheint der Verrat der deutschen SP. noch schwärzer», schrieb das Blatt der Schöneberger Kommunisten. Das österreichische Proletariat stehe nicht allein, sein Kampf und Heroismus «flammt über Europa. Das Weltproletariat fühlt sich eins mit den kämpfenden österr. Arbeitern.»¹⁸³ Anfang März erschien die Nummer 4/1934 des Organs der KPD-Unterbezirksorganisation Wedding-Ost, «Der rote Norden», in dem aus den Ereignissen in Frankreich und Österreich der Schluss gezogen wurde, diese seien «ein Aufruf an das deutsche Proletariat zur Verstärkung seines Kampfes».¹⁸⁴ In diesen Tagen wurde die österreichische Gesandtschaft in Berlin unter Polizeischutz gestellt, nachdem von einem Auto aus ein Stein durch das Fenster geworfen worden war, an dem «ein Brief kommunistischen Inhalts», wie es im Tagesbericht der Gestapo hiess, befestigt war.¹⁸⁵

Auch im Ruhrgebiet war das Echo der Februarkämpfe gross. In den illegalen Zeitungen, welche die Nazi-Polizei Ende März in Essen fand, wurde ausführlich über die Nachwirkungen der Kämpfe berichtet, so in «Post und Staat. Organ der Industriegruppe Post/Staat der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), 2. illegaler Jahrgang, Nr. 3» vom 20. März 1934. Die Rote Hilfe rief in der März-Nummer ihrer Zeitschrift «Tribunal» zur Solidarität mit den Opfern der Dollfuss-Justiz auf.¹⁸⁶

«Die heroische Niederlage der Wiener Kämpfer des Sozialismus goss neues Blut in die Adern der Parteien der europäischen Revolution», schrieb der berühmte franzö-

Es lebe die Kampfeinheit der Arbeiterklasse!

AUFRUF

des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale

Proletarier aller Länder!

Proletarier Oesterreichs!

Die Arbeiterklasse der Welt und die Kommunistische Internationale zollen eurem Heldenmut höchste Anerkennung und **senken ihre Fahnen an der Bahre der Gefallenen**. Von der Sozialdemokratie verraten, habt ihr wie die Löwen gekämpft für die Sache des Sozialismus, der bereits auf einem sechsten Teil des Erdballs triumphiert. Ihr kämpft als wahrhaft proletarische Revolutionäre für die Sache nicht nur des österreichischen, sondern auch des ganzen Weltproletariats. Ihr gabt in Europa das erste Beispiel eines bewaffneten Aufstandes gegen den Faschismus. Durch euren Aufstand habt ihr **den Glauben der Arbeiterklasse an ihre Kraft gestärkt** und dem Weltproletariate demonstriert, wie man nicht mit Worten, sondern mit Taten gegen den Faschismus kämpfen muß. Ihr gabt der kapitalistischen Welt ein Exempel, was sie im Falle des imperialistischen Krieges zu gewärtigen haben wird. Durch den Aufstand habt ihr dem Weltproletariate das Signal gegeben, zum Angriffskampf gegen die faschistische Reaktion überzugehen.

Ihr habt den Faschismus nicht gebrochen, aber seine freche Zuversicht schwer erschüttert. Durch euren Aufstand beseitigen sich zehntausende und hunderttausende Ar-

beiter anderer kapitalistischer Länder gegen die faschistische Reaktion. In der Wendung der sozialdemokratischen Arbeitermassen zum Kommunismus bedeutet euer Aufstand einen äußerst wichtigen Schritt.

Aus dem von Dolfuß und Fey vergossenen Blut werden neue, gefestigte Kohorten proletarischer Kämpfer entstehen, die sich nicht mehr wie bisher von der Sozialdemokratie verraten lassen. Und darum, österreichische Brüder, war euer Kampf, waren eure schweren Opfer nicht vergebens.

Erste Seite des EKKI-Aufrufes vom 3. März 1934

ÜBERNEHMT KINDER
DER OPFER DES
ANTIFASCHISTISCHEN
AUFSTANDES IN PFLEGE!

ÜBT
KLASSEN SOLIDARITÄT!

ROTE HILFE

ZUR HILFE
DEN WITWEN UND WAISEN
DER GEMORDETEN!

HELFT DEN VERWUNDETEN
UND EINGEKERKERTEN
ANTIFASCHISTEN!

HELFT IHREN FRAUEN U. KINDERN!

ROTE HILFE

sische Schriftsteller Romain Rolland. «Sie schuf in ihren Reihen die Einheit. Sie zerstreute ihre Illusionen, dass es möglich sei, die soziale Macht mühelos, schrittweise und mit geistigen Waffen zu erringen. Sie lehrte sie die männlichen Tugenden und notwendigen Gesetze der Aktion. Die Lehre von Wien wird nicht nur Wien allein frommen. Der ganzen Welt hat sie gefruchtet. Wir grüssen die Helden, die diese Lehre erteilten und sie mit ihrem Blut besiegelten!»¹⁸⁷

In diesem Geiste war auch der Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 3. März an die Arbeiter aller Länder gehalten, der dazu aufforderte, «gründlich die Lehren des österreichischen Aufstandes» zu überdenken.¹⁸⁸

Dem 12. Februar 1934 kam grosse Bedeutung bei der Ausarbeitung der weiteren Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale zu, vor allem durch die Gegenüberstellung der Niederlage der österreichischen Arbeiter und des Sieges über den Faschismus in Frankreich. Hatte Dimitroff noch unmittelbar nach den Februartämpfen im Brief an die österreichischen Arbeiter gemeint, ein unter der Losung der «Sowjetmacht» geführter Kampf hätte die Massen enger zusammengeschmiedet und einen Erfolg wahrscheinlicher gemacht, so zeigte das Ergebnis der Klassenkämpfe in Frankreich «dagegen in der Praxis, dass es möglich ist, den Angriff des Faschismus zurückzuschlagen, ohne gleichzeitig den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu führen, und dass sich die Kampfbereitschaft breiter Schichten des Volkes in erster Linie auf die Verteidigung aller demokratischen Rechte und Freiheiten, ja auf die Verteidigung der bürgerlichen Republik gegenüber dem Faschismus konzentrierte».¹⁸⁹ Ein solches Beispiel hatte die österreichische Entwicklung nicht bieten können, da es der SP Österreichs am 15. März 1933 gelungen war, die Massen vom Kampf abzuhalten, als es tatsächlich um die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegangen war.

Der Heldenkampf der österreichischen Arbeiter fand auch auf literarischer Ebene breites Echo. Proletarisch-revolutionäre ebenso wie bürgerlich-antifaschistische Schriftstel-

ler griffen die Thematik auf, und es liegen dazu Texte in vielen Sprachen vor. Im deutschsprachigen Raum wurde Anna Seghers, die nach den Februartagen verschiedene Kampfstätten in Österreich besuchte, zu ihrem Roman «Der Weg durch den Februar» und zu der Erzählung «Der letzte Weg des Koloman Wallisch» inspiriert. Friedrich Wolf verfasste sein Drama «Floridsdorf», das 1936 am Wachtangow-Theater in Moskau uraufgeführt wurde, und verarbeitete dort dokumentarisches Material und Berichte von beteiligten Schutzbündlern. Der Roman «Die Prüfung» von Willi Bredel stellt dar, welche neue Kraft und Mut die Antifaschisten in den deutschen Konzentrationslagern aus der Nachricht vom bewaffneten Widerstandskampf der österreichischen Arbeiter schöpften.

Im Romanfragment «So starb eine Partei» schilderte der 1939 im KZ Buchenwald umgekommene österreichische Kommunist Jura Soyfer in eindringlicher Weise die unmittelbare Vorgeschichte des Februar 1934. Der österreichische Sozialdemokrat Fritz Brügel dichtete in der Prager Emigration seine grosse «Februarballade». Der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der 1928 Wien besucht und die Gemeindebauten besichtigt hatte, beschrieb in seiner Arbeit «Der Bürgerkrieg in Österreich» den politischen Hintergrund und den Verlauf der Kämpfe. In der Exilzeitschrift «Neue Deutsche Blätter» erschienen Kurzgeschichten von Oskar Maria Graf, Veronika Knecht und Ernst Fabri.¹⁹⁰ Von den nach 1945 veröffentlichten literarischen Werken sind der Roman von Franz Höllering «Die Verteidiger» und der Roman «Standrecht» des Linker Schriftstellers Karl Wiesinger zu nennen.

Umgruppierung in der österreichischen Arbeiterbewegung

Nach dem Februar 1934 entstand in der österreichischen Arbeiterbewegung ein neues Kräfteverhältnis. Trotzdem der in die Tschechoslowakei emigrierte SP-Vorstand nach wie vor einen gewissen ideologischen Einfluss ausübte, hatte er die Führung der sozialdemokratischen Arbeitermassen verloren. Die Partei im Lande

selbst war tot, an ihrer Stelle entstanden kleine sozialistische Gruppierungen, die aus der völligen Niederlage des Austromarxismus die Lehren ziehen und das faschistische Regime auf revolutionärem Weg stürzen wollten. Wenn auch ein grosser Teil der sozialdemokratischen Mitglieder sich ins «Privatleben» zurückzog, so entstand mit der Vereinigung der meisten dieser Gruppierungen doch wieder eine sozialdemokratische Organisation, die einen relevanten Faktor in der österreichischen Arbeiterbewegung darstellte: die «Revolutionären Sozialisten» (RS), die sich zwar als Nachfolger der Sozialdemokratischen Partei verstanden und auch Beziehungen zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale unterhielten, die aber mit dem alten Reformismus nichts gemein haben wollten und in manchen Fragen ultralinke Positionen bezogen.

Ein beträchtlicher Teil der Februarkämpfer schloss sich der Kommunistischen Partei an, die damit zu einer – soweit dies unter den Bedingungen der Illegalität möglich war – Massenpartei wurde. Zwar dürften die beiden Parteien mitgliedermässig etwa gleich stark gewesen sein, doch verfügte die KPÖ – da sie nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut war – über die schlagkräftigere Organisation, die zudem bereits auf fast ein Jahr Erfahrung im illegalen Kampf zurückblicken konnte. Entscheidender war, dass es in den folgenden Jahren immer die Kommunistische Partei war, die – ausgehend von einer marxistisch-leninistischen Analyse – die Initiative zu Änderungen in der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung im Kampf gegen das faschistische Regime ergriffen. Dies begann mit der Frage des «Beisammenbleibens» in den illegalen Arbeiterorganisationen und ihrem Wiederaufbau auf revolutionärer Grundlage – praktiziert zuerst beim Republikanischen Schutzbund, dann bei den freien Gewerkschaften – und setzte sich über die Frage der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen fort bis zum Aufrollen der nationalen Frage, die zum Angelpunkt des Abwehrkampfes gegen die Bedrohung durch den Hitlerfaschismus wurde.

Das Erlebnis des massenhaften Übertritts linker Sozialdemokraten unmittelbar nach den Februarkämpfen begünstigte die Erwartung, die KPÖ werde nun zur einzi-

gen Partei des österreichischen Proletariats werden, die dringend nötige revolutionäre Einigung und Sammlung müsse in ihr verwirklicht werden. Die sich aus der Vervielfachung der Mitgliederzahlen der illegalen KPÖ ergebenden Fragen wurden auch innerhalb der Kommunistischen Internationale diskutiert. Von ultralinken Kräften, vor allem um Béla Kun, ging die Vorstellung aus, nachdem der Faschismus die sozialdemokratischen Parteien zerschlagen habe, sei es die Hauptaufgabe der Kommunisten, die Arbeiter in ihren Reihen zu sammeln.¹⁹¹ Auf einer Sitzung der Vorbereitungskommission zum Tagesordnungspunkt des VII. Weltkongresses «Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus» warnte hingegen Georgi Dimitroff, davon auszugehen, dass alle Sozialdemokraten sich der Kommunistischen Partei anschliessen werden. Auch nach der Zerschlagung der reformistischen Organisationen durch den Faschismus bleibe die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern eine Kardinalfrage des antifaschistischen Kampfes!¹⁹²

Die Kommunistische Partei Österreichs überwand noch im Sommer 1934 die anfänglichen sektiererischen Vorstellungen des Aufgehens der übrigen Arbeiterorganisationen, die sich nach dem Zerfall der Sozialdemokratie gebildet hatten, in der KPÖ und bot den Revolutionären Sozialisten die Vereinigung in einer gemeinsamen Partei an. Eine Vereinigung der beiden Parteien auf dem Boden des Marxismus-Leninismus schien möglich, weil sich die RS zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats bekannten und ausserdem jede der beiden Parteien organisatorisch so stark war, dass keine fürchten musste, von der anderen «geschluckt» zu werden.

Die Auseinandersetzung ging anfangs nur darum, ob die neue Partei sich der Komintern anschliessen oder zu beiden Internationalen Verbindungen unterhalten solle. Sehr bald stellte es sich allerdings heraus, dass nach wie vor tiefgehende ideologische Unterschiede zwischen den beiden Parteien bestanden, die Revolutionären Sozialisten austromarxistischen Schablonen verhaftet waren, auch wenn sie die KPÖ von «links» kritisierten.

Unter diesen Umständen war das einzig erfolgversprechende Herangehen an die Frage der Einheitsfront die Herstellung einer weitestgehenden Aktionseinheit der Arbeiterklasse im antifaschistischen Kampf sowie der Aufbau gemeinsamer revolutionärer Massenorganisationen im Untergrund. Als erste derartige Organisation hatte sich der Republikanische Schutzbund, dem nun Mitglieder beider Parteien angehörten, neu konstituiert. Da viele der geschlagenen Februarkämpfer in allzu wörtlicher Auslegung der Losung der KPÖ «Vom blutigen Februar zum roten Oktober» einen baldigen Sturz der Dollfuß-Diktatur erwarteten, erschien der Aufbau einer überparteilichen militärischen Abteilung des antifaschistischen Widerstands vordringlich. Aber auch noch, nachdem sich diese Erwartung als Illusion herausgestellt hatte, spielte der illegale Republikanische Schutzbund eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung gemeinsamer Aktionen der beiden Arbeiterparteien – er war Mitunterzeichner aller diesbezüglichen Aufrufe. Deshalb wurde der illegale Republikanische Schutzbund von Kräften innerhalb der RS, welche die Einheitsfront sabotierten, vor allem aber vom sozialdemokratischen Parteivorstand im tschechoslowakischen Exil, als «kommunistische Vorfeldorganisation» verleumdete.

Der Sieg des Faschismus im Februar 1934 bedeutete das Ende der reformistischen Gewerkschaften. Das Regime etablierte eine «Einheitsgewerkschaft» (EG), in der Vertreter der christlichsozialen und der «gelben» Gewerkschaften die leitenden Funktionen innehatten. Gleich den verschiedenen sozialistischen Gruppierungen trat auch die KPÖ anfangs für einen strikten Boykott der EG ein und schuf gemeinsam mit ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschaftern und Betriebsräten die sogenannte Wiederaufbaukommission mit dem Ziel, die freien Gewerkschaften im Untergrund auf revolutionärer Basis neu zu konstituieren. Von den RS wurde dies abgelehnt. Darin liegt der Hauptgrund, warum die RS auch später nie über eine feste Verankerung in den Betrieben verfügten.

Als sich aber herausstellte, dass es dem Regime gelang, immer grössere Teile der Arbeiterschaft in die EG zu pressen, setzte die KPÖ – wiederum gegen den Widerstand der

RS – eine Änderung der Strategie durch: Kommunisten und Sozialdemokraten traten nun ebenfalls der «Einheitsgewerkschaft» bei und schufen sich damit eine legale Deckung für ihre illegale Gewerkschaftsarbeit. Darüber hinaus führten sie den Kampf um die Umwandlung der EG in ein Instrument zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen, wobei sie in vielen Fällen die Unterstützung christlichsozialer Gewerkschaftsfunktionäre fanden, die der austrofaschistischen Diktatur kritisch gegenüberstanden.

Unmittelbar nach den Februarkämpfen hatten sich rechte Gewerkschaftsführer in einem sogenannten Siebenerausschuss zusammengetan, um vom Dollfuss-Regime die Duldung ihrer Aktivitäten auch unter den Verhältnissen der faschistischen Diktatur zu erreichen. Das Fiasko, das der sozialdemokratische Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit ähnlichen Anbiederungsversuchen an Hitler erlitten hatte, war den österreichischen Arbeitern allerdings noch zu frisch im Gedächtnis, als dass sie sich von den Aktivitäten des «Siebenerausschusses» hätten beeindruckt lassen; er wurde vor allem durch die Unterstützung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die die Herstellung der Einheitsfront in der illegalen österreichischen Gewerkschaftsbewegung mit Argwohn verfolgte, am Leben erhalten. Erst im Juli 1935 kam es zur Vereinigung von Wiederaufbaukommission und Siebenerausschuss und zur Bildung eines neuen «Bundesvorstands der freien Gewerkschaften», womit der Grundstein zur Gewerkschaftseinheit gelegt wurde, die 1945 in der Schaffung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck kam.

Hunderte Februarkämpfer flüchteten unmittelbar nach der Niederlage ins Ausland – vor allem in die Tschechoslowakei –, wo sie einer Welle der Sympathie und materiellen Solidarität begegneten. Ihre Familien, die sie zurücklassen mussten, wurden von internationalen Hilfsorganisationen unterstützt, wobei sich die Rote Hilfe besondere Verdienste erwarb. Der grösste Teil der geflüchteten Schutzbündler fand schliesslich Aufnahme in der Sowjetunion, wo sie sich am Aufbau des Sozialismus beteiligten. Viele gingen 1936 nach Spanien, um auch dort

dem Faschismus mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten. Über 700 der 2'000 Österreicher, die in den Internationalen Brigaden kämpften, starben für Spaniens Freiheit. Eine Anzahl von in der Sowjetunion gebliebenen Schutzbündlern fiel den Ungesetzlichkeiten in Verbindung mit dem Personenkult um J.W. Stalin Ende der dreissiger Jahre zum Opfer. Nicht wenige beteiligten sich während des zweiten Weltkrieges als Angehörige von Spezialeinheiten, die hinter den feindlichen Linien operierten, am Kampf des sowjetischen Volkes gegen die deutschen Okkupanten.

Ende September 1934 hielt die KPÖ ihren 12. Parteitag ab. Die Zusammensetzung der Delegierten spiegelte das geänderte Kräfteverhältnis innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung wider. Zwei Drittel von ihnen waren der Partei erst nach dem 12. Februar 1934 beigetreten. Von diesem Parteitag ging ein starker Impuls für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Österreich aus. Kopenlig hatte in seinem Referat die Einheitsfront als «notwendige Bedingung des proletarischen Klassenkampfes» gefordert.¹⁹³ Die grössten einheitlichen Aktionen – darunter ein zehnminütiger Generalstreik – fanden am ersten Jahrestag der Februarkämpfe statt.

Diese punktuellen Vereinbarungen, die zu einer Festlegung der Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien im politischen Tageskampf führte, waren die Voraussetzung für ein weitergehendes Abkommen zwischen den beiden illegalen Arbeiterparteien. Es dauerte aber noch bis März 1936, bis ein solches Übereinkommen zustande kam. Die Hauptursache dafür war eine Änderung in der politischen Führung der Revolutionären Sozialisten. Im Februar 1935 war der Kärntner Schutzbundfunktionär Joseph Buttinger an die Spitze der RS getreten. Dadurch bekamen anti-kommunistische Strömungen in der Führung der RS sowie einige Gruppen in den Bundesländern Auftrieb; war es bis zu diesem Zeitpunkt die Auslandsleitung unter Otto Bauer gewesen, die den Prozess zur Herstellung der Einheitsfront in Österreich gebremst hatte, so kehrte sich das Verhältnis mehr und mehr um. In vielen Fragen, vor allem im Zusammenhang mit dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale sowie der Innen- und Aussenpolitik

der Sowjetunion, nahm Otto Bauer eine wesentlich konstruktivere Haltung ein als die RS, die an ihrer linkssektiererischen Kritik der Bündnispolitik der Kommunisten festhielten.

Die neue Führung der RS zog die Sozialisten aus dem illegalen Republikanischen Schutzbund zurück, der damit gespalten wurde. Als einzige einheitliche Massenorganisation des Proletariats war sie die Gewerkschaften zu akzeptieren bereit, alle anderen Bereiche – vor allem das Unterstützungswesen (Rote Hilfe beziehungsweise Sozialistische Arbeiterhilfe) – sollten von den beiden Parteien getrennt organisiert werden. Die RS-Führung ging zwar auf ein Einheitsfrontabkommen mit der KPÖ ein, sah aber den Zweck eines solchen Abkommens darin, jede Aktionseinheit an der Basis zu unterbinden. Als Begründung wurde die Angst vor dem «Inhalieren» sozialistischer Organisationen durch die Kommunisten angegeben, tatsächlich setzten die Revolutionären Sozialisten damit aber die Politik des alten sozialdemokratischen Parteivorstands fort und hemmten die Entfaltung einheitlicher Massenaktionen gegen den Faschismus.

Die Befürchtungen der RS hatten ihre Ursache unter anderem in Erklärungen der KPÖ in den Jahren 1934 und auch noch 1935, wonach die Einheitsfront mit den RS dazu dienen sollte, den Sozialisten den Übergang in die KPÖ zu erleichtern. Nach dem VII. Weltkongress der Komintern korrigierte die Kommunistische Partei diese Haltung, wenngleich sie kein Hehl daraus machte, dass das letzte Ziel der organisatorische Zusammenschluss der beiden Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus sei.

Das von Josef Buttinger und Johann Koplenig im März 1936 unterzeichnete «Übereinkommen zwischen den Revolutionären Sozialisten und der Kommunistischen Partei Österreichs» anerkannte diese «Wiederherstellung der vollständigen Einheit der österreichischen Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage» als das «gemeinsame Ziel beider Parteien». ¹⁹⁴ Die beiden Zentralkomitees ernannten je einen Verbindungsmann für die Kontakte zur anderen Partei und einigten sich auf ein gemeinsames Kampfprogramm, um dessen Auslegung es allerdings in der

Folgezeit zu Auseinandersetzungen kam – vor allem, da die RS die Arbeit in den Massenorganisationen des faschistischen Regimes einzig als Zersetzungsarbeit verstanden wissen wollten, während sich die Kommunisten bemühten, alle legalen Möglichkeiten für den antifaschistischen Kampf zu nutzen. Der grosse Erfolg bei den sogenannten Werksgemeinschaftswahlen Ende 1936 gab schliesslich den Kommunisten recht. Fast zwei Drittel der gewählten Vertrauensmänner der Arbeiterschaft waren in Absprache mit den freien Gewerkschaften aufgestellt worden, womit die einheitliche illegale Gewerkschaftsbewegung über starke legale Positionen verfügte.

Die schwerwiegendsten Differenzen zwischen den beiden Organisationen, die schliesslich zu einer faktischen Aushöhlung des Einheitsfrontabkommens führen sollten, entwickelten sich um die Frage der Bündnispolitik. Ausgehend von den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale entwickelte die KPÖ eine den österreichischen Bedingungen angepasste Volksfrontstrategie, die darauf hinauslief, die werktätige katholische Bevölkerung für den Kampf gegen die Bedrohung durch den Nazifaschismus und die Auslieferung Österreichs an Hitlerdeutschland durch die Austrofaschisten zu gewinnen; als Kampflösung schlugen die Kommunisten die «Demokratische Republik» vor. Die Revolutionären Sozialisten sahen darin nicht nur eine Verletzung des Abkommens vom März 1936, sondern warfen den Kommunisten opportunistisches Anbieten an den reaktionären Katholizismus vor. Motiv der kommunistischen Bündnispolitik sei einzig das von den RS prinzipiell befürwortete Bemühen der Sowjetunion, eine Antikriegsfront der nichtfaschistischen Mächte Europas gegen die Bedrohung durch den deutschen und italienischen Faschismus zustande zu bringen. In Österreich fehlten aber angeblich die Voraussetzungen für eine Volksfrontpolitik wie in Frankreich oder Spanien. Wenn die KPÖ eine derartige Konzeption auch in Österreich vertrete, so wolle sie die österreichische Arbeiterschaft für die Notwendigkeiten der sowjetischen Aussenpolitik «einspannen».

Otto Bauer, der die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale begrüsst hatte, war

ebenfalls der Meinung, in Österreich seien die Voraussetzungen für eine Volksfront noch nicht gegeben. Während er aber daraus die Schlussfolgerung zog, dass es Aufgabe der Arbeiterbewegung sei, diese zu erkämpfen, begründete die RS-Führung ihre ultralinke, sektiererische Haltung damit, nicht «Werkzeug der sowjetischen Politik» werden zu wollen, die im gleichen Atemzug verbal gutgeheissen wurde.

Obwohl die RS die negativen Folgen des Personenkults um J.W. Stalin in der Sowjetunion zum Anlass einer anti-kommunistischen Kampagne nahmen, waren die Kommunisten bemüht, mit den Revolutionären Sozialisten weiterhin kameradschaftlich zusammenzuarbeiten. Der RS-Führung hingegen dienten die Vorgänge in der Sowjetunion als Vorwand, die Einheitsfront de facto aufzukündigen; die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei erfolgte fast nur mehr in Form der Polemik.

Besonders verhängnisvoll wirkte sich diese Obstruktion der RS-Führung bei der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs aus, deren unmittelbare Bedrohung durch Hitlerdeutschland 1936/37 bereits deutlich absehbar war. Allerdings gelang es der KPÖ, die Aktions-einheit in den Betrieben aufrechtzuerhalten, was in den kritischen Tagen des Februar und März 1938 Bedeutung erlangte.

«... wird ein freies und unabhängiges Österreich Wiedererstehen!»

Schon in seiner «Trabrennplatzrede» am 11. September 1933 hatte Dollfuss versichert: «... wir wollen die dem Deutschtum eigenartige Mannigfaltigkeit zur Einheit führen ... Wir Österreicher sind Deutsche und haben ein deutsches Land ... Unser deutsches Gefühl hat uns davon abgehalten, Wege zu beschreiten zur Verteidigung und zum Schutz unserer Ehre und unserer Unabhängigkeit, die wir sonst jedem Lande gegenüber sicherlich längst beschritten hätten.»¹⁹⁵

Dieser unterwürfigen Haltung gegenüber dem faschistischen deutschen Imperialismus blieb Dollfuss auch treu,

als er mit Italien und Ungarn einen Pakt – die bereits erwähnten «Römischen Protokolle» – schloss, der wegen der darin garantierten Selbständigkeit Österreichs von der Reichsregierung als unfreundlicher Akt betrachtet wurde. In den Verhandlungen zu den am 17. März 1934 in Rom unterzeichneten «Protokollen» drängte vor allem der ungarische Ministerpräsident darauf, die Einbeziehung Österreichs in den faschistischen Block müsse zur baldigen Herstellung des «gegenseitigen Einvernehmens» zwischen Deutschland und Österreich führen. Der österreichische Kanzler betonte, «dass er gegen diese Tendenz nichts einzuwenden hat», wie es im Geheimprotokoll über die Verhandlungen hiess.¹⁹⁶

Der Nazifaschismus honorierte Dollfuss' prodeutsche Haltung nicht. In Absprache mit der Münchner NSDAP-Führung unternahm Einheiten der österreichischen SS am 25. Juli 1934 einen Putschversuch, der allerdings nach wenigen Stunden zusammenbrach. Dabei wurde Dollfuss im Bundeskanzleramt ermordet. Zwar distanzierte sich die deutsche Reichsregierung sofort von dem Attentat, doch war klar, dass der einzige Zweck der Aktion gewesen war, den gewaltsamen «Anschluss» Österreichs an Hitlerdeutschland vorzubereiten. Das Misslingen des Juliputschs veranlasste die deutschen Faschisten, durch eine Politik der immer engeren Verflechtung der beiden Staaten, wie sie erstmals im Abkommen vom 11. Juli 1936 zum Ausdruck kam, die Annexion auf «friedlichem» Weg herbeizuführen.

Dollfuss' Nachfolger Kurt Schuschnigg war zwar Monarchist und spielte mit dem Gedanken einer Restauration der Habsburger Dynastie, betonte aber ebenso sehr wie sein Vorgänger den «deutschen» Charakter der «Sendung Österreichs im Donaauraum». Im Juliabkommen 1936 wurde fixiert, dass Österreich als «zweiter deutscher Staat» sich der Politik des deutschen Imperialismus unterzuordnen habe. In den darauffolgenden Monaten machte Schuschnigg dem nazifaschistischen Untergrund in Österreich immer weitergehende Zugeständnisse, bis er schliesslich auf deutschen Druck hin sogar Vertrauenspersonen der NS-Führung in die Regierung aufnahm.

Diese Entwicklung alarmierte die illegale Arbeiter-

bewegung und veranlasste sie, die nationale Frage in Österreich aufzurollen. Die Sozialdemokratie war seit 1918 für eine Vereinigung mit Deutschland eingetreten und hatte 1933 den «Anschlussparagrafen» nicht aus prinzipiellen Erwägungen, sondern nur für die Zeit der Hitler-Diktatur in Deutschland aus ihrem Programm gestrichen. Die KPÖ hatte die Anschlussparole schon seit Anfang der zwanziger Jahre als «illusionär und konterrevolutionär» bekämpft.¹⁹⁷ Zwar hatten damals auch die Kommunisten noch nicht erkannt, dass sich die Österreicher zu einer eigenen Nation entwickelten, doch betonten sie, dass aber die Anschlusspropaganda nur dem deutschen Imperialismus diene. Was es den Fortschritt Kräften in Österreich erschwerte, unvoreingenommen an die Analyse der nationalen Frage heranzugehen, war, dass der Gedanke einer eigenständigen «österreichischen Nation» Anfang der dreissiger Jahre von monarchistischen Kräften ausging und vom französischen Imperialismus propagiert wurde. Der Begriff der «österreichischen Nation» wurde ausserdem nicht wissenschaftlich untermauert, sondern mit nebulösen Phrasen von einem besonderen «österreichischen Menschen», der eine eigene «Rasse» (!) darstelle, begründet. Dazu kam, dass in der österreichischen Arbeiterbewegung die 1907 von Otto Bauer entwickelte idealistische Nationsauffassung nachwirkte, welche die nationale Zugehörigkeit ausschliesslich an sprachlich-kulturellen Merkmalen mass. Die marxistisch-leninistische Theorie der Nation wurde erst 1937 breiteren Kreisen der österreichischen Arbeiterschaft bekannt.

1936 begann sich in der KPÖ die Erkenntnis durchzusetzen, dass die reaktionäre Österreich-Ideologie der Versuch austrofaschistischer Kräfte war, eine objektiv vor sich gehende Entwicklung für ihre Ziele nutzbar zu machen. Es bleibt das historische Verdienst der KPÖ, dem Austrofaschismus diese Waffe aus der Hand geschlagen und die Herausbildung der österreichischen Nation auf wissenschaftlicher Basis nachgewiesen zu haben. Damit eröffnete sich der illegalen Arbeiterbewegung eine realistische Perspektive für die Herstellung einer Volksfront zur Abwehr der Bedrohung durch den Hitlerfaschismus.

Der entscheidende Anstoss kam dabei von Georgi Di-

mitroff. Er, der lange Zeit sowohl in Wien als auch in Berlin gelebt hatte, regte an, diese Frage doch einmal wissenschaftlich zu untersuchen. Für ihn als Ausländer sei es eine Selbstverständlichkeit, dass Österreicher und Deutsche zwei unterschiedliche Völker seien. Zwei Monate vor dem deutsch-österreichischen Juliabkommen, in der Sekretariatsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am 11. Mai 1936 orientierte Dimitroff die KPÖ darauf, den Kampf um die demokratische Republik mit dem Kampf «für die nationale Selbständigkeit Österreichs, gegen die von Hitler ausgehende Gefahr des ‚Anschlusses‘, d.h. der Einverleibung Österreichs durch Deutschland» zu verbinden.¹⁹⁸ Anfang Juli beschäftigte sich das Politbüro der KPÖ im Prager Exil mit den Empfehlungen des EKKI-Sekretariats und beauftragte das für ideologische Fragen verantwortliche Mitglied der Parteiführung Dr. Alfred Klahr mit einer historischen Analyse des Problems.

Das Resultat seiner Forschungen veröffentlichte Klahr in der März- und Aprilnummer 1937 der theoretischen Zeitschrift der KPÖ, «Weg und Ziel», unter dem Pseudonym «Rudolf». Klahr wies nach, dass sich die Österreicher zu einer eigenen Nation entwickelten.

Der Abwehrkampf gegen die Bedrohung durch den Hitlerfaschismus müsse als nationaler Freiheitskampf geführt werden. Dafür könne die revolutionäre Arbeiterklasse Verbündete auch in Kreisen proösterreichisch eingestellter katholischer Werktätiger und Kleinbürger gewinnen. «Die aufgezeigte Linie in der nationalen Frage ist eine scharfe Waffe gegen die reaktionäre österreichische Schuschnigg-Diktatur. Im Interesse ihrer Herrschaft über das österreichische Volk treiben die reaktionären Cliquen um Schuschnigg jeden beliebigen Schacher mit dem nationalen Geschick des Landes. Wir zeigen, dass ihre Politik des Ausgleiches mit dem Nationalsozialismus Verrat an der nationalen Unabhängigkeit des Landes ist, dass sie nicht die Beschützer, sondern die Totengräber dieser Unabhängigkeit sind. Wir machen so die national-österreichischen Gefühle in breiten, insbesondere katholischen Volkskreisen zu einer Waffe gegen die herrschende Diktatur.»¹⁹⁹

Es bedurfte langwieriger ideologischer Auseinandersetzungen

Deutsche !

Hitler hat Oesterreich nicht befreit, sondern gewaltsam annektiert. Mit 200.000 Soldaten, hunderten Flugzeugen und Tanks hat Hitler das grausame Regime der braunen Tyrannei errichtet. Oesterreich ist heute von deutschen Truppen besetztes Gebiet, in dem die Gestapo zehntausende österreichischer Arbeiter, Sozialisten, Kommunisten, Katholiken, österreichische Patrioten verhaftet, misshandelt oder mordet. Das österreichische Volk hat seine nationale Unabhängigkeit verloren und wird von Hitler wie ein Kolonialvok ausgeplündert.

Kaiser Wilhelm begann den Weltkrieg mit dem Einfall in Belgien. Der militärische Ueberfall auf Oesterreich ist ein ähnlicher Gewaltakt. Damit hat Hitler im Bunde mit Mussolini und den japanischen Militärfaschisten einen weiteren entscheidenden Schritt zur Entfesselung des neuen Weltkriegs getan.

Hitler hat bereits in seiner Rede am 18. März im sogenannten Reichstag den Ueberfall auf die Tschechoslowakei angekündigt, während zu gleicher Zeit deutsche und italienische Truppen mit gewaltigen technischen Mitteln einen erbarmungslosen, grausamen Krieg gegen die spanische Republik führen.

In dieser Stunde muss jeder Deutsche wissen:

Wenn wir nicht jetzt Hitler in den Arm fallen, dann kann der kommende Tag den Ausbruch des Weltkriegs bringen.

Lasse sich niemand durch das Geschwätz der Goebbelspropaganda betören und beruhigen, dass die anderen Mächte immer vor Hitlers Drohungen und Erpressungen zurückweichen werden. Sie haben das oft getan in der Hoffnung und in dem Glauben, damit den Frieden zu erhalten. Hitler aber beantwortet alle diese Versuche und Bemühungen der anderen Mächte mit neuen Provokationen und mit neuen erpresserischen Vorstößen. Und so kann jeden Tag die Stunde kommen, wo durch diese Politik Hitlers die grössten und stärksten Mächte der Welt keine andere Wahl mehr haben, als die Kriegsprovoka-

tionen, um diese Linie in der Arbeiterbewegung durchzusetzen. Innerhalb der KPÖ wurde die Diskussion auf einer Reichskonferenz in einem Dorfgasthaus bei Prag im August 1937 abgeschlossen. Im Hauptreferat erklärte Erwin Zucker-Schilling: «Die Aufgabe, die vor dem öster-

Gegen Hitler stimmen, das heisst gegen die hohen Steuern und Abgaben, gegen die braune Korruption stimmen.

Gegen Hitler stimmen, das heisst gegen Konzentrationslager, Terror und Gestapo stimmen.

Gegen Hitler stimmen heisst Freiheit für Thälmann, Mierendorff, Kaplan Rossant, Pfarrer Niemöller und für alle politischen Gefangenen!

Gegen Hitler stimmen, das heisst für die Einigung des deutschen Volkes, gegen die Kriegstreiber, gegen die Millionäre eintreten.

«Ja» für Hitler: das heisst der Untergang Deutschlands.

«Nein» gegen Hitler: das heisst die Rettung Deutschlands wollen.

Für Hitler stimmen, heisst Krieg.

Gegen Hitler stimmen, heisst: Selbstbestimmungsrecht für das deutsche und österreichische Volk; heisst Friede, Wohlstand, demokratische Volksrepublik.

Am 10. April demonstrieren das deutsche Volk und das österreichische Volk durch ihre Abstimmung gegen Hitler den Hass gegen den Krieg und den Willen, für Frieden und Freiheit zu kämpfen.

Kommunisten, Soziodemokraten, Antifaschisten, ihr habt in diesem Augenblick besondere Pflichten! Klärt das Volk auf, organisiert die Flüsterpropaganda des Volkes gegen den gewaltigen Lügenapparat von Goebbels. Aus allen Schichten des Volkes muss Hitler mit «Nein» geantwortet werden.

Beginnt sofort mit der Arbeit. Das «Nein» muss zur Volkslosung werden. Gesprochen, geschrieben, in Flugzetteln, in Lettern an den Mauern, überall muss die braune Tyrannei auf das NEIN des Volkes stossen!

Am 10. April stimmt das deutsche Volk gegen den Krieg!

**ZENTRALKOMITEE DER KOMMUNISTISCHEN
PARTEI DEUTSCHLAND**

(Sektion der Kommunistischen Internationale).

reichischen Volke heute steht, besteht darin, dem kriegs-
reichen deutschen Imperialismus, der unter der Fahne des
Hakenkreuzes vorstürmt und den Donaauraum und den
Südosten Europas für sich erobern will, den Weg dahin zu
versperren und zusammen mit den kleinen Staaten und
Nationen des Donaubeckens und allen anderen fried-

liebenden Völkern die Selbständigkeit, die Unabhängigkeit und den Frieden der kleinen Staaten und Nationen Mitteleuropas zu verteidigen; sie besteht darin, ein Bollwerk gegen die Annexions- und Expansionsbestrebungen des deutschen und des italienischen Faschismus aufzurichten und besonders dem deutschen Volke – schon auf Grund der engen kulturellen Bande, die das österreichische Volk mit ihm verbinden – im Kampfe um seine Freiheit eine Stütze zu sein.»²⁰⁰

Die Führung der RS lehnte eine solche Strategie ab und hielt weiterhin an der Idee einer «gesamtdeutschen» Revolution fest. In den Betrieben gelang es aber, im Kampf für die nationale Unabhängigkeit die Einheitsfront zwischen sozialdemokratischen, kommunistischen und katholischen Arbeitern zu schliessen. Ende Februar 1938, als die Kapitulation des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg von Hitler bei ihrem Treffen in Berchtesgaden (12. Februar) offenbar wurde, erklärte binnen zweier Tage über eine Million Arbeiter in einer Unterschriftenaktion in den Betrieben ihre Bereitschaft, «jederzeit den Kampf für die Erhaltung eines freien und unabhängigen Österreich, in dem sie selber frei und unabhängig sind, zu führen und sich mit allen jenen zusammenzufinden, die gleich ihnen diesen Kampf ehrlich führen wollen»²⁰¹. In den Tagen vor dem deutschen Einmarsch wurden die Wiener Strassen von den Arbeitern beherrscht und die Nazis vertrieben.

Als Schuschnigg die Flucht nach vorne antrat und am 9. März für den 13. die Abhaltung einer Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs ankündigte, liess Hitler in der Nacht vom 11. zum 12. März deutsche Truppen in Österreich einmarschieren. Noch in der Nacht der Annexion beschloss das Zentralkomitee der KPÖ einen Aufruf an das österreichische Volk und die Völker der Welt, der von den Organen der Kommunistischen Internationale und der Bruderparteien abgedruckt und auf vielfältige Weise der österreichischen Arbeiterschaft zur Kenntnis gebracht wurde. «Lernt aus dem Beispiel Österreichs. Jedes Zurückweichen, jede Kapitulation vor den Kriegsbrandstiftern ermuntert den Hitler-Faschismus zu neuen Angriffen. Hitler will keinen Frieden», warnte die KPÖ. Der

Aufruf schloss mit den Worten: «Das österreichische Volk ist vergewaltigt worden, aber sein Glaube und seine Zuversicht sind ungebrochen. Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich Wiedergeboren.»²⁰²

Am 27. April 1945 unterzeichneten in dem von der Roten Armee befreiten Wien Vertreter der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei und der aus der Christlich-sozialen Partei hervorgegangenen Volkspartei die Gründungsurkunde der Zweiten Republik Österreich.

Anmerkungen

- 1 Volks-Zeitung (Wien), 2. Januar 1934.
- 2 Julius Deutsch: Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen, Karlsbad (Karlový Vary) 1934, S. 21.
- 3 Volks-Zeitung (Wien), 9. Februar 1934.
- 4 Siehe Heinz Amberger: Die politische Situation im Raum Schwechat von 1930 bis 1945, phil. Diss., Wien 1976, S.97ff.
- 5 Pertinax (Otto Leichter): Österreich 1934. Die Geschichte einer Konterrevolution, Zürich 1934. Zit. nach der Neuauflage: Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam, Wien 1964 (im Folgenden: Otto Leichter: Glanz und Ende), S. 236.
- 6 «Verraten und verkauft», Flugblatt vom 22. Januar 1918. Zit. in: Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918-1955. Kurzer Abriss, Wien 1977, S. 25.
- 7 Otto Bauer: Der Kampf um die Macht. In: Werkausgabe, Bd.2, Wien 1976, S. 967.
- 8 Arbeiter-Zeitung (Wien), 15. Juli 1927.
- 9 Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten vom 29. Oktober bis 1. November 1927 im Ottakringer Arbeiterheim in Wien, Wien 1927, S. 107.
- 10 Ebenda, S. 106.
- 11 Ebenda, S.107.
- 12 Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates (3. Gesetzgebungsperiode) der Republik Österreich 1927 bis 1928, I. Bd., Wien 1928, S. 133.
- 13 Johann Koplenig (1891-1968) stand von 1924 bis 1965 an

der Spitze der KPÖ und war langjähriges Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. 1945 unterzeichnete er für die KPÖ die Gründungsurkunde der Zweiten Republik, deren erster Regierung er als Vizekanzler angehörte.

- 14 Die Rote Fahne (Wien), 21. Juli 1927.
- 15 Die «gelben» Gewerkschaften, die sich selbst «wirtschaftsfriedliche» nannten, waren vor dem ersten Weltkrieg in Deutschland und Frankreich unter Mithilfe der Unternehmerverbände entstanden und propagierten die «Werkgemeinschaft» von Arbeitern und Kapitalisten anstelle des Klassenkampfes. In Österreich wurde die «Unabhängige Gewerkschaft» von der Mehrheit der Arbeiter als «gelbe» Organisation abgelehnt.
- 16 Ernst Rüdiger Starhemberg: Memoiren, Wien-München 1971, S.125f.
- 17 Unter Ausschaltung des Parlaments hatte Bundeskanzler Seipel mit dem britisch-französischen Finanzkapital eine Stützungsaktion der österreichischen Währung vereinbart, die am 4. Dezember 1922 im sogenannten Genfer Protokoll am Sitz des Völkerbunds vertraglich fixiert wurde und grosse Belastungen für die österreichischen Werktätigen brachte.
- 18 Das von Bundeskanzler Dollfuß am 15. Juli 1932 in Lausanne unterzeichnete Protokoll sah vor, dass England, Frankreich und weitere Staaten die Garantie für eine Anleihe übernahmen, mit der Österreich seine Schulden bei den Banken dieser Länder zurückzahlen konnte; nur ein kleiner Teil dieser «Lausanner Anleihe» war für die Verwendung im Inland bestimmt.
- 19 Arbeiter-Zeitung (Wien), 20. Januar 1933.
- 20 Ebenda, 16. Dezember 1932.
- 21 Ebenda.
- 22 Der Kommunist (Wien), 5-6/1932, S. 2.
- 23 Ebenda.
- 24 Zit. in: Ebenda, S.3.
- 25 Zit. in: Ebenda, S.4.
- 26 Ebenda.
- 27 Zit. in: Ebenda, S.23.
- 28 Ebenda.
- 29 Ebenda, S.24.
- 30 Zentrales Parteiarchiv der KPÖ, Wien (im Folgenden: ZPA der KPÖ), C/1 K1 Ma 64.
- 31 Die Ereignisse in Vorau. Bauern kämpfen gegen Zwangsversteigerung, Wien o. J., S. 6.

- 32 Franz Honner (1893-1964) leitete in der Ersten Republik die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten, wirkte 1944 bei der Aufstellung der Österreichischen Freiheitsbataillone im Rahmen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee mit und wurde 1945 von der KPÖ als Innenminister in die Provisorische Regierung entsandt.
- 33 Hermann Lichtenegger (geb. 1900) trat nach den Februartkämpfen der KPÖ bei, wurde 1945 von ihr als Unterstaatssekretär in die Provisorische Regierung entsandt und leitete die Rekonstruktion des durch den Krieg zerstörten Eisenbahnwesens in Österreich.
- 34 Peter Huemer: Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, Wien 1975, S. 157.
- 35 Wiener Zeitung, 8. März 1933.
- 36 Otto Bauer: Freiheitsschwur. In: Werkausgabe, Bd.6, Wien 1979, S. 570.
- 37 Ebenda, S.577f.
- 38 Ebenda, S. 578.
- 39 Ebenda, S. 573.
- 40 Ebenda, S. 575.
- 41 Ebenda, S. 576.
- 42 Arbeiter-Zeitung (Wien), 10. März 1933.
- 43 Ebenda, 12. März 1933.
- 44 Ebenda, 14. März 1933. (Der zweite Absatz fiel der Zensur und wurde am 15. März als Bestandteil einer Anfrage der SP-Fraktion im niederösterreichischen Landtag veröffentlicht. Die parlamentarische Berichterstattung unterlag damals noch nicht der Zensur.)
- 45 Ebenda, 15. März 1933.
- 46 Ebenda, 14. März 1933. (Bezüglich des letzten Satzes siehe Anm.44.)
- 47 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel) (im Folgenden: Rundschau [Basel]), 25. März 1933, S.149f.
- 48 Otto Leichter: Glanz und Ende, S. 178.
- 49 Karl Haas: Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. In: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, Wien 1979, S.121.
- 50 Zit. in: Ebenda, S. 121 f.
- 51 Zit. in: Ebenda, S. 122f.
- 52 Arbeiter-Zeitung (Wien), 26. März 1933.
- 53 Ebenda, 1. April 1933.
- 54 Ebenda, 2. April 1933. (Veröffentlicht als Bestandteil einer Anfrage im Wiener Gemeinderat. Siehe Anm.44)
- 55 Rundschau (Basel), 20. April 1933, S. 295.

- 56 Arbeiter-Zeitung (Wien), 5. April 1933.
- 57 Zit. in: Rundschau (Basel), 20. April 1933, S.286.
- 58 Otto Bauer: Wir stehen vor dem Kampf! In: Werkausgabe, Bd.6, Wien 1979, S.581f.
- 59 Arbeiter-Zeitung (Wien), 18. April 1933.
- 60 August Moser (geb. 1896) war bis 1934 Betriebsratsobmann der damals grössten Fabrik Österreichs, der Steyr-Werke (Waffen und Fahrzeuge), trat nach den Februarkämpfen im Prager Exil der KPÖ bei, leitete nach seiner Emigration nach Schweden die dortige Parteiorganisation und bekleidete nach der Befreiung 1945 verantwortungsvolle Funktionen in der oberösterreichischen KPÖ.
- 61 Arbeiter-Zeitung (Wien), 18. April 1933.
- 62 Emil Fey: Österreichs Aufstieg und Kampf. Hrsg. vom Österreichischen Heimatdienst, Wien 1933, S. 11. – Für diesen Hinweis danken die Verf. Herrn Dr. Willi Weinert, Wien.
- 63 Siehe Rundschau (Basel), 9. Juni 1933, S. 576.
- 64 Arbeiter-Zeitung (Wien), 27. Mai 1933.
- 65 Otto Bauer: Rede auf der Wiener Jahreskonferenz der Sozialdemokratie. In: Werkausgabe, Bd. 6, Wien 1979, S. 583.
- 66 Die nach Bundesländern gegliederten Kammern für Arbeiter und Angestellte, das «Hirn der Gewerkschaften», sind eine der bleibenden Errungenschaften der revolutionären Entwicklung 1918-1920. Ähnlich den schon im 19. Jahrhundert gegründeten Zwangsvereinigungen anderer Berufsgruppen (Handelskammern, Bauernkammern usw.) gehören ihnen sämtliche Lohnabhängige (mit Ausnahme der Landarbeiter) an. Durch die vom Staat eingehobenen Beiträge werden Arbeiten der Kammern im Interesse der Arbeiterklasse wie Lohn- und Lebenshaltungskostentabellen, Untersuchungen über die Entwicklung der Profite und ähnliche finanziert.
- 67 Rundschau (Basel), 25. August 1933, S. 1161.
- 68 Siehe Bericht über die Betriebsrätekonferenz der Metall- und Bergarbeiter Österreichs in Graz. In: Arbeiter-Zeitung (Wien), 9. August 1933.
- 69 Hermann Heindl: Neues Arbeitsrecht, Wien 1933, S.4.
- 70 Wilhelm Ellenbogen: Der österreichische Faschismus und wir. In: Der Kampf (Wien), 6/1933, S.231f.
- 71 Ebenda, S. 235.
- 72 Karl Kautsky: Einige Ursachen und Wirkungen des deutschen Nationalsozialismus. In: Ebenda, S.244.
- 73 Ebenda, S. 243.
- 74 Ebenda, S. 245.

- 75 Ernst Wimmer: Austromarxismus und die «Dritten» Wege. In: Plädoyers für einen wissenschaftlichen Humanismus (Festschrift für Walter Hollitscher). Hrsg. von Josef Schleifstein und Ernst Wimmer, Frankfurt (Main) – Wien 1981, S.107f.
- 76 Otto Bauer: Um die Demokratie. In: Werkausgabe, Bd.9, Wien 1980, S.314f. – Die Druckfehler des Texts in der Werkausgabe wurden nach dem Original (Der Kampf, 7/1933) berichtigt.
- 77 Zit. in: Friedrich Weissensteiner: Die Verständigungsversuche der niederösterreichischen Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen in den Jahren 1933/34. In: Österreich in Geschichte und Literatur (Wien), 2/1982, S. 74.
- 78 Otto Bauer: Um die Demokratie. In: Werkausgabe, Bd.9, S. 307f.
- 79 Rundschau (Basel), 15. September 1933, S. 1 321.
- 80 Ebenda, S. 1 324.
- 81 Der freie Arbeiter (Wien), 1. September 1933. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Wien, Akt Nr. 4002/181.
- 82 Wiener Zeitung, 30. Oktober 1933.
- 83 Ebenda, 15. März 1933.
- 84 Protokoll der Vorstandssitzung der Christlichsozialen Partei am 5. März 1933. Zit. in: Hilde Vereba Lang: Bundespräsident Miklas und das autoritäre Regime 1933-1938, phil. Diss., Wien 1972, S.134.
- 85 Reichspost (Wien), 11. Mai 1933.
- 86 Fürst K.L.W. Metternich, österreichischer Staatskanzler 1821-1848, unterdrückte die damals objektivfortschrittliche grossdeutsche Bewegung in der Habsburger Monarchie und war daher besonders für die Nazis das Symbol klerikal-konservativen Österreichtums.
- 87 Geheimer Briefwechsel Mussolini – Dollfuss, Wien o. J. (1949), S.17f.
- 88 Wiener Zeitung, 10. September 1933.
- 89 Ebenda, 12. September 1933. Ergänzt nach: Dollfuss an Österreich. Eines Mannes Wort und Ziel. Hrsg. von Edmund Weber, Wien 1935, S. 19ff.
- 90 Mit den «Anhaltelagern» ahmte der Austrofaschismus die Konzentrationslager des deutschen und italienischen Faschismus nach, mit denen sie aber hinsichtlich der Haftbedingungen nicht vergleichbar waren.
- 91 Rundschau (Basel), 23. Juni 1933, S. 685.
- 92 Siehe ebenda, 29. September 1933, S. 1 376.
- 93 Ebenda, 20. Januar 1934, S.245f.

- 94 Ebenda.
- 95 Otto Bauer: Arbeit für 200'000. In: Werkausgabe, Bd.3, Wien 1976, S. 949.
- 96 Ebenda, S. 952.
- 97 Arbeiter-Zeitung (Wien), 17. Juli 1933.
- 98 Der freie Arbeiter (Wien), 1. September 1933.
- 99 Otto Bauer: Schlusswort auf der Reichskonferenz der Freien Gewerkschaften am 15. Juli 1933. In: Werkausgabe, Bd.7, Wien 1979, S. 240.
- 100 Arbeiterzeitung (Wien), 15. September 1933.
- 101 Ebenda, 18. September 1933.
- 102 Rundschau (Basel), 7. Dezember 1933, S. 1 820.
- 103 Zit. in: Ebenda.
- 104 Zit. in: Friedrich Weissensteiner: Die Verständigungsversuche der niederösterreichischen Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen in den Jahren 1933/34. In: Österreich in Geschichte und Literatur (Wien), 2/1982, S. 75.
- 105 Siehe Rundschau (Basel), 10. November 1933, S. 1 642.
- 106 Reichspost (Wien), 1. Oktober 1933.
- 107 Arbeiterzeitung (Wien), 5. Dezember 1933.
- 108 Ebenda, 1. Dezember 1933.
- 109 Ebenda, 5. Dezember 1933.
- 110 Otto Bauer: Klassenkampf und «Ständeverfassung». In: Werkausgabe, Bd. 9, S. 356.
- 111 Ebenda, S. 357.
- 112 Dieter Ross: Hitler und Dollfuss. Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934, Hamburg 1966, S. 149.
- 113 Siehe G. von Branca (Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft) an Th. Habicht (Landesleitung Österreich der NSDAP), 26. Februar 1934. Zentrales Staatsarchiv der DDR, Potsdam (im Folgenden: ZStA Potsdam), Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft, Nr. 49, Bl. 67.
- 114 Geheimer Briefwechsel Mussolini – Dollfuss, Wien o. J. (1949), S.45. (Hervorhebungen von den Verf.)
- 115 Charles A. Gulick: Österreich von Habsburg zu Hitler, Bd. IV, Wien o. J. (1950), S.277L
- 116 Siehe Anton Staudinger: Christlichsoziale Partei und Errichtung des «Autoritären Ständestaates» in Österreich. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen. Hrsg. von Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck, Wien 1975, S. 81.
- 117 Neue Freie Presse (Wien), 12. Februar 1934.
- 118 Zit. in: Peter Huemer: Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, Wien 1975, S.220.

- 119 Siehe Everhard Holtmann: Sozialdemokratische Defensivpolitik vor dem 12. Februar 1934. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen. Hrsg, von Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck, S. 118.
- 120 Otto Bauer: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkung. In: Werkausgabe, Bd. 3, Wien 1976, S. 989.
- 121 Siehe Inez Kykal/Karl R. Stadler: Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen, Wien 1976, S. 78.
- 122 Rudolf Neck: Der Februar 1934 in Österreich. Fakten und Probleme. In: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung – X. Linzer Konferenz 1974 (ITH-Tagungsberichte, Bd.9), Wien 1976, S. 313.
- 123 Zit. in: Herbert Steiner: Die KPÖ und der Februar 1934. In: Weg und Ziel (Wien), 2/1964, S. 73.
- 124 Siehe Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918-1955. Kurzer Abriss, Wien 1977, S. 148.
- 125 Leopold Hornik: Der Aufruf zum Generalstreik. Das Flugblatt der Kommunistischen Partei vom 10. Februar 1934. In: Weg und Ziel (Wien), 2/1974, S. 57.
- 126 Josef Liebert: Drei Fragen an die Februar-Schutzbundkämpfer und eine Antwort, Basel 1934, S. 6.
- 127 Ebenda, S. 11.
- 128 Richard Bernaschek: Die Tragödie der Österreichischen Sozialdemokratie. In: Österreich – Brandherd Europas, Zürich 1934, S.278L
- 129 Siehe Interview Peter Kammerstätters mit Gustl Moser am 28. September 1979, Tonbandkassette im Besitz der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ.
- 130 Richard Bernaschek: Die Tragödie der österreichischen Sozialdemokratie. In: Österreich – Brandherd Europas, S.279.
- 131 Zit. in: Harry Slapnicka: Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg und Anschluss (1927-1938), Linz 1975, S. 132.
- 132 Siehe Helmut Fiereeder: Der Republikanische Schutzbund in Linz und die Kampfhandlungen im Februar 1934. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1978, S. 212.
- 133 Richard Bernaschek: Die Tragödie der österreichischen Sozialdemokratie. In: Österreich – Brandherd Europas, S.281.
- 134 Der Februar – Aufruhr 1934. Die Teilnahme des österreichischen Bundesheeres an seiner Niederwerfung. Nur für den Dienstgebrauch. Im Auftrage des Bundesministeriums für Landesverteidigung als Manuskript gedruckt, o.O., o. J. (Wien 1934), S.182.

- 135 Siehe Helmut Fiederer: Der Republikanische Schutzbund in Linz und die Kampfhandlungen im Februar 1934. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1978, S. 229.
- 136 Kurt Peball: Die Kämpfe in Wien im Februar 1934 (Militärhistorische Schriftenreihe, Heft 25), Wien 1974, S. 45.
- 137 Maria Sporer/Herbert Steiner: Rosa Jochmann – Zeitzeugin, Wien 1983, S. 41.
- 138 Siehe Hans Hautmann: Die Februarkämpfe. In: Weg und Ziel (Wien), 2/1974, S. 52f.
- 139 Zit. in: Arnold Reisberg: Februar 1934. Hintergründe und Folgen, Wien 1974, S. 58.
- 140 Siehe Gerd Schindler: Der 12. Februar 1934 in Kärnten. In: Zeitgeschichte (Wien), November 1973, S.27ff.
- 141 Siehe Gerhard Oberkofler: Februar 1934. Die historische Entwicklung am Beispiel Tirols, Innsbruck 1974, S.92f.
- 142 Josef Schneider/C.Zell: Der Fall der Roten Festung, Wien 1934, S. 30.
- 143 Volks-Zeitung (Innsbruck), 15. Februar 1934.
- 144 Siehe Paula Wallisch: Ern Held stirbt, Karlsbad (Karlovy Vary) 1935. (Neuaufgabe Graz 1946.)
- 145 Rudolf Neck: Der Februar 1934 in Österreich. Fakten und Probleme. In: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung – X. Linzer Konferenz 1974 (ITH-Tagungsberichte, Bd.9), S. 314.
- 146 Siehe Kurt Peball: Februar 1934: Die Kämpfe. In: Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974, S.26; derselbe: Die Kämpfe in Wien im Februar 1934 (Militärhistorische Schriftenreihe, Heft 25), S.40.
- 147 Siehe Julius Deutsch: Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen, Karlsbad (Karlovy Vary) 1934, S. 14.
- 148 Siehe Österreich – Brandherd Europas, S. 172.
- 149 Joseph Buttinger: Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung, Köln 1953, S. 23.
- 150 G.E.R. Gedye; Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überrannte, Wien 1948, S. 116.
- 151 Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung – X. Linzer Konferenz 1974 (ITH-Tagungsberichte, Bd.9), S.445.
- 152 Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien, Bundeskanzleramt/ Inneres, IV/2406/Febr.34/Kt.4. – Für diesen Hinweis danken die Verf. Herrn Barry McLoughlin, Wien.
- 153 Die folgenden Angaben stützen sich auf Erinnerungen ober-

- österreichischer Kommunisten, die den Verfassern freundlicher Weise von Prof. Peter Kammerstätter, Linz, zur Verfügung gestellt wurden.
- 154 Siehe Everhard Holtmann: Politische Tendenzjustiz während des Februaraufstands 1934. In: Das Jahr 1934: 12. Februar, Wien 1975, S. 49.
- 155 Josef Schneider/C.Zell: Der Fall der roten Festung, S.45f. (Hervorhebungen von den Verf.)
- 156 Neues Wiener Tagblatt, 17. Februar 1934 (Abendausgabe). (Hervorhebungen von den Verf.)
- 157 Siehe Hans Hautmann/Rudolf Hautmann: Die Gemeindebauten des Roten Wien, 1919-1934, Wien 1980, S. 175.
- 158 Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, 44. Jg., Nr. 3, 1. Februar 1936, S.14.
- 159 Zit in: Widerstand und Verfolgung in Wien. Eine Dokumentation, Bd.1: 1934-1938, Wien 1975, S. 51.
- 160 Josef Schneider/C.Zell: Der Fall der roten Festung, passim.
- 161 Siehe Hans Hautmann/Rudolf Hautmann: Die Gemeindebauten des Roten Wien, 1919-1934, S. 152f.
- 162 Siehe Kurt Peball: Die Kämpfe in Wien im Februar 1934 (Militärhistorische Schriftenreihe, Heft 25), S.37f.
- 163 Kurt Peball: Februar 1934: Die Kämpfe. In: Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974, S. 29.
- 164 Kurt Peball: Die Kämpfe in Wien im Februar 1934 (Militärhistorische Schriftenreihe, Heft 25), S. 24.
- 165 Otto Bauer: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkung. Wien 1976. In: Werkausgabe, Bd.3, Wien 1976, S.983. - Die Druckfehler des Textes in der Werkausgabe wurden nach dem Original (Prag 1934, S. 21) berichtigt.
- 166 Julius Deutsch: Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen, Karlsbad (Karlový Vary) 1934, S. 32.
- 167 Bericht des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft, Dr. rer. pol. Gerhard Frhr.v. Branca, über seine Reise nach Österreich. In: ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25769, Bl. 333.
- 168 Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf), 18. Februar 1934
- 169 Georgi Dimitroff: Brief an die österreichischen Arbeiter, Zürich 1934, S.12.
- 170 Peter Huemer: Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, S. 207.

- 171 Norbert Leser: 12 Thesen zum 12. Februar. In: Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974, S. 58.
- 172 Zit. in: Ilona Duczynska: Theodor Körner und der 12. Februar. In: Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien, 23. bis 28. Oktober 1972, Wien 1973, S.111.
- 173 Zit. in: Eric C. Kollmann: Theodor Körner. Militär und Politik, Wien 1973, S. 205. I
- 174 Zit. in: Ilona Duczynska: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt, München 1975, S. 124.
- 175 Friedl Fürnberg:... und worin Körner irrte. In: Weg und Ziel (Wien), 2/1973, S. 65.
- 176 Die internationalen Solidaritätsaktionen sind dokumentiert in: Rundschau (Basel), 22.Februar 1934; ebenda, 1. März 1934; ebenda, 8. März 1934; Österreich – Brandherd Europas, S.243ff.; Weg und Ziel (Wien), 2/1974- mit Beiträgen von J. Duclos, J.Kädär, M. Reimann u.a.; Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung - X. Linzer Konferenz 1974 (ITH-Tagungsberichte, Bd.9), Wien 1976.
- 177 Zit. in: Ibrahim Karabegovic/Ahmed Hadzirovic: Das Echo des Aufstandes der österreichischen Arbeiter in der sozialistischen und kommunistischen Presse in Jugoslawien. In: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung – X. Linzer Konferenz 1974 (ITH-Tagungsberichte, Bd.9), S.383.
- 178 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Zentrales Parteiarhiv, Berlin (im Folgenden: IML, ZPA), St 3/1 012.
- 179 Ebenda, St3/1 026.
- 180 Ebenda, St 3/1 012.
- 181 ZPA der KPÖ, D/13 K1 Ma 67.
- 182 Siehe IML, ZPA, St3/1012.
- 183 Ebenda.
- 184 Ebenda.
- 185 Ebenda, St3/146.
- 186 Siehe ebenda.
- 187 Romain Rolland: Kreuz und Rutenbündel. In: Österreich – Brandherd Europas, S. 10.
- 188 Rundschau (Basel), 8. März 1934. – Der Aufruf wurde auch als Flugblatt in Österreich verbreitet. Siehe ZPA der KPÖ, D/14K1Ma74.
- 189 Elfriede Lewerenz: Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale, Berlin 1975, S. 74.
- 190 Siehe Herbert Arlt: Der Februar 1934 im Spiegel deutsch-

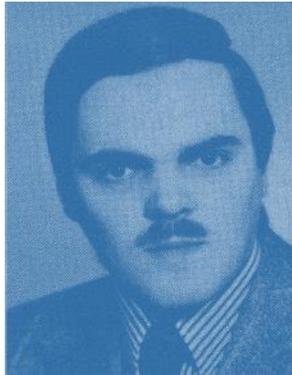
- sprachiger Literatur. In: Weg und Ziel (Wien), 2/1982, S.77.
- 191 Siehe Elfriede Lewerenz: Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale, S. 73.
- 192 Siehe Rede Dimitroffs am 2. Juli 1934 auf der Sitzung der Kommission zum 2. Tagesordnungspunkt des Kongresses. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin) (im Folgenden: BzG), 6/1969, S.953ff.
- 193 Zit. in: Erwin Zucker-Schilling: Er diente seiner Klasse. Eine Biographie. Mit Reden und Schriften von Johann Koplenig, Wien 1971, S.128.
- 194 Die Rote Fahne (Wien), 5/1936. ZPA der KPÖ, D/1 K4 M102.
- 195 Wiener Zeitung, 12. September 1933.
- 196 Veröffentlicht in: Lajos Kerekes: Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien – Frankfurt (Main) – Zürich 1966, S. 137.
- 197 Resolution des 4. Parteitags der KPÖ, 1921. Zit. in: Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918-1955. Kurzer Abriss, Wien 1977, S. 52.
- 198 Zit. in: K. K. Sirinja: G. Dimitroff und der Kampf um die neue Orientierung der Komintern in den Jahren 1935 bis 1939. In: BzG 5/1972, S. 715.
- 199 Zit. in: Die KPÖ im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialistische Perspektive. Sammelband, Wien 1978, S. 47f. (Die beiden Artikel A. Klahrs wurden zuletzt vollständig nachgedruckt in: Weg und Ziel [Wien], Sonderheft Dezember 1979, S.22ff.)
- 200 Zit. in: Ebenda, S.34f.
- 201 Zit. in: Weg und Ziel (Prag), 3/1938, S. 107.
- 202 Zit. in: Die KPÖ im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialistische Perspektive. Sammelband, Wien 1978, S.76, v

Inhalt

Der Vorabend eines Bürgerkrieges	5
Vom «Jännerstreik» 1918 bis zum 15. Juli 1927	9
«Den revolutionären Schuttwegräumen!»	21
Der Kampf gegen die soziale Verelendung	27
Dollfuß bricht den Eisenbahnerstreik	40
«Staatsstreich auf Raten»	45
Kapitulation auf Raten	55
Kommunisten und oppositionelle Sozialdemokraten gemeinsam gegen den Kapitulationskurs	68
Konkurrenz zwischen «grünem» und «braunem» Faschismus	78
«Volksadresse» und Beschäftigungsprogramm	87
Der Weg in die Niederlage	92
Der Faschismus rüstet zum Angriff	100
Widerstrebende Tendenzen in der Sozialdemokratischen Partei	107
Der Ausbruch der Kämpfe in Linz	114
Die Kämpfe am 12. Februar	121
Die Kämpfe am 13. Februar	132
Die Kämpfe am 14. und 15. Februar.	
Das Ende der Gruppe Wallisch	139
Die Bilanz der Kämpfe	145
Der Charakter der Kämpfe	158
Die Bedeutung der Februarkämpfe	165
Das internationale Echo	173
Umgruppierung in der österreichischen Arbeiterbewegung	185
«... wird ein freies und unabhängiges Österreich Wiedererstehen!»	193
Anmerkungen	201



Dr. Winfried R. Garscha, geboren 1952 in Linz an der Donau; promovierte nach dem Studium der Geschichte und Slawistik 1983 an der Universität Wien mit einer Dissertation über «Die Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft. Deutsche Anschlusspropaganda und Angleichungsbemühungen vor und nach der nationalsozialistischen ‚Machtergreifung‘»; Mitglied der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ; Vorstandsmitglied der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH) und Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938. Mitarbeit an der Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918-1955. Kurzer Abriss, Wien 1977; am internationalen Sammelband «Die Arbeiterbewegung europäischer Länder im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr in den zwanziger und dreissiger Jahren», Berlin 1981; Zeitschriftenveröffentlichungen und Beiträge auf wissenschaftlichen Tagungen zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, zu den Themen: deutsch-österreichische Beziehungen und zur nationalen Frage in Mittel- und Osteuropa.



Dr. phil. Hans Hautmann, geboren 1943 in Wien; Universitätsdozent für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Johannes-Kepler-Universität Linz; Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds.

Veröffentlichungen: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916-1919, Wien 1970; Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien-Frankfurt-Zürich 1971; gemeinsam mit Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik, Wien 1974, 3. Auflage 1978; gemeinsam mit Rudolf Hautmann: Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919-1934, Wien 1980. Habilitationsschrift über die Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924, Linz 1981. Mitarbeit an der Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918-1955. Kurzer Abriss, Wien 1977. Aufsätze in Sammelbänden und Zeitschriften zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur österreichischen Zeitgeschichte.

Schriftenreihe Geschichte des Dietz Verlages Berlin

Rigobert Günther: **Der Aufstand des Spartacus**. Die grossen sozialen Bewegungen der Sklaven und Freien am Ende der römischen Republik, 1979, 136 Seiten, 3,20 M, 2. Auflage 1980

Günter Vogler: **Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk**. Der deutsche Bauernkrieg 1525, 1983, 270 Seiten, 5,20 M, 2. Auflage 1983

Helmut Bock: **Die Illusion der Freiheit**. Deutsche Klassenkämpfe zurzeit der französischen Julirevolution 1830 bis 1831, 1980, 256 Seiten, 5,20 M

Helmut Neef: **Vier Tage rote Fahnen in den Strassen von Paris**. Die Kämpfe des Pariser Proletariats 1848 im Spiegel der deutschsprachigen Presse, 1983, 216 Seiten, 5,20 M

Heinrich Gemkow: **Vom Highgate-Friedhof zum Marx-Engels-Platz**. Marx-Engels-Jubiläen im Spiegel eines Jahrhunderts, 1983, 302 Seiten, 6,50 M

Arnold Reisberg: **Von der I. zur II. Internationale**. Die Durchsetzung des Marxismus im Kampf um die Wiederherstellung der Arbeiterinternationale, 1980, 240 Seiten, 5,20 M

Marga Beyer/Gerhard Winkler: **Revolutionäre Arbeitereinheit**. Eisenach, Gotha, Erfurt, 1981, 155 Seiten, 3,00 M, 2. Auflage 1983

Gustav Seeber/Heinz Wolter: **Mit Eisen und Blut**. Die preussisch-deutsche Reichsgründung von 1870/71, 1981, 247 Seiten, 5,20 M, 2. Auflage 1983

Michail Maschkin: **Die Pariser Kommune 1871**. Chronik einer Revolution, 1982, 145 Seiten, 5,50 M

Dieter Fricke: **... «und ausgelacht obendrein!»** Heiteres und Ernstes aus dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen das Sozialistengesetz 1878-1890, 1978, 200 Seiten, 3,80 M

Dieter Fricke: **Kleine Geschichte des Ersten Mai**. Die Maifeier in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, 1980, 296 Seiten, 5,80 M

Arbeiterleben um 1900, 1983, 188 Seiten, 4,80 M

Ruth Kirsch: **Käte Duncker**. Aus ihrem Leben, 1982, 219 Seiten, 4,80 M

Heinz Abraham: **Weltenwende 1917**. Der Kampf der Bolschewiki um die Gewinnung der Massen vor und während der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution, 1982, 234 Seiten, 5,50 M

Heinz Abraham: **Sowjetrussland 1917-1918**. Die Errichtung und Festigung des ersten sozialistischen Staates der Welt, 1980, 256 Seiten, 5,00 M

Die Mongolische Volksrepublik. Historischer Wandel in Zentralasien, 1982, 292 Seiten, 7,20 M

Wolfgang Ruge: **Novemberrevolution**. Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918/19, 1978, 192 Seiten, 4,00 M, 2. Auflage 1983

Heinz Vosske: **Geschichte der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde**, 1982, 176 Seiten, 4,20 M

Erwin Könnemann/Hans Joachim Krusch: **März 1920**. Arbeiterklasse vereitelt Kapp-Putsch, 1981, 246 Seiten, 5,40 M

Horst Schumacher: **Die Kommunistische Internationale (1919-1943)**. Grundzüge ihres Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus, 1979, 224 Seiten, 4,50 M

Elfriede Fölster/Maria Weiterer: **Siegfried Rädels**. Aus seinem Leben, 1980, 178 Seiten, 3,50 M

Robert Neddermeyer: **Es begann in Hamburg ...** Ein deutscher Kommunist erzählt aus seinem Leben, 1980, 192 Seiten, 4,00 M

Heinz Kühnrich: **Der KZ-Staat**. Die faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945, 1980, 232 Seiten, 4,80 M, 2. Auflage 1983

Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, 1981, 124 Seiten, 3,20 M

Heinz Kühnrich: **Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933-1945**, 1983, 344 Seiten, 7,20 M

Margot Pikarski/Günter Übel: **Die KPD lebt!** Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933-1945, 1980, 296 Seiten, 6,80 M

Charlotte Müller: **Die Klempnerkolonne im KZ Ravensbrück**. Erinnerungen des Häftlings Nr. 10787, 1981, 224 Seiten, 4,80M; 3. Auflage 1983

Walter Weidauer: **Inferno Dresden**. Über Lügen und Legenden um die Aktion «Donnerschlag», 1983, 252 Seiten, 5,80 M, 2. Auflage 1983

Peter Przybylski: **Zwischen Galgen und Amnestie**. Kriegsverbrecherprozesse im Spiegel von Nürnberg, 1979, 208 Seiten, 4,20 M, 3. Auflage 1982

Dokumente zur Geschichte der SED. Band 1, 1847-1945, 1981, 412 Seiten, 5,50 M, 2. Auflage 1983

Allen Kindern das gleiche Recht auf Bildung. Dokumente und Materialien zur demokratischen Schulreform, 1981, 314 Seiten, 5,80 M

Sibylle Schröder: **Der Februar 1948 in der Tschechoslowakei,** 1982, 144 Seiten, 3,60 M

Lya Rothe/Erich Weitinas: **Hermann Matern.** Aus seinem Leben und Wirken, 1981, 196 Seiten, 4,20 M

Ulla Plener: **SPD 1945-1949.** Konzeption, Praxis, Ergebnisse, 1981, 320 Seiten, 6,50 M

Helmut Neef: **Entscheidende Tage im Oktober 1949.** Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, 1979, 184 Seiten, 4,00 M

Heinz Heitzer: DDR. Geschichtlicher Überblick, 1979, 304 Seiten, 5,80 M

Klaus Schleehufer: **Bernhard Grünert – ein Pionier der sozialistischen Landwirtschaft der DDR,** 1983, 273 Seiten, 6,20 M

Eberhard Heinrich/Klaus Ullrich: **Befehdet seit dem ersten Tag.** 30 Jahre Attentate gegen die DDR, 1981, 268 Seiten, 5,60 M, 2. Auflage 1982

Siegfried Thomas: **Zwischen Wehrmacht und Bundeswehr.** Um die Remilitarisierung der BRD, 1981, 192 Seiten, 4,20 M

Zum Wohle des Volkes. Die Verwirklichung des sozialpolitischen Programms der SED 1971-1978. Dokumentation, 1980, 326 Seiten, 5,40 M